

39. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 18. Januar 2017

Inhalt

	Seite		Seite
Worte des Gedenkens an die Opfer des Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche in Berlin		Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)	3895
		Schröder (AfD).	3897
		Raschke (B90/GRÜNE).	3898
		Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe).	3899
Mitteilungen der Präsidentin.	3892	Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger.	3899
1. Aktuelle Stunde		Minister für Wirtschaft und Energie Gerber	3901
Thema:		Frau Hackenschmidt (SPD)	3902
Regionalität - Chancen regional erzeugter Lebensmittel für die Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Brandenburg nutzen		Kurzintervention des Abgeordneten Raschke (B90/GRÜNE).	3903
Antrag der Fraktion der SPD		2. Fragestunde	
Drucksache 6/5833		Drucksache 6/5858	
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU		Drucksache 6/5861 (Neudruck)	
Drucksache 6/5873		Drucksache 6/5860	
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Drucksache 6/5846	
Drucksache 6/5877		Drucksache 6/5847.	3904
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Dringliche Anfrage 18 (Neonazi-Aufmarsch in Cottbus) und	
Drucksache 6/5879.	3892	Dringliche Anfrage 20 (Rechtsextremer Aufmarsch in Cottbus am 13. Januar 2017)	
Folgart (SPD).	3892	Minister des Innern und für Kommunales Schröter	3904
Gliese (CDU).	3894	Dringliche Anfrage 19 (Kosten des Kreisverkehrsneubaus an der Bundesstraße 167 in Neuruppin)	
		Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider	3908
		Frage 735 (Bundeseinheitliche Netzentgelte)	
		Minister für Wirtschaft und Energie Gerber	3910

	Seite		Seite
3. Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0 (gemäß Beschluss des Landtages vom 19.11.2015 - Drs. 6/2715-B)		Entschließungsantrag der Fraktion der CDU	
Konzept der Landesregierung		Drucksache 6/5874	
Drucksache 6/5736		<u>in Verbindung damit:</u>	
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Erstellung von Handlungsregelungen für Problemtiere, die einem Schutzstatus unterliegen	
Drucksache 6/5880.	3912	Antrag der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze	3913	Drucksache 6/5832.	3927
Frau Alter (SPD)	3914	Schröder (AfD).	3928
Frau Augustin (CDU).	3915	Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe).	3929
Frau Bader (DIE LINKE).	3916	Roick (SPD).	3930
Frau Bessin (AfD)	3917	Kurzintervention des Abgeordneten Schröder (AfD).	3931
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	3918	Frau Schier (CDU).	3931
4. Verteidigung der Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen Islamismus und Terrorismus verstärken!		Kurzintervention des Abgeordneten Schröder (AfD).	3932
Antrag der Fraktion der CDU		Domres (DIE LINKE)	3933
Drucksache 6/5836		Raschke (B90/GRÜNE).	3934
Entschließungsantrag der Fraktion der AfD		Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger.	3935
Drucksache 6/5882		Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe).	3936
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Kurzintervention des Abgeordneten Raschke (B90/GRÜNE).	3937
Drucksache 6/5885.	3919	6. Neunter Bericht des Ministers des Innern und für Kommunales an den Landtag über bestimmte Maßnahmen der Datenerhebung auf Grund des Brandenburgischen Polizeigesetzes	
Lakenmacher (CDU)	3919	Bericht der Landesregierung	
Kosanke (SPD).	3921	Drucksache 6/5086	
Kurzintervention des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3921	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales	
Kosanke (SPD).	3922	Drucksache 6/5799.	3937
Jung (AfD)	3922	Kosanke (SPD).	3937
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE).	3923	Lakenmacher (CDU)	3938
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	3924	Dr. Scharfenberg (DIE LINKE).	3938
Minister des Innern und für Kommunales Schröter	3925	Jung (AfD)	3939
Lakenmacher (CDU)	3926	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	3939
Stohn (SPD)	3927	Minister des Innern und für Kommunales Schröter	3940
5. Einführung effektiver Regulierungsmaßnahmen für die Wolfspopulation in Brandenburg		7. Fünfter Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes (BbgStEG)	
Antrag der Fraktion der AfD		Bericht der Landesregierung	
Drucksache 6/5792		Drucksache 6/5615.	3941

	Seite		Seite
Minister des Innern und für Kommunales		Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3947
Schröter	3941	Kurth (SPD)	3948
Kurth (SPD)	3941	Petke (CDU)	3949
Petke (CDU)	3942	Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	3950
Frau Mächtig (DIE LINKE)	3943	Jung (AfD)	3951
Königer (AfD)	3944	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	3951
Raschke (B90/GRÜNE)	3945	Minister des Innern und für Kommunales	
Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3945	Schröter	3952
		Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3953
8. Lücken im Entwurf der Mobilitätsstrategie 2030 schließen		10. Verbesserte Lebensverhältnisse im ländlichen Raum schaffen	
Antrag		Antrag	
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		der Fraktion der AfD	
Drucksache 6/5114		Drucksache 6/5480	3954
<u>in Verbindung damit:</u>		(Der Antrag wurde durch den Antragsteller zurückgezogen.)	
Beteiligung des Landtags und seiner Fachausschüsse sowie der Enquete-Kommission an der Erarbeitung der Mobilitätsstrategie 2030		11. Ausnahmegenehmigung für den Wildpark Johannismühle verlängern	
Antrag		Antrag	
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		des Abgeordneten Christoph Schulze	
Drucksache 6/5115	3946	der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe	
(Die Anträge wurden durch den Antragsteller zurückgezogen.)		Drucksache 6/5826	3954
9. Rückerstattung der Abwasserbeiträge - Gerechte Lösungen nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts		Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3954
Antrag		Roick (SPD)	3956
der Fraktion der CDU		Wichmann (CDU)	3957
Drucksache 6/5125		Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)	3958
(Neudruck)		Schröder (AfD)	3958
Beschlussempfehlung und Bericht		Vogel (B90/GRÜNE)	3959
des Ausschusses für Inneres und Kommunales		Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	
Drucksache 6/5800		Vogelsänger	3960
Entschließungsantrag		Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3961
der Fraktion der AfD		Kurzintervention	
Drucksache 6/5884		des Abgeordneten Roick (SPD)	3962
<u>in Verbindung damit:</u>		Anlagen	
Rückzahlung rechtswidrig erhobener Kanalanschlussbeiträge für alle - Staatshaftung bei verfassungswidrigem Handeln durchsetzen		Gefasste Beschlüsse	3963
Antrag		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 18. Januar 2017	3964
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		Anwesenheitsliste	3971
Drucksache 6/5831	3946	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsidentin Stark:**

Sehr geehrte Abgeordnete, bevor wir mit der Abarbeitung der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung beginnen, möchte ich an die Opfer des grausamen Anschlags am Breitscheidplatz in Berlin erinnern.

12 Menschen kamen bei diesem perfiden Terrorakt ums Leben - zwei von ihnen stammten aus Brandenburg -, 55 wurden verletzt. Menschen wurden aus ihren Familien gerissen, aus dem Kreis ihrer Freunde und Arbeitskollegen.

Wir trauern um die Opfer und unsere Gedanken sind bei den Angehörigen. Wir wollen ihnen zur Seite stehen und zeigen, dass sie mit ihrer Trauer nicht allein sind.

Wieder ist ein Ort, an dem Menschen das Leben genießen und Gemeinschaft erleben wollen, von einem Augenblick zum anderen zu einem Ort des Entsetzens geworden, zu einem Ort der Trauer und des Leids.

Der Terrorakt hätte jeden treffen können. Dieser Anschlag galt uns allen, aber wir werden uns unseren Lebensmut nicht durch Angst nehmen lassen. Deshalb müssen wir zusammenstehen - in Berlin und Brandenburg, in Deutschland, in Europa, überall in der Welt.

Wir wollen in einer freien, demokratischen und weltoffenen Gesellschaft leben - in einer starken Gemeinschaft, in der Menschlichkeit zählt, in der alle sicher leben können. Diese Gemeinschaft gilt es zu schützen.

Wir trauern um die Opfer des Anschlags vom 19. Dezember in Berlin; ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Schweigeminute)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur 39. Sitzung des Landtages Brandenburg. Besonders herzlich begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Marie-Curie-Gymnasiums Dallgow-Döberitz und des Sally-Bein-Gymnasiums Beelitz. Herzlich willkommen bei uns im Plenarsaal!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Abgeordnete, gibt es Ihrerseits Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:**

Regionalität - Chancen regional erzeugter Lebensmittel für die Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Brandenburg nutzen

Antrag
der Fraktion der SPD

Drucksache 6/5833

Dazu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 6/5873, ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/5877, sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/5879, vor.

Ich eröffne die Aussprache. Der Abgeordnete Folgart spricht für die SPD-Fraktion zu uns.

Folgart (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Liebe Gäste! In Berlin steht die Grüne Woche vor der Tür - und das zum 82. Mal. Ich möchte zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir zum ersten Mal seit 12 Jahren unsere Plenartagungen entkoppelt von der Grünen Woche abhalten können. Wir haben in den letzten 12 Jahren - zumindest ich, seit ich diesem Hohen Hause angehöre - stets die Freude gehabt, sowohl die Grüne Woche als auch die Plenarsitzungen besuchen zu dürfen bzw. zu müssen. Insofern ist diese Entkoppelung wirklich ein Fortschritt; dafür bedanke ich mich herzlich.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt CDU)

Viele Brandenburger sind seit dem Mauerfall begeisterte Besucher der Grünen Woche. Das trägt auch stark zum Gesamterfolg der Messe bei, wie mir die Veranstalter in Berlin immer wieder bestätigt haben.

Seit 25 Jahren, meine Damen und Herren, präsentiert sich unser Land auf der Grünen Woche mit einer eigenen Halle. Das ist großartig und verdient - über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg - höchste Anerkennung.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dass wir eine der weltweit größten Agrar- und Ernährungsschauen quasi vor der Haustür haben, ist ein Privileg, aber auch eine Verpflichtung. Wer die Grüne Woche kennt, weiß, dass bei weitem nicht alle Bundesländer, aber auch nicht alle großen Nationen Europas und aus Übersee solche Kontinuität wie das Land Brandenburg aufweisen.

Die heutige Aktuelle Stunde gibt uns die Möglichkeit, erneut die Frage zu stellen: Wo stehen wir in der Agrar- und Ernährungswirtschaft, und wo wollen wir hin?

Zunächst einmal: Wo stehen wir? Fest steht: Entlang der gesamten Lebensmittelkette herrscht ein harter Wettbewerb. Das gilt für Molkereien, Schlachtereien, Bäckereien und erst recht für den Lebensmitteleinzelhandel. Das Tauziehen von Rewe und Edeka um Kaiser's Tengelmann haben alle verfolgen können. Dass auffallend viele Bäckerläden in Brandenburg auf einmal lilafarben sind, dürfte ebenfalls Ergebnis harter Verdrängung sein.

Klar ist auch: Mehr als 40 % der Lebensmitteleinkäufe in Deutschland erfolgen beim Discounter, und da geht es bekanntlich sehr hart zur Sache.

In diesem harten Umfeld wird sich jetzt auch noch das Online-Lebensmittelgeschäft etablieren wollen. Das wird die gesamte Branche bereits in den nächsten zehn Jahren deutlich verändern, meine ich.

Wer das Geschehen in der Landwirtschaft im letzten Jahr verfolgt hat, musste erkennen, dass Kräfte des Marktes einem wirtschaftlichen Erdbeben gleichkamen. 2016 war aufgrund der Marktsituation in Europa und der Welt ein schwieriges Jahr für die Landwirtschaftsbetriebe. Auch wenn man meinen Dank als lapidar abtun könnte, möchte ich mich im Namen der Landwirtschaftsbetriebe Brandenburgs noch einmal herzlich dafür bedanken, dass es das Ministerium möglich gemacht hat - ich beziehe alle Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter auf Landes- und Kreisebene in den Dank ein -, dass die Direktzahlungen und damit eine direkte Liquiditätshilfe noch vor dem Jahreswechsel in den Betrieben angekommen sind. Herzlichen Dank auch an Minister Jörg Vogelsänger dafür.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt CDU)

Viele Milchviehbetriebe in Brandenburg haben die Produktion für immer eingestellt. Der Rinderbestand dürfte sich erneut reduziert haben, was hoffentlich auch die Initiatoren der Bewegung gegen größere Tierhaltungsanlagen bemerkt haben.

Meine Damen und Herren, turbulent war die wirtschaftliche Lage auch für die Schweinehalter und die Geflügelhalter. Letztere kämpfen immer noch gegen die Ausbreitung der hochansteckenden Vogelgrippe.

Dass die Getreidepreise mitten in der Ernte abstürzten und sich bis heute nicht wirklich erholt haben, macht einmal mehr deutlich, wie schwierig das wirtschaftliche Umfeld für die Landwirte vom Feld bis zum Teller ist. Aber es gibt Ausnahmen: Ja, die Biobetriebe erwiesen sich aus wirtschaftlicher Sicht als erstaunlich stabil.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Guck an!)

Die Preise für Bio-Milch zum Beispiel veränderten sich im letzten Jahr kaum.

Die regionalen Anbieter sind auch durch eigene Vermarktungsstrukturen gegen die Kräfte des Weltmarktes vergleichsweise gut abgesichert.

Damit komme ich zur zweiten Frage: Wo wollen wir hin? Es wäre gefährlich, jetzt zu meinen „Alles Bio, alles wird regional, alles wird gut!“, denn ich denke, dass wir damit eine flächendeckende Landbewirtschaftung in Brandenburg nicht bis zu Ende gedacht haben. Wir müssen die Bedienung aller Märkte im Auge behalten. Ich meine, dass der regionale genauso wie der gesamtdeutsche Markt, der europäische und auch der globale Markt nicht aus dem Blick gelassen werden dürfen.

Ein Beispiel: Wenn sich in diesem Monat nur zehn Brandenburger Milchviehbetriebe für die Umstellung auf Bio entscheiden, wäre in Kürze ein Überangebot an Bio-Milch geschaffen und der gute Bio-Milch-Preis - von dem ich sprach - dahin. Warum ist das so? Weil die Kette von Ernährungswirtschaft und Lebensmittelhandel bis zu den Einkäufen der Verbraucher quasi im gleichen Tempo mit der Urproduktion mitwachsen, mit der Urproduktion Schritt halten muss. Das ist bei der Regionalvermarktung, meine Damen und Herren, ganz genauso.

Ich will an dieser Stelle einfügen: Es gibt einen Entschließungsantrag der Grünen. Wir werden ihn als Koalition ablehnen, und zwar auch deshalb, weil wir meinen, dass der Ansatz,

den wir in unserem Antrag gefunden haben, umfassender und auch die Betrachtung der Gesamtkomplexität stärker gegeben ist und wir damit bei diesem Thema sicher in der Spur bleiben werden.

Bei der Regionalvermarktung ist es ganz genauso. Viele seriöse Umfragen zeigen inzwischen, dass mehr Regionalität ein weit verbreiteter Verbraucherwunsch ist. Ja, das weist uns zumindest eine Richtung für unser politisches Handeln. Meine Kollegin Hackenschmidt wird als Mitglied des Vorstandes von pro agro sicherlich noch die aktuellen Aktivitäten darstellen.

Um noch einen Punkt anzusprechen, will ich auf ein Thema eingehen, auf das wir im letzten Jahr bei den Demonstrationen gegen das geplante TTIPP-Abkommen aufmerksam wurden. Wenn man die TTIPP-Konstellation im Auge behält, könnte man sogar zu dem Schluss kommen, dass die Regionalität das aktuelle Gegenmodell zur Globalisierung sein könnte. Führt sie tatsächlich zu messbar steigender Kaufbereitschaft gegenüber regionalen Produkten, wäre das nur zu begrüßen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Was können daher unsere nächsten Schritte sein? Hier hilft uns in der Tat die Clusteranalyse der Ernährungswirtschaft weiter, die von der Landesregierung in Auftrag gegeben und auch finanziert wurde. Sie zeigt sehr schön auf, dass die regionale Land- und Ernährungswirtschaft nur wachsen kann, wenn es ein entsprechend vernetztes Umfeld gibt. Dazu gehören moderne Betriebe in der gesamten Lebensmittelkette, gut aufgestellte Fachleute, flächendeckend gute Verkehrswege und überall schnelles Internet, um nur die wichtigsten Erkenntnisse herauszustellen.

Ein weiterer wichtiger Baustein, der uns voranbringen kann, ist die Richtlinie zur Verbesserung der Marktstruktur in Brandenburg, die Minister Vogelsänger kürzlich auf den Weg gebracht hat. Diese Richtlinie setzt richtigerweise bei der Verbesserung der Verarbeitung und der Vermarktung an - kleine und mittelständische Unternehmen prägen das Erscheinungsbild Brandenburgs -, und sie mit Leben zu füllen ist unser aller Auftrag.

Ein Stichwort sei mir noch gestattet: Tierschutzplan. Der Startschuss ist gefallen. Jetzt kommt es darauf an, dass zum Ende des Jahres ein für alle Beteiligten wegweisendes Papier vorliegt. Eine längere Phase der Planungsunsicherheit dürfen wir uns und unseren Tierhaltern nicht zumuten.

Wir sollten auch im Blick haben, dass das Schulmilchprogramm ein Ansatz ist, der regional noch besser genutzt werden kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das trifft auch für das Schulobstprogramm zu, dessen Realisierung für 2017 geplant ist.

Meine Botschaft, meine Damen und Herren, lautet daher: Unser heute vorliegender Entschließungsantrag muss ein Ausrufezeichen hinter die Weiterentwicklung der heimischen Lebensmittelkette setzen.

Einen Punkt möchte ich an dieser Stelle noch herausstellen: das Image der Marke Brandenburg. Unsere Kulturlandschaft

hat ihre Reize; wir alle kennen und schätzen sie. Für mich kommen noch zwei Punkte hinzu: Die Sanierung vieler historischer Stadtkerne befindet sich auf der Zielgeraden, wie Ministerin Kathrin Schneider kürzlich verkünden konnte. Das ist großartig und wird uns helfen, dass neue Bewohner und mehr Gäste in unser Flächenland kommen. Damit steigen auch die Chancen, Lebensmittel mit echter Brandenburger Identität anzubieten.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Nicht unterschätzen wollen wir natürlich den Berlin-Faktor. Berlin wächst jährlich um mehrere zehntausend Einwohner. Mit der Zahl der Einwohner wächst auch die Kaufkraft und damit die Nachfrage nach Produkten made in Brandenburg.

All das sollte uns positiv stimmen, und ich werbe um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

Zum CDU-Antrag will ich noch kurz sagen: Wenn man die im Antrag der CDU enthaltenen Punkte zu abstrahieren versucht, stellt man fest, dass sich die Anträge der Koalition und der CDU inhaltlich nicht so sehr voneinander unterscheiden; Andreas Gliese wird sicherlich noch darauf hinweisen. Wir werden heute hier natürlich trotzdem den Antrag, den wir uns zurechtgelegt haben, beschließen, und ich bitte um breite Zustimmung für ihn. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Gliese für die CDU-Fraktion.

Gliese (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Brandenburg hat 25-jähriges Jubiläum auf der Grünen Woche; Udo Folgart sprach es an. Ich finde, das ist ein guter oder zumindest ein vertretbarer Anlass, dazu eine Aktuelle Stunde durchzuführen.

(Beifall des Abgeordneten Senftleben [CDU] und SPD - Frau Lieske [SPD]: Bravo!)

Aber es heißt ja Internationale Grüne Woche, und da sind wir auch schon bei der Tatsache, dass Brandenburgs Landwirtschaft nur ein kleiner Teilnehmer auf dem globalen Markt ist.

(Frau Lieske [SPD]: Was wahr ist, muss wahr bleiben!)

Zunächst ist der freie und transparente Welthandel als Errungenschaft zu werten. Doch große ökonomische Sorgen bereiten den Brandenburger Bauern die extrem unterschiedlichen Produktionsbedingungen. In erster Linie handelt es sich dabei um das enorme Lohnkostengefälle und die ökologischen Standards.

In vielen Ländern der Erde, die den Weltmarkt bedienen, ist der Wochenlohn so hoch wie ein Stundenlohn in Brandenburg. Wenn man dort auch noch Regenwälder in Dimensionen abholzt, um für einen relativ kurzen Zeitraum Plantagen zu betreiben, ist man wirklich konkurrenzlos. Dieser Raubbau aber fällt uns allen irgendwann auf die Füße.

Das von dort importierte Eiweißfutter könnte auch auf Brandenburger Äckern wachsen. Vielleicht sollten wir an dieser Stelle auch noch einmal über die Wiedereinführung der speziellen Förderung des Anbaus von Eiweißpflanzen, zum Beispiel Lupine, nachdenken.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Udo Folgart ist bereits darauf eingegangen: Das Wirtschaftsjahr 2015/2016 war für die Brandenburger Bauern eine Katastrophe. Die meisten Betriebe verzeichneten das zweite Jahr in Folge erhebliche Gewinneinbußen und damit Einkommensrückgänge. Erinnern will ich nur an die Milchpreiskrise, die auch in Brandenburg viele Milchviehhalter zum Aufgeben zwang, oder an die viel zu niedrigen Schweine- und Ferkelpreise. Auch bei den Ackerbauern war die Bilanz wegen des Preisverfalls bei Getreide wenig positiv.

Im Durchschnitt sind die Unternehmensergebnisse der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nach einem Minus von 34 % im Vorjahr um 8 % je Betrieb im Wirtschaftsjahr 2015/2016 gesunken. Das ist keine leichte Situation für die Landwirte und zeigt, dass man gut beraten ist, auf verschiedenen Märkten unterwegs zu sein.

Brandenburg hat den Vorteil, mit Berlin und seinen rund 3,5 Millionen Einwohnern einen riesigen Absatzmarkt direkt vor der Haustür zu haben. Auch immer mehr Brandenburger greifen gern auf regionale Produkte zurück. Dieser Trend ist auch bundesweit festzustellen. Der im Januar vom Bundeslandwirtschaftsministerium herausgegebene Ernährungsreport 2017 zeigt, dass die regionale Herkunft der Lebensmittel für rund drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher neben dem persönlichen Geschmack das wichtigste Kaufkriterium ist.

Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde, dass die Chancen der regionalen Erzeugung von Lebensmitteln für die Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Brandenburg genutzt werden müssen. Was ich jedoch im Entschließungsantrag der Koalition lese, ist meiner Meinung nach sehr dünn. Hier wird die Landesregierung aufgefordert Dinge zu tun, die sie bereits heute tut, und dies in Zukunft fortzusetzen. Da ist die Rede davon, die Landwirtschaft weiter zu unterstützen - Herr Folgart hat es bereits gesagt -, das Marketing für den ländlichen Raum weiterzuführen, die durch EU und Bund vorhandenen Fördermöglichkeiten zu nutzen und die im Masterplan für das Cluster Ernährungswirtschaft Brandenburg genannten Maßnahmen im Bereich der regionalen Verarbeitung und Vermarktung umzusetzen. Ich hätte mir gewünscht, dass sich Ihr Entschließungsantrag mehr an seiner Überschrift „Regionale Wertschöpfung, Produktion und Vermarktung Brandenburger Agrarerzeugnisse fördern“ orientiert und Sie die wirklichen Herausforderungen angehen und Defizite beheben.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Was die Sicherung der landwirtschaftlichen Urproduktion angeht, hat der Landtag in der 6. Wahlperiode bereits eine Reihe wirklich guter Beschlüsse auf den Weg gebracht. Dazu gehören das Konzept mit Strategien zur Konsolidierung und zukunftsfähigen Entwicklung des Gartenbaus im Land Brandenburg, der Tierschutzplan zur Steigerung des Tierwohls und der Tier-

gesundheit in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Verbindung mit einem Maßnahmenprogramm zur Stärkung einer regionalverträglichen, artgerechten und flächengebundenen Nutztierhaltung sowie eine mit der Fischereipraxis abgestimmte Agenda 2030 zur konzeptionellen Entwicklung und Stärkung der Fischerei im Land Brandenburg. Hier erhoffe ich mir insbesondere für den Gartenbau wichtige Impulse, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu justieren, dass die Leistungsfähigkeit dieses traditionsreichen Wirtschaftszweigs gemeinsam mit dem Berufsstand weiter gesteigert und zukunftssicher gestaltet werden kann.

Allerdings - und das ist ein großes Defizit in Brandenburg - haben wir im Land lückenhafte Wertschöpfungsketten, weil insbesondere im Bereich der Verarbeitung landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse Kapazitäten fehlen. Agrarprodukte werden in Brandenburg kaum zu Lebensmittelprodukten veredelt und weiterverarbeitet. Zur Verarbeitung von Fleisch zu Fleischprodukten gibt es kaum regional ansässige Schlachthöfe. Oder nehmen Sie das Beispiel Getreide: Der Großteil des in Brandenburg produzierten Biogetreides geht in westdeutsche Mühlen, um dann mit einem hohen Anteil von Biogetreide - vom Weltmarkt veredelt - als Tüte Mehl im Bioladen in Berlin oder im - bei Kennern in der Bio-Szene hochgeschätzten - Märkischen Landbrot zu landen.

Beim konventionellen Getreide ist es aber auch nicht viel anders. Die Richtlinie zur Förderung im Bereich der Marktstrukturverbesserung, also die Unterstützung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen beim Aufbau von Verarbeitungskapazitäten, der Lagerung von Produkten oder ihrer Verpackung ist zwar ein erster richtiger Schritt, Herr Minister, aber wir brauchen eine gezieltere Förderpolitik und ein aktiveres Standortmarketing, um potenzielle Investoren im Bereich der Verarbeitung von Agrarprodukten zu unterstützen. Betriebsneugründungen und die Erschließung neuer Märkte durch die Betriebe, insbesondere in der Direktvermarktung, dürfen auch nicht zu bürokratisch und zu aufwendig sein,

(Beifall CDU)

denn dies schreckt jeden Investor sofort ab. Vielmehr müssen die Spielräume des geltenden Rechts so genutzt werden, dass der bürokratische Aufwand durch eine praxisnahe Auslegung der Vorschriften deutlich verringert wird und bestehende Hygienevorschriften dennoch eingehalten werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch auf den Punkt Agrarmarketing eingehen. Pro agro hat mit seinen Regionalmärkten „VON HIER“ und „Natürlich Brandenburg“ bereits ausgezeichnete Arbeit geleistet, um regionale Produkte - made in Brandenburg - unter diesen zwei Markenzeichen stärker zu etablieren. Genauso wichtig wäre es aber, Produkte zu kennzeichnen, die nach besonders hohen Standards produziert werden. Ein solches Qualitäts- und Herkunftssystem, zum Beispiel das in Bayern unter dem Siegel „Geprüfte Qualität Bayern“, kann dazu beitragen, dem Verbraucher eine Garantie für die Herkunft von Produkten aus Brandenburg - über sämtliche Stufen der Lebensmittelkette hinweg - zu geben, die nach bestimmten Qualitätskriterien entlang der gesamten Wertschöpfungskette hergestellt wurden. Für Obst und Gemüse hat pro agro solch ein Qualitäts- und Herkunftssystem bereits etabliert. Aber auch für andere Warengruppen würde sich ein solches Siegel lohnen, um deutlich zu machen, dass es sich hierbei um

ein regionales Produkt - wie gesagt: made in Brandenburg - handelt.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE] und des fraktionslosen Abgeordneten Hein)

Deshalb sollte die Landesregierung an pro agro herantreten, um gemeinsam zu beraten, was nötig wäre, um einerseits die regionale Verarbeitung und andererseits die Vermarktung regionaler Produkte voranzutreiben. Auch beim Landesprogramm für Schulobst, -gemüse und -milch sowie in der Qualitätsoffensive Schulverpflegung bestehen Möglichkeiten, den Anteil regionaler Produkte zu erhöhen, sofern man dies will. Deshalb plädiere ich für unseren Entschließungsantrag und freue mich auf die weitere Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Bevor ich die nächste Rednerin ans Pult bitte, möchte ich einen ehemaligen Abgeordnetenkollegen herzlich begrüßen. Auf der Besuchertribüne hat Herr Büttner Platz genommen. Herzlich willkommen im Plenarsaal des Landtags Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht die Abgeordnete Schwarzenberg.

Frau Schwarzenberg (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dreimal wurde es schon gesagt: In der nächsten Woche wird die Grüne Woche eröffnet. An diesem Tag werden aber auch zwei Demonstrationen in Berlin erwartet. Die eine steht unter dem Motto „Wir haben es satt!“, hier treten Agrarkritiker auf, die die aus ihrer Sicht völlig verfehlte Agrarpolitik kritisieren. Die zweite Demonstration läuft unter dem Motto „Wir machen euch satt!“, hier wenden sich die Landwirte gegen ungerechtfertigte Pauschalvorwürfe.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig, so ist es!)

Das symbolisiert, dass unsere Gesellschaft in Sachen Agrarpolitik gespalten ist. Die Landwirtschaft - das merken wir in der Diskussion im öffentlichen Raum - steht in einem Spannungsfeld. Die Frage steht im Raum, wie wir zukünftig Agrarpolitik ausrichten. Wie können wir eine Balance zwischen Umwelt- und Verbraucheransprüchen, zwischen Beschäftigung und Tierwohl, Ernährungssicherheit, Konkurrenzfähigkeit und Einkommenssicherung herstellen? Wie können wir das gestalten? Das wird, denke ich, eines der zukünftigen Topthemen sein, wenn es um die Vorbereitung der nächsten EU-Förderperiode geht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Auch in Brandenburg führen wir diese Diskussion. Ich erinnere nur an das erfolgreiche Volksbegehren gegen Massentierhaltung.

Was brauchen wir also? Wir brauchen ein Leitbild für die Landwirtschaft, das mit den Verbrauchern und Produzenten ge-

meinsam entwickelt wird und sich mit der Frage beschäftigt: Was für eine Landwirtschaft wollen wir in Zukunft?

Noch einmal zurück zu den angekündigten Demonstrationen. Es ist egal, welcher Demonstration Sie Ihre Zustimmung geben - es gibt eine Gemeinsamkeit: Man ist sich in der Forderung nach mehr regionaler Verarbeitung und Vermarktung der Produkte einig.

In der regionalen Verarbeitung und Vermarktung von Produkten liegt ein Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung, das noch nicht ausgeschöpft ist. Wir haben die Metropole Berlin mitten in unserem Land, und das ist eine große Chance. Verbraucherinnen und Verbraucher aus Berlin und Produzentinnen und Produzenten aus Brandenburg sollten eine innige Verbindung eingehen. Wir fangen da nicht bei null an, denn schon in der Vergangenheit ist hier, sowohl mit staatlicher Förderung als auch durch private Initiative, viel getan worden. Wir haben auch Ergebnisse, jeder kann sich das anschauen: In den Supermarkregalen findet man regionale Produkte - das ist inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, vor Jahren war es noch nicht denkbar. Und es gibt im Land eine Reihe von Hofläden, in denen frische und verarbeitete Produkte direkt verkauft werden. Das ist gut für die Verbraucher, aber auch für die Betriebe, weil sie sich damit ein zweites und wichtiges Standbein aufbauen können.

Die Liste der Aussteller in der Brandenburghalle auf der Grünen Woche vermittelt ein starkes Bild über die Kraft, den Ideenreichtum, die Innovationsfreudigkeit und den Erfolg der regionalen Produzenten. Aber spiegelt die Brandenburghalle die Realität der brandenburgischen Agrarwirtschaft wider? Ist es nicht nach wie vor eine kleine Nische, die hier präsentiert wird? Erzielen nicht die meisten brandenburgischen Landwirte den Großteil ihrer Einkommen am Großmarkt, mit der Abhängigkeit von Preisschwankungen, Preisdiktaten, politischen Rahmenbedingungen und der Konkurrenz zu Ländern mit niedrigen Produktionsstandards am Weltmarkt? Ich glaube, uns allen hier ist bewusst, dass Regionalvermarktung kein Allheilmittel ist und in einer globalisierten Weltwirtschaft nicht alle Probleme lösen kann. Aber einig sind wir uns darin, dass der Anteil der Regionalvermarktung zu erhöhen ist, das bleibt eine wichtige Aufgabe.

Die rot-rote Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, verbesserte Zugänge zum Berliner Markt zu schaffen und eine Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategie zu entwickeln. Das passt gut mit dem jetzt abgeschlossenen Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün in Berlin zusammen, denn dort heißt es:

„Mit dem Land Brandenburg will die Koalition weitere Möglichkeiten zur stärkeren Nutzung regional erzeugter Lebensmittel ausloten.“

Ich denke, das ist ein guter Schritt, und wir werden das begleiten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Mit dem im Jahr 2014 aufgestellten Masterplan hat das Cluster Ernährungswirtschaft auch eine Strategie erarbeitet, die dieses Anliegen aufgreift. Es ist gut, dass dieser Masterplan, der ja ein Plan für eine sehr breit aufgestellte Branche ist, dem Thema

Regionalität und regionale Wertschöpfung solch einen hohen Stellenwert beimisst. Das wird in zwei Handlungsfeldern deutlich, die ich herausheben möchte.

Da ist zum einen das Handlungsfeld „Marketingfaktor Regionalimage“. Hier geht es darum, das Image der regionalen Produkte mehr zu stärken und besser zu kommunizieren, was auch schon geschehen ist, da gibt es die vielfältigsten Initiativen und Projekte von pro agro. Zum anderen gibt es das Handlungsfeld „Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten“, in dem man auf die Faktoren eingeht, die für die Betriebe wichtig sind. Es geht um Ermittlung und Vermittlung von Angebot und Nachfrage, um die Entwicklung von Logistikstrukturen, um regionale Sorten und innovative Produkte. Es geht aber auch um Organisation von Fachveranstaltungen, Bildung von Netzwerken, Investitions- und Finanzierungsberatung sowie Wissenstransfer. Auf das Letztere möchte ich näher eingehen, denn das ist ein Schwerpunkt.

Wir haben in einer Berichterstattergruppe der Enquetekommission Ende vorigen Jahres ein Fachgespräch zur Regionalvermarktung durchgeführt, und auf die Frage, welches die drei wichtigsten Maßnahmen seien, sagte ein Anzuhörender: Beratung, Beratung, Beratung. - Die Förderrichtlinie Ländliche Berufsbildung ermöglicht die Finanzierung von Bildungs- und Beratungsleistungen zu verschiedenen Themen, auch zur Direktvermarktung. Es können Informationsveranstaltungen organisiert werden, und das wird auch schon getan, das kann man an dem Plan sehen, den die Heimvolkshochschule am Seddiner See erarbeitet hat.

Im Fachgespräch wurde auch herausgearbeitet, dass die Beratung von Produzenten eine große Bedeutung hat. An dieser Stelle müssen wir prüfen, ob die jetzigen Angebote ausreichen und an welcher Stelle wir nachlegen müssen. In unserem Entschließungsantrag betonen wir deshalb die Bedeutung der Umsetzung des Masterplans für das Cluster Ernährungswirtschaft. Daneben geht es um die zukünftige Ausgestaltung der Förderung und um das Zusammenwirken von Landwirten, Vertriebsorganisationen und Handel. Das Ministerium hat eine Marktstrukturverbesserungsrichtlinie vorgelegt. Das ist eine wichtige Initiative, die hier schon auf den Weg gebracht wurde.

Ein Wort zum Antrag der Grünen: Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil er ein paar Punkte enthält, die es verdienen, extra behandelt zu werden. Ich denke zum Beispiel an das Wassergesetz und den Masterplan Spree, die Punkte sollten nicht innerhalb dieses Themas bearbeitet werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei dem Antrag der CDU sehen wir es so, dass dessen Ansätze der Intention unseres Entschließungsantrags entsprechen.

Was ich Ihnen noch empfehlen möchte: Genießen Sie die Grüne Woche, probieren Sie alle Produkte in der Brandenburghalle,

(Zurufe von der SPD: Alle?!)

und stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Schröder für die AfD-Fraktion.

Schröder (AfD): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste auf der Tribüne! Es grenzt an Realitätsverweigerung, wenn die SPD in der ersten Aktuellen Stunde des Jahres 2017 die wichtigen und bewegenden Ereignisse bei uns fast vollkommen ausblendet, abgesehen von der Gedenkminute, die wir hier gehalten haben. Die Brandenburghalle auf der Grünen Woche muss zwar gewürdigt werden - das ist richtig so -, aber bitte, meine Damen und Herren von der SPD, in einem gesonderten Antrag und an der richtigen Stelle.

Wie man feststellen kann, ist die SPD im Grunde vollkommen sprachlos und offensichtlich nicht in der Lage, an der richtigen Stelle die richtigen politischen Schwerpunkte zu setzen.

(Zurufe von der SPD)

Die innere Sicherheit in Verbindung mit dem Anschlag an der Gedächtniskirche,

(Zurufe von der SPD)

mit der Ermordung von 12 Menschen und Dutzenden Verletzten wäre aus Sicht der Alternative für Deutschland ein weit passenderes Thema gewesen als das, was Sie heute in der Aktuellen Stunde erörtern wollen.

(Zurufe von der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, genau wie im Bund sind Sie auch hierzulande leider unfähig, sich den wirklich einschneidenden Problemen in aller Ehrlichkeit zu stellen. Statt abzulenken, hätten Sie darstellen können, wie Sie mit potenziellen islamistischen Massenmördern - Sie nennen diese Menschen „Gefährder“ - in Brandenburg eigentlich umgehen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Da Sie, verehrte Kollegen der SPD, sich als Thema für die Aktuelle Stunde aber die Grüne Woche ausgesucht haben, um aus diesem Anlass über Regionalität zu diskutieren, wollen wir gern unsere Sicht zur regionalen Entwicklung Brandenburgs darstellen. Auch bei diesem Thema erwarten wir von der Landesregierung mehr als oberflächliche Rhetorik.

Mit einem Umsatz von knapp 4 Milliarden Euro, was mehr als einem Drittel des Landeshaushalts entspricht, und nahezu 13 000 Beschäftigten spielt die Ernährungswirtschaft in Brandenburg eine herausgehobene Rolle. Sie gehört damit zu den stärksten Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes in unserem Lande. Die Ernährungswirtschaft existiert aber nicht nur aus sich selbst heraus, sondern gründet sich zu einem nicht zu unterschätzenden Anteil auf den Schultern der ca. 36 000 in der Brandenburger Landwirtschaft Beschäftigten. Auf diesem gewinnbringenden Zusammenspiel von Ernährungs- und Landwirtschaft beruht auch der Erfolg der Brandenburghalle auf der Internationalen Grünen Woche.

Die aktuelle positive Entwicklung bei der Nachfrage nach regionalen Produkten aus Brandenburg bietet den Unternehmen in

Brandenburg Wachstumschancen und damit die Möglichkeit, mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum Brandenburgs zu schaffen. Diese Entwicklungsmöglichkeiten der überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen bedürfen aber der besseren Unterstützung per Zuständigkeit des Landwirtschafts- und des Wirtschaftsministeriums.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen, wo Unterstützung notwendig ist: Ganz vorn steht die regionale Schlachthofproblematik; das wurde vorhin schon angesprochen. Soviel ich weiß, hat der Wirtschaftsminister eine ablehnende Haltung bezüglich der Förderung regionaler Schlachtbetriebe eingenommen. Könnte man den Begriff „falsch“ sinnvoll steigern, wäre Ihre Haltung, Herr Minister, „die falscheste“; stellt sie doch eine Absage an die regionale Wertschöpfung dar.

Nächstes Beispiel: Wir haben fast 20 Familienbetriebe, die Legehennenhaltung im Freiland betreiben. Wenn diese Familienbetriebe keine Freiland Eier liefern können, weil aufgrund der sich jährlich wiederholenden Vogelgrippe Einstallungspflicht besteht, drohen ihnen Vertragsstrafen durch den Lebensmittelhandel. Hier sollte die Landesregierung nach einer dauerhaften Lösung suchen.

Auch ein Wort zur Bildung: Wir beklagen häufig das geringe Wissen unserer Kinder über gesunde Ernährung und die Produktion von Lebensmitteln - wie das vermittelte Wissen an Schulen allgemein, aber, meine Damen und Herren, das ist dann ein anderes Thema. Das Schulprogramm zur Versorgung der Schüler mit Obst und Gemüse sowie Milch aus der Region ist da ein guter Ansatz. Es sollte jedoch auch dazu genutzt werden, die Ernährungsbildung zu fördern. Es muss schnell zum Tragen kommen. Dabei sind sowohl der Landwirtschaftsminister als auch der Bildungsminister gefragt.

Zum Abschluss ein Blick auf die zunehmende Monopolbildung im Lebensmitteleinzelhandel: Die Macht des Lebensmitteleinzelhandels auf dem berlin-brandenburgischen Markt wird immer größer. Die kleinen und mittelständischen Erzeuger in Brandenburg drohen dadurch ins Hintertreffen zu geraten. Wenn beim Einkauf ausschließlich der Preis entscheidend ist, sind kleine und mittelständische Brandenburger Unternehmen definitiv benachteiligt. Meine Damen und Herren, es sollte deshalb ein Weg gefunden werden, der den Lebensmittelhandel motiviert oder verpflichtet, mehr deutlich als regional gekennzeichnete Lebensmittel im Sortiment zu führen. Wer mehr Regionales anbietet, soll einen Marktvorteil erlangen. Und wenn der Lebensmitteleinzelhandel partout kein Einsehen erkennen lässt, ist an dieser Stelle der Gesetzgeber - sprich: die Politik - geradezu gezwungen, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen künftig eine Zusammenarbeit im Interesse der Brandenburger Unternehmen der Land- und der Ernährungswirtschaft, der Verbraucher und auch des Lebensmitteleinzelhandels. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Dem Antrag der CDU werden wir zustimmen. Wir enthalten uns beim Antrag der Koalitionsfraktionen, und den Antrag der Grünen werden wir ablehnen. - Danke.

(Beifall AfD - Vogel [B90/GRÜNE]: Na, so was!)

Präsidentin Stark:

Wir setzen die Aussprache fort. Der Abgeordnete Raschke spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Raschke (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es gab eben und auch in der Presse etwas Spott in Richtung der SPD, dass ihr nichts Besseres bzw. Aktuelleres als die Grüne Woche einfällt. Ich will mich dem nicht anschließen, denn erstens freut sich der Grüne immer, wenn es um die Grüne Woche geht,

(Beifall B90/GRÜNE und der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD])

und zum Zweiten glaube ich, dass sich Kollege Lüttmann genau überlegt hat, wie er seine Zeit als Interimsfraktionsvorsitzender bis zur Genesung des Kollegen Bischoff nutzt, unter welchen Antrag er seine erste Unterschrift setzt und welches Profil er hier zeigen möchte. Ich nehme ihm das ab. Ich nehme auch Udo Folgart nach seiner profunden Analyse ab, dass er sich für Qualitätsprodukte made in Brandenburg einsetzen will. Denn wir wissen: Regionale Produkte sind nicht nur toll, sondern auch ein Versprechen. Sie sind das Versprechen, besonders zu sein: besonders frisch, besonders gut und unter besonders hohen Standards, zum Beispiel in Sachen Umwelt- und Tierschutz, produziert. Das ist ein Qualitätsversprechen, und ich nehme Ihnen nach der Rede und dem Antrag ab, dass Sie es dauerhaft halten wollen.

Das müssen wir auch, alle zusammen, aber es geht nicht nur um Vermarktung. Es geht auch darum, dass der Trend eigentlich in eine ganz andere Richtung weist. Natürlich haben wir tolle Produkte aus Brandenburg, wunderbare Produkte, von denen wir auf der Grünen Woche hoffentlich alle viel essen werden, Anke Schwarzenberg. Aber der Trend geht in eine andere Richtung, obwohl die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht Massentierhaltung, Pestizide und Land-Grabbing wollen, sondern sauberes Wasser, gutes, gesundes Essen und Vorbilder, die zeigen, dass es geht. Das alles können wir in Brandenburg haben, aber das gibt es nicht geschenkt. Dafür müssen wir den Rahmen setzen, und dafür brauchen wir gute Vorschläge und gute Anträge.

Wir haben hier drei Anträge vorliegen: von SPD, CDU und den Grünen. Aus meiner Sicht ergänzen sie einander. Der SPD-Antrag - Udo Folgart hat es ausgeführt - beinhaltet viele Punkte, die wir teilen. Er hat zum Beispiel darauf abgestellt, dass jetzt viele Bäcker lila sind. Aus meiner Sicht geht das gar nicht. Wir hatten im Ausschuss auch eine interessante Anhörung zum Thema Fleischereihandwerk. Vor Jahren waren es noch über 700 Fleischer, jetzt sind es knapp 100. So kann man das durchdeklinieren. Das heißt, der Fokus auf das Handwerk ist eigentlich richtig.

Insgesamt müssen wir diesen Antrag aber ablehnen, weil er zu sehr darauf setzt, dass alles so bleiben soll, wie es ist, und nichts geändert wird. Darüber hinaus werden aus dieser Schlussfolgerung, dass etwas für das Handwerk getan werden muss, keine Konsequenzen gezogen. Es wird zum Beispiel dafür gewonnen, den Ernährungskluster auszubauen. Wenn man sich den Ernährungskluster einmal anschaut, weiß man, dass dies ein Cluster ist, der auf Industrie setzt. Die englische Überset-

zung - so steht es auf der Homepage - lautet: Food Industry Cluster. Da geht es explizit nicht um das kleine Handwerk, sondern um Agrarindustrie. Das führt dazu, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

Dem CDU-Antrag können wir frohen Herzens zustimmen.

(Beifall CDU)

Natürlich ist alles, was die CDU darin schreibt, richtig und gut.

(Frau Lieske [SPD]: „Natürlich“!)

Aber es fehlt etwas - und zwar sowohl bei Ihrem Antrag als auch beim Antrag der SPD -, nämlich, dass wir erst einmal die Grundlagen dafür schaffen müssen, dass wir gute Produkte überhaupt vermarkten können. Wir brauchen die Produktionsgrundlagen. Sonst hilft es auch nichts, Bürokratie abzubauen. Zu diesen Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft gehört erstens Boden und zweitens Wasser. Die Wassergesetznovelle steht bevor. Wir sollten sie dafür nutzen, dem Schutz des Wassers die höchste Priorität einzuräumen - und nicht Verbandsinteressen.

(Beifall B90/GRÜNE und der Abgeordneten Schade [AfD])

Und wir warten immer noch, Herr Ministerpräsident, auf den Masterplan zur braunen Spree. Er soll nun bald kommen.

(Frau Lehmann [SPD]: Zur klaren Spree!)

- Klare Spree, danke, Frau Kollegin.

Ich hoffe und setze darauf, dass es nicht nur um die Braunfärbung, sondern auch um die Sulfatwerte geht, denn wir müssen dafür sorgen, dass die Brauereien, die Mineralwasserproduzenten und alle anderen Firmen entlang des Gewässers keine Probleme mit den Sulfatwerten bekommen. Also da müssen wir etwas tun.

Auch beim Boden müssen wir etwas tun. Die Preise sind inzwischen astronomisch hoch, sodass wir bald gar keine Produkte kleiner Betriebe mehr haben, die wir vermarkten können. Das Land kann gegensteuern. Das Land könnte ein Agrarstrukturgesetz auf den Weg bringen. Das Land könnte endlich aufhören, seine eigenen Landesflächen zu Höchstpreisen zu verkaufen, und stattdessen kleine Bauern fördern.

(Beifall B90/GRÜNE)

Und wir könnten endlich die Prämie für die Umstellung auf Biobetrieb erhöhen. Udo Folgart hat es völlig richtig beschrieben: Das ist ein wachsender Trend. Wir können die Nachfrage bei weitem noch nicht decken. In Brandenburg ist die Umstellungsprämie so gering wie nirgendwo sonst. Das ist nicht zwingend, wir könnten das ohne Probleme ändern.

Zusammenfassend: Die Produktionsgrundlagen schützen! CDU-Antrag: Gut. SPD-Antrag: So lala. Alle Anträge zusammen wären ein rundes Paket. Was fehlt noch? Ein Jahr nach dem Volksbegehren gegen Massentierhaltung sehen wir: Einiges ist auf dem Weg, einiges nicht. Ich will jetzt nicht spalten, sondern das betonen, was gut läuft, nämlich der Tierschutzplan. Lassen Sie uns die Produkte, die in dieser Folge entstehen, besonders

bewerben. Wenn wir zeigen, dass es in Brandenburg geht, Schweine zu halten, ohne ihnen die Schwänze abzuschneiden, so ist das ein Qualitätsmerkmal. Das können wir doch bewerben. Also auch da sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen, ebenso wie bei den öffentlichen Kantinen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Produkte made in Brandenburg sind ein Qualitätsversprechen, und wir müssen alle zusammenarbeiten, damit es auf Dauer erfüllt wird. Das geht nicht nur durch Bürokratieabbau und bessere Vermarktung, sondern in allererster Linie dadurch, dass man die Produktionsgrundlagen, Wasser und Boden, schützt. Deswegen: Enthaltung beim SPD-Antrag und Zustimmung zum CDU-Antrag. Ich bitte und werbe um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Vida.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich wurde gestern von einem führenden Journalisten des Landes darauf aufmerksam gemacht ...

(Heiterkeit SPDsowie Zuruf: Oh! Wer führt denn?)

- Ja, ja.

..., dass es angemessen wäre, wenn ich zu diesem Thema spreche. Ungarn ist ja Partnerland der Grünen Woche. Ich erlaube mir, das zu tun; insofern die Änderung in der Rednerabfolge.

Meine Damen und Herren! Alle Redner haben bekundet, wie wichtig die Stärkung regionaler Produkte in Brandenburg ist, und alle überbieten sich auch in der Erkenntnis, dass immer mehr Verbraucher die Herkunft der Produkte als kaufentscheidend betrachten. Das ist völlig richtig; da gibt es keinen Dissens.

Nur möchte ich deutlich machen: Es reicht nicht, wenn man das erkennt, analysiert und ein bisschen lyrisch verklärt, wie schön das ist, sondern man muss die Frage stellen, was wir dafür tun, dass es so bleibt bzw. die Qualität ausgebaut und die heimische Landwirtschaft weiter gestärkt werden. Machen wir uns nichts vor, die Attraktivität landwirtschaftlicher Berufe nimmt - gerade bei jungen Leuten - sukzessive ab. Es sind die harten Arbeitsbedingungen, die da eine Rolle spielen, das vergleichsweise niedrige Lohnniveau in landwirtschaftlichen Berufen sowohl innerhalb des Bundeslandes als auch im Vergleich mit anderen Bundesländern und meines Erachtens die gelegentlich wachsende mangelnde Wertschätzung dieses sehr harten und ehrbaren Berufs. Deswegen hat zum Beispiel der ungarische Landwirtschaftsminister Fazekas Sándor deutlich gemacht, dass die Wertschätzung und Würdigung des Berufes sowie der daraus hervorgehenden Produkte das Zeichen des Partnerlandes Ungarn für die Grüne Woche sind und Leitbild der Grünen Woche sein sollen.

Schauen wir uns die Entwicklung im ländlichen Raum an! Gerade in Brandenburg ist sie nicht so, wie wir es uns wünschen und wie es nötig wäre, um junge Leute in landwirtschaftlichen Berufen zu halten. Der Umgang mit landwirtschaftlichen Berufen, Produkten und ihrer Wertschöpfung ist von harten Auflagen der Landesbürokratie gekennzeichnet. Wir brauchen im Land einen Check-up bezüglich Auflagen und bürokratischer Hürden, die auf das Minimum, nämlich auf das, was für die Kunden wirklich nötig ist, beschränkt werden müssen. Wenn wir uns ansehen, unter welcher Bürokratie viele Landwirte leiden, und das mit dem Ertrag, den sie erzielen, und mit dem Lohnniveau, das sie haben, vergleichen, so erkennen wir eine erhebliche Disproportionalität. Das war auch der Grund für unsere kritische Haltung bzw. Enthaltung bei der Abstimmung über das Volksbegehren gegen Massentierhaltung. Zwar schwang da im Hinblick auf das Tierwohl viel Richtiges mit, aber leicht unterschwellig gab es auch immer eine unangebrachte Kritik an den hart arbeitenden Landwirten unseres Landes.

Doch, meine Damen und Herren, das Land kann noch mehr tun. Wir denken an die massive Kürzung der finanziellen Ausstattung im Bereich der Ausbildung landwirtschaftlicher und gärtnerischer Fachkräfte. Wie kann das sein? Das steht im völligen Widerspruch zu dem, was hier eingefordert wird.

Wir denken aber auch an die Ablehnung unserer Anträge hinsichtlich mehr Bildung in Bezug auf Lebensmittelverschwendung. Es trüge zur Würdigung und Wertschätzung bei, wenn für erzeugte Produkte durch entsprechende Bildung in den Schulen ein Bewusstsein geschaffen würde. Das ist hier abgelehnt worden.

Wir denken aber auch daran, dass nicht genügend für den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen getan wird. Schauen wir es uns an: Umwandlung in Solarfelder in Ostprignitz-Ruppin; Umwandlung in Windkrafteignungsgebiete landauf, landab; die fehlerhafte Ansiedlung von Bibern und Wölfen, gegen die nichts getan wird; Kiesabbau, zum Beispiel in Mühlberg - dazu wird es morgen einen Antrag geben. All das führt dazu, dass die landwirtschaftlichen Flächen verknappert werden und die Landwirte es schwerer haben. Genau deswegen dürfen wir es nicht dabei belassen, die Regionalität anzuerkennen, zu würdigen und zu loben, sondern wir müssen etwas dafür tun, dass in den Regionen, in denen produziert wird, eine stärkere Wertschätzung der in diesem Sektor Tätigen erfolgt und das Land die finanziellen, organisatorischen und infrastrukturellen Voraussetzungen schafft, dass dieser ehrenwerte Berufszweig für die Brandenburger Wirtschaft in bekannter Qualität erhalten bleibt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Zu uns spricht Minister Vogelsänger für die Landesregierung.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Erst einmal ist es eine große Freude, dass wir die Grüne Woche besuchen dürfen. 1989 war Dallgow-Döberitz trotz seiner Lage unendlich weit von der Grünen Woche entfernt -

20 Kilometer und doch unendlich weit entfernt. Wir haben uns diese Freiheit erkämpft, und ich freue mich auf die Grüne Woche.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Jung [AfD])

Brandenburg hat 1993 die strategische Entscheidung getroffen, sich in einer eigenen Halle zu präsentieren. Das war eine wegweisende Entscheidung, und wir haben jetzt das 25-jährige Jubiläum. Ich freue mich natürlich auch, dass ich ein wenig mehr Zeit haben werde, die Marktstände zu besuchen. Ich werde alle 75 besuchen, Frau Schwarzenberg, dass ich aber auch alles durchprobieren kann, kann ich nicht versprechen; da muss ich erst noch üben.

(Heiterkeit der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Aber es lohnt sich, jeden Stand zu besuchen, und es ist die beste Werbung für regionale Produkte.

Ich möchte Danke sagen, bei den Menschen, die diese Marktstände betreuen. Das sind zehn Tage harte Arbeit. Dafür kann man auch einmal Danke sagen.

(Beifall SPD und der Abgeordneten Wichmann [CDU] und Christoffers [DIE LINKE])

Die Wertschätzung der Landwirtschaft Brandenburgs wird auch durch Folgendes verdeutlicht: Dreimal wird der Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt die Brandenburghalle besuchen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Auch ein Bundeslandwirtschaftsminister hat einen anspruchsvollen Terminplan. Ich freue mich, dass wir den Bundeslandwirtschaftsminister in der Brandenburghalle begrüßen können.

(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)

- Zustimmung von der Schwesterpartei, das ist schön; kommt ja nicht immer vor.

Ich will jetzt einiges zum Markt sagen. Der größte Markt, den wir mitten in Brandenburg haben, ist Berlin. Mich freut es, dass im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün einiges dazu steht. Nach dem Start wird es vielleicht ein Stückchen besser werden, was die Umsetzung des Koalitionsvertrags betrifft. Dazu wollen wir gern einen Beitrag leisten.

In mehreren Reden wurde schon die Richtlinie für Marktstrukturverbesserungen angesprochen. Ich habe das mit Blick auf die Bürokratie auch extra so gemacht, dass wir eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land kreieren - also keine EU-Förderung in Anspruch nehmen -, damit das einfach praktikabler gehandhabt werden kann. Es geht darum, dass wir die Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte stärken. Dafür ist diese Marktstrukturrichtlinie eine richtige Offensive, die natürlich auch von den Unternehmen entsprechend angenommen werden muss.

Die Bedeutung haben wir ja auch durch die Enquetekommission unterstrichen. Die Bruttowertschöpfung in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei ist in Brandenburg doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Daran müssen wir immer weiterarbeiten - es gibt immer Luft nach oben -,

denn ohne Wertschöpfung hat der ländliche Raum keine Zukunft. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür sorgen.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Die Bürgerinnen und Bürger stimmen ab, und 76 % der Bürgerinnen und Bürger haben gesagt, sie würden regionale Produkte wollen. Mit der Grünen Woche wollen wir sie dazu ermutigen, diese regionalen Produkte zu kaufen - das gehört ja dazu - und wir müssen dazu natürlich auch die Gelegenheit geben.

Deshalb sage ich auch noch einmal Danke - stellvertretend für die Abgeordnete Hackenschmidt - für die Arbeit von pro agro. Pro agro ist jetzt seit über zwei Jahrzehnten eine verlässliche Partnerin. Dafür kann man hier auch einmal Danke sagen.

(Beifall SPD)

Regionalität und Ökobereich schließen einander nicht aus, Herr Raschke. Eine gute Nachricht ist doch: Der Fördersatz wurde 2015 von 130 Euro je Hektar auf über 200 Euro je Hektar erhöht. Das ist doch schon etwas. Und dazu kommen noch die Direktzahlungen. Es gibt also ein großes Angebot, das angenommen werden muss und kann. Aber dafür müssen sich natürlich die entsprechenden Betriebe finden. Brandenburg ist Spitze bei Bio, und Brandenburg wird bei Bio Spitze bleiben.

(Beifall SPD)

Ich will noch etwas zur Europäischen Innovationspartnerschaft sagen. Auch dabei handelt es sich um ein großes Angebot. 24 Millionen Euro sollen dort zur Verfügung gestellt werden, damit wir neue Produktionsformen, neue Produktionsverfahren entwickeln. Das ist natürlich auch eine große Chance für die Landwirtschaft, für die Fischerei, für den Gartenbau.

Der Abgeordnete Gliese - er ist gerade im Gespräch - hat ebenfalls den Gartenbau angesprochen. Auch dafür machen wir auf der Grünen Woche Werbung. Ich habe von Anfang an die Internationale Gartenausstellung in Berlin unterstützt, die vier U-Bahn-Stationen von Brandenburg entfernt ist. In der dortigen Gartenbauhalle sind auch Brandenburger präsent, die für den Gartenbau werben.

Wir wollen das gemeinsam mit Berlin machen, und wenn dazu im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag einiges steht, ist das natürlich auch eine Herausforderung für uns und vor allem eine Aufforderung, uns dessen anzunehmen.

Ja, mit der Milch fängt alles irgendwie an - mit der Muttermilch zumindest. Jeder hat da seine Erfahrungen gesammelt.

(Heiterkeit SPD)

Deshalb habe ich aktuell auch eine entsprechende Broschüre mit vielen Angeboten erarbeiten lassen. Das reicht von Käseereien über gläserne Molkereien bis hin zu Milchtankstellen. Denn auch da können wir noch besser werden. Zehn Milchtankstellen - da kann ich mir noch mehr vorstellen.

Zum Thema Milch und Milchprodukte gibt es aber auch Vorschläge, die nicht hilfreich sind. Ich habe mich schon gewundert, dass das Umweltbundesamt darauf gekommen ist, die

Mehrwertsteuer für Milch und Milchprodukte erhöhen zu wollen. Ich glaube, das wäre der falsche Weg, und man sollte gar nicht erst darüber nachdenken, hier die Mehrwertsteuer zu erhöhen.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Christoffers [DIE LINKE])

Der Brandenburger Tag wird natürlich auch Gelegenheit geben, mit allen ins Gespräch zu kommen. Der Ministerpräsident ist traditionell dabei. Ich würde mich natürlich auch freuen, viele Abgeordnete dort begrüßen zu dürfen. Die Abgeordneten sind in den Wahlkreisen wichtige Werbeträger für den ländlichen Raum, für die Landwirtschaft.

Ich sage eines: Man sieht sich am Funkturm, und ich freue mich auf die Grüne Woche. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt CDU)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Nun erhält der Abgeordnete Gliese - falls dies gewünscht wird - noch einmal das Wort. Aber, Herr Kollege Gliese, Sie haben nur noch eine Minute und elf Sekunden Redezeit. - Nein, das ist nicht der Fall.

Frau Schwarzenberg hat keine Redezeit mehr. - Dann erhält Herr Minister Gerber für die Landesregierung das Wort. Bitte.

Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon gesagt: Die Verbraucherinnen und Verbraucher setzen zunehmend auf regionale Lebensmittel. Mit dem Kauf von regionalen Produkten werden Frische und Qualität verbunden - zu Recht. Zugleich unterstützen die Verbraucherinnen und Verbraucher die heimische Wirtschaft und wollen zum Beispiel durch die Reduzierung von Transportwegen etwas für die Umwelt tun.

Die von Verbraucherinnen und Verbrauchern nachgefragte Transparenz und das Vertrauen in die Produkte sind wichtige Argumente für die Anbieter regionaler Lebensmittel. Nicht zuletzt prägt die emotionale Bindung an die Region das Kaufverhalten. Das zeigen viele Untersuchungen. Handelsunternehmen sehen in diesem Trend seit einigen Jahren die Chance, neben dem Massengeschäft neue Angebote zu machen.

Was tun wir, um die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmerinnen und Unternehmern zu unterstützen? Ich will mich, bezogen auf meinen Geschäftsbereich, auf einen kleinen Ausschnitt beschränken. Im Cluster Ernährungswirtschaft haben wir bereits im Jahr 2014 das Thema Regionalität im Rahmen der Masterplanerstellung als Schlüsselthema identifiziert. Deshalb sind in den Handlungsfeldern „Marketingfaktor Regionalimage“ und „Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten“ die wesentlichen Maßnahmen festgehalten. Es geht dabei vor allem um die Verbesserung der Zusammenarbeit aller Produzenten entlang der Wertschöpfungskette und bei der Kommunikation.

Das Cluster Ernährungswirtschaft umfasst ja die gesamte Wertschöpfungskette von der Landwirtschaft über die Ernährungswirtschaft bis zur Getränkeindustrie, zu Logistik und Handel.

Es zählt mit einem Jahresumsatz von 9 Milliarden Euro und mit einem Anteil von 10 % am Gesamtumsatz der brandenburgischen Wirtschaft zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen des Landes. Das ist ein Umstand, der gar nicht so richtig bekannt ist, aber diese Zahlen zeigen, wie wichtig diese Branche für die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in unserem Land ist. Der gemeinsame Markt mit Berlin hat 6 Millionen potenzielle Konsumentinnen und Konsumenten und bietet damit große Möglichkeiten.

Die Mitglieder des Clusters Ernährungswirtschaft wie die Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau konnten Veranstalter von Großereignissen motivieren, auch auf regionale Produkte zu setzen. In diesem Jahr soll das beim Evangelischen Kirchentag in Berlin und Potsdam und ebenso beim Weltkindertag der Fall sein. Es werden Brandenburger Erzeuger gesucht, die die benötigten Nahrungsmittel liefern können. Dieser Herausforderung stellen wir uns natürlich gern.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, wir haben auch die Gesprächsreihe „Perspektivgespräche Ernährungswirtschaft“ gestartet. Ich bin deren Schirmherr. Wir wollen damit die Zusammenarbeit zwischen Ernährungswirtschaft und Handel verbessern.

Die Listung regionaler Produkte in Supermärkten ist und bleibt eine der größten Herausforderungen gerade für die kleineren Unternehmen der Ernährungswirtschaft. Wir wollen bei diesem Thema mehr machen, denn der Nachweis von Regionalität und die Sicherheit der Produkte werden den Verbraucherinnen und Verbrauchern immer wichtiger. Aber die Handelsketten haben natürlich Nachweis- und Dokumentationspflichten, die sie erfüllt sehen wollen, bevor Produkte gelistet werden.

Hier haben wir ein Projekt gestartet, das sich - ich weiß nicht, ob das der beste Name ist - „RegioFood Plus“ nennt. Es dient der Entwicklung eines Dokumentationssystems für die Regionalität und Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln.

In dem Projekt arbeiten unter der Federführung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde IT-Firmen, Lebensmittelproduzenten, wissenschaftliche Einrichtungen, Verbände und Handelsunternehmen zusammen. Die entwickelten Anwendungen werden gerade kleinen und mittleren Unternehmen helfen, ihren Dokumentationspflichten nachzukommen und damit die Möglichkeit zu haben, auch in großen Handelsketten gelistet zu werden.

Ich will noch ein Letztes erwähnen: das gewerbliche Netzwerk Marktgenuss. Das gibt es seit dem 1. Januar. Ziel ist eine Online-Handelsplattform für Lebensmittel. Das System wird von Unternehmen der Ernährungswirtschaft der Regionen aufgebaut und soll gerade kleineren Lebensmittelproduzenten Alternativen zum rein lokalen Absatz ihrer Produkte schaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir kommen nun zur letzten Rednerin in der heutigen Aktuellen Stunde. Das Wort hat Frau Hackenschmidt für die SPD-Fraktion.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Werte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Regionalität - Chancen regional erzeugter Lebensmittel für die Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Brandenburg nutzen“ ist auch 2017 ein wichtiges Thema. Man kann es hier nicht oft genug zur Sprache bringen. Und, Herr Raschke, wir wollen uns nicht für regionale Produkte einsetzen, sondern tun das schon lange.

(Beifall SPD)

In der 5. Wahlperiode hat der Landtag am 22. Januar 2014 den Beschluss über den Antrag „Nachhaltige regionale Landwirtschaft in Brandenburg sichern“, Drucksache 5/8386, gefasst. Ich kann sagen, der Beschluss wurde umgesetzt, die Ergebnisse zeigen sich.

In der Landesregierung wurde die Notwendigkeit der Unterstützung des ländlichen Raums und vor allem der Agrarwirtschaft immer prioritär gesehen. Denn sie ist das Rückgrat des ländlichen Raums.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Die regionalen Wertschöpfungsketten müssen dringend verdichtet und geschlossen werden, und das in erster Linie durch eine stärkere Veredelung der Produkte. Der Verbrauchermarkt mit 6 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern in der Region Berlin/Brandenburg bietet dafür ein wachsendes Potenzial. Somit wird die Beschäftigung im ländlichen Raum gesichert, und die ländlichen Räume werden lebenswerter und vitaler. Attraktive Dörfer und Städtchen können ein Aspekt bei der Bevölkerungsstabilisierung sein, und das sichert die Daseinsvorsorge.

Dabei geht es nicht nur um den direkten Bereich der Landwirtschaft. Nein, es hat große Auswirkungen auf das ortsansässige traditionelle Handwerk wie das der Bäcker, Fleischer, Fischer und Gärtner, aber auch für den Klempner, den Elektromeister, die Tischler und die Baufirmen. Wertschöpfung ermöglicht Arbeitsplätze, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen Lohn, Kaufkraft in der Region gibt Stabilität. Gleichzeitig werden touristische Angebote gesichert, Gastronomie und Beherbergungsunternehmen - ob Hotels, Pensionen oder Campingplätze -, unsere wunderbare Natur bietet dazu Vielfältiges.

Pro agro: Mit dem Verband zur Förderung des ländlichen Raums in der Region Berlin/Brandenburg haben wir seit 1992 einen wichtigen und starken Partner, der die Branche vernetzt und regionale Produkte aus Brandenburg und der Hauptstadtregion vermarktet. Bei seinen Mitgliedsunternehmen werden derzeit 12 432 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt und es wird ein Jahresumsatz von ca. 3 Milliarden Euro akquiriert. Zusätzlich haben die Fördermitglieder 9 384 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von 7,7 Milliarden Euro.

Pro agro vertritt die Gesamtinteressen aller Akteure im ländlichen Raum der Regionen und verbindet die Vielfalt von Agrar- und Ernährungswirtschaft mit Land- und Naturtourismus, um damit einen Mehrwert für alle zu schaffen.

Mit 630 kleinteilig strukturierten Unternehmen in unserer Ernährungswirtschaft, mit Nischenprodukten und Spezialitäten

ist eine Vermarktung äußerst schwierig. Diese Unternehmen sind dem harten Kampf im Lebensmitteleinzelhandel selten gewachsen.

Vom Verband wurden Entwicklungskonzepte zur Nutzung sämtlicher regionaler Potenziale erstellt, in den Katalogen „Landurlaub in Brandenburg“ und „Pferdeland Brandenburg“ die landtouristischen Angebote und Leistungen dargestellt und durch die Teilnahme an nationalen und internationalen Fach- und Publikumsmessen neue Märkte und Absatzwege erschlossen. So wird am Freitag in der Brandenburghalle auf der Grünen Woche der Marketingpreis „Ein Land voller Ideen“ verliehen. Wichtig ist die „Landpartie“, um Transparenz für die Verbraucher zu schaffen und so Vertrauen aufzubauen. Die Marken „VON HIER“, „Natürlich Brandenburg“ und das Prüfzeichen „pro agro geprüft“ sind dabei ebenso wichtige Elemente.

Die Präsentation von Gastronomen live im „Gläsernen Kochstudio“ in der Halle 21a ist gleichfalls eine gute Werbung für die regionalen Produkte, aber auch für einen weiteren wichtigen Aspekt im Leben, das Kochen. Leider ist das auch in unserer Gesellschaft ein rückläufiger Trend, obwohl im Fernsehen an allen möglichen Sendeplätzen gekocht wird.

Kurz zusammengefasst: Die erste Voraussetzung für den Kauf regionaler Produkte ist, dass sie vom Verbraucher als solche klar erkannt und gefunden werden können. Darum ist jede Art von Marketing dringend notwendig, und mit pro agro, dem erfahrenen Dienstleister, unserem Agrarmarketingverband für die Region Brandenburg-Berlin, haben wir den starken Partner für die Akteure im ländlichen Raum.

(Beifall SPD)

Nur so kann die Existenzsicherung der kleinen und mittleren Betriebe erreicht werden. Ein Trend dabei: die Verbesserung und dauerhafte Sicherung der Qualität. Einige Unternehmen spezialisieren sich deshalb im Premiumsegment und erzielen damit auch höhere Einnahmen.

Bei allem aber ist in erster Linie ein Maßstab grundsätzlich nötig: Qualität, Qualität, Qualität. Dazu braucht es eventuell auch ein Qualitätsprogramm. Regionale Produkte sind im ganzen Land vielfältig vorhanden. Die größten Probleme liegen in der Vermarktung, also darin, den Verbraucher zu informieren und die Produkte dann auch in den Verkauf zu bringen.

Wir alle können uns viel wünschen, doch die Realität spricht ihre eigene Sprache. Ja, in den Städten gibt es reichlich Bio- und Regionalläden und Grüne Märkte. Im Ernährungsreport 2017 vom Bundeslandwirtschaftsministerium wird analysiert: 70 % der Bundesbürger fordern eine artgerechte Haltung, und neun von zehn Befragten wären bereit, einen höheren Preis für Lebensmittel zu zahlen, wenn die Tiere entsprechend gehalten würden. 73 % legen Wert auf regionale Produkte. Gleichzeitig kaufen immer mehr Menschen - zurzeit 63 % - Agrarprodukte im Supermarkt. Gleichzeitig ist das Käuferpotenzial in Bioläden und auf den regionalen Märkten und den Hofläden rückläufig. Im Moment geben 5 % der Befragten an, dort zu kaufen. Vor einem Jahr waren es noch 10 %.

Da stellt sich mir die Frage: Belügt sich da nicht der Bürger selbst? Der Erfolg zeigt sich eindeutig über die erzielten Umsätze, und in der Gesellschaft gibt es neben dem Premiumtrend

auch leider den „Geiz-ist-geil“-Trend. Es gab und gibt schon sehr viele interessante Aktionen zur Unterstützung der Vermarktung regionaler Produkte - ob mit der Sendung „Land und lecker“ im RBB-Fernsehen, mit dem Jahresthema „Ein reich gedeckter Tisch - Willkommen im Schlaraffenland Brandenburg“ von pro agro, der Broschüre „Regional einkaufen in Elbe-Elster“ über Produzenten und ihr Leistungsspektrum, dem Projekt „Land(auf)Schwung“ des Bundesministeriums für Landwirtschaft mit der Modellregion Elbe-Elster zur Schaffung regionaler Wertschöpfungspartnerschaften zwischen Produzenten und regionalen Abnehmerstrukturen oder mit der Kooperation mit dem DEHOGA-Verband „Bauer sucht Koch - Koch sucht Bauer“.

Die gesellschaftliche Grundbildung „Essen“ muss dringend gestärkt werden, und zwar in den Kindertageseinrichtungen und Schulen beginnen - nur so erziehen wir ernährungsbewusste Menschen. Schülerfirmen, die Pausenversorgung als Unternehmenszweck haben, sowie Arbeitsgemeinschaften für Kochen und Backen sind dafür wunderbare Projekte.

Die große Marketingveranstaltung für unseren ländlichen Raum, unser Brandenburg, in der Halle 21a der Grünen Woche ist ein Besuchermagnet, und das freut mich außerordentlich. Die Menschen interessieren sich sehr für diese Leistungsschau und ihre regionalen Produkte, ob Obst, Gemüse, Säfte, Bier, Wurst, Käse, Gewürze, Öle, Eis, Wasser, Schnaps, Marmelade oder Schokolade. Sie besuchen die Stände der Bäckereien Plentz und Exner, die Unternehmen Landkost-Ei, Mineralquellen Bad Liebenwerda und ...

Präsidentin Stark:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssten jetzt zum Ende kommen.

Frau Hackenschmidt (SPD):

... Bauer-Fruchtsaft, probieren Öle von Kunella und die Eisvariationen aus der EIS-Zauberei von Wolfgang Brasch und zum Schluss ein Stückchen von der Schokoladenseite der Lausitz, ein Stück Schokolade von Felicitas oder ein Sanddornprodukt aus dem Hause Berger. Es gibt noch viel zu probieren. Packen wir es ein und genießen es! - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Danke. - Zu einer Kurzintervention hat der Abgeordnete Raschke das Wort.

Raschke (B90/GRÜNE):

Liebe Frau Hackenschmidt, ich nehme Ihnen das ab, ich glaube Ihnen das, dass Sie sich seit Langem bemüht dafür einsetzen, dass wir Qualität made in Brandenburg haben. Was ich aber feststellen muss, ist: Ihre Strategie dazu hat zwei Schwächen.

Schwäche 1 betrifft Folgendes: Was führt denn dazu, dass der Verbraucher ein Produkt kauft oder nicht kauft? Sie haben gesagt, es sei die „Geiz-ist-geil“-Mentalität. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass es auch noch andere Dinge sind, nämlich die Fragen: Überzeugen wir den Käufer davon, dass es wirk-

lich Qualität ist? Machen wir es ihm so einfach wie möglich? Bei dem Punkt, den Verbraucher davon zu überzeugen, dass es wirklich Qualität ist, müssen wir feststellen: Wir haben eben Massentierhaltung und Pestizide in Brandenburg, und davon müssen wir wegkommen. Solange es aber so ist, kann ich den Verbraucher nicht davon überzeugen, dies zu kaufen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Wie machen wir es den Verbraucherinnen und Verbrauchern so einfach wie möglich, unsere guten Produkte zu kaufen? Wir haben jetzt viel davon gehört: Grüne Woche ist eine tolle Sache, von mir aus kann es sie das ganze Jahr über geben, die „BraLA“ und die Brandenburger Landpartie sind ebenfalls toll. Das alles sind richtige Vorzeigeprojekte, aber es ist nicht der Alltag.

Wir brauchen etwas, was im Alltag hilft, dass es den Menschen so einfach wie möglich gemacht wird. Die CDU hat jetzt ein Qualitätssiegel vorgeschlagen. Wir haben eine Produktkennzeichnung für Fleisch vorgeschlagen, an der man erkennen kann, aus welcher Haltung das Fleisch kommt. Das haben Sie abgelehnt. Solange Sie das machen, hat Ihre Strategie Schwächen, und da hilft keine Vermarktung weiter. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Frau Hackenschmidt, möchten Sie auf diese Kurzintervention reagieren? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir diesen Tagesordnungspunkt schließen, möchte ich Schülerinnen und Schüler des Gauß-Gymnasiums Schwedt sowie die am Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket der Landesregierung besonders interessierten und davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg begrüßen. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie alle da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion „Made in Brandenburg - Regionale Wertschöpfungsketten erschließen und regionale Vermarktung stärken“, Drucksache 6/5873, ab. Wer dem Antrag folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und DIE LINKE, Drucksache 6/5877, „Regionale Wertschöpfung, Produktion und Vermarktung Brandenburger Agrarerzeugnisse fördern“. Wer dem Antrag folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei vielen Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/5879, „Qualität ‚made in Brandenburg‘ statt märkischer Agrarindustrie“. Wer dem Antrag folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist diesem Entschließungsantrag mehrheitlich nicht gefolgt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und eröffne **Tagesordnungspunkt 2**:

Fragestunde

Drucksache 6/5858
Drucksache 6/5861
(Neudruck)
Drucksache 6/5860
Drucksache 6/5846
Drucksache 6/5847

Die **Dringliche Anfrage 18** (Neonazi-Aufmarsch in Cottbus) stellt Frau Gossmann-Reetz, dann folgt Herr Prof. Dr. Schierack mit der **Dringlichen Anfrage 20** (Rechtsextremer Aufmarsch in Cottbus am 13. Januar 2017). Ich bitte Sie, beide Dringliche Anfragen zu formulieren. Danach hat die Landesregierung die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Bitte, Frau Gossmann-Reetz.

Frau Gossmann-Reetz (SPD):

Presseberichten zufolge marschierte am Freitag, dem 13. Januar 2017, eine sehr große Zahl verummelter Rechtsextremisten ungefähr 300 Meter weit durch Cottbus. Sie hielten Pyrotechnik in den Händen und verteilten Flugblätter. Es wurden ein Transparent „Verteidigt Cottbus!“ getragen und Sprechchöre gerufen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die beschriebenen Vorfälle in Cottbus?

Präsidentin Stark:

Bitte, Prof. Dr. Schierack.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Am Freitag, den 13. Januar 2017, gab es in Cottbus einen unangemeldeten Aufmarsch, der nach Polizeiangaben als „eindeutig rechtsextrem“ einzuordnen ist und das Ziel hatte, Angst und Hass zu verbreiten. Die Polizei wurde durch Notrufe alarmiert, traf aber erst am Ende des Aufmarsches ein.

Der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus, Holger Kelch, forderte vom Land Brandenburg, solche Aufmärsche „mit seinem Verfassungsschutz, mit seinem Staatsschutz und natürlich auch mit der Polizei“ zu verhindern. Presseberichten zufolge hatten die Brandenburger Sicherheitsbehörden keine Kenntnis von dieser Aktion und waren daher unvorbereitet und überrascht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erkenntnisse hatten die Brandenburger Sicherheitsbehörden über den Aufmarsch?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Schröter.

Minister des Innern und für Kommunales Schröter:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Gossmann-Reetz, verehrter Herr Dr. Schierack, nach dem nicht angemeldeten Aufzug von Freitag vergangener Woche in Cottbus war eine schnelle, ich meine, sogar vor-

schnelle Kritik zu hören, und zwar an der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden. Diese Kritik war in Teilen damals und ist auch heute nicht berechtigt.

Was in Cottbus stattgefunden hat, war zweifelsohne ein bedenkliches Zeichen für die Aktivität der rechten Szene in der Lausitz; ein Skandal unserer Polizeiarbeit hingegen war es nicht.

(Beifall SPD)

Den Sicherheitsbehörden lagen im Vorfeld keinerlei Erkenntnisse auf entsprechende Versammlungen oder Veranstaltungen vor. Die Polizeidirektion Süd hat auf den Vorfall auch rasch und konsequent reagiert. Dies vorausgeschickt, möchte ich Ihnen nunmehr den gegenwärtigen Erkenntnisstand zur Kenntnis geben.

Um 21.56 Uhr erreichte die Polizei über den Notruf die Information, dass in der Innenstadt von Cottbus bis zu 100 Personen, alle schwarz gekleidet und einige mit Fackeln in der Hand, in Richtung Stadthalle laufen und „Widerstand!“ brüllen würden. Weitere Zeugen bzw. Anrufer sprachen von einer Gruppe von über 50 Personen, dunkel bzw. schwarz gekleidet, verummelt mit Schals, Mützen oder Sturmhauben, in einer losen Marschformation.

Zehn Minuten später - in diesen zehn Minuten wurde das Telefonat zu Ende geführt - wurde der Auftrag für die Funkstreifenwagen erteilt, und in diesen zehn Minuten liegt natürlich auch die Anmarschzeit. Als also um 22.06 Uhr, nach besagten zehn Minuten, die erste Funkstreifenbesatzung am Einsatzort Altmarkt eintraf, war ein Aufzug nicht mehr feststellbar. Um 22.08 Uhr trafen weitere vier Streifenwagen der Brandenburger Polizei ein sowie ein weiteres Fahrzeug der Bundespolizei. Der rechte Spuk was also so schnell wieder verschwunden, wie er gekommen war.

Ich wiederhole: Nach zehn Minuten war das erste Einsatzfahrzeug vor Ort, nach zwölf Minuten fünf weitere.

In der Folge wurden Reste pyrotechnischer Erzeugnisse und Handzettel mit entsprechendem Sachbezug „Cottbus NAFRI-frei“ aufgefunden und sichergestellt. Ferner wurden im Rahmen der Aufklärungsmaßnahmen vor Ort mehrere polizeibekannte Personen festgestellt, deren Bezug zum Aufzug weiterhin geprüft wird. In der Folge kontrollierte die Polizei mögliche Anschließtrefforte bzw. Szenetreffs, allerdings ohne Feststellung relevanter Personen. Insgesamt - ich erwähnte es - waren sechs Einsatzfahrzeuge sowie ein Fahrzeug der Bundespolizei am Einsatz beteiligt.

Meine Damen und Herren, dass die Polizei schnell reagierte, zeigen nicht nur die eigenen Erkenntnisse, sondern auch die Beobachtungen vor Ort durch Dritte. Über den rechten Flashmob twitterte die „Antifa Cottbus“ erstmals um 22 Uhr - also kurz nachdem diese Aktion begann. Um 22.15 Uhr folgte dann ein weiterer Tweet der „Antifa Cottbus“ mit dem Inhalt: „Inzwischen viel Pol unterwegs“ - Gemeint war also: „Inzwischen viel Polizei unterwegs“. Das spricht für eine schnelle Reaktion der Polizei vor Ort und bestätigt zudem unsere eigenen Erkenntnisse.

Meine Damen und Herren, im Rahmen erster Ermittlungen wurden auch Internetrecherchen durchgeführt. Dabei wurde

ein Video auf Facebook festgestellt, auf welchem der Aufzug zu erkennen ist, wie er sich gerade in der Spremberger Straße in Höhe des Stadtbrunnens bewegt. Die Teilnehmer der ersten Reihe tragen dabei ein schwarzes Transparent mit der weißen Aufschrift „Verteidigt Cottbus!“ Aufgrund der schlechten Qualität des Videos und der offensichtlichen Vermummung der Teilnehmer sind einzelne Personen nicht zu identifizieren. Auch lässt die Bildqualität keine genauen Angaben, sondern nur ungefähre Aussagen zur Teilnehmerzahl zu.

Die bisherigen Ermittlungsergebnisse deuten darauf hin, dass für diesen Aufzug zuvor nicht in öffentlich zugänglichen Medien geworben wurde. Es liegt nahe, dass die Teilnehmer andere, nicht öffentliche Kommunikationswege nutzten, um sich zu spontanen Aktionen zu verabreden. Diese Organisationsform über Messengerdienste wie WhatsApp ist vergleichbar mit anderen Aktionen, die allgemein als Flashmob bezeichnet werden. Ein solcher Flashmob ist darauf angelegt, in kurzem Zeitrahmen eine Aktion zu starten, um auf sich aufmerksam zu machen, und anschließend sofort wieder zu verschwinden.

Die Polizei geht nach gegenwärtigem Stand von ca. 100 Teilnehmern aus. Es gibt eine mir bekannte - die höchste - Schätzung von Dritten, die sich auf 121 Teilnehmer beläuft. Eine genaue Teilnehmerschätzung ist - ich sagte es - aufgrund der vorliegenden objektiven Umstände, vor allem wegen der schwachen Bildqualität und Vermummungen, nicht seriös möglich. Gleiches gilt für die Identifizierung einzelner Teilnehmer.

Nach Beendigung der Einsatz- und Aufklärungsmaßnahmen wurde am Samstagmorgen eine Ermittlungsgruppe mit sechs Beamten der Kriminalpolizei der Direktion Süd eingesetzt. Es laufen zwei Ermittlungsverfahren, und zwar wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz sowie wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz, hier wegen des Einsatzes von Pyrotechnik. Eine Anzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung läuft von Amts wegen.

Nach den jetzigen Erkenntnissen, meine Damen und Herren, ist die Staatsanwaltschaft Cottbus dabei, die Dinge weiter voranzutreiben. Die Polizei wie auch ich selbst nehmen diese Entwicklung sehr ernst. Zur Bewältigung möglicher vergleichbarer Lagen sind zusätzliche Eingreifkräfte vorgesehen. Ziel ist vorrangig die Verhinderung solcher Aktionen. Die Ermittlungen des polizeilichen Staatsschutzes zum Aufzug dauern ebenfalls an. Sie werden unter Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaft Cottbus - ich sagte es bereits - konsequent weitergeführt. Dabei werden auch mögliche Zusammenhänge zu ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit untersucht. Es gibt hier vergleichbare Tatumstände, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen. Dass ein möglicher Zusammenhang mit dem damals noch nicht gesprochenen Urteil zum NPD-Verbot besteht, ist nicht grundsätzlich auszuschließen. - So weit der gegenwärtig bekannte Sachstand.

Meine Damen und Herren, wenn die Polizei im Vorfeld von einer Lage keine Kenntnis hat, dann kann sie diese natürlich nicht verhindern. Ich denke aber, ich konnte Ihnen nachweisen, dass die Polizei in der Lage war, sehr kurzfristig zu reagieren und eine längerfristige Aufmarschsituation konsequent zu verhindern.

Ich habe aus der Lektüre einiger Schnelldiagnosen, insbesondere auf Twitter, leider den Eindruck gewonnen, dass das

Problem in Cottbus weniger der rechte Aufmarsch gewesen sei als vielmehr die Arbeit unserer Polizei. Diesen Eindruck möchte ich auch von dieser Stelle aus ganz entschieden zurückweisen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Wir müssen vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass die getroffenen Maßnahmen gegen die Strukturen der rechtsextremen Szene in der Lausitz diese zwar durchaus behinderten und einschränkten, die Aktivisten dieser Szene jedoch nicht verschwunden sind. Ich meine, wir sollten uns auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konzentrieren und nicht auf unzutreffende, eher parteipolitisch motivierte Schuldzuweisungen an die Sicherheitsbehörden. - Mit diesem Appell bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Stark:

Herr Minister, ich bitte Sie, noch ein wenig hier vorne zu bleiben; es gibt sehr viele Zusatzfragen, zu denen wir gleich kommen.

Zunächst möchte ich Besucher willkommen heißen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Bruno-Bürgel-Gesamtschule Rathenow. Herzlich willkommen im Plenarsaal!

(Allgemeiner Beifall)

Nun sollen alle Fragesteller das Wort erhalten. Ich sage daher kurz noch etwas zu den Regeln: In einer Fragestunde sind Zusatzfragen möglich. Die ersten Zusatzfragen kommen dabei von den Fragestellern selbst, wobei diese die Gelegenheit haben, bis zu drei Zusatzfragen zu formulieren. Ein Dialogverfahren ist nicht vorgesehen. Weil es so viele Fragesteller sind und weil ich diesen Tagesordnungspunkt nicht torpedieren möchte, werde ich die Fragen in zwei Blöcken abhandeln. Die weiteren Fragesteller, die Mitglieder des Landtages sind, können bis zu zwei Zusatzfragen formulieren. Im ersten Block finden sich die beiden Fragesteller - Frau Gossmann-Reetz und Prof. Schierack - sowie Herr Abgeordneter Homeyer. Im zweiten Block sind dann Herr Petke und Herr Lakenmacher an der Reihe.

Wir beginnen mit den Zusatzfragen. Frau Abgeordnete Gossmann-Reetz, bitte.

Frau Gossmann-Reetz (SPD):

Ich stelle meine drei Nachfragen gebündelt. Ich habe sie eben aufgeschrieben, schauen Sie einmal!

(Zuruf von der SPD: Sehr gut vorbereitet! - Vereinzelt Beifall CDU)

Erstens: Welche Erkenntnisse haben Sie dahin gehend, aus welcher Szene in Brandenburg die Initiatoren kommen?

Zweitens: Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um weitere Aufmärsche in unserem Land zu verhindern?

Drittens: Werden Sie für die Aufklärung der Geschehnisse auch mit Sicherheitsdiensten anderer Bundesländer zusammenarbeiten?

Präsidentin Stark:

Als nächster Fragesteller erhält Prof. Schierack das Wort.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Herr Minister, danke für die Antwort. Ich habe auch zwei kurze Fragen: Wie bewerten Sie die Vorkommnisse? Das hat mir in Ihrer Antwort gefehlt.

Meine zweite Frage ähnelt der meiner Kollegin Vorrednerin: Haben Sie Erkenntnisse über den Einzugsbereich der dort Marschierenden? Es wurden ja dort drei Personen polizeilich festgestellt bzw. festgenommen. Können Sie dazu etwas sagen?

Präsidentin Stark:

Nächster Fragesteller in diesem Block ist der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Innenminister, zunächst einmal vielen Dank dafür, dass Sie uns erläutert haben, dass die Polizei dann da war, als sich der Flashmob bereits aufgelöst hatte.

(Zuruf von der SPD: Falsch! - Domres [DIE LINKE]: Nein, das ist Polemik!)

- Ja, so war es doch, oder habe ich das falsch verstanden?

(Vereinzelte Beifall CDU - Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE - Zurufe: Stellen Sie bitte nur Ihre Zusatzfrage!)

Es ist doch wichtig, Herr Minister, nachdem Sie nun ein paar Tage Zeit gehabt haben und Ihre Sicherheitsbehörden auch, zu erfahren, welches Gefährdungspotenzial nach Ihrer Einschätzung von den am Aufmarsch beteiligten Personen ausgeht. Sind Sie schon so weit, uns dazu eine erste Einschätzung geben zu können? Und sind die daran beteiligten Personen so organisiert, dass sie jederzeit - also auch in der Zukunft - wieder konzentrierte Aktionen durchführen können, egal ob in Cottbus, im Süden oder sonstwo in Brandenburg?

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Präsidentin Stark:

Vielen Dank für die kurzen und prägnanten Fragen. - Herr Minister, Sie haben jetzt die Gelegenheit zu antworten.

Minister Schröter:

Zunächst zur Frage von Frau Gossmann-Reetz, welche Erkenntnisse zur Szene vorliegen: Frau Gossmann-Reetz, es gibt parallele Handlungsweisen zu den sogenannten „Spreelichtern“ der Vergangenheit. Deshalb werden natürlich auch diese Dinge vertieft untersucht. Ich bitte aber um Nachsicht, wenn ich die Ermittlungsarbeit jetzt nicht dadurch erschwere, dass ich Ihnen hier entsprechende Details zur Kenntnis gebe. Aber diejenigen, die in der südlichen Region Brandenburgs zu Hause sind, wissen, dass dort in der Vergangenheit ähnliche Aktivitäten schon einmal eine Rolle spielten.

Welche Maßnahmen wurden zur Verhinderung solcher Ereignisse in der Zukunft eingeleitet? Ich sagte schon, dass wir gezielt unsere Polizei verstärken; mit den erfolgten Haushaltsbeschlüssen sind die Weichen dafür bereits gestellt. Wir wollen den Staatsschutz stärken und wir wollen selbstverständlich auch unsere Bereitschaftspolizei wieder etwas verstärken. Wir werden natürlich auch versuchen, im Vorfeld die Aufklärung zu intensivieren.

Solche Flashmob-Aktivitäten werden wir jedoch - damit bin ich schon bei einer weiteren Nachfrage - nicht grundsätzlich verhindern können, weil es Möglichkeiten gibt, zueinander zu finden, die durch polizeiliche Vorfeldaufklärung nur sehr schwer auszumachen sind. Deshalb ist es nicht hundertprozentig auszuschließen, dass - von welcher Seite auch immer - solche spontanen Aktionen organisiert und durchgeführt werden. Wichtig ist mir aber, dass Polizei rechtzeitig vor Ort ist, bevor aus solchen spontanen Flashmobs größere Aktionen werden können, die möglicherweise dann auch mit Randalen oder anderen Dingen im Zusammenhang stehen.

(Vereinzelte Beifall SPD)

Es ist eine ganz wichtige Aufgabe der Polizei, durch ausreichende Polizeipräsenz und auch durch das entsprechende Auftreten der Polizeikräfte eine Eskalation auf der Straße zu verhindern.

Frau Gossmann-Reetz, wir werden selbstverständlich, sobald es zu anderen Regionen wie Berlin oder Sachsen Bezüge gibt, Kontakte mit den entsprechenden Dienststellen dieser Länder aufnehmen.

Damit komme ich zu der Frage, welcher Einzugsbereich der Teilnehmer festgestellt werden konnte: Wir sind dabei, durch Zeugenvernehmungen zu versuchen, die Herkunft von Kraftfahrzeugen zu eruieren. Wenn es uns gelingt, Pkw-Kennzeichen auszumachen, dann wissen wir auch, aus welchen Regionen möglicherweise außerhalb von Brandenburg Teilnehmer bei diesem Aufzug dabei gewesen sind.

Meine Damen und Herren, ich sagte es bereits: Für mich ist dieser Aufmarsch ein sehr ernst zu nehmendes Indiz dafür, dass die rechte Szene insbesondere in der Lausitz noch sehr aktiv ist. Wir werden mit wachen Augen darauf schauen, dass sich diese Szene nicht wie ein Krebsgeschwür ausweitet und nicht stärker wird. Wir werden durch polizeiliche Arbeit im Vorfeld wie auch in der Unterdrückung solcher Dinge dafür Sorge tragen, dass Brandenburg sicher und ein tolerantes Land bleibt, wo brauner Mob keine Chance hat, irgendwo die Bevölkerung zu erreichen oder gar zu verunsichern.

Ich hoffe, ich habe damit alle Fragen beantwortet. Bezüglich des Gefährdungspotenzials werden wir sehen, welche Ergebnisse die Ermittlungen erbringen; dann kann ich auch eine konkrete Aussage zum Gefährdungspotenzial treffen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Wir kommen zu den nächsten Fragestellern. Das sind die Abgeordneten Petke und Lakenmacher.

Petke (CDU): *

Herr Minister, haben Sie vielen Dank für Ihre Antwort - insbesondere für Ihre Aussage, dass Sie diesen rechtsextremen Aufmarsch ernst nehmen. Das war ja eine Demonstration der Stärke der Rechtsextremen. Nicht zuletzt deswegen haben sie sich wohl auch diesen Aufmarsch entlang der Cottbuser Synagoge ausgesucht.

Mit dem Amtsantritt der Regierung aus SPD und Linken im Jahr 2009 begann zum einen ein beispielloser Abbau ...

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Jetzt ist keine Zeit für Selbstdarstellungen! - Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das ist eine Fragestunde! Schauen Sie einmal in die Geschäftsordnung!)

Kollege Scharfenberg, damit begann nicht nur ein beispielloser Abbau von Personal bei der Polizei, sondern wurde auch die staatliche Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität aus der Fläche abgezogen und bei den Direktionen konzentriert.

Ich darf Sie fragen, Herr Minister: Nehmen Sie die Nichtkenntnis über diesen Aufmarsch bei Verfassungsschutz, Staatsschutz und Polizei zum Anlass, darüber nachzudenken, die damalige Entscheidung im Rahmen der Polizeireform, die Bekämpfung von politisch motivierter Kriminalität zu zentralisieren, noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls rückgängig zu machen, damit wir wieder an Informationen kommen, die die Polizei braucht, um solche Aufmärsche auch in Zukunft verhindern zu können?

Präsidentin Stark:

Wir kommen zum nächsten Fragesteller. Herr Lakenmacher, bitte.

Lakenmacher (CDU):

Vielen Dank an den Innenminister für die bisherige Beantwortung. - Nachdem der Kollege Petke zum Staatsschutz gefragt hat, der zentralisiert wurde, der abgebaut wurde, der eines der Opfer dieser Polizeireform ist, möchte ich den Fokus auf den Verfassungsschutz lenken und Sie, Herr Innenminister, fragen: Sehen Sie gerade im Hinblick auf den Personalabbau beim Verfassungsschutz von rund einem Drittel in den letzten Jahren unter Rot-Rot einen Zusammenhang dahin gehend, dass dieser Flashmob nicht erkannt wurde, dass Informationen - und Informationen sind nun einmal das Produkt eines Inlandsnachrichtendienstes - hier nicht vorlagen?

Mit anderen Worten: Sehen Sie einen Zusammenhang dazu - das hat der Chef des Verfassungsschutzes Carlo Weber hier ganz klar und eindeutig formuliert -, dass der gesetzliche Auftrag des Verfassungsschutzes mit dem vorhandenen Personal, sozusagen mit dem Torso, der beim Verfassungsschutz Brandenburg geblieben ist, nicht mehr erfüllt werden kann und Informationen über solche Aufmärsche nicht mehr geliefert werden können? Denn das ist gerade die Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Bevor Sie gleich antworten, Herr Minister, frage ich: Gibt es einen weiteren Fragesteller, der nicht zum Zuge

kam? - Das sieht nicht so aus. Dann sind wir jetzt bei den Antworten. Bitte schön, Herr Minister Schröter.

Minister Schröter:

Herr Petke, wir müssen Polizeiarbeit ständig an die Kriminalitätsphänomene und an die Herausforderungen, die an Polizei gestellt werden, anpassen. Diesbezüglich haben auch entsprechende Thesen des Bundesinnenministers viel Bewegung in die Polizeistrukturen nicht nur in Brandenburg, sondern in ganz Deutschland gebracht. Vielleicht werden wir in Zukunft Polizei und Polizeiarbeit ganz neu denken und ganz neu aufstellen.

Ich jedenfalls bin jemand, der für Veränderungen, die zu Verbesserungen führen, sehr offen ist. Im Gegensatz zu einigen meiner Kollegen habe ich die Vorschläge von Herrn de Mai-zière nicht pauschal abgelehnt, sondern auch öffentlich gesagt, dass wir über viele Dinge nachdenken müssen. Und wenn genügend Nachdenklichkeit zu besseren Formen der Zusammenarbeit oder der Zusammenlegung führt, bin ich der Letzte, der dann eine Verweigerungshaltung einnehme. Ich denke, da werden wir über vieles neu nachdenken müssen. Das bedeutet auch, dass innerhalb der Brandenburger Strukturen geprüft werden muss: Was funktioniert zentral am besten und was dezentral?

Im Übrigen gibt es dazu einen ganz großen Expertenstreit. Ich hoffe, wir haben demnächst Gelegenheit, planmäßig nach vorn zu schauen und nicht mehr die Schlachten von gestern zu schlagen. Denn der Personalabbau bei der Polizei ist nicht nur längst beendet, sondern wir reden über den Aufwuchs von Polizei.

(Beifall SPD und des Abgeordneten Christoffers [DIE LINKE])

Deshalb können wir auch darüber reden, wo das Mehr an Polizeistellen am sinnvollsten anzuwenden ist. Das wird eine spannende Diskussion, die ich viel spannender finde, als über den Abbau von Strukturen nachdenken zu müssen. Ich hoffe da auf ein kreatives Zusammenwirken quer über alle Parteien.

Zum Verfassungsschutz: Verehrter Herr Lakenmacher, wenn es so einfach wäre, mit mehr Mitarbeitern beim Verfassungsschutz alles verhindern zu können, dann würde ich sagen: Sagen Sie mir bitte, wie viel mehr gebraucht wird, und dann sorgen wir für eine hundertprozentige Sicherheit.

(Zuruf von der CDU: Was sagt die Linke dazu?)

Dies geht aber leider nicht. - Meine Damen und Herren, es ist auch irgendwo ein Beweis dafür, dass wir, wenn Verfassungsschutz und Staatsschutz im Vorfeld keine Erkenntnisse hatten, in einer freiheitlichen Demokratie leben.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Lüttmann [SPD])

Denn was wäre dieses Land, wenn Polizei über jede kleine Aktion im Vorfeld Bescheid wüsste?

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Dann lebten wir wieder in einem Überwachungsstaat. Jetzt spreche ich einmal die Ostdeutschen unter Ihnen an: Wir waren

doch alle irgendwo bedrückt über die Situation in der ehemaligen DDR, wo wir uns am Ende kaum noch im Familienkreis offen und ehrlich unterhalten konnten, weil wir überall Stasi-Leute vermuteten.

(Senftleben [CDU]: Was ist das denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie werden heute über einen Antrag der Koalitionsfraktionen abstimmen, in dem das Innenministerium unter anderem aufgefordert wird, lageentsprechend personelle oder gesetzliche Veränderungen dem Landtag zur Kenntnis zu geben.

Ich werde dieses sehr ernst nehmen und werde, wenn nötig, verehrter Herr Lakenmacher, dem Landtag auch vorschlagen, die Personalausstattung des Verfassungsschutzes zu erhöhen, um die Notwendigkeiten, die der Verfassungsschutz erledigen muss, auch sachgerecht durchführen zu können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen und kommen zur **Dringlichen Anfrage 19** (Kosten des Kreisverkehrsneubaus an der Bundesstraße 167 in Neuruppin), Drucksache 6/5860. Der Abgeordnete Wichmann erhält das Wort.

Wichmann (CDU): *

Wie wir am Samstag, dem 14. Januar, in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ lesen konnten, gibt es in den Akten des Landesbetriebes Straßenwesen einen Vergleich der Kosten eines Neubaus des Kreisverkehrs in Neuruppin mit 40 Metern bzw. dem Erhalt des bisherigen Kreisel mit 70 Metern Durchmesser. Der Kostenunterschied liegt laut diesem Vergleich bei nur 50 000 Euro.

Wir hatten im Petitionsausschuss dazu ein sehr umfangreiches Verfahren. Die Anfrage meines Kollegen Dr. Jan Redmann zu dem Kostenvergleich wurde von der Landesregierung mit der Antwort auf die Kleine Anfrage 1782 dahin gehend beantwortet, dass die Mehrkosten bei zirka 500 000 Euro liegen.

Wir hatten dann mit dem Petitionsausschuss am 6. September in Neuruppin einen Vor-Ort-Termin. Dort war Staatssekretärin Jesse anwesend, sie hat Mehrkosten von ungefähr 100 000 Euro in den Raum gestellt. Danach hatten wir am 28. September hier bei uns im Petitionsausschuss ein Gespräch mit Ministerin Schneider. Sie teilte mir und dem Abgeordneten Galau mit, dass es gar keinen Kostenvergleich gebe. Auf unsere erneute Anforderung einer Stellungnahme wurde uns in der Sitzung des Petitionsausschusses am 27. Oktober das mitgeteilt, was die Landesregierung dem Parlament schon am Anfang in der Antwort auf die Kleine Anfrage mitgeteilt hatte, dass die Mehrkosten für den Erhalt des großen Kreisel bei 500 000 Euro liegen.

Deshalb frage ich die Landesregierung heute in Form einer Dringlichen Anfrage hier im Plenum: Weshalb wurde der Petitionsausschuss trotz mehrfacher schriftlicher Nachfragen nicht über den aktenkundigen Kostenvergleich der beiden Varianten informiert?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Schneider.

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wichmann, über den Kreisel in Neuruppin wird seit langer Zeit eine intensive, sehr emotionale Debatte geführt.

Um das gleich vorwegzunehmen: Dass es, wie Herr Dr. Redmann in der Zeitung zitiert worden ist - er hat sich schon für eine Nachfrage gemeldet -, jetzt einen Knaller oder eine Täuschung gebe, ist nicht der Fall.

Um einmal für alle zu erklären, was der Kreisel Neuruppin bedeutet, muss ich ein bisschen ausholen und in die Geschichte schauen. Der Kreisel Neuruppin ist 2002 durch die Stadt Neuruppin mit einer Größe von 70 Metern errichtet worden. Die Stadt Neuruppin hatte dabei im Blick, dass es im Laufe der Zeit eine erhebliche Erhöhung der Verkehrsbelastung geben würde und dieser Kreisel, einstreifig errichtet, dann zweistreifig ausgebaut werden sollte.

Im Jahr 2007 ist dieser Kreisel in die Verantwortung des Landesbetriebes Straßenwesen übergeben worden und es erfolgte eine Abnahme. Im Jahr 2008 erfolgte eine oberflächliche Beseitigung der sichtbaren Mängel.

2014 sind dann an diesem Kreisel erhebliche Schäden sichtbar geworden, die so weit gingen, dass innerhalb der Fahrbahn Steine locker waren, also Material locker war, und eine erhebliche Gefährdung des Verkehrs nicht auszuschließen war. Das war mit Blick auf die noch nicht so lange zurückliegende Errichtung ungewöhnlich. Deswegen hat sich der Landesbetrieb dazu entschlossen, intensiv zu untersuchen, was da los ist. Darüber wurde im Dezember 2014 ein Gutachten erstellt. In dem Gutachten kam man zu dem Schluss, dass es offensichtlich Baufehler im Untergrund gegeben hat und der Kreisel daher komplett neu errichtet, also grundhaft saniert, neu gebaut werden muss.

(Wichmann [CDU]: Das ist keine Antwort auf meine Frage!)

Um die Verkehrssicherheit aufrechtzuerhalten, wurde 2015 eine Notsanierung durchgeführt. Sie kostete etwa 87 000 Euro, was die Oberfläche angeht.

2015/2016 erfolgte dann die Planung unter Beteiligung der Kommune. Bei dieser Planung musste sich der Landesbetrieb darüber Gedanken machen, in welcher Form der Neubau des Kreisel erfolgen soll.

Aufgrund der Verkehrsbelastung, der vorliegenden Zahlen und der Regelwerke kam der Landesbetrieb zu dem Schluss, dass ein Kreisel von 40 Metern Durchmesser geeignet ist, den Verkehrsfluss in Neuruppin an dieser Stelle aufzunehmen.

Dieses ganze Thema war Gegenstand einer umfangreichen Debatte, die sich im Bauausschuss der Stadt Neuruppin, in Kleinen Anfragen des Landtages, in der Einbeziehung des Landesrechnungshofes, des Bundes der Steuerzahler und des Petiti-

onsausschusses, einschließlich der von Ihnen dargelegten Veranstaltung am 06.09.2016 vor Ort, widerspiegelte.

Grundanliegen der Debatte war: Bis zum 06.09.2016 wurde angezweifelt, dass es stimme, dass ein Neubau dieses Kreisels erforderlich sei; wir würden Geld verschwenden. Deswegen auch die Einbeziehung von Rechnungshof und Bund der Steuerzahler. Man sagte, man könnte das alles mit 400 000 Euro reparieren. Träger dieser Meinung war der ehemalige Leiter des Neuruppiner Bauamts, der auch den Kreisel von 2002 zu verantworten hatte. Das war der Grundtenor der Debatte.

Das Gutachten ist letztlich akzeptiert worden; es war im Rahmen einer Akteneinsicht auch vorgelegt worden. Die Stellungnahme des Bundes der Steuerzahler ist Ihnen ebenfalls bekannt. In diesem Zusammenhang sind auch die Kostenunterschiede debattiert worden. Ich will sagen: Die Kostenunterschiede waren nicht tragender Grund der Entscheidung. Tragender Grund für die Entscheidung für den 40-Meter-Kreisel und für die Maßnahme sind: Es ist ein Neubau erforderlich, und die Regelwerke geben einen 40-Meter-Kreisel vor.

Die Zahlen, die Sie hier vorgetragen haben, sind zum Teil Ihre eigene Interpretation. Wir haben nie von 500 000 Euro gesprochen, das ist Ihre Interpretation. Es gibt - und das ist der Satz, den ich Ihnen auch in den letzten Gesprächen gesagt habe - keine umfassende Planung zu einem 70-Meter-Kreisel. Die gibt es nicht.

Es gibt diese Planung nicht, weil es nicht erforderlich war, sie zu erstellen. Es gibt einzig und allein eine Planung für einen 40-Meter-Kreisel, auf deren Grundlage auch die Kosten verlässlich abgeschätzt werden können.

Die Kostenschätzung vom April, die 143 % aufweist, basiert auf Erfahrungswerten der Kolleginnen und Kollegen und bezieht sich auf eine Schätzung der Kosten des Kreisverkehrs ohne die Zufahrten, ohne Nebenkosten, in Höhe von 500 000 Euro. Damit entsteht eine Summe von 200 000 Euro. Die knapp 100 000 Euro, 140 000 Euro stammen aus der mit dem Bund der Steuerzahler geführten Debatte, nachdem die Entwurfsplanung vorlag. Sie können das in dem Entwurf nachlesen; dort werden die Kosten für den reinen Kreisverkehr mit 350 000 Euro angegeben. Wenn Sie das multiplizieren, ergibt das 140 000 Euro. Insofern haben wir nie von 500 000 Euro gesprochen.

Die Kostenschätzung, die jetzt in den Akten war und im Übrigen eine Arbeit des LS in Vorbereitung des Gesprächs mit dem Bund der Steuerzahler war, ist nicht hinzuzuziehen gewesen, weil sie einfach nicht plausibel ist. Es sind andere Zahlen. Es ist nicht plausibel, warum bei 40 und 70 Metern alle anderen Zahlen gleichbleiben sollen; insofern war sie auch nicht hinzuzuziehen.

Es bleibt dabei: Der Kreisel von 40 Metern ist gerechtfertigt. Er ist notwendig und angemessen, und es geht nicht darum, die Frage zu stellen, ob hier ein 70-Meter-Kreisel überhaupt gebaut werden kann. Klar ist: Ein 40-Meter-Kreisel ist auch billiger als ein 70-Meter-Kreisel.

Präsidentin Stark:

Das ist der richtige Moment, Fragen zuzulassen. Der Fragesteller hat die Möglichkeit, drei Zusatzfragen zu stellen. Zunächst

erhält Herr Wichmann das Wort, danach Herr Dr. Redmann. Bitte schön.

Wichmann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin Schneider, Sie haben uns jetzt noch einmal in aller Ausführlichkeit dargestellt, was im Vorfeld alles gelaufen und wie es zu diesen Planungen gekommen ist und was Ihr Haus unternommen hat. All das war aber nicht die Antwort auf meine Frage.

Meine Frage war - da spreche ich auch als Vorsitzender des Petitionsausschusses -, warum unsere Stellungnahmeersuchen, die wir mehrfach an Ihr Haus gerichtet hatten, so widersprüchlich und auch so falsch beantwortet wurden und warum Sie uns die Kostenschätzung, die seit April oder Mai in Ihrem Haus vorliegt und die immerhin von den Experten unseres Landesbetriebes für Straßenwesen erarbeitet worden ist, trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zugestellt haben und uns im persönlichen Gespräch hier im Landtag am 28. September sogar gesagt haben, dass es keinen Kostenvergleich für beide Varianten gibt.

Wenn dann mein Kollege Jan Redmann, der die Akteneinsicht durchgeführt hat, den Akten entnehmen kann und ich als Vorsitzender des Petitionsausschusses in der Presse lesen muss, dass dieser Kostenvergleich bereits seit acht oder neun Monaten in Ihrem Hause vorliegt und Sie uns ihn einfach nicht zur Verfügung stellen - da spreche ich auch das Kabinett an; wir haben als Petitionsausschuss letztendlich noch einmal die gesamte Landesregierung angeschrieben und auf die Widersprüchlichkeit der Aussagen von Staatssekretärin Jesse und Ministerin Schneider hingewiesen und um Aufklärung gebeten, welche Zahlen nun richtig und welche falsch sind -, dann muss ich auch sagen: Wir haben als Petitionsausschuss dieses Parlaments nicht einmal eine Antwort bekommen. So können wir die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Petitionsausschuss und Regierung künftig nicht fortsetzen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD)

Wir haben im Petitionsausschuss nur drei Mitarbeiter und warten schon lange auf den vierten. - Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Meine Mitarbeiter sind schwer enttäuscht. Wir haben uns bisher darauf verlassen, dass wir auf unsere Stellungnahmeersuche eine korrekte Antwort erhalten. Ich als Ausschussvorsitzender bürge quasi mit meinem Namen, meiner Unterschrift für die Richtigkeit der Angaben, die wir den Bürgerinnen und Bürgern schriftlich zustellen.

(Senftleben [CDU]: Da hat er Recht!)

Wenn ich dann im Nachhinein erfahre, dass das, was uns hier mündlich und schriftlich mitgeteilt wird, nicht korrekt ist, muss das ein Nachspiel haben. Und ich möchte jetzt von Ihnen wissen, wie Sie in Zukunft damit umgehen wollen und warum Sie uns diesen Kostenvergleich vorenthalten haben.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe - Homeyer [CDU]: Das ist ein unglaublicher Vorgang!)

Präsidentin Stark:

Wenn Sie einverstanden sind, Frau Ministerin Schneider, würde ich Herrn Dr. Redmann bitten, seine Fragen gleich anzufügen. Dann haben Sie Gelegenheit zu antworten.

Dr. Redmann (CDU):

Frau Ministerin Schneider, Ihre Antwort überrascht mich doch sehr. Sie überrascht mich vor allen Dingen deshalb, weil Ihr eigener Landesbetrieb für Straßenwesen an seiner Kostenschätzung festhält - so die Aussage des Landesbetriebes für Straßenwesen in den letzten Wochen mir gegenüber. Der Landesbetrieb geht vielmehr davon aus, dass vonseiten des Ministeriums mit der Kostenschätzung falsch umgegangen, dort ein sachfremder Kostenvergleich angestellt wurde und wir Abgeordneten und damit auch die Öffentlichkeit daher falsch informiert wurden. Ich frage Sie deshalb: Ist es der neue Stil Ihres Hauses, das Parlament und die Öffentlichkeit zu täuschen?

(Zuruf von der CDU: Berechtigte Frage! - Vereinzelt Unmut bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Frau Ministerin, Sie haben jetzt Gelegenheit zu antworten.

Ministerin Schneider:

Ich habe vorhin zu erklären versucht, wie diese unterschiedlichen Auslegungen zu den Zahlen zustande gekommen sind.

(Wichmann [CDU]: Das ist keine Frage der Auslegung!)

- Doch, es sind unterschiedliche Auslegungen, Herr Wichmann. Wir haben x-mal dazu sowohl in offiziellen als auch in inoffiziellen oder informellen Runden, beim Kaffee, diskutiert.

(Wichmann [CDU]: Was heißt „inoffiziellen“?)

Ich habe immer gesagt: Es gibt keine planungsseitig unterlegte Kostenermittlung für die 70-Meter-Variante.

(Dr. Redmann [CDU]: Eine Kostenschätzung!)

- Das habe ich gesagt. Daraus haben Sie gemacht, ich hätte gesagt, es gäbe keinen Kostenvergleich.

Es gibt keine Zahl 500 000 Euro. Das ist das, was Sie sich aus den Zahlen herausgesucht haben.

(Wichmann [CDU]: Ich suche mir gar nichts heraus!)

Ich kenne auch keine Aussage, Herr Redmann, dass das Ministerium die Angaben des LS usw. nicht richtig widergegeben hätte. Alles, was ich kenne, ist, dass der LS und das Ministerium zusammen die Kostenschätzung von April - diese 140 % - ermittelt haben. Und ich sage Ihnen: Ich kann auch nicht nachvollziehen, warum eine 10-%-Kostensteigerung bei einem 70-Meter- gegenüber einem 40-Meter-Kreisverkehr die bessere sein soll.

Wir als Ministerium werden die Anfragen des Petitionsausschusses - ich nehme das sehr ernst - weiterhin ordnungsgemäß beantworten. Wir haben überhaupt kein Interesse daran, Antworten nicht in richtiger Art und Weise zu geben. Das ist bisher nicht unsere Art gewesen und wird es auch in Zukunft nicht sein.

Wir bleiben weiter bei den Angaben von 140 % bezogen auf den reinen Kreisverkehr.

(Dr. Redmann [CDU]: Dabei bleiben Sie?)

Es ist aber so, dass das - ich sage es noch einmal - für die Entscheidung nicht relevant ist, weil für die Entscheidung einzig und allein der Zustand des jetzigen Kreisverkehrs und die Regelwerke für die Errichtung einer Neubaumaßnahme relevant sind.

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir kommen damit zur **Frage 735** (Bundeseinheitliche Netzentgelte), die der Abgeordnete Homeyer stellt.

Homeyer (CDU):

Laut Medienberichten in den letzten Tagen hat Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die bundesweite Angleichung der Umlagen für den überregionalen Stromnetzbetrieb verhindert, indem er entsprechende Passagen im Referentenentwurf seines Hauses des „Gesetzes zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur“ streichen ließ. Dabei hat das Bundeswirtschaftsministerium bei der letzten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes fest zugesagt, die sogenannten Netzentgelte bis Ende 2016 zu vereinheitlichen.

Die aktuelle Entscheidung von Sigmar Gabriel bedeutet die Beibehaltung der großen Unterschiede zwischen den Netzentgelten in den verschiedenen Regionen Deutschlands und damit weiterhin die bundesweit höchsten Strompreise in Brandenburg und eine große Belastung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie diese Positionänderung des Bundeswirtschaftsministers?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Gerber. Bitte.

Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Homeyer, wir haben dieses Thema ja schon oft besprochen. Sie kennen die Position der Landesregierung und natürlich auch des Ministerpräsidenten, dass wir aufgrund des Umstandes, dass die Energiewende eine nationale Angelegenheit und keine „regionale Folklore“ ist, auch darauf hinwirken, dass die Netzentgelte - vor allen Dingen die Übertragungsnetzentgelte - vereinheitlicht werden.

Sie haben in Ihrer Frage von einer Entscheidung von Bundeswirtschaftsminister Gabriel gesprochen. Nun ist es auch in der Bundesregierung so, dass Entscheidungen erst getroffen werden, wenn das Kabinett eine Entscheidung getroffen hat. Die Bundesregierung - das mag man bedauern - wird nicht von Sigmar Gabriel, sondern von Angela Merkel geführt.

(Zuruf von der CDU: Wer bedauert denn das?)

Nach meinen Informationen steht dieser Tagesordnungspunkt wegen weiteren Gesprächsbedarfs noch nicht auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung des Bundes, sondern da gibt es weiteren Gesprächsbedarf.

Unser Ministerpräsident und andere ostdeutsche Ministerpräsidenten, aber auch Kollegen zum Beispiel aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit einer ähnlichen Haltung wie wir haben sich an die Bundesregierung gewandt.

Der Umstand, dass das Bundeskabinett in dieser Woche zu der Frage noch keinen Entwurf beschlossen hat, stimmt mich zuversichtlich, dass wir nach dieser Diskussionskurve dazu kommen werden, in Deutschland eines Tages ein einheitliches Übertragungsnetzentgelt zu haben. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Präsidentin Stark:

Herr Minister, bleiben Sie bitte noch am Pult. Es gibt Fragen vom Fragesteller selbst - bis zu drei Zusatzfragen sind möglich -, gleich danach von Herrn Holzschuher und Herrn Vida. Dann wird wieder im Block geantwortet.

Homeyer (CDU):

Herr Minister Gerber, ich habe genau zugehört. In Ihrem letzten Satz sagten Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass wir irgendwann einheitliche Netzentgelte in Deutschland haben werden. Ich hoffe, wir haben sie mit der Entscheidung des Bundeskabinetts nächste Woche und nicht irgendwann.

In dem Zusammenhang habe ich noch Nachfragen, Herr Minister Gerber. Unser Ministerpräsident - das habe ich der Presse entnehmen dürfen, ich glaube, Herr Christoffers hat das gesagt - hat jahrelang in Ostdeutschland den Kampf für einheitliche Netzentgelte in Deutschland angeführt. Ich frage Sie daher ganz gezielt, Herr Minister: Welche politischen Möglichkeiten nutzt die Landesregierung bis nächste Woche - wo die Entscheidung im Bundeskabinett fallen soll -, auf Sigmar Gabriel und insbesondere auf unser ehemaliges Patenland Nordrhein-Westfalen einzuwirken, um zu verhindern, was jetzt im Raum steht?

Zweitens: Gibt es bereits, Herr Minister Gerber, eine Strategie oder erste Überlegungen der Landesregierung für den Fall, dass der Vorschlag von Gabriel, keine bundeseinheitlichen Netzentgelte einzuführen, Wirklichkeit wird, Brandenburgerinnen und Brandenburger von den hohen Netzentgelten zu entlasten, und wie könnten die aussehen?

Präsidentin Stark:

Der nächste Fragesteller ist der Abgeordnete Holzschuher. Bitte.

Holzschuher (SPD):

Herr Minister Gerber und Herr Kollege Homeyer, das ist ein Thema, das hier in diesem Haus weitgehend Konsens ist. Wir sind alle der Meinung, dass es dringend erforderlich ist, einheitliche Netzentgelte herbeizuführen. Sie haben es angesprochen: Es betrifft natürlich die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber - das ist die erste Frage an Herrn Gerber -: Stimmen Sie mir zu, Herr Minister - ich unterstelle fast, das tun Sie -, dass es gerade für die brandenburgischen Unternehmen, speziell die in energieintensiven Sektoren - ich denke an die Stahl- und die Papierindustrie -, eine besondere Belastung darstellt und wir auch aus diesem Grund ein dringendes Interesse daran haben müssen, dass diese Wettbewerbsverzerrung innerhalb Deutschlands aufhört?

Die zweite Frage betrifft Sigmar Gabriel. Ich hatte letzte Woche anlässlich einer Veranstaltung in Düsseldorf Gelegenheit, mit ihm über dieses Thema zu sprechen. Er hat mir dort bestä-

tigt, dass er in keiner Weise das Thema, einheitliche Netzentgelte herbeizuführen, aufgegeben hätte, wie es Herr Homeyer eben ausführte. Deswegen die Frage: Ist Ihnen zur persönlichen Meinung des Bundeswirtschaftsministers etwas anderes bekannt? Hat er nach Ihrer Kenntnis tatsächlich dieses Thema Vereinheitlichung der Netzentgelte aufgegeben?

Präsidentin Stark:

Jetzt kommen die Antworten zum ersten Block. Danach können Herr Vida und Herr Petke oder Herr Prof. Schierack - einer von beiden hatte sich gemeldet - ihre Fragen stellen. Wir beginnen mit den ersten Antworten. Herr Minister, bitte.

Minister Gerber:

Dieses Thema beschäftigt die Landespolitik auf den unterschiedlichsten Ebenen seit vielen Jahren. Wir haben im Dezember 2015 - um ein Beispiel zu nennen - in der Wirtschaftsministerkonferenz in einem entsprechenden Beschluss festgelegt, dass es eine dringende Notwendigkeit ist, vor allem die Übertragungsnetzentgelte zu vereinheitlichen; das war ein Mehrheitsbeschluss. Es hat im letzten Herbst die Zusage der Bundesregierung gegeben, dieses zu tun. Es hat das Gespräch mit den energiepolitischen Sprechern - das Herr Holzschuher eben angesprochen hat - gegeben, bei dem Sigmar Gabriel anwesend war. Ich bin zuversichtlich, dass es zu einer Entscheidung des Bundeskabinetts kommen wird, dass diese einheitlichen Übertragungsnetzentgelte verwirklicht werden.

Es gibt Widerstände. Sie haben gefragt: Was kann man tun? Ein Punkt wäre, sich an die Bundestagsfraktion der CDU in Gestalt ihrer Landesgruppe Nordrhein-Westfalen zu wenden. Die haben in einem Brief an die Bundesregierung, in dem sie gefordert haben, dass es so bleiben soll, wie es ist, geschrieben: Es ist mit einer massiven Belastung der Industrie in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen zu rechnen. Deswegen hat die NRW-Landesgruppe massive Vorbehalte und erheblichen Beratungsbedarf. - Sie schreiben weiter:

„Durch eine bundesweite Vereinheitlichung der Netzentgelte würden wir den gewünschten Standortwettbewerb der Länder unterbinden.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt auch Möglichkeiten, auf die CDU Einfluss zu nehmen, wie auch immer. Wir waren und sind mit der Bundesregierung, dem Kanzleramt und dem Bundeswirtschaftsministerium im Gespräch, um zu einer guten Lösung in dieser Frage zu kommen,

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

die dringend notwendig ist, wie wir alle wissen.

(Homeyer [CDU]: Ziemlich hinterhältig, Herr Minister!)

Präsidentin Stark:

Wir kommen zu den letzten beiden Fragestellern der heutigen Fragestunde, Herrn Vida und Herrn Petke. Bitte schön.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Herr Minister, ich erlaube mir, keine Jubelfragen zu stellen.

(Zürufe von der SPD)

- Ja, wir haben es ja gehört. - Ich habe jetzt von Ihnen gehört, Herr Minister, es läge daran, dass die Bundesregierung CDU-geführt sei. Ist das so zu verstehen, dass wir, wenn Herr Gabriel Kanzler wäre, einheitliche Netzentgelte hätten? - Bitte zählen Sie das nicht als eine der Nachfragen, Frau Präsidentin.

Präsidentin Stark:

Doch, doch, Herr Vida.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Herr Minister, die Geschäftsführer der 14 Industrie- und Handelskammern Ostdeutschlands haben sich vor drei Monaten mit der Forderung an den Bundeswirtschaftsminister gewandt, die Netzentgeltvereinheitlichung voranzutreiben, also nicht nur die aus Brandenburg, sondern alle aus Ostdeutschland. Der Ministerpräsident hat mehrfach zugesagt, dass die Ausbauziele und Energiestrategie überarbeitet, überdacht werden müssen, wenn es nicht zur Vereinheitlichung kommt. Bleibt es bei dieser Zusage? Bleibt es bei diesem Versprechen der Landesregierung vom letzten Jahr, dass für den Fall, dass es nicht dazu kommt - und wir werden es zeitnah wissen -, die Energiestrategie samt der Ausbauziele überarbeitet wird?

Zweitens: Welche Vorplanungen haben Sie bereits unternommen? Welche Strategien, Konzepte und Überlegungen haben Sie für den Fall, dass es nicht dazu kommt, um eine Entlastung der Verbraucher und besonders der kleinen Unternehmen in Brandenburg zu ermöglichen?

Präsidentin Stark:

Herr Petke, bitte.

Petke (CDU): *

Herr Minister, Kollege Homeyer hat deutlich gemacht, dass die Forderung des Ministerpräsidenten, die Netzentgelte für Brandenburg zu senken, von uns unterstützt wird. Ich fände es klüger, wenn Sie als Wirtschaftsminister zur Kenntnis nehmen würden, dass die CDU-Fraktion hier - wie an vielen anderen Stellen - Brandenburger Interessen vertritt, auch gegenüber der Bundesregierung, die wir gemeinsam in Berlin tragen.

Ich habe eine Frage zu einer aktuellen Hochrechnung der Agora Energiewende, die sich auf die Zahlen der Bundesnetzagentur bezieht. Dort ist geschrieben, dass die Haushaltsstrompreise in diesem Jahr erstmalig die 30-Cent-Marke überschreiten werden. Ursache sind gestiegene Netzentgelte, die gestiegene EEG-Umlage und hohe Vertriebsmargen. Ich darf Sie fragen: Hat Ihr Haus, haben Sie Kenntnis darüber, ob diese preisliche Entwicklung besonders die Verbraucher in unserem Land treffen wird?

Minister Gerber:

Zunächst beantworte ich die Frage von Herrn Vida: Wir machen eins nach dem anderen. Wir kümmern uns jetzt erst einmal darum zu erreichen, dass es eine vernünftige Entscheidung des Bundeskabinetts gibt. Zum Zweiten wissen Sie - das haben wir mehrfach diskutiert -, dass wir im Moment dabei sind, unsere Energiestrategie 2030 zu novellieren. Dazu gehört selbstverständlich die Überprüfung der Ausbauziele bei den erneuer-

baren Energien, was den Flächenbedarf, aber auch andere Parameter und Faktoren betrifft. Da laufen im Moment die Arbeiten; das Ergebnis würde ich abwarten.

Zur Frage von Herrn Petke: Die aktuellen, auf das Land bezogenen Zahlen dazu, welche Folgen vermiedene Netzentgelte und Übertragungsnetzentgelte für Privathaushalte haben, liegen mir nicht vor. Wir haben aber Angaben für Unternehmen, die einen durchschnittlichen oder höheren Stromverbrauch haben. Die wollte ich morgen in der Debatte zu diesem Thema ausführlich darlegen, um deutlich zu machen, wie erheblich diese Unterschiede zwischen Ost und West sind und dass es - da sind wir uns ja einig - dringend notwendig ist, gleiche Wettbewerbsbedingungen in Ost und West zu schaffen, auch um die Akzeptanz der Energiewende nicht zu gefährden. - Danke schön.

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Fragestunde. Ich unterbreche die Sitzung für eine Mittagspause. Wir sehen uns um 13 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.10 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.01 Uhr)

Vizepräsident Dombrowski:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde die Sitzung gern fortsetzen. Es wäre schön, wenn noch ein paar Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen in den Saal kämen, weil wir mit dem nächsten Tagesordnungspunkt eine Premiere haben. Und bei einer Premiere sollte man doch dabei sein, wenn es irgend geht.

Ich eröffne die Sitzung und darf zuerst auf der Tribüne begrüßen: Schülerinnen und Schüler des Gauß-Gymnasiums in Schwedt und passend zum Tagesordnungspunkt die am Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket der Landesregierung besonders interessierten und davon betroffenen Bürgerinnen und Bürger und Vertreter der Menschen mit Behinderungen aus den Ländern Brandenburg und Sachsen Anhalt. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0

(gemäß Beschluss des Landtages vom 19.11.2015 - Drs. 6/2715-B)

Konzept
der Landesregierung

Drucksache 6/5736

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5880 vor.

Nun zur Premiere: Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Debatte von zwei Gebärdendolmetschern simultan

übersetzt wird, was auch im Livestream auf der Internetseite des Landtags zu sehen ist. Darüber hinaus besteht für die Gäste außerhalb des Plenarsaals die Möglichkeit, die Debatte im Raum der Pressekonferenz zu verfolgen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Aussprache wird von Frau Ministerin Golze für die Landesregierung eröffnet. Bitte schön.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Gäste, die Sie an dieser Debatte teilnehmen! Ich begrüße insbesondere Frau Seibert, die Vorsitzende des Landesbehindertenbeirats, Damen und Herren aus Vereinen und Verbänden und persönlich Interessierte. Ich freue mich, dass Sie an dieser Debatte teilnehmen. Ich muss einen bei solchen Debatten sonst immer anwesenden Gast entschuldigen: Herr Dusel, der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, ist leider erkrankt - ihm geht es wie vielen in dieser Grippesaison - und kann deshalb leider nicht dabei sein. Vielleicht verfolgt aber auch er nun über den Livestream die Premiere, von der der Präsident gerade gesprochen hat: die Simultanübersetzung in Gebärdensprache. Ich finde das eine ganz wunderbare Idee und bedanke mich beim Landtag und bei allen, die das möglich gemacht haben. Ich freue mich auch darüber, dass - wie ich gehört habe - dieses Angebot ausgebaut werden soll. Es ist also keine Eintagsfliege, sondern soll verstetigt werden.

(Allgemeiner Beifall)

Damit sind wir beim Thema. Es ist normal, verschieden zu sein. Es gibt Menschen, die gehörlos oder blind sind, es gibt Menschen, die Lernschwierigkeiten haben oder irgendwie geistig, körperlich oder seelisch beeinträchtigt sind. Es gibt aber auch viele Menschen, die wie ich eine Brille tragen, es gibt Menschen, denen das Treppensteigen schwerfällt. Auch diese fühlen sich benachteiligt. Sind sie deshalb behindert? Sollten wir Behinderung nicht einfach als Verschiedenheit verstehen?

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Dazu kommt: Die wenigsten Beeinträchtigungen sind angeboren. Bei 85 % der schwerbehinderten Menschen in Deutschland wurde die Behinderung durch eine Krankheit verursacht. Nur 4 % der Behinderungen sind angeboren bzw. traten im ersten Lebensjahr auf, und nur 2 % sind auf einen Unfall oder eine Berufskrankheit zurückzuführen. Das heißt, jeder Mensch, jeder von uns könnte im Laufe seines Lebens von einer Behinderung betroffen sein. Und jeder von uns kennt Menschen, die mit einer Beeinträchtigung mehr oder weniger gut leben.

In Brandenburg gibt es rund 450 000 Menschen mit Behinderungen - das ist jeder Fünfte. Rund 325 000 von ihnen gelten als schwerbehindert. Und der Anteil der Menschen, die auf eine barrierefreie Umwelt angewiesen sind, wird steigen. Dazu gehören nicht nur die klassisch als Menschen mit Behinderung bezeichneten Personen, sondern - wenn wir an den demografischen Wandel denken - auch immer mehr ältere Personen. Bereits im Jahr 2020 wird jeder Vierte und im Jahr 2030 schon

jeder Dritte im Land über 65 Jahre alt sein. Und es sind ältere Menschen, die dann - wie Familien mit kleinen Kindern - barrierefreie Wohnungen brauchen und auf einen frei zugänglichen öffentlichen Nahverkehr und frei zugängliche öffentliche Gebäude angewiesen sind.

Sie sehen allein an diesen Fakten, wie wichtig Teilhabe- und Behindertenpolitik für das gesellschaftliche Miteinander und die Verwirklichung von Teilhabeansprüchen ist, und zwar für uns alle. Es sind Ansprüche, die sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention, aus der Bundes- und der Landesverfassung, aus Leistungs- und Gleichstellungsgesetzen ableiten.

In der Behindertenpolitik des Landes Brandenburg wird seit vielen Jahren das Ziel verfolgt, Bürgerinnen und Bürgern mit Behinderungen gleichberechtigte Teilhabechancen in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, sei es in der Kinderbetreuung, in der Bildung, im Bereich Arbeit bis hin zu Kultur und Sport. Als Strategie- und Handlungsrahmen wurde das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung entwickelt und umgesetzt. Es wurde nun auf der Basis der guten Erfahrungen seit 2011 und aufgrund der Empfehlungen des Landesbehindertenbeirats, der Monitoring-Stelle beim Deutschen Institut für Menschenrechte und des zuständigen UN-Ausschusses im Rahmen der Staatenprüfung Deutschlands umfangreich weiterentwickelt.

Dazu hat das Kabinett am 13. Dezember des vergangenen Jahres das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket 2.0 auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Das war ein Kraftakt, meine Damen und Herren. Sie erinnern sich vielleicht, wann Sie den Startschuss dafür gegeben haben: Das war im Dezember genau 13 Monate her. Es war ein ehrgeiziges Unterfangen, das in dieser Zeit zu schaffen, und zwar unter Beteiligung möglichst vieler Menschen - aber dazu komme ich gleich.

Das Maßnahmenpaket 2.0 enthält erstmals für die Landesregierung verbindliche teilhabepolitische Leitlinien. Es nennt konkrete Zielstellungen und 105 Maßnahmen aus allen Ressorts der Landesregierung. Ich möchte beispielhaft einige davon nennen: die Fortentwicklung des gemeinsamen Lernens in Grund-, Gesamt-, Ober- und Berufsschulen, die Schaffung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen mit dem Fokus auf Menschen mit besonders hohem Unterstützungsbedarf - zum Beispiel Menschen in Werkstätten -, die Verbesserung des Gewaltschutzes für Menschen mit Behinderungen - durch Frauenbeauftragte, ein zentrales Beratungsangebot zur sexuellen Gewaltprävention und eine ressortübergreifende Gewaltschutzstrategie -, das Normenscreening, also die Prüfung der Landesnormen auf Konformität mit der UN-Konvention, und die Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen mit neuen Formaten für Veranstaltungen und Gremien.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für ein sehr umfangreiches Maßnahmenpaket, das im Rahmen einer Dialogreihe unter dem Motto „Inklusion in Brandenburg - gemeinsam Teilhabe gestalten“ mit Hunderten Brandenburgerinnen und Brandenburgern mit und ohne Behinderung im gesamten Land diskutiert worden ist.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken, die an diesen Inklusionsforen teilgenommen, sich dort

eingebraucht haben, die uns auch Mails und Briefe geschickt haben - wir hatten ja auch eine eigene E-Mail-Adresse geschaltet -, die uns ihre Hinweise zu dem Thema gegeben haben. Das hat den Diskussionsprozess sehr bereichert, und das hat mir vor allem auch sehr viel Spaß gemacht.

Ich möchte mich auch bei all denen bedanken, die das möglich gemacht haben. Dabei geht mein Dank insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen der anderen beteiligten Ressorts, des LASV und an die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer aus anderen Einrichtungen, die zum Beispiel Thementische betreut, Vorschläge zur Umsetzung bewertet oder vorgelegt und gemeinsam dafür gesorgt haben, dass diese Inklusionsforen ein Ort, ein Raum waren, in dem die Menschen nicht nur gefühlt, sondern tatsächlich mitentscheiden und mitreden konnten. Das hat mir persönlich - wie gesagt - sehr viel Spaß gemacht. - Herzlichen Dank an alle, die das möglich gemacht haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Die Ergebnisse dieser Inklusionsforen - sie haben stattgefunden in Oranienburg, in Eberswalde, in Frankfurt (Oder), wohin wir gleich zweimal kommen mussten, weil die Nachfrage so groß war und die eine Veranstaltung sonst aus allen Nähten geplatzt wäre, in Cottbus und in Potsdam - sind dann in die Weiterentwicklung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets geflossen.

Auch für die Umsetzung - der Prozess beginnt ja jetzt - gilt, dass sich möglichst viele Menschen mit und ohne Behinderung als Expertinnen und Experten in eigener Sache und auch die Verbände und Vereine an diesem Weiterentwicklungsprozess beteiligen mögen. Der Leitspruch der Behindertenrechtsbewegung „Nichts über uns ohne uns“ soll weiter mit Leben erfüllt werden.

Das Maßnahmenpaket hat eine Laufzeit bis 2021. Brandenburg ist hier übrigens erneut Vorreiter. Wir sind das zweite Bundesland, das einen nun weiterentwickelten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorlegt. Dafür sind natürlich auch finanzielle Mittel notwendig. Allein in meinem Ressort sind im Doppelhaushalt für die Jahre 2017 und 2018 jeweils 100 000 Euro für das Maßnahmenpaket veranschlagt. Aber alle Ressorts setzen ihre Maßnahmen in eigener Ressorthoheit um und verwenden dafür Haushaltsmittel. Beim MBJS und beim MIL sind es beispielsweise Beträge im sieben- und achtstelligen Bereich.

Ich bin sehr froh, dass uns dies alles gemeinsam gelungen ist, und das wie gesagt innerhalb eines doch sehr überschaubaren Zeitraums. Es ist wichtig, auch oder gerade im Interesse der Gleichberechtigung dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Brandenburg selbstbewusst und gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Alter.

Frau Alter (SPD): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte Expertinnen der Gebärdensprache, die ich ganz besonders begrüße! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit meinem Berufseinstieg als Krankenschwester vor mehr als 45 Jahren beschäftige ich mich mit den Problemen der Menschen mit Behinderung, ihren Einschränkungen, Sorgen und Benachteiligungen. Ich frage Sie: Gibt es in Ihren Familien oder Ihrem Freundeskreis nicht auch eine betroffene Person? Kennen Sie nicht auch die Nachteile, die damit verbunden sind, die das tägliche Leben und das, was das tägliche Leben ausmacht, bestimmen? Egal, in welchem Lebensalter: Der Tagesablauf wird auf den Kopf gestellt, und das Engagement aller Familienmitglieder und Freunde wird dringend benötigt. Wohl dem, der eine funktionierende Familie oder einen guten Bekanntenkreis hat.

(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU und DIE LINKE)

- Das ist ein Lob wert.

In den letzten 25 Jahren ist viel auf den Weg gebracht und auch viel Geld investiert worden. Trotzdem wissen wir: Es war und ist nicht genug. Und mit den täglichen Möglichkeiten steigen auch die Ansprüche der betroffenen Menschen. Genau das spiegelt sich im Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket 2.0 der Landesregierung, über das wir heute sprechen, wider.

Eine der Grundlagen sind zehn Handlungsfelder, beginnend bei der Erziehung, Bildung und Arbeit über Barrierefreiheit bei Bauen und Wohnen, gesundheitliche Versorgung und Pflege. Das selbstbestimmte Leben und die inklusive Teilhabe aller Generationen sind ebenso Bestandteil dieses Maßnahmenpakets. Unser humanitärer Anspruch schließt natürlich auch die geflüchteten Menschen ein, die diese Fürsorge benötigen. - Ich werde jetzt nicht alles aufzählen; das gäbe meine Redezeit nicht her. Ich gehe aber davon aus, dass Sie sich mit diesen 126 Seiten intensiv befassen haben. Darüber hinaus werden die mir nachfolgenden Rednerinnen und Redner sicherlich weitere Beispiele ansprechen.

Uns geht es um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Brandenburg. Das setzt aber voraus, dass sich alle Ministerien ab sofort bis zum Zieljahr 2021 konstruktiv, intensiv und ressortübergreifend in diesen Prozess einbringen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich könnte jetzt einige Beispiele benennen, bei denen dies schon geschehen ist oder sich in der Umsetzung befindet. Lassen Sie mich Ihnen aber anhand von zwei Beispielen die Belastungen der Familien nahebringen.

Haben Sie schon Ihren Winterurlaub geplant, durchorganisiert, das Hotelzimmer gebucht - das vermutlich auch online? Das ist bereits die erste Barriere für Menschen mit Behinderung. Können wir in unzähligen Katalogen, Annoncen und Werbefilmen schnell unsere Urlaubsziele finden, muss sich ein Urlaubssuchender mit Handicap viele Tage und Wochen mit seinem Wunschziel befassen und seinen Plan oft auch wieder verwerfen. Er muss ihn verwerfen, weil das Reiseziel nicht behindertengerecht oder die Reise - bedingt durch den Mehraufwand - nicht finanzierbar ist.

An dieser Stelle möchte ich gern erwähnen: Der Ferienkatalog „Brandenburg für alle - barrierefrei reisen 2017“ mit 99 Seiten ermöglicht einen vielseitigen Urlaub in Brandenburg. Meine Anerkennung verdient das Restaurant und Café „Pier 1“ am Senftenberger Stadthafen: Es ist das einzige mir bisher bekannte, das eine Speisekarte in Brailleschrift anbietet. Klasse!

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Das ist ein Leuchtturm für Menschen mit Sehbehinderung. Mögen noch weitere diesem Beispiel folgen!

Mein zweites Beispiel: inklusive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Der UN-Ausschuss empfiehlt, Garantien zu verabschieden, um das Recht der Kinder mit Behinderung zu schützen, sie zu ihren Angelegenheiten zu befragen, Assistenz sicherzustellen und Konzepte für Chancengleichheit und Inklusion in der Gemeinschaft zu erstellen und konsequent umzusetzen.

Das klingt verständlich und nachvollziehbar. Ich wünsche mir und fordere alle Ministerien auf, dies im Interesse unserer Kinder, aber auch aller anderen Generationen mit uns Abgeordneten und allen im Land auf diesem Gebiet tätigen Verbänden und Vereinen und Institutionen gemeinsam zu gestalten; denn das große Ziel der Inklusion in allen Bereichen schaffen wir nur gemeinsam.

(Beifall SPD sowie vereinzelt CDU und DIE LINKE)

Laut der Schwerbehindertenstatistik des Landesamts für Soziales und Versorgung - die Ministerin hat sie schon erwähnt - leben 450 000 Menschen mit anerkannter Behinderung und 350 000 als Schwerbehinderte in unserem Land. Sie erwarten eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des Lebens, und das mit Recht.

Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen freuen sich darauf, mit Ihnen gemeinsam im Fachausschuss das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket 2.0 mit Leben zu erfüllen und sich an seiner Fortschreibung zu beteiligen. Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine wichtige Anregung, die wir in unserem Fachausschuss auch mit den Fachpolitikerinnen und -politikern des Innenausschusses zeitnah beraten sollten. Heute werden wir ihn ablehnen.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Augustin. Bitte schön.

Frau Augustin (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! „Unser Weg zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen“, heißt es im Titel des zweiten Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets für das Land Brandenburg. Im ersten hieß es noch „auf dem Weg“. Dass dieser Weg nach wie vor weit ist, ist wohl jedem bewusst, der sich auch nur einmal mit den vielen Herausforderungen in der Behindertenpolitik auseinandergesetzt hat. Das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket soll uns weiter voranbringen, damit es wirklich heißen kann: Alle inklusive in Brandenburg.

Einen wichtigen Schritt ist das Land dabei schon mit dem ersten Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket gegangen. Nunmehr befassen wir uns mit dem Maßnahmenpaket 2.0 und setzen damit auch ein wichtiges Zeichen: Wir verdeutlichen, welche Bedeutung wir der UN-Behindertenrechtskonvention zukommen lassen und dass wir uns diesem Auftrag ganz klar stellen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Dankbar bin ich für die Konferenzen - die Ministerin hat sie schon erwähnt -, die wir dazu vergangenes Jahr durchgeführt haben, um im Dialog mit den verschiedenen Ansprechpartnern neue Anregungen zu bekommen. Zu der einen Runde in Frankfurt (Oder) kann ich nur sagen, dass es eine Vielzahl von Ideen gab. Sicherlich ist nicht jede Idee, nicht jede Anregung umsetzbar. Wir sollten auch keine falschen Hoffnungen und Erwartungen damit wecken. Aber dieser stete Austausch ist das, was es ausmacht und was wichtig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, um den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden, müssen die Maßnahmen fortlaufend angepasst werden. Die CDU-Fraktion begrüßt das von der Landesregierung vorgelegte Maßnahmenpaket ausdrücklich. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen - wie die Frau Ministerin zuvor -, allen daran Beteiligten von ganzem Herzen zu danken. Dafür steht natürlich unser Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen, Herr Dusel. Aber - auch das ist schon angekommen - Behindertenpolitik ist eine breite Querschnittsaufgabe, und es gibt viele Beteiligte aus allen Ministerien, aber auch aus vielen externen Organisationen und Verbänden, die dazu beigetragen haben, dass wir heute über das vorliegende Maßnahmenpaket diskutieren können. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU, SPD und B90/GRÜNE)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Maßnahmenpaket ist mit konkreten Zielen und Handlungsfeldern versehen, die in den Kapiteln auch an eindeutige Forderungen geknüpft sind. Ob es der große Bereich der Bildung - also Inklusion von Beginn an - oder der Bereich der Arbeitspolitik ist, ob es die Themen Wohnraum oder Mobilität sind: Die Handlungsfelder zeigen einmal mehr die großen Herausforderungen der Behindertenpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Sicherlich können und werden wir auch zu den einzelnen Handlungsbereichen im Gespräch bleiben, die Umsetzung weiter begleiten und die Maßnahmen entsprechend anpassen.

Da gäbe es einige Aspekte. Unsere Kollegin, Frau Alter, hat es schon gesagt: Wir könnten allein heute den ganzen Tag über viele Handlungsfelder sprechen. Auch ich möchte ein Beispiel dafür geben, warum es so wichtig ist, auf die individuellen Herausforderungen im großen Bereich der Behindertenpolitik einzugehen. So ist bei mir gerade in den vergangenen Wochen stetig Kritik von Eltern eingegangen, die schildern, wie es bei ihren Kindern steht, die eine Beeinträchtigung, ein Handicap haben. Da geht es zum Beispiel um die Kindertagesbetreuung oder um die Betreuung durch eine Tagesmutter. Schon jetzt ist es theoretisch möglich, dass die Kinder in einer regulären Kita statt in einer Inklusionskita untergebracht sind. Wenn ich aber Gespräche vor Ort geführt habe, stellte sich heraus, dass das leider oft nur die Theorie war, nicht die gelebte Praxis. Da scheuen die Kitaerzieherinnen davor zurück, ein Kind mit Down-Syndrom zu nehmen, weil sie sich den Herausforderun-

gen nicht gewachsen fühlen. Auch bei anderen Handicaps, bei denen zusätzliche Mittel benötigt werden, trauen sie sich nicht, zu fragen, woher sie diese Mittel bekommen können. - Ich finde, das ist ein wichtiger Aspekt, den wir weiter begleiten und verfolgen sollten.

Ebenso benenne ich in diesem Zusammenhang die Frage der Ganztagsbetreuung von Schulkindern mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung. Sobald Schüler den erweiterten Anspruch auf Kindertagesbetreuung nach dem Ende der 6. Klasse verlieren, reicht der wöchentliche Betreuungsumfang für viele Eltern nicht mehr aus, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Das ist auch in der Ferienzeit ein wichtiges Thema. Frau Alter sprach die Suche nach Ferienhotels an.

Viele Eltern, die 24 Stunden für ihr Kind da sein müssen und auch wollen, stehen aber auch vor der Frage: Wie können wir das bewerkstelligen? In Barnim hat sich zum Beispiel ein Verein gegründet, in dem sich die Eltern gegenseitig unterstützen. Hier sehen wir als CDU-Fraktion landesseitig noch dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall CDU)

Auch im Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klingt ein Punkt an, über den wir weiter nachdenken müssen. Was in dem Passus über das Maßnahmenpaket festgehalten ist, empfinden wir zunächst als ausreichend. Ich glaube, die Diskussion und wie sich die CDU dazu 2013 auf Bundesebene geäußert hat, ist bekannt. Aber wir wollen uns bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag - dies auch als Signal - enthalten. Ich denke, dass wir weiter darüber nachdenken müssen, um Menschen nicht aufgrund ihrer Behinderung vom Wahlrecht auszuschließen. Da gibt es durchaus Anstöße und Überlegungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in dem vorliegenden Papier wird zu Recht festgestellt, dass wir einen langen Atem benötigen, um den Gedanken einer inklusiven Gesellschaft voranzutreiben. Da stimme ich Ihnen zu. Dazu braucht es auch einen fraktionsübergreifenden Konsens. Wir alle - alle für Behindertenpolitik zuständigen Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Fraktionen - sind fortwährend im Gespräch. Deswegen möchte ich nur sagen: Auf diesem langen Weg wollen wir jetzt tief Luft holen. Ich danke Ihnen erst einmal für das vorgelegte Maßnahmenpaket und für die Aufmerksamkeit. - Danke.

(Beifall CDU, SPD sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Bader.

Frau Bader (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Der RBB titelte am 13.12.2016 zum Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket „Mehr als nur Behindertentoiletten“, und von 105 Maßnahmen darf man das wohl auch erwarten.

Bleiben wir kurz bei diesem Beispiel. Noch immer kann ein Rollstuhlfahrer nicht dort, wo er muss, sondern nur dort, wo es ihm ermöglicht wird. Noch immer muss ein Rollstuhlfahrer

seinen Tag nicht nur nach barrierefreien Toiletten, sondern auch nach vorhandenen funktionierenden Fahrstühlen zu barrierefreien Verkehrsmitteln und Einrichtungen und in Abhängigkeit von Assistenz planen. Noch immer können Menschen mit Behinderung nicht dort lernen, arbeiten und wohnen, wo und mit wem sie wollen. Noch immer können nicht alle Menschen vollumfänglich selbstbestimmt leben und teilhaben, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention seit 2009 verlangt. Sie fordert Chancengleichheit, Teilhabe und Gleichberechtigung.

Brandenburg hat eine deutschlandweite Vorreiterposition, weil es verstanden hat: Inklusion ist wie Barrierefreiheit zwar nur für 10 % der Bevölkerung zwingend erforderlich und nur für 40 % notwendig, aber für 100 % der Bevölkerung ist sie komfortabel.

(Beifall DIE LINKE)

Die größte Barriere ist jedoch nicht die Treppe, die Stufe oder die Bordsteinkante, sondern die in den Köpfen der Menschen. Auch diese soll mit dem zweiten Maßnahmenpaket beseitigt werden. Jeder kann auch in seinem Wahlkreis etwas dafür tun, auch wir Landtagsabgeordneten, indem wir zum Beispiel den Bürgerinnen und Bürgern den barrierefreien Zugang zu unseren Wahlkreisbüros ermöglichen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Zahlen sprechen für sich. Sie zeigen die Notwendigkeit eines Bewusstseinswandels und konkreter Taten. Im Dezember 2011 lebten in Brandenburg 335 000 Menschen mit Behinderung, jetzt sind es bereits 450 000 - wie meine Vorrednerinnen bereits erwähnt haben -, von denen ca. 325 000 schwerbehindert sind, und das sind rund 100 000 mehr.

Gut, dass der Weg in die inklusive Gesellschaft beschritten und im Tempo nicht nachgelassen wurde. Wichtig ist nun, dass auch die Kommunen Teilhabepäne erstellen. Auch das ist trotz aller Wichtigkeit nicht ausreichend. Sicher zeigen sich Städte wie Potsdam vorbildlich, indem sie bereits einen kommunalen Teilhabepan erarbeitet und sogar evaluiert haben. Jedoch sprechen Fehlkonstruktionen wie zum Beispiel der Fahrstuhl am Ufer der Alten Fahrt für sich. Teilhabepäne allein genügen also nicht. Es bedarf vor allem einer aufrichtigen Überzeugung und des ernsthaften Willens zur Veränderung, aber immer auch der Kompetenz der Betroffenen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige von Ihnen werden sich erinnern: Vor genau fünf Jahren hat der Landtag das erste Maßnahmenpaket mit 136 Maßnahmen beschlossen. Seine Laufzeit reicht bis 2021: 241 Maßnahmen in zehn Jahren für Inklusion. An beiden Maßnahmenpaketen wurden landesweit viele hundert Betroffene beteiligt; denn ohne einen umfassenden Beteiligungsprozess kann ein Projekt, welches Selbstbestimmung und Teilhabe zum Ziel hat, nicht gelingen.

Ebenso wichtig war die ressortübergreifende Arbeit der Landesregierung. Herausgekommen ist ein umfassender Katalog von Maßnahmen über zehn Handlungsfelder hinweg mit Schwerpunkten wie Flüchtlinge mit Behinderung sowie Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Die Maßnahmen greifen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen, Barrierefreiheit, Gesundheit, Pflege, Freizeit, Selbstbestimmung, Bewusstseinsbildung und vielen mehr.

Seit der Verabschiedung des letzten Maßnahmenpakets im Dezember 2011 ist bereits viel passiert. So sind viele der Maßnahmen, allen voran die Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes, umgesetzt worden. Das Landespflegegeld wurde erhöht, und die inklusive Bildung wird weiter vorangetrieben. Dennoch bleibt viel zu tun. Die Fortschreibung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets zeigt, dass verstanden wurde, dass der Weg weder mit dem ersten Paket zu Ende ist noch mit dem zweiten Paket zu Ende sein wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns weiter die Barrieren in der Umwelt, im Bildungssystem, im Arbeitsbereich und vor allem in den Köpfen der Menschen beseitigen. Lassen Sie uns weiter dafür sorgen, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf gleichberechtigt teilhaben, so wie es die Gebärdensprachdolmetschung den Gehörlosen heute ermöglicht, an dieser Debatte teilzuhaben. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderung endlich ihren Bittstellerstatus loswerden.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich die gesellschaftliche Entwicklung und die Zahlen an. Wir, die wir jetzt in der Verantwortung stehen, werden es uns schon in wenigen Jahren selbst danken. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD sowie B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die AfD-Fraktion spricht die Abgeordnete Bessin.

Frau Bessin (AfD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Ja, Menschen mit Behinderung müssen diskriminierungsfrei an unserer Gesellschaft und in unserer Gesellschaft teilhaben können. Sie müssen barrierefreien Zugang zur Infrastruktur haben; denn es ist ein Unterschied, ob man fremde Hilfe in Anspruch nehmen muss oder etwas aus eigener Kraft bewirken kann. Letzteres bedeutet ein Stück Freiheit, Teilhabe am Leben.

Ja, Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt mitten in der Gesellschaft, in der Gemeinschaft leben. Auch auf die langfristige Sicherung der pflegerischen Versorgung von Menschen mit Behinderung ist ein besonderes Augenmerk zu legen. Hierbei ist jedoch die Abwanderung ausgebildeter Pflegekräfte in andere Bundesländer unbedingt zu verhindern. Die Rahmenbedingungen im Pflegebereich müssen insgesamt derart gestaltet werden, dass sich beispielsweise gerade auch erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. Die Pflegesätze sind im Übrigen an die Leistungen der Pflegedienstleister anzugleichen; denn Familienpflege ist ein Beitrag zum Gemeinwohl und muss vor allem gesellschaftlich anerkannt werden.

Ja, auch die Integration in den Arbeitsmarkt ist voranzubringen, ebenso die betriebliche Ausbildung. Arbeitgeber müssen überzeugt werden, an dieser wichtigen Aufgabe mitzuwirken. Parallel dazu hat die Auflage eines entsprechenden Anreizprogramms zu erfolgen.

Ein weiteres Handlungsfeld des Berichts beschäftigt sich mit Erziehung und Bildung. Visionen des Konzepts hinsichtlich wohnungsnaher guter Erziehungs- und Bildungsangebote für möglichst alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihren persönlichen Voraussetzungen und ihrem sozialen Umfeld, sind sehr loblich. Dann wird allerdings auch die Inklusion an den Schulen thematisiert und soll laut Konzept gefördert werden.

Inklusion, wie sie die Landesregierung begreift, bedeutet jedoch auch die Abschaffung der Förderschulen. Das ist unserer Meinung nach jedoch der falsche Weg. Die Wahlfreiheit der Betroffenen muss unbedingt gewahrt bleiben. Es nützt einem behinderten Kind nichts, wenn es in der Regelschule weniger gut betreut werden kann, weil geschulte Lehrer fehlen oder die Ausstattung miserabel ist.

Für die Inklusionsklasse wurde eine Anzahl von 23 Kindern festgelegt. Es gibt immer wieder Beschwerden, dass diese nicht eingehalten wird. Die von der Landesregierung als vertretbar angesehene Zahl von 28 ist schlichtweg zu hoch. Darunter leidet die Qualität der Bildung von behinderten und nicht behinderten Kindern. Es gibt bis heute keine flächendeckende Sicherung der Bildungsqualität. Die Betreuung durch geschultes Lehrpersonal ist nicht ausreichend.

Echte Inklusion erfordert ein behutsames Vorgehen und sehr viel Zeit. Sie erfordert die Einbeziehung der Kinder und der Eltern. Deshalb darf es nicht das Ziel sein, Förderschulen abzuschaffen. Doch dieses Ziel wird von der Landesregierung ins Auge gefasst, denn in dem Bericht heißt es, dass vorgesehen ist, „das [...] parallele System von Förderschulen und gemeinsamem Unterricht in Grundschulen [...] schrittweise zu einem inklusiven Schulangebot an allen allgemeinen Schulen umzubauen.“

An dieser Stelle wiederholen wir unsere Forderung, die wir in dieser Legislaturperiode schon oft gestellt haben: Wenn es dem Kindeswohl dient, muss der Besuch einer Förderschule möglich sein. Deshalb ist die Fortführung von gesonderten Schulen für Menschen mit einer Behinderung nicht nachrangig, wie es im Bericht formuliert wird, deshalb dürfen Förderschulen nicht abgeschafft werden. Das Elternwahlrecht muss erhalten bleiben, und die Eltern müssen die Möglichkeit haben, eine entsprechende Entscheidung für ihre Kinder zu treffen.

Das Inklusionskonzept Brandenburgs ist unserer Meinung nach nicht ausgereift. Das sieht man unter anderem daran, dass die Ausbildung hierfür erst vor Kurzem geschaffen wurde. Es gibt bisher auch kaum Absolventen entsprechend eingerichteter Studiengänge.

Der Bericht erwähnt an vielen Stellen, was alles getan werden kann. Er erwähnt viele auf verschiedenen Ebenen umzusetzende Maßnahmen. Er fordert zum Beispiel die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel und des erforderlichen Personals auf allen Ebenen. Das alles hört sich sehr gut an, aber wir alle wissen doch, dass die Umsetzung schon in unserem bestehenden Bildungssystem schwierig ist. Das gipfelt in dem Ergebnis, dass Brandenburg zusammen mit Berlin bei der Bildung das Schlusslicht aller Länder bildet, und das seit Jahren: vorletzter Platz, Platz 15 im Bildungsmonitor.

Vor diesem Hintergrund will Brandenburg nach zig erfolglosen Experimenten und Reformen ausgerechnet die Inklusion zum

Erfolg führen. Uns erscheint sehr unglaublich, dass das zu einem positiven Erfolg führen wird. Ohne sehr viel mehr Geld, ohne sehr viel mehr Lehrpersonal und ohne kleinere Klassen wird das nicht gelingen.

(Beifall AfD - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Nonnemacher.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Die Landesregierung legt mit ihrem Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket 2.0 ein übersichtlich gegliedertes und umfangreiches Kompendium zum Stand und zur Weiterentwicklung der Politik für Menschen mit Behinderungen im Land Brandenburg vor. Auch mit dem Verfahren, die Menschen mittels der Inklusionsforen an der Erarbeitung des Maßnahmenpakets partizipieren zu lassen, hat das Ministerium vieles richtig gemacht. Es fördert damit eine Kultur des Respekts und der Aufmerksamkeit, die unsere Mehrheitsgesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen zeigen muss. Diesem Respekt schließt sich der Landtag heute zumindest für die aktuelle Debatte an, indem Gebärdendolmetscherinnen eingesetzt werden. Auch ich hoffe darauf, dass dieses Angebot hier zur Regel werden wird.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD sowie DIE LINKE)

Aber wo Licht ist, da ist auch Schatten. Die letzten Debatten hier im Landtag zum Beispiel zum Landespflegegeld und zum Bundesteilhabegesetz haben deutlich gemacht, dass eben noch nicht alle Brandenburgerinnen und Brandenburger mit Behinderung selbst entscheiden können, wie sie leben wollen, wo sie wohnen, wo sie zur Schule gehen und wo sie arbeiten wollen.

Das sieht auch die Monitoringstelle zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention so. Sie kritisierte unter anderem, die Landesregierung habe zuletzt versäumt, Erfolgsmarker zu definieren. Wir freuen uns, dass das im aktuellen Maßnahmenpaket besser umgesetzt wurde.

Leider ist die Redezeit heute viel zu knapp, um dem Thema inhaltlich angemessen zu begegnen. Zur Inklusion im Bereich Bildung und Erziehung wird meine Kollegin Marie Luise von Halem morgen unter dem Tagesordnungspunkt „Gemeinsames Lernen in der Schule“ sprechen.

Das einzige Handlungsfeld, bei dem wirklich viel im Argen zu liegen scheint, ist die Situation geflüchteter Menschen mit Behinderung. Aber auch allein für diesen Punkt würde die Redezeit hier nicht ausreichen. Deshalb wünsche ich mir, dass sich der Sozialausschuss das Maßnahmenpaket in einer seiner nächsten Sitzungen auf den Tisch zieht, damit wir noch einmal vertieft darüber reden können.

Wirklich erfreulich ist, dass die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung im Land deutlich sinkt als im Bund. Trotzdem ist bei uns ein Viertel aller Pflichtarbeitsplätze in der Privatwirtschaft nicht besetzt. Beschäftigen diese Betriebe aus Prinzip keine Menschen mit Behinderung, oder leisten sie lie-

ber Ausgleichszahlungen? Sind sie nur nicht ausreichend über die Fördermöglichkeiten und Strukturen im Land informiert, oder reichen diese Fördermöglichkeiten im Land nicht aus? Das lässt die Landesregierung an dieser Stelle offen, und das ist nicht gut. Denn um das ändern zu können, sollte sie wissen, warum auf mehr als 5 500 Arbeitsplätzen für behinderte Menschen solche ohne Handicap arbeiten dürfen.

Kurz zum Handlungsfeld gesundheitliche Versorgung und Pflege: Hier definiert die Landesregierung einige wichtige und richtige Ziele. Warum sie aber angesichts der deutlich steigenden Zahl von Menschen mit seelischen Behinderungen auf einen Psychiatriebeirat verzichtet, verstehen wir nicht. Definitiv zu euphemistisch stellt die Landesregierung die Förderung der politischen Partizipation behinderter Menschen dar - ich zitiere -:

„Menschen mit Behinderungen können im Rahmen der geltenden bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen gleichberechtigt [...] an politischen Wahlen teilnehmen.“

Das ist doch aber selbstverständlich, und dieses Satzes hätte es gar nicht bedurft. Die geltenden landesgesetzlichen Bestimmungen schließen allerdings Menschen, die unter Betreuung stehen, von Wahlen aus. Gleiches gilt für Menschen, die im Maßregelvollzug in psychiatrischen Kliniken untergebracht sind. Wenn man das weiß, dann klingt der Satz gar nicht mehr so inklusiv. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben ihre Wahlgesetze in echtes inklusives Wahlrecht geändert; in Berlin hat man das vor.

Unser bündnisgrüner Wunsch lautet: Mit einem Maßnahmenpaket 2.0 sollte das auch in Brandenburg möglich werden. Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. - Danke schön.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung könnte jetzt noch einmal Frau Ministerin Golze sprechen, wenn sie möchte. - Das ist nicht der Fall. Ich beende die Aussprache. Damit ist das Konzept der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich rufe zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5880, „Inklusives Wahlrecht im Land Brandenburg: Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beenden“ auf. Ich frage Sie: Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer ganzen Reihe von Enthaltungen ist dieser Antrag somit abgelehnt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 3 schließe, möchte ich Sie an meinem Wissensdurst teilhaben lassen: Die Dolmetscherin, die Sie in der oberen linken Ecke des Bildschirms sehen, ist für die meisten Abgeordneten im Saal nicht sichtbar. Sie können auch nicht sehen, dass auf der Tribüne noch eine zweite Dolmetscherin aktiv ist. Dieses Vorgehen dient der Authentizität, wie mir mitgeteilt wurde: Die Dolmetscherin, die Sie dort sehen, ist selbst gehörlos. Sie könnte für die Mitbetroffenen normalerweise hier nicht dolmetschen, da sie nichts hört. Deshalb gibt es die zweite Gebärdendolmetscherin, die hören kann und für sie mit ihren Gebärden übersetzt. Das ist auch ein Stück weit

Schaffung von Barrierefreiheit im Beruf, wie ich es verstanden habe. Das habe ich jetzt gelernt, und ich wollte es Ihnen nicht vorenthalten. Ich bin immer sehr neugierig - andere wahrscheinlich auch.

(Allgemeiner Beifall)

Ich beende nun Tagesordnungspunkt 3 und bedanke mich bei Frau Fischer und Frau Hillert, die die Übersetzung in Gebärdensprache vorgenommen haben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Verteidigung der Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen Islamismus und Terrorismus verstärken!

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 6/5836

Außerdem liegen ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 6/5882, sowie ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/5885, vor.

Die Aussprache eröffnet Herr Abgeordneter Lakenmacher von der CDU-Fraktion.

Lakenmacher (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Islamismus, Terrorismus, politischer Extremismus - diese Bedrohungen sind weltweit gegenwärtig, in Europa, in Deutschland und auch bei uns hier im Land Brandenburg. Die Anschläge in Paris, Nizza, Brüssel, Hannover, Essen, Würzburg, Ansbach sowie im vergangenen Monat auf den Breitscheidplatz in Berlin zeigen uns, wie verwundbar unsere freie Gesellschaft ist und wie unmittelbar und nah diese Bedrohungen für uns geworden sind.

Dieser verschärften Bedrohungslage müssen wir begegnen. Die CDU-Fraktion fordert deshalb die Umsetzung dringend notwendiger Maßnahmen in der Sicherheitspolitik des Landes Brandenburg. Wir fordern Veränderungen, um die Brandenburgerinnen und Brandenburger bestmöglich und angemessen vor den Gefahren des Islamismus und des Terrorismus zu beschützen.

Mit dem Antrag bietet die CDU-Fraktion den Mitgliedern dieses Hauses, aber auch der Landesregierung an, in diesem Parlament nun zügig und gemeinsam Antworten auf diese Bedrohungslage, auf Islamismus und Terrorismus, zu geben. Für meine Fraktion, die CDU-Fraktion, ist dabei absolut klar: Diese Antworten können nur solche eines starken, eines wehrhaften Rechtsstaates sein.

(Beifall CDU)

Ein starker und wehrhafter Rechtsstaat, meine Damen und Herren, hat nach meiner Überzeugung zunächst ein Fundament: personell und sachlich gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Ich kann es Ihnen, Herr Innenminister, an dieser Stelle leider nicht ersparen: Die total misslungene Polizeireform samt

drastischem Personalabbau auf gegenwärtig nur noch 7 900 Polizeibedienstete war, ist und bleibt der Kardinalfehler in der Innenpolitik dieser rot-roten Landesregierung.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD)

Gleiches gilt für den drastischen Stellenabbau beim Verfassungsschutz um ein Drittel des Personals; das war heute schon Thema. Herr Innenminister Schröter, ich sage Ihnen: Warten Sie jetzt nicht noch länger zu und kommen Sie aus Ihren bloßen Ankündigungen heraus - Sie haben heute auch wieder eine Ankündigung zum Verfassungsschutz gemacht -, schaffen Sie endlich mehr und ausreichend Stellen bei unseren Sicherheitsbehörden! Ich sage Ihnen auch: Wenn Ihr linker Koalitionspartner sich da weiter querstellt und den Verfassungsschutz in Brandenburg dann doch lieber abschaffen will, statt ihn aufzustocken, dann haben Sie in der CDU-Fraktion einen verlässlichen Partner für mehr Verfassungsschützer. So ist das!

(Beifall CDU - Zurufe des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Wichtig ist, Herr Innenminister, dass Sie jetzt aus Ihren Ankündigungen und Ihrem Herumlavieren herauskommen, denn das können wir uns bei dieser Bedrohungslage schlicht und ergreifend nicht länger leisten.

Ich möchte jetzt auf weitere Forderungen unseres Antrags eingehen. Wir fordern - das ist Punkt 7 des Antrags -, dass ein Unterbindungsgewahrsam für Gefährder konsequent vollzogen und die Festsetzungsdauer von gegenwärtig maximal vier Tagen nach dem Brandenburgischen Polizeigesetz auf 14 Tage erhöht wird. Das ist in anderen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg schon möglich. Ich und meine Fraktion sind davon überzeugt, dass eine solche ausgedehnte Festsetzung von Gefährdern eine angemessene und geeignete Maßnahme ist, um schwere Straftaten und Terrorakte zu unterbinden.

(Beifall CDU)

Eine für die CDU-Fraktion ebenso wichtige Maßnahme ist die Ausweitung der Videoüberwachung, die wir fordern. Wir hatten das schon als Thema im Innenausschuss. Die gemäß dem Brandenburgischen Polizeigesetz heute bestehenden Möglichkeiten der Videoüberwachung im öffentlichen Raum - es geht nur an Kriminalitätsschwerpunkten nach entsprechender Lageprognose - sind immer anlassabhängig.

(Minister Görke: Wo denn sonst?)

- Ja, Herr Görke, ich sage es Ihnen gleich. Wo ist es nämlich nicht möglich?

(Zuruf von Minister Görke)

- Ja, das sagen Sie so flapsig. So gehen Sie mit der inneren Sicherheit um!

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen, wo es nicht möglich ist, und ich weiß, dass der Innenminister mir da zustimmt. Es ist eben nicht möglich bei sogenannten weichen Zielen, bei öffentlichen Plätzen oder

Busbahnhöfen. Diese Möglichkeit müssen wir rechtlich eröffnen.

(Beifall CDU)

All denen, meine Damen und Herren, die Skeptiker sind, Herr Görke, und immer gleich aufschreien, Attentäter ließen sich nicht durch Videoüberwachung davon abhalten, ihre Straftaten zu begehen, sage ich:

(Minister Ludwig: So ist es!)

- So ist es?

(Minister Ludwig: Ja, so ist es!)

- Das sagt der Richtige! Hallo, Herr Justizminister! Ich sage Ihnen etwas dazu:

(Minister Ludwig: Dann tun Sie mal so! - Zurufe von der CDU - Unruhe bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungsszenarien - nicht nur im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus - frage ich Sie zu dieser Argumentation: Wissen Sie, was das ist, Herr Justizminister? Wissen Sie, was das ist, Herr Görke? Das ist innenpolitisches Schattenboxen, was Sie hier betreiben! So sieht es aus.

(Beifall CDU - Minister Ludwig: Aufklären!)

Denn Videoüberwachung ...

(Minister Ludwig: So ein Stuss!)

- Schreien Sie doch hier nicht herum; reißen Sie sich einmal zusammen!

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Minister, wünschen Sie das Wort?

(Minister Ludwig: Nein!)

Lakenmacher (CDU):

Das habe ich mir gedacht, dass er das nicht wünscht.

Vizepräsident Dombrowski:

Ich kann es nicht tolerieren, dass Minister von der Regierungsbank in den Saal hineinschreien. Sie haben jederzeit das Rederecht - melden Sie Ihre Redezeit an, dann können Sie sprechen. Unterbrechen Sie aber bitte nicht die Abgeordneten!

(Beifall CDU, AfD sowie vereinzelt BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Lakenmacher (CDU):

Wer so lauthals schreit, dem fällt eben nichts anderes ein.

Weiter im Text: Videoüberwachung erhöht nicht nur die objektive und subjektive Sicherheit, sie eröffnet in etlichen Fällen auch den einzigen Ermittlungsansatz und führt damit zu Fahndungserfolgen und zur Identifizierung von Tätern. Beispiele dafür gab es in der Vergangenheit genug. Damit werden nicht nur Straftaten aufgeklärt, sondern es können auch neue Straftaten und Terrorakte der dann identifizierten Straftäter verhindert werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, eine weitere notwendige Maßnahme ist nach unserer Überzeugung die Ausweitung der Schleierfahndung hier im Land Brandenburg. Sie ist gegenwärtig im 30 Kilometer tiefen Fahndungsbereich ab Bundesgrenze möglich. Wir sagen: Das muss überall im Land Brandenburg möglich sein. Auch die Zweckbindung der Schleierfahndung - gegenwärtig allein zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität - muss entfallen. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Ich möchte gegen Ende meiner Rede noch auf eine weitere Maßnahme konkreter eingehen, und zwar auf den Einsatz der elektronischen Fußfessel. Herr Innenminister, Ihr Kabinetts- und Regierungschef hat sich bereits dazu geäußert. Ich sage Ihnen vorab: Ja, die elektronische Fußfessel kann ein geeignetes Hilfsmittel zur Gefährderüberwachung sein. - Da ist dann aber auch schon Schluss. Sie ist eben nur ein geeignetes Hilfsmittel; das ist meine Überzeugung. Wir müssen hier die rechtlichen Voraussetzungen in Brandenburg schaffen, um sie bei Gefährdern einzusetzen.

Ich habe mich allerdings sehr gewundert, warum der Ministerpräsident dieses Landes in der Presse auf einmal die innere Sicherheit als Thema für sich wiederentdeckt hat oder nach Marschroute aus dem Willy-Brandt-Haus wiederentdecken sollte und die elektronische Fußfessel nun zum Allheilmittel in der Terrorbekämpfung ausgerufen hat. Da habe ich mich erstens gefragt: Kennt der Mann die Gesetzeslage in Brandenburg überhaupt? Das geht eben zurzeit in Brandenburg noch nicht; wir müssen die Voraussetzungen erst schaffen. Zweitens habe ich mich gefragt, warum der Ministerpräsident dieses Landes - Jahre zuvor auch Innenminister - denn nicht die gesetzlichen Grundlagen in Brandenburg dafür geschaffen hat, dass die elektronische Fußfessel bei Gefährdern eingesetzt werden kann! Das frage ich mich dann doch.

(Beifall CDU)

Ich habe aber eine Erklärung dafür: Ich denke, das war schlicht und ergreifend ein Versuch des Ablenkens

(Zuruf: Oh!)

von der unter der Ägide von Ministerpräsident Woidke jahrelang betriebenen Personal- und Sicherheitsabbaupolitik - nicht mehr und nicht weniger.

(Vereinzelt Beifall CDU - Zurufe von SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Ich sage es einmal anders: Die elektronische Fußfessel als technisches Hilfsmittel - ja, aber sie ist eben niemals Ersatz für

auch nur eine von Ihnen gestrichene Stelle bei Verfassungsschutz und Polizei. Und Sie haben hier eine ganze Streichorgie zu verantworten!

(Beifall CDU - Frau Lehmann [SPD]: Ein anderes Thema haben Sie wohl nicht?!)

Mit dieser Streichorgie muss jetzt Schluss sein. Deswegen sage ich: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Ich freue mich auf die Debatte und bin nach all den Ankündigungen des Ministerpräsidenten und auch des Innenministers sehr gespannt auf die Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Kossanke.

Kossanke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Terroranschläge und der insgesamt veränderten Sicherheitslage stellt sich für uns alle die Frage, wie wir uns, unsere Bürger und unsere Kinder schützen können. Es gibt jetzt lange Listen von Maßnahmen, wie man das bewerkstelligen kann. Zu all den vielen vorgeschlagenen Maßnahmen im Einzelnen kann man immer Pro- und Kontra-Positionen finden. Aber für all diese Maßnahmen insgesamt gilt: Sie werden uns nicht wirklich schützen können. Keine dieser Maßnahmen garantiert, dass es keine Terroranschläge mehr gibt, keine dieser Maßnahmen garantiert, dass es keine Übergriffe mehr gibt. Es ist eben unsicher, ob sie wirklich helfen. Da gibt es jetzt eine Vermutung, da wird einfach gesagt: Lasst es uns machen, es schadet ja nicht! - Meine Damen und Herren, ich stelle jetzt die Frage: Schadet es wirklich nicht?

Gestern hat das Bundesverfassungsgericht die NPD nicht verboten, obwohl die NPD verfassungswidrig ist - das wurde eindeutig festgestellt. Man hätte auch sagen können: Es schadet nicht - verbietet sie doch einfach!

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Popel braucht man nicht zu verbieten!)

- Das ist so dumm wie vieles andere von dir, Christoph.

(Einzelbeifall)

Doch, es schadet! Das Bundesverfassungsgericht hat sich an dieser Stelle eindeutig positioniert und hat gesagt: Wenn wir das verbieten, schadet es dem Rechtsstaat, schadet es der Demokratie, weil die im Grundgesetz normierten Freiheitsrechte immer eben auch Freiheitsrechte von Straftätern, Extremisten und Terroristen sind.

Meine Damen und Herren, Sie kennen das Zitat von Rosa Luxemburg:

„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei - mögen sie noch so zahlreich sein -“

- ich ergänze einmal: mögen sie auch die demokratische Mehrheit sein -

„ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.“

(Beifall DIE LINKE - Lachen sowie Zuruf des Abgeordneten Kalbitz [AfD])

Man muss vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ergänzen: Freiheit ist auch die Freiheit der Andershandelnden. Auch das muss man sich ansehen.

Das heißt aber definitiv nicht, dass man sich in einem naiven Pazifismus, in einer naiven Toleranz Rechtsverletzungen bieten lassen muss, sondern wir müssen hart und konsequent durchgreifen, wenn sich Terroristen aufmachen, Terroranschläge zu verüben. Wir müssen hart und konsequent durchgreifen, wenn Rechtsextreme durch die Straßen ziehen. Wir müssen auch hart und konsequent durchgreifen, wenn Linksextremisten Häuser belagern. All das müssen wir tun.

Deswegen wollen wir auch, dass Maßnahmen geprüft werden, wie wir auf diese Bedrohungslage besser reagieren können. Bei allem Rechtsstaat, den wir hier schützen wollen, sei all denen, die hier Terroranschläge vorbereiten, all den Rechtsextremisten und auch den Linksextremisten, die sich hier nicht an Recht und Gesetze halten, eines ganz klar gesagt: Wir werden euch jagen. Wir werden euch finden und wir werden euch alle auch bestrafen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aber wir werden uns von euch nicht dazu bringen lassen, unsere Regeln zu brechen. Das werden wir nicht tun. Die halten wir weiterhin hoch. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Schulze hat eine Kurzintervention angezeigt. Bitte schön.

Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): *

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Ihnen sicherlich auch bekannten Film mit dem Titel „Forrest Gump“ sagte der Hauptdarsteller: „Dumm ist der, der Dummes tut!“

Herr Kollege, Sie haben Dummes getan. Sie haben in den letzten Jahren diese Unverantwortlichkeiten in der Sicherheitspolitik mitgetragen und schönegeredet. Heute hier zu tun, als ob Sie damit nichts zu tun hätten, ist so grotesk wie lächerlich. Anderen vorzuwerfen, dass sie nicht richtig gehandelt hätten, dazu möchte ich sagen: Es wäre einfach einmal an der Zeit, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Ja, wir haben etwas falsch gemacht. Wir entschuldigen uns bei der Bevölkerung und vor allem auch bei den Polizisten, die das Ganze mit ihrer Familie, mit ihrer Arbeitszeit und ihrer Gesundheit ausbaden müssen. - Das wäre heute die richtige Ansage gewesen und eine klare Ansage einer Kursumkehr. Das haben Sie wieder einmal versäumt,

(Beifall CDU und AfD)

weil Sie nicht den Arsch in der Hose haben, zu Ihrer Verantwortung und zu Ihrer Schuld zu stehen. Deswegen sage ich Ihnen:

(Beifall CDU)

Sie tragen die Verantwortung. Sie hätten hier andere Worte finden sollen.

(Beifall der Abgeordneten Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] und der CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter Kosanke, möchten Sie reagieren? - Ja.

Kosanke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn es dummes Zeug war, nehme ich die Gelegenheit wahr, das hier zurückzuweisen. - Christoph Schulze, von jemandem, der hauptsächlich das kritisiert, was er selber über Jahre verbockt hat,

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Was? - Beifall DIE LINKE)

muss ich mir hier nicht sagen lassen, was ich irgendwo falsch gemacht hätte. Dass Sie, nur um Ihre kleinlichen persönlichen Auseinandersetzungen hier führen zu können, dieses ernste Thema missbrauchen, spricht für sich.

(Frau Lehmann [SPD]: Genau! - Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Jung.

Jung (AfD): *

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Herr Kosanke, es gibt einen Unterschied zwischen unseren Rechts- und Linksextremisten hier im Lande und den Islamisten. Das hat der Stellvertreter von Bin Laden von Al-Qaida adressiert an den Westen so schön auf den Punkt gebracht: „Ihr liebt das Leben, und wir lieben den Tod.“ Das ist der fundamentale Unterschied zwischen Extremisten, die es hier in Europa gibt und schon immer gab, und den Islamisten.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, die unkontrollierte Grenzöffnung durch die Bundeskanzlerin am 05.09.2015

(Unmut bei der CDU)

hat uns unkontrollierbare Verhältnisse gebracht: Niemand weiß, wer ins Land gekommen ist. Leider sind viele terroristische Islamisten dabei und solche, die mit ihren schrecklichen Taten auch Erfolg hatten. Wir nennen sie verharmlosend und verniedlichend Gefährder bzw. relevante Personen. Für mich sind

dies Menschen, die sofort aus unserem europäischen Kulturkreis herausmüssen. Sie haben keine Möglichkeit, weiterhin hier in Deutschland und in Europa zu bleiben. Sie akzeptieren nur unser Geld, und unsere Lebensweise hassen sie.

Man meint, dass es jetzt viele Möglichkeiten gibt, die diskutiert werden. Aber wir sind in einer Situation, wo man diesen Leuten bei allen Maßnahmen, die man schaffen soll, keine verfassungsrechtlichen Schlupflöcher durch unsere Verwaltungsgerichte geben darf. Ausländische Islamisten gehören sofort abgeschoben.

Wie ist dies zu machen? Wir haben im Grunde genommen mehrere Möglichkeiten. Wir wissen zum Beispiel genau, dass es im DDR-Strafgesetzbuch einen § 59 gab, in dem die Abschiebung sehr klar geregelt war. Sie ist auch nicht so umständlich durchgeführt worden wie bei uns.

Ich möchte in dem Zusammenhang nur einmal an den Fall des „Kalifen in Köln“ im Jahr 1996 erinnern und daran, wie viele verwaltungsrechtliche Verfahren dort geführt worden sind. Wenn Sie sich das einmal genau ansehen, stellen Sie fest: Es waren allein beim Verwaltungsgericht in Köln 26 Verfahren. Genau diesen Fehler dürfen wir bei allen Maßnahmen, die wir hier diskutieren, nicht machen. Wir brauchen klare, eindeutige, praktikable Regeln für unsere Sicherheitsbehörden, weil das sonst nicht funktioniert.

(Beifall AfD - Jungclaus [B90/GRÜNE]: So wie in der DDR!)

- Nicht wie in der DDR, überhaupt nicht, nein. - Wenn ausländische Islamisten ausgewiesen werden sollen, weil sie hier nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, müssen wir auch diskutieren, wie wir mit Islamisten umgehen, die einen deutschen Pass haben. Da kommt bei so genannten Gefährdern die Möglichkeit in Betracht, sie mit Fußfesseln zu versehen. Das ist momentan auch schon möglich. Aber es ist so, dass sie verurteilt werden müssen. Wir erinnern uns alle an das Jahr 2015, wo sich 15 Kilometer von hier entfernt ein solcher Islamist morgens besonnen hatte, seine Fußfessel abzulegen, sich ein Messer zu greifen und durch Spandau zu laufen. Gott sei Dank war die Polizei schnell da. Aber er hat einen Polizisten verletzt.

Genau dies ist das Spannungsverhältnis, in dem wir uns befinden. Das heißt: Es kann jederzeit passieren. Der Kollege Lakenmacher hat darauf hingewiesen: Wir haben die Möglichkeit, mit den Fußfesseln eine relativ enge Überwachung dieser Personen durchzuführen - das dürfte auch von der Sache her praktikabel sein -, aber es spart keine Polizisten ein. Das ist ein Irrglaube.

Was ist weiter zu tun? Wir müssen uns überlegen, wie wir mit entsprechenden Moscheen, in denen diese Leute ein- und ausgehen, umgehen. Es ist ein Unding, dass Menschen, die in Moabit wohnen, aus der Zeitung erfahren, was für Leute sich in ihrer Umgebung herumtreiben. Das ist ...

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Jung (AfD):

Das ist nicht möglich.

(Heiterkeit SPD und DIE LINKE - Stohn [SPD]: Es wäre aber schön, wenn das möglich wäre!)

Wir sollten letztendlich an einem Strang ziehen und in diesem Bereich ein Höchstmaß an Sicherheit durchsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Dr. Scharfenberg. Bitte.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Jung, mit Ihrem Beitrag und Ihrem Gruselkatalog haben Sie sich erneut diskreditiert und außerhalb einer ernsthaften Diskussion Aufstellung genommen.

(Zuruf des Abgeordneten Königer [AfD])

Meine Damen und Herren, wir alle sind betroffen von dem schrecklichen Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Das zeigt, wie verletzlich und verwundbar wir sind.

Vor diesem Hintergrund wird sich niemand der Forderung verwehren, ein hohes Maß an Sicherheit für die Menschen in unserem Land zu gewährleisten. Alles, was tatsächlich dazu beiträgt, zu verhindern, dass sich so ein schreckliches Ereignis wiederholt, muss geprüft und gegebenenfalls umgesetzt werden.

Ich sage aber auch ganz deutlich: Wir beteiligen uns nicht an einem Wettbewerb, mit dem man sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bundestagswahl gegenseitig in markigen Forderungen nach neuen Eingriffsmöglichkeiten zu überbieten versucht.

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE] - Zuruf von der AfD: Lieber gar nichts tun!)

Sicherheit ist ein hochsensibles Thema, bei dem viel Augenmaß gefragt ist, denn der Staat bestimmt gerade auf diesem Feld darüber, wie weit er für mehr öffentliche Sicherheit in die Rechte des Einzelnen eingreifen darf.

(Hein [fraktionslos]: Ihr habt doch keine Ideen!)

Diese verantwortungsbewusste Abwägung zwischen den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger und den Eingriffsrechten des Staates nimmt uns niemand ab. Dazu gehört auch die Abwägung, ob die Maßnahmen überhaupt realisierbar sind und für den Einzelnen mehr Sicherheit bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion formuliert ihre Vorstellungen für mehr Sicherheit in 13 Punkten und be-

dient damit in gewissem Sinne das Bild vom „gefräßigen Staat“, wie es kürzlich die ehemalige Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger in einem Interview formuliert hat.

Dieses Sammelsurium an Forderungen ist größtenteils alter Wein in neuen Schläuchen. Wieder einmal wird die Forderung nach einer unverzüglichen personellen Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz aufgemacht. Die CDU-Fraktion ist also nach wie vor nicht bereit, die mit dem Doppelhaushalt beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der brandenburgischen Polizei und zur Stabilisierung des Verfassungsschutzes anzuerkennen, die sich sowohl am Bedarf als auch an den realen Möglichkeiten der praktischen Umsetzung orientieren.

Gerade beim Verfassungsschutz stelle ich mir die Frage, ob Sie das wirklich ernst meinen - eine unverzügliche Verstärkung um 30 Stellen, also um ein Drittel. Davon bekommen Sie die immer wieder geforderten Spezialisten auch nicht.

(Petke [CDU]: Siehe Cottbus!)

Zudem wollen Sie doch den brandenburgischen Verfassungsschutz ohnehin an den Bund abgeben, indem Sie sich der Forderung des Bundesinnenministers nach einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes bedingungslos anschließen.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, es ist kein Zeichen von Souveränität, wenn Sie immer wieder in solch arroganter und kleinlicher Weise versuchen, mit dem Sicherheitsthema Punkte zu sammeln und den Eindruck zu vermitteln, Brandenburg sei ein unsicheres Land.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Damit missachten Sie die enormen Leistungen, die insbesondere die brandenburgische Polizei täglich erbringt. Sie ignorieren immer wieder, dass die Polizei auch ohne Ihre belehrenden Vorgaben in Ausstattung und Struktur auf die neuen Anforderungen eingestellt worden ist und ständig eingestellt wird. Schauen Sie einmal nach Berlin, was da jetzt ausgeglichen werden muss, nachdem das dort ein CDU-Innensenator nicht geschafft hat.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

Meine Damen und Herren! Bei nüchterner Betrachtung reden wir weniger über unzureichende gesetzliche Grundlagen als vielmehr über Vollzugsdefizite bei der Umsetzung des geltenden Rechts. Das zeigen nicht zuletzt die Umstände im Vorleben des Attentäters vom Berliner Weihnachtsmarkt, die ein frühzeitiges Reagieren ermöglicht und erfordert hätten. Sie lesen sicherlich auch Zeitung.

Wenn jetzt von einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes und einem Ausbau der Befugnisse des BKA und der Bundespolizei die Rede ist, fordern wir ganz klar die Wahrung der föderalen Sicherheitsarchitektur.

Bei der Anwendung des Mittels der Videoüberwachung im öffentlichen Raum kann auf der Grundlage der geltenden Regelungen des Polizeigesetzes gehandelt werden. Wir wissen allerdings auch, dass selbst bei perfekter Videoüberwachung das

Attentat auf den Breitscheidplatz in Berlin nicht hätte vermieden werden können - wie übrigens auch eine Fußfessel den Attentäter kaum aufgehalten hätte.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Im Falle der Verfolgung von Straftätern können diese Mittel aber zweifellos hilfreich sein. Dazu ist übrigens im Polizeigesetz schon jetzt vorgesehen, dass die Löschfrist von 48 Stunden im Falle der Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nicht gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Unterschied zur CDU-Fraktion machen die Koalitionsfraktionen in ihrem Entschließungsantrag deutlich, dass sie, wenn erforderlich, wirksamere Handlungsmöglichkeiten prüfen wollen, damit tatsächlich mehr Sicherheit geschaffen wird und die Freiheitsrechte der Bürger nicht unzulässig eingeschränkt werden. Es ist bezeichnend, dass diese notwendige Abwägung für die brandenburgische CDU offensichtlich keine Rolle spielt.

Meine Damen und Herren, Brandenburg ist ein sicheres Land und soll es auch bleiben. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Nonnemacher. Bitte schön.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Nur wer mit seiner Freiheit bezahlt, bekommt maximierte Sicherheit - um den hohen Preis eines stark eingeschränkten Lebens mit ständiger Bewachung. Hundertprozentig sicher ist allerdings nur, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt.

Islamistische Terroristen sind unberechenbar. Sie sind so gefährlich, weil sie möglichst viele Menschen umbringen wollen, ihre Opfer beliebig auswählen und ihr eigenes Leben nicht achten. Jede Menschenmenge kann zum Anschlagziel werden. Wir stehen folglich seit Jahren vor einer sicherheitspolitischen Herausforderung, wie es sie nie zuvor gab. Es gilt, sorgsam und stetig zu analysieren, wie unsere Polizei einen noch höheren Wirkungsgrad erzielen kann.

Aktuell gilt es, erst einmal herauszufinden, was im Vorfeld des Berliner Anschlags schiefgelaufen ist. In einer Chronologie des Behördenhandelns konnten wir nachlesen, dass der Attentäter seit Dezember 2015 Waffenkäufe angekündigt hatte. Der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestages, Herr Binninger von der CDU, kommt zu dem Ergebnis, dass man ihn im vergangenen Herbst in Abschiebehaft hätte nehmen können. Antworten auf viele Ungeheimheiten liegen aber noch nicht vor. Schon allein deshalb haben wir heute keine ausreichende Entscheidungsgrundlage für das Maßnahmenpaket, das die CDU hier beantragt. Falls es Ermittlungsdefizite gab, sollten Prozesse optimiert werden. Wenn Gesetzeslücken daran schuld waren, dass so viele Men-

schen getötet und verletzt wurden, dann müssen wir sie identifizieren und gezielt schließen.

Über den Preis, den wir für mehr Sicherheit zahlen sollen, können wir reden. Bezüglich einiger Ihrer Forderungen ist allerdings nur klar, dass sie ein weiteres Stück unserer Freiheit kosten. Völlig unklar ist, ob und wie sie gegebenenfalls mehr Sicherheit bringen.

(Beifall B90/GRÜNE)

So wird sich ein islamistischer Selbstmordattentäter von Videokameras nicht abschrecken lassen. Im Gegenteil: Er nutzt sie womöglich noch, um seinen Anschlag medial zu inszenieren.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE sowie des Abgeordneten Jungclaus [B90/GRÜNE])

Außerdem wollen Sie die Schleierfahndung ausweiten, also die verdachtsunabhängige Kontrolle, die bisher zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität erlaubt ist. Mir ist schleierhaft, wie die Schleierfahndung zur Terrorismusbekämpfung beitragen soll. Würden Schleierfahnder nach islamistischen Terroristen suchen, wäre das wahrscheinlich mit Racial Profiling im großen Stile verbunden. Dann würden vermutlich vor allem arabischstämmig aussehende Personen willkürlich kontrolliert. Wie soll die Polizei auf diese Weise einen terrorbereiten Islamisten deutscher Herkunft finden? Die Schleierfahndung erscheint mir unter Terrorismusaspekten wie die Suche nach einer Stecknadel im Heuhaufen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

Zudem fordern Sie die elektronische Fußfessel für sogenannte Gefährder, obwohl sich im Juli 2016 ein islamistischer Attentäter trotz Fußfessel an der Ermordung eines Priesters in Frankreich beteiligt hatte. Der Begriff des Gefährders klingt zwar gefährlich, er hat aber keine strafrechtliche Dimension und unterliegt offensichtlich keinen einheitlichen Kriterien.

(Beifall der Abgeordneten Johlige [DIE LINKE])

Er basiert lediglich auf einer polizeiinternen Einschätzung. Freiheitsberaubende Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln werden bisher jedoch aus gutem Grunde erst auf gerichtliche Weisung hin gegen schwere Gewalt- und Sexualstraftäter angeordnet, nicht aber gegen Personen, die nicht einmal die Kriterien eines Tatverdächtigen erfüllen.

Auch von einer Zentralisierung der Verfassungsschutzbehörden auf Bundesebene halte ich nichts. Wir können dann die nachrichtendienstlichen Aktivitäten in Brandenburg noch schlechter kontrollieren als bisher und uns nicht einmal mehr darüber informieren. Wie intransparent das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitet, erleben wir aktuell im NSU-Untersuchungsausschuss.

Wir Grünen sind, falls erforderlich, durchaus bereit, punktuell Freiheit für Sicherheit zu opfern, aber nur, wenn der Sicherheitsgewinn nachweisbar ist und keine rechtsstaatlichen Grundsätze verletzt werden. Ein hektischer Überbietungswettbewerb ist Ausdruck der Hilflosigkeit und bringt uns nicht mehr Sicher-

heit. Er schränkt nur eines der wertvollsten Dinge in unserer Demokratie ein: unsere bürgerlichen Freiheitsrechte. Für uns Grüne muss Gefahrenabwehr zielgerichtet, entschlossen, effektiv und vor allen Dingen rechtsstaatlich sein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Minister Schröter.

Minister des Innern und für Kommunales Schröter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrter Kollege Lakenmacher, ich denke, die gegenwärtige Situation erlaubt keine alten Textbausteine mehr. Wir haben auch nicht die Zeit, hier im Landtag die Schlachten von gestern zu schlagen.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE - Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir sollten stattdessen die Situation bei der Polizei sowie das, was mit dem Haushalt beschlossen wurde und was die gegenwärtige Sicherheitsarchitektur ausmacht, als unsere Grundlage ansehen.

Meine Damen und Herren, die Sicherheitsarchitektur in Deutschland ist gut. Es sind weit mehr terroristische Anschläge vereitelt worden als verübt werden konnten. Dennoch: Das Gute ist der Feind des Besseren. Deshalb dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen schauen, wie man das Vorhandene noch effektiver gestalten kann. Wir dürfen nichts unversucht lassen, unseren freien Lebensstil zu schützen und barbarische und heimtückische Angriffe wie zuletzt auf dem Berliner Weihnachtsmarkt mit aller Entschlossenheit zu verhindern. Daran zu arbeiten muss unser aller Anliegen sein.

Sie wissen - bei Lichte betrachtet -, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, dass eine ganze Reihe Ihrer Forderungen in unserem Land entweder schon realisiert sind oder sich in der Realisierungsphase befinden.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

In vielen Punkten sind wir nicht weit auseinander, und das ist gut und wichtig. Das betrifft die Aufstockung unserer Spezialeinsatzkräfte, die personelle Verstärkung der Bereitschaftspolizei, die fortwährende Anpassung der polizeilichen Einsatztaktik sowie die Verbesserung der Erstinterventionsfähigkeiten unserer Funkstreifenwagenbesatzungen. Meine Damen und Herren, das bedeutet nicht nur ein deutliches Mehr an Technik und Ausrüstung, sondern auch an Ausbildungsnotwendigkeiten. Darüber und über anderes haben wir hier und im Innenausschuss schon mehrfach gesprochen. Sie wissen, dass die Koalition mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 vielerlei gute Weichenstellungen bei Polizei und Verfassungsschutz vorgenommen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Motto lautet heute nicht „Wünsch dir was!“, sondern wir müssen realistisch sein und das Machbare in den Fokus nehmen. Viele Forderungen,

die Polizei von heute auf morgen um weitere Stellen aufzustocken, sind einfach unrealistisch. Mit 350 Anwärtern pro Jahrgang an der FHPol in Oranienburg sind wir an die Grenze des Machbaren gegangen; deshalb werden wir nicht von heute auf morgen den Personalkörper der Polizei erweitern können. Ich weiß, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an der Grenze der Leistungsfähigkeit arbeiten. Deshalb werden wir sorgfältig schauen, wie wir die Kollegen verstärken können.

Insofern sehe ich insgesamt viele Gemeinsamkeiten. Aber, meine Damen und Herren, ich will auch Dinge aufgreifen, die der Bundesinnenminister unlängst über die Zeitung in die Diskussion eingebracht hat. Natürlich kann die Kooperation der Bundesländer mit dem Bund oder der Bundesländer untereinander noch verstärkt werden. Natürlich kann, darf und muss man darüber nachdenken, Kompetenzen beim Bund zu bündeln. Ich sagte es mehrfach: Diesbezüglich bin ich ganz offen und stehe für eine Diskussion zur Verfügung. Hier und heute allerdings Beschlüsse fassen zu wollen, die in die Bundeskompetenzen eingreifen, halte ich für verfrüht. Wir sollten abwarten, wie sich die Bundesregierung aufstellt, damit wir uns mit unseren Veränderungen daran orientieren können.

Ich habe im Innenausschuss bereits einen gewissen Änderungsbedarf bei der Videoüberwachung angesprochen. Gestatten Sie mir dazu noch folgende Bemerkungen: Wir müssen pragmatisch und nicht ideologisch an diese Dinge herangehen. Ich bin ganz sicher: Ideologische Herangehensweisen werden das Jahr 2017 nicht überleben.

(Beifall des Abgeordneten Petke [CDU])

Eine pragmatische Betrachtung ist: Ohne Videoaufzeichnungen wären weder der mutmaßliche Mörder von Mohamed und Elias gefasst noch der „Treppentreter“ oder die jugendliche Gang, die in der U-Bahn aktiv war, überführt worden.

(Einzelbeifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand möchte, dass überall Videokameras hängen; darum geht es auch gar nicht. Aber überall dort, wo es sinnstiftend ist, sollen Videokameras auch zum Einsatz kommen.

(Beifall CDU, AfD, vereinzelt SPD sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Videoaufzeichnungen sind kein Wundermittel, können aber einen Beitrag dazu leisten, dass sich Menschen wieder sicherer fühlen und Straftaten aufgeklärt werden. Jede aufgeklärte Straftat ist gute Prävention, denn sie schreckt ab.

(Beifall AfD)

Jede nicht aufgeklärte Straftat bahnt einer neuen den Weg.

Lassen Sie mich noch etwas zum Verhältnis von Flüchtlingen und Terroristen sagen. Meine Damen und Herren, die allermeisten Menschen, die zu uns kommen, flüchten vor Terror, flüchten vor Terroristen, verlassen deshalb ihre Heimat und wollen hier einfach nur in Frieden leben.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Losgelöst von der Betrachtung des islamistischen Terrors halte ich es für sinnvoll, mit dem Bund darüber zu verhandeln, wie islamistische Gefährder oder Straftäter mit Unterstützung des Bundes in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können.

(Einzelbeifall)

Man muss aber zuerst über die Ausgestaltung reden, bevor man hier Beschlüsse fassen kann. Gleichwohl steht der Bund schon jetzt in der Pflicht und muss deshalb schon jetzt angesprochen werden. Das fehlt im Antrag der CDU-Fraktion leider.

Was meine ich damit? Schon heute ist der Bund in der Pflicht, unsere Grenzen zu schützen.

(Beifall des Abgeordneten Jung [AfD])

Wenn an unserer Ostgrenze, wie der Bundesrechnungshof feststellt, der „temporäre Verlust der Handlungsfähigkeit“ droht und die Binnengrenzfehndung „nur noch marginal wahrgenommen werden“ kann, dann ist das ein unhaltbarer und inakzeptabler Zustand.

(Beifall AfD)

Ich werde dies zum Anlass nehmen, mich schriftlich an den Bundesinnenminister zu wenden und auf unverzügliche Abhilfe zu drängen. Die Lage vom Herbst des Jahres 2015, als die Bundespolizei notgedrungen in Richtung Süddeutschland verlegt wurde, ist vorbei, aber die illegale Einwanderung über die Ostgrenze ist nicht vorbei, sondern sie ist Realität. Über die Ostgrenze kommen vermehrt Menschen aus der Russischen Föderation, darunter viele Tschetschenen. Wie Sie wissen, ist das ein Teil des Problems der terroristischen Bedrohung im Land.

(Beifall AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole: Bei Licht betrachtet sind wir gar nicht so weit auseinander, wenn es um die Frage geht, wie wir unser Land noch sicherer machen können. Für mich geht dabei der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE am weitesten.

(Heiterkeit CDU - Genilke [CDU]: Der ist wirklich weit weg!)

Ich sage Ihnen auch, warum: Er überträgt einen großen Teil der Verantwortung auf das Innenressort. Ich will Ihnen das gerne noch einmal ins Gedächtnis rufen. Dieser Antrag legt nämlich fest:

„Falls gesetzliche oder personelle Veränderungsbedarfe festgestellt werden, sind dem Landtag unverzüglich etwaige Vorschläge zuzuleiten.“

Meine Damen und Herren, ich versichere Ihnen, das Innenressort wird sehr sorgsam mit dieser Verpflichtung umgehen. Ich werde mich bei Ihnen melden,

(Gelächter bei der CDU)

wenn ich Veränderungsnotwendigkeiten sehe, und ich hoffe, wir werden die Veränderungen dann gemeinsam auf den Weg bringen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE - Genilke [CDU]: Da können wir ja besser schlafen - denn er meldet sich!)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Die Landesregierung hat 3 Minuten und 53 Sekunden länger ausgeführt. Damit steht den Fraktionen noch Redezeit zu, wenn sie sie nutzen möchten. Angezeigt war für die Fraktion der CDU der Redebeitrag des Abgeordneten Lakenmacher. Bitte.

Lakenmacher (CDU):

Herr Präsident! Herr Innenminister! Sie müssen sich schon gefallen lassen, dass wir Sie hier als Landesregierung, die einen jahrelangen Personal- und Sicherheitsabbau zu verantworten hat, in die Pflicht nehmen

(Beifall des Abgeordneten Petke [CDU])

und Sie auffordern, Ihren Ankündigungen Handlungen folgen zu lassen. Deswegen sage ich Ihnen: Das sind keine Schlachten von gestern. Das sind ganz gegenwärtige, sind aktuelle Schlachten, die wir hier zu schlagen haben.

(Beifall CDU)

Ich erinnere Sie an die Innenausschusssitzung letzte Woche, in der ich gefragt habe: Was hat sich denn in Brandenburg seitdem bewegt? Was haben Sie getan? Wie ist denn der ausländerrechtliche Status der Gefährder im Land Brandenburg? - Da haben Sie Ihren Abteilungsleiter, Herrn Dr. Trimbach, angeguckt, und der hat uns dann irgendetwas erzählt, was wir auch in der Zeitung hätten lesen können, konnte aber nicht konkret antworten. Die Frage nach der statusrechtlichen Überprüfung - wie der ausländerrechtliche Status ist - und danach, ob hier Abschiebungen vorgenommen werden können, konnten Sie nicht beantworten, weil Sie die gegenwärtige Schlacht einfach nicht führen - leider. Es ist nichts passiert - so war's!

(Beifall CDU)

Wissen Sie, wenn wir mehr Anwärter fordern, dann tun wir das zu Recht. Und es ist einfach von Ihrem politischen Willen abhängig, ob Sie mehr Anwärter einstellen oder nicht.

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Das ist das Entscheidende. Also verweisen Sie nicht immer auf die Fachhochschule. Das ist geradezu preiswert bis billig.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Wohlthuend an Ihrem Redebeitrag waren Ihre Ausführungen zur Videoüberwachung. Ich bin da ganz bei Ihnen. Wir müssen da pragmatisch herangehen und nicht ideologisch. Da schaue ich einmal zu Herrn Scharfenberg und leider auch zu Frau Nonne-

macher, die heute wieder nicht in der Lage waren, ihre ideologische Brille abzulegen,

(Beifall CDU und AfD - Unmut bei der Fraktion DIE LINKE)

sondern genau das gesagt haben, was ich vorhin hier vorn antizipiert habe. Genau das! Sie waren nicht in der Lage, Ihre ideologische Brille abzulegen geschweige denn Augenmaß zu wahren, Herr Dr. Scharfenberg.

(Vereinzelt Beifall AfD)

Lieber Sören, in deinem Redebeitrag war nichts Konkretes. Das war ein Abstraktum, ein Pudding, den man an die Wand nageln will. Ich hatte den Eindruck, dass dir die rot-rote Innenpolitik selbst peinlich ist.

(Gelächter und Beifall CDU und vereinzelt AfD)

Deswegen bist du heute hier in eine abstrakte Rede zum Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit verfallen.

Zuletzt möchte ich noch etwas zum AfD-Antrag sagen.

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

Sie brauchen sich gar nicht zu freuen. Ihr Antrag ist frei von eigenen Ansätzen. Das ist so billig, was Sie machen: irgendwo was zusammenklauen - hätte ich beinahe gesagt -, irgendwo etwas kopieren,

(Galau [AfD]: Mit billig kennen Sie sich ja aus!)

die Zahlen ein bisschen heraufsetzen und dann ein solches Konglomerat anbieten - völlig konzept- und ideenfrei! Also wissen Sie, ich würde mich an Ihrer Stelle schämen!

(Galau [AfD]: Das ausgerechnet von der CDU, die das alles zu verantworten hat!)

Ja, ich würde mich schämen.

Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel: Wenn Sie denn einmal nicht kopieren, sondern zum Beispiel - in Ihrem Antrag steht das so - den Punkt Entzug der Staatszugehörigkeit anbieten, dann ist das auch noch grob grundrechtswidrig. Ich würde Ihnen wirklich anempfehlen, sich einmal mit dem Thema zu beschäftigen, inwieweit ein Entzug der Staatsangehörigkeit möglich ist und inwieweit dem Grundrechte entgegenstehen.

(Galau [AfD]: Was soll der Blödsinn? Sie müssen doch nicht so einen Blödsinn reden! Das ist unfassbar!)

Das ist wirklich hochpeinlich.

(Beifall CDU)

Ich freue mich jetzt auf die Abstimmung und danke für diese Debatte.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Bei der Abstimmung sind wir noch nicht ganz. Jetzt spricht für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Stohn.

Stohn (SPD): *

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich der Kritik des Kollegen Lakenmacher nur anschließen. Was die AfD hier wieder einmal liefert, sind einfache Lösungen und Nostalgie. Sie bemühen hier das DDR-Strafrecht, das in seinem § 59 StGB die Ausweisung von ausländischen Straftätern vorsah. Es ist schon interessant, dass man seine Anleihen bei einem Land sucht, das ganz besonders darauf bedacht war, seine Leute im Land zu behalten - und das mit Mauern und Selbstschussanlagen.

Ich darf Sie aber aufklären, dass § 53 des Aufenthaltsgesetzes der Bundesrepublik gleichfalls die Ausweisung von Ausländern ermöglicht, und das schon, wenn sie die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährden.

(Galau [AfD]: Dann machen Sie es doch mal!)

Sie sehen, die Gesetze sind da, und dafür braucht es einfach keine AfD in den Parlamenten, die hier mit einfachen Lösungen und gefährlicher Nostalgie agiert. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt DIE LINKE sowie des Abgeordneten Raschke [B90/GRÜNE])

Vizepräsident Dombrowski:

Ich darf der Ordnung halber nachfragen, ob weitere Fraktionen von der Redezeit Gebrauch machen wollen. - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache und rufe den Antrag der CDU-Fraktion - „Verteidigung der Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen Islamismus und Terrorismus verstärken!“ -, Drucksache 6/5836, zur Abstimmung auf. Ich darf Sie fragen: Wer stimmt diesem Antrag zu? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 6/5882, zur Abstimmung auf. Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der SPD und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/5885, zur Abstimmung auf. Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tageordnungspunkt 5** auf:

Einführung effektiver Regulierungsmaßnahmen für die Wolfspopulation in Brandenburg

Antrag
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/5792

in Verbindung damit:

Erstellung von Handlungsregelungen für Problemtiere, die einem Schutzstatus unterliegen

Antrag
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/5832

Hierzu liegt auf Drucksache 6/5874 ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion vor. Die Aussprache wird von der AfD-Fraktion eröffnet. Herr Abgeordneter Schröder, bitte schön.

Schröder (AfD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Sehr verehrte Gäste auf der Tribüne! Der Naturschutz in Brandenburg hat die erfolgreiche Wiederansiedlung und ein Populationswachstum vieler geschützter Wildtierarten erreicht. Er ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen. Die Umsetzung obliegt allerdings der Landesregierung.

Die Alternative für Deutschland tritt für Naturschutz mit Augenmaß ein. Schäden, die durch geschützte Tierarten entstehen, müssen mit dem nötigen Verständnis für die Betroffenen vor allem unbürokratisch, aber vollständig ausgeglichen werden.

Ein Schäfer zum Beispiel ist kein Mann mit einem Einkommen im oberen Bereich der Einkommensskala. Er hat auch keine Verwaltung zur Verfügung, um die bürokratischen Antragsverfahren für eine Entschädigung eingetretener Wolfsrisse zu bewältigen. Das ist nach Aussage von Frau Todt vom Landesumweltamt ein Grund, warum bei 83 anerkannten Fällen im Jahre 2016 nur 40 Anträge auf Schadensausgleich gestellt wurden.

Darüber hinaus werden die Landwirte und Schäfer durch die zusätzlichen Kosten für vorgeschriebene Schutzmaßnahmen und den Arbeitsaufwand für diese Schutzmaßnahmen erheblich zusätzlich belastet. Dass diese Kosten für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - den Naturschutz - fast nur von den Betroffenen zu tragen sind, zeigt eindeutig, wie die Landesregierung die Pflichtaufgabe Naturschutz umsetzt. Diese Kritik unterstreicht die Forderung des Vorsitzenden des Schafzuchtverbandes Berlin-Brandenburg:

„Prävention und Schadensausgleich müssen zu 100 % gewährleistet werden.“

Es geht dabei nicht nur um den einzelnen Betroffenen, denn jeder Schaden bei den Schäfern, Landwirten, Bürgern und Gemeinden ist ein Verlust an Wertschöpfung im ländlichen Raum, was Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen gefährden kann.

Meine Damen und Herren, in Deutschland leben derzeit 46 Wolfsrudel. In Brandenburg betrug der Bestand zum Ende des Jahres 2016 22 Rudel und zwei Paare sowie mehrere Einzeltiere. Der Landesjagdverband Brandenburg geht von einer jährlich zunehmenden Wolfspopulation um bis zu 30 % im Lande aus. Das bedeutet zusätzlich sechs Wolfsrudel allein im Jahr 2017, also im laufenden Jahr. Wir hätten am Ende dieses

Jahres mit 28 Wolfsrudeln zu rechnen. Mehrere Teilnehmer des 3. Wolfsplenums forderten aktuelle öffentlich zugängliche Daten über die Entwicklung der Wolfspopulation.

Die Schäden infolge der Wolfsrisse von Nutztieren in Brandenburg haben von 2015 zu 2016 erheblich zugenommen. Veröffentlicht wurde die Zahl von 118 Übergriffen durch Wölfe auf Nutztiere. Insgesamt 83 Wolfsangriffe gelten als nachgewiesen. Stark zugenommen hat die Anzahl der getöteten Nutztiere. Die Anzahl der Wolfsrisse ist auf 182 Schafe - plus 108 im Jahre 2016 - und auf 23 Kälber - plus 20 Stück im Jahr 2016 - angewachsen. Darüber hinaus wurden 23 Stück Damwild in Gatterhaltungen und drei Alpakas von Wölfen getötet.

Die Zahl der Schäden durch Wolfsrisse steigt also steil an. Das gefährdet jetzt schon Existenzen im ländlichen Raum, wie auch auf dem 3. Wolfsplenum von mehreren Teilnehmern aus der Praxis betont wurde.

2017 sind weitere Schäden zu erwarten. Im Jahr 2010 hat das Land Brandenburg zwei Projekte zur Prävention von Wolfsangriffen gefördert. Die Auszahlungssummen für Präventionsprojekte stiegen von 9 257 im Jahr 2010 auf 136 586 Euro im Jahre 2015. Insgesamt wurden von 2008 bis 2015 ca. 600 000 Euro für Präventionsmaßnahmen vom Land bereitgestellt. Allein für das Jahr 2016 wurden auf dem 3. Wolfsplenum bewilligte Mittel in Höhe von 200 000 Euro genannt.

Meine Damen und Herren, trotz der stark zunehmenden Zahlungen für Präventionsprojekte steigen die Schäden durch Wolfsrisse stetig und immer schneller an. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Präventionsmaßnahmen nicht greifen. Ich frage mich, wie lange die Landesregierung immer mehr Geld ausgeben will, ohne die zunehmenden Schäden durch den Wolf tatsächlich zu begrenzen. Auf dem Wolfsplenum - ich wiederhole mich hier - wurde das zu Recht „Wettrüsten, bei dem Geld verbrannt wird“, genannt.

Unlängst tötete ein Wolf innerhalb des Wildtierparks Johannismühle bei Baruth zwei Damhirsche im Gehege; dieser Wolf hat Zäune und Barrieren überwunden. Erst jetzt - nachdem ein Wolf durch Rathenow lief und ein Wolf in Jüterbog in der Nähe einer Schule gesichtet wurde - hat sich die Landesregierung dazu entschlossen, den Wolf in Rathenow zur Entnahme freizugeben. Nur ist der Wolf ein „Problemwolf“, denn das Problem besteht darin, dass er nicht mehr auffindbar ist.

Andererseits hat das Wolfsplenum gezeigt, dass die Landwirte, Schäfer, Jäger und Kommunen bereit sind, mit dem Wolf zu leben und zu wirtschaften. Die Akzeptanz, die da vorhanden ist, darf aber nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, denn wenn das Fass erst einmal überläuft, haben wir ein echtes Problem im Lande.

Meine Damen und Herren, damit hier keine Missverständnisse auftreten: Die AfD ist für den Wolf als Bestandteil der Fauna Brandenburgs. Allerdings - und das unterstreiche ich hier nochmals - ist alles eine Frage des Maßes. Wir wollen nicht, dass die Menschen irgendwann zur Selbstjustiz schreiten und Wölfe aus Furcht unkontrolliert auf irgendeine Art und Weise getötet werden.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Redet doch mal mit den Wölfen!)

Meine Damen und Herren, bisher hat die Landesregierung immer die EU-Gesetzgebung vorgeschoben, um nicht aktiv werden zu müssen, wenn Handeln zur Gefahrenabwehr gefordert war.

(Frau Lieske [SPD]: Ach, Herr Schröder, Sie waren doch auf der letzten Ausschusssitzung!)

Wir, die AfD, befürchten, dass der Naturschutz erheblichen Schaden nimmt, wenn die notwendige Akzeptanz des Wolfes nicht durch gesetzlich zulässige Maßnahmen der Wolfsregulierung gesichert wird.

Die Regierungsfractionen wollen mit vielen Veranstaltungen - unter anderem dem Wolfsplenum - in mehreren Diskussionsrunden während des Jahres 2017 die Fortschreibung des Wolfsmanagementplans im Jahr 2018 vorbereiten. Die AfD-Fraktion ist der Auffassung, dass dieses Vorgehen etwas zögerlich ist. Die positive Entwicklung der Wolfspopulation zeigt deutlich, dass die Zeiten des passiven Wolfsmanagementplans und das alleinige Beobachten ein für alle Mal vorbei sind. Im Interesse der Menschen im Lande Brandenburg muss deshalb schnell überregional - auch gemeinsam mit den polnischen und anderen Partnern - beraten und vor allen Dingen auch gehandelt werden.

Wir fordern übrigens keinen Aktionismus und kein Handeln ins Blaue hinein, auch das unterstreiche ich hier doppelt. Im Gegenteil, es müssen - sehr kurzfristig allerdings - mit wissenschaftlicher Begleitung Regulierungsmechanismen für die Wolfspopulationen in den einzelnen Regionen Brandenburgs bestimmt werden.

Dass die Population der Wölfe in Brandenburg ein Teil der deutsch-westpolnischen Wolfspopulation ist, belegen genetische Untersuchungen an Wölfen in Brandenburg. Die Untersuchungen der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung haben diese Tatsache bereits im Jahr 2013 belegt. Die deutsch-westpolnische Wolfspopulation, zu der die Wölfe in Brandenburg gehören, ist nicht in ihrer Existenz gefährdet. Das weiß auch die Landesregierung spätestens seit 2013. Unsere Forderung nach einer sinnvollen Regulierung der Wolfspopulationen in Brandenburg mit Augenmaß gefährdet deshalb nicht die Existenz des Wolfs in unserem Land. Letztlich stellt sich die Frage: Wie viele Wölfe verträgt Brandenburg bzw. vertragen die Menschen in Brandenburg? Die Menschen im Lande wollen darauf eine Antwort von der Landesregierung.

Die AfD will den Wolf in Brandenburg schützen, aber für uns steht im Zweifelsfall natürlich das Wohl des Menschen vor dem des Wolfs. Bereits im Jahr 2006 hatte das Bundesamt für Naturschutz einen Mindestbestand von zwölf Rudeln in ganz Deutschland für das Ergreifen von Maßnahmen zur Regulierung des Wolfsbestands genannt. Wir haben derzeit aber offiziell bereits 22 Rudel allein in Brandenburg. Zur Verbesserung der Akzeptanz und der Verträglichkeit des Wolfs in den Regionen des Landes fordern wir eine Reihe von Maßnahmen. Wir fordern eine transparente Definition, ab wann ein Einzelwolf oder ein Wolfsrudel als problematisch gilt. Wir fordern die Intensivierung der Forschung und des nationalen sowie internationalen Erfahrungsaustauschs, wie Weidetiere wirksamer und kostengünstiger vor Wolfsübergriffen geschützt werden können. Wir fordern die Herbeiführung von Rechts- und Verbrauchersicherheit zum Einsatz von Herdenschutzhunden. Wir for-

dern: Bei der Entnahme eines Wolfs auf Grundlage der gesetzlichen Anforderungen sollen die Verantwortlichen auf eine zügige Erteilung der notwendigen Genehmigung hinwirken; das Gleiche gilt für die Regulierung von Risschäden durch den Wolf. Und wir fordern die Aufklärung der Bevölkerung, welche Verhaltensweisen zu einer verstärkten Habituation des Wolfs führen könnten und dementsprechend unbedingt vermieden werden sollten, zum Beispiel beim Umgang mit Essensresten, wie sich kürzlich wieder herausstellte.

Die Landesregierung fördert ein Wolfs- und Herdenschutzinformationszentrum mit dem Auftrag der Öffentlichkeitsarbeit für die Bevölkerung im Wildpark Schorfheide mit fast 1 Million Euro. Wie dieser erfolgreiche Wildpark diesem Ziel im gesamten Land gerecht werden wird, muss die Zukunft zeigen.

Meine Damen und Herren, meine Rede sollte eigentlich länger werden, aber die Zeit ist um. Ich möchte, dass unser Antrag an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft überwiesen wird, damit wir ihn dort weiterberaten können. Und ich möchte, dass der Antrag als ein Baustein zum neuen Wolfsmanagementplan verstanden wird, der hier zu diskutieren ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER spricht die Abgeordnete Schülzke. Bitte schön.

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Es gibt offiziell 22 Wolfsrudel in Brandenburg, einige Experten sprechen von 23 nachgewiesenen Wolfsrudeln. Dazu kommt eine unbekannte Anzahl von Einzeltieren, es werden Zahlen zwischen 20 und 30 genannt. Offiziell spricht man in Brandenburg von 180 bis 190 Wölfen. Jedes Tier benötigt zwei bis drei Kilogramm Nahrung pro Tag. Zurzeit wird ein Zuwachs an Tieren von 30 % pro Jahr angenommen. Wenn zum Beispiel 23 Rudel je drei Welpen aufziehen, könnte diese Entwicklung zukünftig noch positiver verlaufen.

Wölfe sind große Raubtiere, Prädatoren, die andere Tiere töten, um sich von ihnen zu ernähren, und dies immer wieder tun. Vor wenigen Tagen wurde im ZDF der Film „Die Odyssee der einsamen Wölfe“ gezeigt. Die Wolfsexpertin Ilka Reinhardt berichtete über einzelne Wölfe in Deutschland und erläuterte in aller Sachlichkeit, dass es Wölfen, wenn sie Hunger haben, egal ist, welches Fleisch sie fressen. Die normalerweise bevorzugte Beute ist Wild. Tiere auf Weiden, in Gattern oder Gärten unterscheidet der Wolf nicht vom Wild. Sie sind für ihn eine willkommene Beute, bei der er seine Raubtierinstinkte nicht zum Einsatz bringen muss. Wölfe fangen auch Füchse und Biber, und vor einigen Tagen gab es Aufnahmen eines Wolfs mit einem Waschbären im Fang.

Bislang gab es immer wieder die Behauptung, dass ausreichend Wild in den Wäldern vorhanden ist, um den Nahrungsbedarf der Wölfe zu decken. Andererseits steigt die Zahl der Wolfsrisse von Nutztieren ständig. Es wird kaum möglich sein, für Mutterkuhherden oder Schafsherden ausreichend wolfssi-

chere Zäune zu installieren, denn wilde Tiere sind sehr lernfähig, auch Wölfe sind da keine Ausnahme.

Während der Fachtagung der jagdlichen Hegegemeinschaften im vergangenen Herbst wurde vom Thünen-Institut für Waldökonomie und vom Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde dargelegt, wie stark der Rückgang der Schalenwildbestände insbesondere im Süden Brandenburgs ist. Muffelwild ist weitflächig völlig verschwunden; die Anzahl von Rehwild, Damwild und Raubwild schrumpft stark zusammen. Die Aussage des Ministers in seiner Antwort auf meine mündliche Anfrage in der vorletzten Sitzung war eine ganz andere. Wessen Aussage stimmt nun? Oder ist der Minister nicht ausreichend informiert?

Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben, Weidetiere gehören zu den natürlichen Tierhaltungen. Wenn Wölfe immer mehr Nutztiere reißen, gerät ein Berufszweig in arge Not. Prädatoren ist es eigen, immer wieder zu töten, das ist ihr natürliches Verhalten. Herdenschutz Hunde können einzelne Wölfe abhalten, abwehren oder vermelden, hungrige Rudel von Wölfen werden sie nicht abhalten.

Ein qualifiziertes Eingreifen durch Behörden ist zurzeit nicht möglich, weil es keine Regeln dafür gibt. Wenn zum Beispiel am nächsten Sonntagmorgen auf einem Hof in Brandenburg ein Schaf oder eine Pony gerissen wird, und ein Kind, das seinen Freund füttern will, dazukommt, gibt es keine Handlungsmöglichkeiten. Lediglich der Minister könnte die Entnahme des Problemwolfs veranlassen, wenn der Minister denn erreicht wird. Wer wird dann zum Handeln beauftragt, und welche Mittel sind einzusetzen? Kaum jemand wird dort freiwillig tätig werden. Ein entsprechender Personenkreis ist also zu bestimmen, und diese Personen müssen entsprechende Erfahrungen haben.

Wenn solch ein Problemtier ruhiggestellt werden soll, muss auch das weitere Verfahren mit diesem Tier geklärt und vorbereitet sein. Viele Teilnehmer des Wolfsplenums haben während der Veranstaltung entsprechende Handlungsvorgaben gefordert. Erfahrene Mitstreiter sind enttäuscht, dass keine Handlungsvorgaben, nicht einmal Entwürfe dafür vorgelegt wurden.

Es gibt auch keine Handlungsvorgaben, wie mit verletzten Tieren zu verfahren ist. 15 Wölfe wurden 2016 überfahren; nach Wildunfällen ist das Tier nicht immer tot. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Problemsituation eintritt, wächst täglich. Aus unserer Sicht ist es unverantwortlich, davon Kenntnis zu haben, dass sich das große Raubtier Wolf seit Jahren schnell ausbreitet und keine Regeln vorhanden sind, wie mit Notsituationen umzugehen ist.

Landwirte stehen als Lebensmittelproduzenten und Unternehmer in einem erheblichen Spannungsfeld von Preisdruck, staatlichen Vorgaben und Nachweisführungen. In vielen Bereichen ist es nicht mehr möglich, ausreichende Mittel für den Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Die Vorgaben für den Herdenschutz sind untauglich und nicht finanzierbar. Förderungen sind problembehaftet und sehr bürokratisch. Wenn der Wolf ein Tier reißt, ist der Schaden sofort da, Hilfe kommt, wenn überhaupt, sehr spät.

Die Ungewissheit und Handlungsunfähigkeit bei Schäden durch die streng geschützten Tiere - durch den Wolf mit seinen

Nutztierrissen, den Biber mit seinen Vernässungsschäden, aber auch den Fischotter, der den Fischern immer öfter zu schaffen macht - sind absolut nicht hinnehmbar. Darum fordern wir vom zuständigen Ministerium, umgehend klare Handlungsvorgaben zu erstellen, damit in Notsituationen gehandelt werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie der Abgeordneten Schade [AfD])

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Roick.

Roick (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Zuerst möchte ich mit der Legende aufräumen, dass die Tierarten, die hier - gerade von Frau Schülzke, aber auch von Ihnen, Herr Schröder - genannt wurden, wiederangesiedelt wurden bzw. dass es eine öffentliche Ansiedlungspolitik gab. Die sind gekommen, weil wir in Brandenburg wieder die natürlichen Bedingungen haben, die für diese Tierarten notwendig sind. Ich denke - gestern war ja in der Presse viel zu diesem Thema zu lesen -, mit dem neuen für den Naturschutz zuständigen Abteilungsleiter werden die Bedingungen in Brandenburg genauso gut bleiben.

Wir hatten dieses Thema im Ausschuss und waren ein bisschen überrascht, dass das jetzt hier auf der Tagesordnung steht, weil wir in der Ausschusssitzung am 4. Januar verabredet hatten, wie wir mit diesem Thema umgehen. Frau Schülzke konnte das nicht unbedingt wissen, aber ich denke, der Vorsitzende hätte es wissen können.

Wenn Sie in Brandenburg durch die Lande gehen, werden Sie sicherlich an einem Stammtisch im südlichen Raum oder in der Prignitz eine andere Meinung zum Wolf hören als hier in Potsdam; auch das müssen wir beachten, wenn wir uns diesem Thema widmen.

Wir haben uns diesem Thema auch schon gewidmet, der Minister arbeitet daran. Es gab im vergangenen Jahr ein Wolfsplenum - es wird auch in diesem Jahr eins geben -, bei dem mehrere Wissenschaftler, erfahrene Leute aus der Verwaltung, der Minister selbst bzw. in diesem Fall die Staatssekretärin anwesend waren und aktiv über dieses Thema diskutiert haben. Es gibt also ein Wolfsmanagement in Brandenburg, und das besteht aus den Säulen Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit, Schadensprävention, Schadensausgleich und entsprechende Zugriffsmaßnahmen.

Uns wurde im Ausschuss am 4. Januar vom Minister umfangreich dargestellt, wie mit einem Problemwolf hier in Brandenburg umgegangen wurde, das kann man auch in der „Lausitzer Rundschau“ von heute lesen. Es gibt in Sachsen auch einen Problemwolf - ich bin gespannt, ob die Sachsen genauso schnell sind. Innerhalb von drei Tagen konnte die Entscheidung getroffen werden, dass dieser Problemwolf in Rathenow beseitigt werden darf. Offensichtlich hat er das aber vorher mitbekommen; die Beseitigung war dann nicht mehr notwendig. Aber dieses Beispiel hat gezeigt, dass wir gut und schnell reagieren und am Ende der Maßnahmenkette den Zugriff orga-

nisieren können. Deswegen ist mir das nicht bange, dass der Minister das weiterhin so durchführt.

Zwei Punkte sind für uns in der SPD-Fraktion besonders wichtig. Der eine ist, dass die Schadensprävention und der Schadensausgleich unkompliziert durchgeführt werden, dass alle - auch die, die in ihrer Freizeit Tiere wie Ziegen oder Schafe halten - entschädigt werden, wie es der Chef der Schäfer, Herr Kucznik, gefordert hat. Das ist uns wichtig, und ich denke, das werden wir auch durchführen und weiterhin so handhaben.

Das Zweite - das hat der Fall in Rathenow gezeigt - ist uns genauso wichtig, dass nämlich für den Fall, dass der Wolf zum Problemwolf wird, die Regelungen klar sind; sonst könnte man nicht innerhalb von drei Tagen eine solche Entscheidung treffen. Wenn ein Wolf in die Nähe von Siedlungen kommt und sich durch menschliches Verhalten nicht mehr abschrecken lässt, ist er zum Problemwolf geworden und muss entnommen werden.

Was das Monitoring und die Öffentlichkeitsarbeit betrifft, bitte ich zu bedenken: Wir haben bis zum 27.01. zwei Stellen für Wolfsbeauftragte ausgeschrieben. Ich denke, diejenigen, die dann für dieses Thema zuständig sind, werden in der Fläche ihre Arbeit gut machen.

Was in dem Antrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER steht, kann man auch abhaken. Die Punkte 1 bis 4 sind erfüllt bzw. werden in Teilen noch erfüllt. Wir werden uns im Ausschuss weiterhin mit dem Problem beschäftigen, werden den Wolfsmanagementplan entsprechend ausstatten und am Ende beschließen.

In einem Punkt gebe ich Ihnen durchaus Recht: Wir müssen irgendwann sagen, wie wir mit dem immer größer werdenden Finanzbedarf umgehen, und feststellen, wie weit die Gesellschaft das tragen und begleiten möchte. Aber das bedarf noch einer längeren großen Diskussion - wie gesagt werden wir aus der Betroffenheit heraus hier in Potsdam eine andere Meinung zum Wolf finden als in der Fläche -, und ich denke, dazu werden die vorgesehenen Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen beitragen. Wir werden beide Anträge ablehnen. - Danke.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Schier.

(Widerspruch des Abgeordneten Schröder [AfD])

- Ach, Entschuldigung. Genau, der Abgeordnete Schröder hat eine Kurzintervention angezeigt. - Bitte schön.

Schröder (AfD):

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Roick, nur um hier eine Klarstellung vorzunehmen, damit das alle wissen: Dieser Antrag ist wesentlich älter als der Beschluss, den wir im Ausschuss gefasst haben.

(Widerspruch der Abgeordneten Lieske [SPD])

- Ja, der war ja nicht zurückzunehmen, weil er im Ausschuss einen Baustein einer vernünftigen Diskussionsgrundlage zum neuen Wolfsmanagement bilden soll. Da reicht es natürlich nicht, wenn wir nur einen Generaldirektor von der EU-Kommission anhören, Herr Domres. Das ist so.

Im Übrigen, Herr Roick, stellt sich auch die Frage: Was ist eigentlich ein Problemwolf? Sie haben gerade versucht, ihn irgendwie zu definieren. Aber es ist Ihnen nicht gelungen.

Der Wolf, der im Verhalten nicht gestört ist, der ganz normal seinem Instinkt folgt, wenn der irgendwo hingeht, wo er Futter vermutet, ist plötzlich ein Problemwolf und soll abgeschossen werden, wenn er dieses Verhalten in einem Stadtgebiet zeigt.

Jetzt müssen Sie mir noch erklären, welcher Jäger im Stadtgebiet einen Wolf schießen soll. Sie wissen, das ist schon mit dem Schwarzwild nicht gelungen. Jetzt wollen Sie es mit dem Wolf machen. Das Problem stellt sich nunmal, wenn sich ein Tier irgendwo herumtreibt. Wie viele Jäger wollen Sie denn da beschäftigen, damit die den irgendwie erwischen - tausend? Also das ist alles noch nicht so richtig ausgegoren, und genau deswegen müssen wir im Ausschuss darüber reden. Denn der ist ja dafür da.

Das war im Grunde das, was ich auf Ihre Ausführungen zu entgegen hatte, sehr geehrter Herr Roick. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Frau Lieske [SPD]: Hat uns nicht überzeugt!)

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter Roick, möchten Sie darauf reagieren? - Das ist nicht der Fall.

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Schier. Bitte schön.

Frau Schier (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Debatte gern nutzen, um ein paar Missverständnisse auszuräumen, die man bei der AfD beim Abschreiben des ursprünglich aus Sachsen stammenden Antrags übernommen hat.

(Zurufe von der CDU und der SPD: Aha! - Widerspruch des Abgeordneten Schröder [AfD])

Die AfD spricht in ihrem Plagiat von einer Wolfspopulation in Brandenburg. Es gibt zwar mittlerweile in Brandenburg viele Wölfe, aber hierbei handelt es sich nicht um eine eigenständige Population. Ob die Wolfsvorkommen in Deutschland Teil der sich seit Jahren wieder westwärts ausbreitenden nordosteuropäisch-baltischen Wolfspopulation sind oder es sich hierbei um eine eigene Population handelt, ist höchst umstritten. Nützlich war hier der Beschluss der Umweltministerkonferenz im vergangenen Dezember, weitere populationsbezogene Betrachtungen vorzunehmen und diese Frage objektiv zu beantworten.

Die Antwort auf diese Frage ist für die Bewertung des Erhaltungszustandes und des damit verbundenen Schutzbedarfs von

größter Bedeutung. Die Forderung nach regionalen Obergrenzen ist Unsinn und Ausdruck von Unkenntnis und Stammtischgerede.

(Beifall CDU und SPD)

Denn auf welcher Datengrundlage will man eine Obergrenze für jede Region definieren? Und was meinen Sie eigentlich mit „Regionen“? Meinen Sie Landkreise, meinen Sie kreisfreie Städte, meinen Sie die Naturräume, meinen Sie Wahlkreise?

(Frau Lieske [SPD]: „Wahlkreise“ ist gut! - Heiterkeit - Widerspruch bei der AfD)

Was meinen Sie denn? - Wahlkreise. Darauf könnten wir uns auch einigen.

Die rasante Zunahme der Wolfsvorkommen nicht nur in Brandenburg überrascht selbst Fachleute. Im gleichen Maße nehmen die Konflikte durch Übergriffe auf Weidetiere und Nahbegegnungen von Mensch und Wolf - wie zuletzt in Rathenow - zu.

(Frau Schade [AfD]: Aber nur der AfD-Wolf!)

Mit Obergrenzen, also dem wahllosen Töten von Wölfen, löst man diese Konflikte nicht.

(Frau Schade [AfD]: Aber das wäre doch eine Lösung für Ihre Probleme! - Weiterer Zuruf von der AfD)

Entsprechend den Vorgaben des Naturschutzrechts müssen hier endlich konsequent und frühzeitig aktive Vergrämnungsmaßnahmen und die gezielte Entnahme von Wölfen mit auffälligem Verhalten in Angriff genommen werden. Die Details können Sie unserem Entschließungsantrag entnehmen.

Die von Ihnen in Aussicht gestellte Wolfsverordnung, Herr Minister, muss genau solche Vergrämnungsmaßnahmen ermöglichen und vor allen Dingen klar vorgeben, welche Methoden von jedermann und welche Methoden nur von den Jagdausübungsberechtigten angewendet werden dürfen und sollen. Und als Ultima Ratio darf auch die zügige Entnahme von Problemwölfen im Zuge von Schutzjagden kein Tabu sein.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Umgehend muss auf der Basis aktueller Monitoringdaten in Abstimmung mit den Naturschutz- und Jagdbehörden die Anzahl von Wölfen bestimmt werden, die pro Jahr im Zuge solcher Schutzjagden entnommen werden darf, ohne dass die Entwicklung des günstigen Erhaltungszustandes gefährdet wird. Anders als im Schröderschen Plagiat formuliert, würde es sich hierbei eben nicht um regionale Obergrenzen, sondern um Quoten für die Entnahme von Problemwölfen handeln.

Dass dies grundsätzlich möglich ist, zeigt uns Finnland. Dort legte das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten regionale Quoten fest, und zwar so, dass der Bestand an Wölfen im jeweiligen Bezirk weder bedroht ist noch bedroht wird. Das finnische Vorgehen landete zwar vor dem Europäischen Gerichtshof, doch die Richter bemängelten nicht die Vereinbarkeit der nationalen Regelungen mit dem Gemeinschaftsrecht; vielmehr schrieben sie Finnland ins Stammbuch, dass jeder einzelnen

Entscheidung für oder gegen eine Entnahme eine Beurteilung des Erhaltungszustandes der Art zugrunde zu legen ist und der Erfolg der Maßnahme dokumentiert werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um endlich zu einer objektiven Definition der Population zu gelangen, ist es wichtig, dass auch die Ergebnisse von Analysen gesammelter Genproben aus Polen in die Betrachtungen einfließen. Hier den Weg zu ebnen gehört aus unserer Sicht auch zu den Aufgaben des Polenbeauftragten der Bundesregierung.

Wir werden ja demnächst im Umweltausschuss die Diskussion zum Wolf fortsetzen. Dennoch würden wir uns über Ihre Zustimmung zu unserem ausgewogenen Entschließungsantrag freuen.

Den AfD-Antrag und die Überweisung lehnen wir ab.

Hinsichtlich des Anliegens der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe hoffen wir auf die Beratungen zum neuen Wolfsmanagementplan. Deswegen enthält sich meine Fraktion bei der Abstimmung über Ihren Antrag. - Ihnen allen danke ich herzlich für das Zuhören.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Schröder hat eine Kurzintervention angezeigt. - Bitte schön.

Schröder (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schier, ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben, wenn interfraktionelle Zusammenarbeit gepflegt wird, wie das bei uns, bei der AfD üblich ist. Wir haben nämlich ähnliche Probleme. In Sachsen ist der Wolf ähnlich problematisch wie in Brandenburg. Insofern handelt es sich hier nicht um ein Plagiat - das haben Sie auch aus der Rede gehört -, und wenn Sie lesen und verstehen würden, was in unserem Antrag steht, dann wüssten Sie auch, was gemeint ist. Was Sie hier vorgebracht haben, ist nichts als leere Polemik und soll einfach dazu dienen, uns zu diskreditieren.

(Beifall AfD)

Frau Schier, ich weiß nicht, ob es richtig ist, hier über die Population des Wolfs zu schwadronieren. Denn ich habe hier explizit von der westpolnischen Population und in dem Zusammenhang auch von der Sicherheit gesprochen, dass es nicht dazu kommen wird, den Wolf auszurotten, wenn einige Tiere entnommen werden.

Im Übrigen: Was Sie jetzt noch impliziert haben, ist genau das, was man von uninformierten Leuten öfter bei Facebook lesen kann. Ich muss Sie jetzt leider dazurechnen. Wir wollen die Wölfe eben nicht wahllos - so, wie Sie das hier kundgetan haben - abschießen, sondern wir wollen es so tun, wie ich das in meiner Rede vorgetragen habe und wie es auch in unserem Antrag zu lesen ist. Ich kann nur noch einmal empfehlen: Lesen Sie ihn bitte erneut! Und wenn das nicht reicht, dann noch einmal. Wenn Sie Fragen haben, können Sie mich dazu auch gern befragen. Jedenfalls ist das, was Sie hier behauptet haben, schlichtweg falsch.

Was die Obergrenzen in den Regionen angeht: Natürlich besteht Brandenburg aus mehreren ländlichen Regionen. Das haben wir auch bereits in der Enquetekommission festgestellt. Es gibt nicht nur eine ländliche Region.

Im Übrigen handelt es sich hier um Gegenden - um es einmal so zu sagen -, in denen der Wolf in unterschiedlicher Anzahl vorkommt. Insofern muss auch in diesen Gegenden unterschiedlich gehandelt und dürfen nicht quasi wie mit einer Gießkanne irgendwelche Handlungsanweisungen ausgeschüttet werden, die dann definitiv wieder nicht für alle zutreffend sind und bei denen keiner weiß, was er zu tun hat.

Was Ihren Antrag angeht: Sie wollen die Bevölkerung nunmehr mit Gummigeschoss Waffen aufrüsten, damit der Wolf vergrämt werden kann. Ich möchte sagen, das grenzt an Tierquälerei, und das werden wir mit Sicherheit nicht mittragen.

Vizepräsident Dombrowski:

Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Abgeordneter.

Schröder (AfD):

Das bin ich damit schon. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke. - Die Abgeordnete Schier möchte nicht darauf reagieren. Ich rufe deshalb für die Fraktion DIE LINKE Herrn Abgeordneten Domres auf. - Bitte schön.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Schröder, Sie meinten ja eben, Frau Schier belehren zu müssen. Vielleicht nehmen Sie einen kollegialen Rat von mir an: Sie sollten sich, Ihre Arbeit und vor allem die Arbeit des Ausschusses ernster nehmen. Ich glaube, damit wäre allen geholfen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und CDU - Schröder [AfD]: Nehmen Sie doch mal die ideologische Brille ab!)

Der Wolf hat in der letzten Zeit für Schlagzeilen gesorgt. Hauptgrund dafür ist die im vergangenen Jahr stark gestiegene Zahl von Nutztierrißen, die in den Jahren zuvor relativ konstant gewesen ist. Außerdem gab es jetzt erstmals Wölfe mit problematischem Verhalten in Niedersachsen und in Rathenow.

Es gab aber auch schnell eine umfassende Reaktion der Politik und der jeweiligen Verwaltungen. Da ist zunächst der Wolfsmanagementplan, der die Grundlage für den Umgang mit dem Wolf in Brandenburg ist. Er wurde 2012 erarbeitet und bis 2017 befristet. Damals war das eine weise Entscheidung angesichts der großen Dynamik der Wolfspopulation. Die Evaluierung und die Fortschreibung stehen in diesem Jahr an und sind unter breiter Beteiligung der Betroffenen und der Interessenverbände eingeleitet. Wir haben im Fachausschuss mehrfach darüber gesprochen.

Minister Vogelsänger hat darüber hinaus im November einen Sieben-Punkte-Plan mit einer Reihe von neuen und wichtigen

Maßnahmen vorgelegt. Ich nenne nur einige Stichpunkte: Die Einstellung von Wolfsbeauftragten, die Aufstockung und Entbürokratisierung der Förderung für Schadensausgleich und Prävention, die Einrichtung eines Wolfsinformations- und Herdenschutzentrums und - wie angekündigt - die Erarbeitung einer Wolfsverordnung.

Der Umgang mit dem Problemwolf in Rathenow hat gezeigt, dass Verwaltung sehr wohl sehr schnell reagieren kann. Dafür einen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Die nötigen Ausnahmegenehmigungen für den Fang oder den Abschuss wurden innerhalb kürzester Zeit erteilt.

Auch wenn der Wolf inzwischen abgetaucht ist, ist gerade die schnelle Reaktion von Landes- und Kreisverwaltungen wichtig, um den Bürgerinnen und Bürgern Ängste zu nehmen und die nötige Sicherheit zu schaffen.

Im Fachausschuss haben wir auf Vorschlag meiner Fraktion zwei Fachgespräche vereinbart, darunter eines mit der EU-Kommission zum Thema Schutzstatus.

Vor diesem Hintergrund kommen nun zwei Anträge zum Wolf von der AfD und von der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe. Da muss man sich doch fragen: Welchen Mehrwert haben diese Anträge?

Der AfD-Antrag hat an einigen Stellen einen sehr merkwürdigen Unterton, und einmal mehr scheren Sie sich weder um Europa- noch um Bundesrecht.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schröder?

Domres (DIE LINKE):

Selbstverständlich.

Schröder (AfD):

Vielen Dank, Herr Domres, dass Sie mir die Zwischenfrage gestatten. Sie bezieht sich auf den Wolf, der in Rathenow umherzog. Sie haben gerade selber gesagt, dass es ja dann ziemlich schnell die Anweisung gab, den Wolf zu entnehmen.

Meine Frage an Sie persönlich: Wie wären Sie dieses Wolfs habhaft geworden, und mit welchen Mitteln hätten Sie den Wolf in Rathenow entnommen, wenn er dort weiter umhergestreift wäre?

Domres (DIE LINKE):

Also ich habe sehr wohl Vertrauen zur Fachverwaltung und zur Jägerschaft, und die wissen genau, wie man mit solchen Tieren umgeht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

In dem AfD-Antrag wird von Wiederansiedlung gesprochen, und im Zusammenhang mit dem Wolfsmanagement heißt es

dann: „Dennoch gelang es, zahlreiche neue Rudel zu etablieren.“ Offenbar soll hier suggeriert werden, die Landesregierung habe die Ausbreitung des Wolfes aktiv betrieben oder gar verursacht. Wir alle wissen, dass das Unsinn ist. Der Wolf ist ein einheimisches Tier, das nach der europaweiten Unterschutzstellung von allein wieder eingewandert ist und sich von allein weiter ausbreitet.

Wir stehen in der Pflicht, diese Ausbreitung zu begleiten und verträglich zu gestalten. Wir brauchen einen sachlichen und lösungsorientierten Dialog aller Akteure und keine hysterische Panikmache, wie von der AfD betrieben.

(Lachen bei der AfD)

Obergrenzen helfen auch hier nicht.

In der Natur regeln sich - gerade bei Raubtieren - Bestandsdichten selbst, und deshalb ist eine wissenschaftliche Definition von Bestandsobergrenzen nicht denkbar. Die können nur politisch festgelegt werden. Und das ist im Moment rechtlich nicht möglich, wie wir wissen.

Richtig ist: bei Schadensausgleich, Prävention, Monitoring und Information müssen wir gegenüber dem Status quo eine Schippe drauflegen. Vor allem den Schäfern müssen wir es ermöglichen, ihrem Gewerbe weiter nachzugehen. Es geht um nicht weniger als um die Zukunft der Weidehaltung in Brandenburg, und da gibt es unbestritten Handlungsbedarf: mehr Herdenschutz, mehr Beratung, gegebenenfalls bessere Förderung und auch die Entnahme einzelner Wölfe, wenn sie Schutzsysteme überwinden können. Die Entnahme von Einzeltieren sieht übrigens schon der aktuelle Managementplan vor.

Lange Rede, kurzer Sinn: Abgesehen von der Forderung nach Obergrenzen enthalten die beiden Anträge nichts, was nicht entweder jetzt schon auf den Weg geleitet werde oder bei der Fortschreibung des Wolfsmanagementplans nicht berücksichtigt werden kann. Diese Fortschreibung sollten wir im Ausschuss aktiv begleiten, wie wir es schon verabredet haben, anstatt den Partnern des Wolfsmanagements einzelne Vorgaben für den neuen Plan zu machen. Deshalb lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Raschke. Bitte schön.

Raschke (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich kann nur empfehlen, den Antrag der AfD abzulehnen. Die AfD hat eine Debatte zur Obergrenze eingefordert, aber nicht, weil sie etwa der Meinung wäre, wir hätten genügend Wölfe, sodass die Art überleben könnte, sondern weil sie hier den Eindruck vermitteln will, die Menschen würden nicht noch mehr Wölfe wollen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, die Antwort auf die Frage, wie viele Wölfe unsere Gesellschaft denn akzep-

tiert - wenn man diese Frage stellen würde -, dürfte Ihnen sicherlich nicht gefallen. Es sind nämlich eine ganze Menge Wölfe mehr, als Sie vermuten und Sie uns hier suggerieren.

(Schröder [AfD]: Habe ich gar nicht gesagt!)

Wenn Sie ehrlich sind, geben Sie zu, dass die Menschen auch in Brandenburg bereit sind, das Leben mit dem Wolf und neben dem Wolf zu lernen. Sie wissen das.

(Schröder [AfD]: Noch!)

- Noch, genau.

Und Sie versuchen zu suggerieren: Das Boot ist langsam voll, und wir brauchen eine Obergrenze.

(Zurufe und vereinzelt Heiterkeit bei mehreren Fraktionen)

Man kann ja darüber reden, ob eine Obergrenze für die gesellschaftliche Akzeptanz von Wölfen sinnvoll und notwendig ist. Das kann man machen, die EU-Regeln sehen das auch vor, ohne Frage. Aber dieser Punkt der Debatte ist noch nicht erreicht; so weit sind wir noch lange nicht. Ganz im Gegenteil, es spricht eine ganze Menge dafür, dass die Akzeptanz in der Gesellschaft und der Wunsch nach Wolf viel größer sind, als Sie uns weismachen wollen.

(Zuruf von der AfD: Quatsch!)

Natürlich, Sie sitzen hier einem Trugschluss auf. Sie haben die berechtigte Aufregung um den Wolf, zum Beispiel in Rathenow, genutzt, um daraus den Schluss zu ziehen, dass das Boot insgesamt voll sei.

Bitte, Herr Schröder.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage? - Bitte, Herr Schröder.

Schröder (AfD): *

Danke, dass Sie die Frage schon vorher gestattet haben.

Was meinen Sie denn, wie viele Wölfe jetzt akzeptiert sind? Was wünscht denn die Bevölkerung aus Ihrer Sicht? Wie viele Wölfe hätte sie denn gerne?

Wie soll man denn damit umgehen, dass man erst dann handeln will, wenn das passiert ist, was ich vorhin gesagt habe, wenn Dinge geschehen sind, die wir alle nicht wollen?

Ich bitte Sie, diese zwei kleinen Fragen zu beantworten.

Raschke (B90/GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Kollege. Damit haben Sie genau das untermauert, was ich gerade gesagt habe: dass Sie nämlich einem Trugschluss aufsitzen. Für die Akzeptanz kommt es in erster Linie nicht auf die Zahl der Wölfe an, sondern darauf, wie gut wir als Parlament, wie gut die Regierung und die Behörden das

Nebeneinander und das Zusammenleben mit dem Wolf organisieren. Dafür ist nicht in erster Linie die Zahl entscheidend.

(Beifall B90/GRÜNE)

Natürlich will niemand den Wolf um jeden Preis. Die Menschen sagen: Daran sind Bedingungen geknüpft. - Auch wir Grünen wollen, dass es weiterhin Kühe und Schafe auf den Weiden gibt. Die Menschen wollen natürlich auch trotz Wolf sicher schlafen. Aber sie erwarten von uns, vom Parlament und von der Regierung, dass wir beides möglich machen, Wolf und Schaf und auch ruhigen Schlaf. Sie erwarten dabei keine Wunder, sie wissen, dass das schwierig ist. Sie erwarten ernsthafte Auseinandersetzung und eben keinen Populismus.

(Schröder [AfD]: Ah ja, Populismus und so was!)

- Natürlich, Herr Kollege. Das geht auch; wir können beides haben. Wir können Wolf und Schaf im Land miteinander vereinbaren. Unser Minister zeigt auch, dass das geht. Wir haben Schutzmaßnahmen, wir haben Aufklärungsarbeit.

(Lachen und Zurufe von der AfD)

- Ich weiß, die Aufklärungsarbeit ist an Ihnen vorbeigegangen, aber die gibt es im Land.

Es gibt auch Ausgleichszahlungen. Unsere Behörden - da kann ich mich dem Dank der Kollegen an den Minister nur anschließen - machen das sehr gut.

Noch einmal: Die Sicherheit hängt nicht in erster Linie von der Zahl der Wölfe ab, sondern davon, wie wir mit den Problemwölfen umgehen, zum Beispiel mit dem Wolf in Rathenow. Sie fordern in Ihrem Antrag eine Definition von Problemwölfen. Dazu kann ich nur sagen: Lesen hätte geholfen. Das steht im Wolfsmanagementplan und in den Unterlagen des Umweltausschusses. Aber wenn man als einzige Belegquelle die Hausmärchen der Gebrüder Grimm verwendet, kommt man natürlich nicht weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD.

(Beifall B90/GRÜNE, DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Ja, lesen hätte geholfen. In den Unterlagen des Umweltausschusses hätten Sie, Herr Umweltausschussvorsitzender, lesen können, dass der Wolf wandert. Er braucht große Reviere. Deshalb - hier kann ich mich der Kollegin Schier nur anschließen - ist die Forderung regionaler Obergrenzen auch völliger Quatsch. Sie sagen selbst in Ihrem Antrag, man müsse mit anderen Ländern, sogar mit Polen, reden und gleichzeitig versuchen, regionale Obergrenzen einzuführen. Ob der günstige Erhaltungszustand, also die Mindestpopulation, die Untergrenze bei Wölfen, erreicht werden kann - davon kann der Minister ein Lied singen -, kann noch nicht einmal ein Bundesland allein beantworten. Darüber hat die gesamte Umweltministerkonferenz für Deutschland gerade gemeinsam beraten. Dass Sie die Unterlagen nicht lesen, ist bedauerlich.

Den Antrag der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe müssen wir leider ablehnen. Ich kann Ihnen nicht vorwerfen, die Unterlagen nicht gelesen zu haben; denn Sie sind nicht Mitglied des Umweltausschusses. Aber in der Tat ist es so - die Kollegen haben es erwähnt -, dass ein Teil der Forderungen umgesetzt ist, ein anderer nicht. Diesen sollten wir in die Beratungen des

Umweltausschusses aufnehmen. Deswegen vielen Dank dafür. Es wurden auch einige Punkte von der CDU angestoßen. Beide Anträge müssen wir ablehnen.

Insbesondere ablehnen müssen wir aber den Antrag der AfD, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, er atmet den Geist, wir hätten jetzt schon zu viele Wölfe.

(Zurufe von der AfD)

- Das ist richtig. Es ist Populismus von Ihnen, denn Sie irren mit Ihrem Antrag. Sie irren fachlich, denn wir haben noch nicht einmal die Untergrenze dessen erreicht, was wir für eine stabile Population brauchen. Sie irren auch in der Frage, wie viele Wölfe unsere Gesellschaft akzeptiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir waren bisher gemeinsam auf dem Kurs, den Auftrag der Gesellschaft umzusetzen, die Rückkehr des Wolfes zu ermöglichen und ein Nebeneinander von Wolf und Mensch zu vereinbaren. Für diesen Versuch werden wir international hoch geachtet. Auf diesem Kurs sind wir gut, und auf diesem Kurs sollten wir bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Landesregierung spricht Herr Minister Vogelsänger.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Man muss erst einmal an die Koalitionsfraktionen, an Frau Schier und Herrn Raschke, für die Diskussion Dank sagen. Wir versuchen, gemeinsam Lösungen zu finden.

Ich sage eines: Der Wolf wurde nicht wieder angesiedelt, der Wolf wurde ausgerottet; diese Ausrottung ist jetzt rückgängig gemacht worden, und das ist auch gut so.

(Schröder [AfD]: Ich denke, der ist von allein gekommen?)

- Es ist kein Ansiedlungsprogramm. Der Wolf ist nach Deutschland zurückgekommen. Er wurde einmal brutal ausgerottet, und das kann keine Naturschutzpolitik sein. Das ist vielleicht Politik der AfD, aber nicht unsere Politik.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE und vereinzelt CDU)

Ich habe nie gesagt, dass dieser Prozess konfliktfrei verläuft. Ich stelle mich diesen Themen, und es gibt einen festen Dialog mit denjenigen, die entsprechend betroffen sind, mit den Tierhaltern und selbstverständlich auch mit den Menschen allgemein.

Im Fall Rathenow haben Brandenburg, Rathenow und der Landkreis Havelland bewiesen, dass wir handlungsfähig sind. Wir hatten binnen kürzester Zeit alle notwendigen Genehmigungen, um die Menschen zu schützen, und das muss unser Maßstab sein.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Ich bin optimistisch. Ich habe schon einmal ein Sieben-Punkte-Programm vorgestellt. Es betraf den Biber. Der Biber hat hier in der Debatte kaum noch eine Rolle gespielt. Mit diesem Programm haben wir, was Akzeptanz betrifft, viel erreicht. Das wird immer auch ein schwieriger Prozess sein; aber ich meine, wir werden auch beim Thema Wolf weiterkommen.

Es gibt einen festen Dialog von Mitgliedern und Vertretern des Tierschutzes, des Naturschutzes, von Landnutzern und Jägern, und zwar in Form des Wolfsforums. Das wird selbstverständlich fortgeführt. Ich habe festgelegt, dass zwei Wolfsbeauftragte befristet eingestellt werden, um Landnutzer und Bürger schnell und unbürokratisch zu beraten. Das halte ich für den richtigen Weg. Denn man muss sagen, dass es selbstverständlich auch Probleme bei Antragsstellungen gibt, und hier ist Beratung gut.

Es spielt auch Folgendes immer eine Rolle, Herr Raschke: Ich habe die 1 Million Euro gern an das Wolfsinformations- und Herdenschutzzentrum in der Schorfheide überreicht, weil ich es für gut und wichtig halte, dass informiert und durch Information für Akzeptanz gesorgt wird. Diese 1 Million Euro ist dort gut angelegt.

Der Wolfsmanagementplan wird fortgeschrieben. Dazu brauchen wir alles, aber nicht die Ratschläge der AfD. Dazu brauchen wir ein Miteinander. Das wird es weiterhin geben. Es gibt auch ein Miteinander in der Umweltministerkonferenz. Auf Initiative von Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und auch von Brandenburg haben wir einstimmig beschlossen, dass der Erhaltungszustand des Wolfs entsprechend überprüft wird. Ich bin mir sicher, dass wir in konstruktiver Zusammenarbeit - das habe ich jetzt bei vier Fraktionen vernommen - dieses Problem so bearbeiten, dass wir weiterhin für Akzeptanz sorgen, aber auch Landnutzer und Tierhalter nicht im Stich lassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE und CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Auf der Rednerliste steht jetzt noch der Abgeordnete Schröder. Sie haben noch 16 Sekunden Redezeit. Möchten Sie davon Gebrauch machen? - Das ist nicht der Fall.

Auf der Liste steht weiterhin Frau Abgeordnete Schülzke. Sie haben noch ausreichend Zeit. Bitte schön.

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Antrag resultiert aus Bitten von Menschen, die im Wolfsplenum tätig waren. Ihnen ist bekannt, dass es dort neulich nicht ganz so ruhig zugegangen ist wie in den vorangegangenen Plenen.

Aber ich muss Ihnen sagen, Herr Roick, über Zugriffsmaßnahmen innerhalb von drei Tagen brauchen wir gar nicht zu reden. Schlagen Sie einmal eine Fliege tot, die Sie vor drei Tagen geärgert hat! Sie wollen einem Wolf nach drei Tagen hinterherjagen? Nach drei Tagen zeigt sich ein Hirsch nicht wieder und ein Wolf gleich gar nicht. So etwas zu sagen hat schon mit Naivität zu tun.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Ich meine, ich habe hier dargestellt, dass eine Handlungsmöglichkeit für sofort her muss, wenn Probleme bestehen. Ich habe auch nicht vom Totschießen gesprochen, ich habe von Immobilisation gesprochen.

Herr Domres, Wölfe sind nicht im Jagdrecht erwähnt. Ich weiß nicht, wie viele Jäger kommen würden, um einen Wolf zu schießen. Darauf steht Gefängnis. Das würde keiner machen. Wenn Sie sagen, dass Sie Vertrauen in die Jägerschaft haben, entgegne ich: Die meisten Jäger würden ans andere Ende verschwinden, um dort nicht handeln zu müssen. Es fehlen die Handlungsbedingungen!

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Das ist auch von denen, die da zuständig sind, gesagt worden. Es ist gut, dass davon gesprochen wird, unkompliziert Schadensersatzmaßnahmen umzusetzen. Das ist dringend anzubieten.

Zum Problemwolf in Rathenow: Es wird von vielen davon gesprochen, dass dort zwei Wölfe sind. Welcher ist denn dann der Problemwolf? Wenn die Personen, die Fotos umherschicken, das immer wieder zeigen, dann sind dort auch zwei Wölfe. Kann dann der richtige entnommen werden, und das nach drei Tagen? Dass das nicht funktioniert, wissen fast alle von Ihnen.

Vizepräsident Dombrowski:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Ja, bitte.

Domres (DIE LINKE):

Frau Kollegin, würden Sie mir Recht geben, dass ich davon gesprochen habe, dass man eine Lösung nicht ohne Europa- und Bundesrecht finden kann und dass wir die Diskussion, die wir im Ausschuss führen, natürlich genau deshalb führen, um tatsächlich Rechtmäßigkeit herzustellen?

Der Minister hat im Ausschuss klargemacht, dass im Fall des Problemwolfs in Rathenow auch Jäger handlungsfähig gewesen wären. Es gibt also schon jetzt die Möglichkeit, nach dem Wolfsmanagementplan Lösungen zu finden. Von daher glaube ich, dass wir jetzt schon diese Möglichkeit haben. Wir brauchen aber klare Regelungen, und das haben wir doch erkannt.

(Zuruf: Die Frage!)

Würden Sie mir darin Recht geben?

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Ich glaube, dazu habe ich ausreichend ausgeführt, und das muss ich auch nicht wiederholen.

Uns geht es darum, dass schnellstens Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir haben Winter. Im Frühjahr sind die Wölfinnen unterwegs, um Futter für ihre Welpen heranzuschaffen. Da wird es wiederum eng. Wer auf dem Land wohnt, weiß, wie aktiv Füchsinnen sind. Wölfe sind da ein bisschen aggressiver, weil sie einfach auch viel mehr Futter brauchen.

Ich habe das Gefühl, dass die Situation ein bisschen unterschätzt wird.

Darum bitte ich nochmals um Überweisung unseres Antrages an den Ausschuss, damit sich der Ausschuss etwas intensiver damit beschäftigt. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Der Abgeordnete Raschke hat eine Kurzintervention angemeldet.

Raschke (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schülzke, Sie haben gerade zwei Sachen in einen Topf geworden, die, glaube ich, nicht hineingehören. Ich schätze Ihr Engagement sehr. Sie sind auch eine derjenigen, die immer wieder Probleme aus der Sichtweise der Betroffenen hereintragen. Aber an einer Stelle liegt wohl ein Irrtum vor. Das eine sind Probleme im Stadtgebiet, und das andere ist die Weidewirtschaft. Die Weidewirtschaft hat auch Schwierigkeiten in Brandenburg, aber das hat wirklich wenig mit dem Wolf zu tun. Das ist nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Um das zu belegen, möchte ich aus einem Brief zitieren, den die Arbeitsgemeinschaft-Herdenschutz Hunde e. V. Ende vorletzten Jahres zu diesem Thema an den Bundestag gerichtet hat:

„Die Rückwanderung des Wolfes ist nicht unser eigentliches Problem. Die nichtbezahlte Wertschätzung unserer agrarökologischen Dienstleistung für Umwelt und Naturschutz ist unser Problem.“

Da haben wir noch viel zu tun. Ich bitte, das nicht in einen Topf zu werfen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Frau Abgeordnete Schülzke, möchten Sie darauf reagieren? - Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Die AfD-Fraktion beantragt die Überweisung ihres Antrages auf Drucksache 6/5792, „Einführung effektiver Regulierungsmaßnahmen für die Wolfspopulation in Brandenburg“, an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft. Wer möchte diesem Überweisungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 6/5792 in der Sache auf. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei drei Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion auf Drucksache 6/5874 „Prävention und Schutzmaßnahmen gegen Wolfsübergriffe verbessern und eu-

ropäischen Schutzstatus der Art prüfen“, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Die AfD-Fraktion beantragt die Überweisung des Antrages der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, Drucksache 6/5832, „Erstellung von Handlungsregelungen für Problemtiere, die einem Schutzstatus unterliegen“, an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft. Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Überweisungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Überweisungsantrag abgelehnt.

Ich rufe zur Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 6/5832 in der Sache auf. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag somit mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Neunter Bericht des Ministers des Innern und für Kommunales an den Landtag über bestimmte Maßnahmen der Datenerhebung auf Grund des Brandenburgischen Polizeigesetzes

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 6/5086

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres und Kommunales

Drucksache 6/5799

Die Aussprache wird von der SPD-Fraktion eröffnet. Herr Abgeordneter Kosanke, bitte.

Kosanke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln den Bericht der Landesregierung heute zum zweiten Mal hier im Plenum. Deshalb möchte ich mich auf das beschränken, was aus der vorigen Debatte übrig geblieben ist. Wir hatten ja festgestellt, dass insbesondere im Bereich des Potsdamer Hauptbahnhofs trotz Videoüberwachung eine Steigerung der Anzahl von Straftaten zu verzeichnen war. Das war eine Sache, der wir uns im Ausschuss noch einmal widmen wollten. Wir haben dies auch getan.

Man kann nun ganz einfach festhalten: Trotz Videoüberwachung kann es zu einer Steigerung der Zahl der Straftaten kommen. Das belegt, dass Videoüberwachung allein nicht hilft, Straftaten zu verhindern. Es konnte aber auch nicht festgestellt werden, dass die Videoüberwachung gar keinen Effekt hat. Insofern muss man die ganze Angelegenheit weiter beobachten und die Maßnahmen weiterhin mit Augenmaß nutzen - sie nicht verteufeln, aber auch nicht überbewerten. Das konnten wir feststellen. Insofern kann man Ihnen nur die Kenntnisnahme empfehlen; alles andere haben wir schon beim letzten Mal besprochen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Lakenmacher.

Lakenmacher (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Sören! Der Neunte Bericht über bestimmte Maßnahmen der Datenerhebung der Polizei zeigt erneut, wie verantwortungsbewusst die Polizei hier im Land Brandenburg mit ihren Befugnissen umgeht. Im Mittelpunkt der Diskussion im Ausschuss, aber auch heute schon, stand die dauerhafte stationäre Videoüberwachung auf öffentlich zugänglichen Straßen und Plätzen.

Für die CDU-Fraktion ist die Videoüberwachung - das wurde heute schon sehr deutlich - ein wichtiges Instrument, um Kriminalität zu bekämpfen und Straftaten aufzuklären. Im Gegensatz zu Linken und Grünen, die die Videoüberwachung zum Teil infrage stellen, sind wir der Auffassung, dass dieses Instrument gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage ausgeweitet werden muss.

Realität ist: Die große Mehrheit der Videoüberwachungsanlagen in Deutschland wird von Privaten und nicht von der Polizei betrieben. Beim Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt musste die Polizei bei Privaten nachfragen, ob sie mit ihren unter Umständen rechtswidrig installierten Videokameras den Täter erfasst hatten. Auch das ist Realität. Das kann und darf hier nicht der Standard werden; das dürfen wir auf Dauer nicht in Kauf nehmen.

In einem wehrhaften Rechtsstaat müssen der Polizei Befugnisse eingeräumt werden, öffentliche Straßen und Plätze mit Videokameras zu überwachen. In Brandenburg wird Videoüberwachung hauptsächlich zur gelegenheitsorientierten Kriminalprävention, also zur Reduzierung von Kriminalität an bestimmten Stellen im öffentlichen Raum, genutzt. Zusätzlich soll die Aufklärung von Straftaten erleichtert werden.

Im Ausschuss haben wir immer wieder darüber gestritten, ob durch die Videoüberwachung das soziale Verhalten der Menschen gesteuert werden kann. Klar ist - da sind wir uns einig -: Gerade bei Terroristen kann in der Anschlagssituation nicht davon ausgegangen werden, keine Frage. Wir müssen diesen Aspekt aber eben weiter betrachten. Terroristen klären eben auch ihre Anschläge auf. Laut einer taktischen Anweisung des „Islamischen Staates“ zum Einsatz von Lastkraftwagen als Anschlagsmittel vom November 2016 sind demnach große öffentliche Ansammlungen, Hauptstraßen mit vielen Fußgängern, Freiluftmärkte und politische Kundgebungen geeignete Ziele, die im Rahmen der Vorbereitung und Planung eines Terroranschlags in unauffälliger Weise aufgeklärt werden sollen. Gefährder und Personen des islamistischen terroristischen Spektrums bewegen sich also bei der Vorbereitung ihrer Attentate im öffentlichen Raum und suchen sich weiche Ziele aus. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Meine Damen und Herren, das Ziel der Einbindung von Videokameras in eine strategische Überwachung liegt eben auch darin, dass diese Personen ihre terroristischen Straftaten nicht mehr unentdeckt und unidentifizierbar vorbereiten können.

Als CDU-Fraktion sehen wir gerade vor dem Hintergrund der technischen Entwicklungen die Notwendigkeit, hier stärker intelligente Videoüberwachung zur Kriminalitätsprävention ein-

zusetzen. Ob wir das große Potenzial, das in moderner Video- und Überwachungstechnik liegt, heben können, hängt davon ab, welchen Wert wir der inneren Sicherheit beimessen und ob es uns gelingt, die technischen Entwicklungen verfassungskonform in unsere Rechtsordnung zu integrieren. Das wird der wesentliche Kern sein. Der Einsatz von intelligenten Videoüberwachungssystemen kann nach Auffassung meiner Fraktion zu einem vertieften Grundrechtseingriff führen. Ja, aber er kann eben auch zu einer besseren Differenzierung führen. Damit der Einzelne eben nicht zum bloßen Objekt einer großen technigestützten Verarbeitung wird, sollte im Sinne der Normenklarheit und des Grundrechtsschutzes eine präzise Regelung zur intelligenten Videoüberwachung in das Polizeigesetz des Landes Brandenburg aufgenommen werden.

(Beifall CDU)

Herr Innenminister, Sie haben ja gesagt, Ihr Haus melde sich. Das sollten Sie dann auch berücksichtigen, wenn Sie hier Angebote an das Haus aussprechen.

(Minister Schröter: An wen habe ich Angebote gemacht?)

- An den Landtag.

(Minister Schröter: Der Landtag hat mir ein Angebot gemacht!)

Am Ende möchte ich mich noch einmal bei allen Polizeibediensteten für die stets verhältnismäßige Anwendung der Maßnahmen der Datenerhebung in Brandenburg nach dem Brandenburgischen Polizeigesetz bedanken.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Ich habe keine Sorge, dass dies in Zukunft auch weiter so betrieben wird.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Dr. Scharfenberg.

Inzwischen begrüßen wir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Oberschule in Potsdam.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht zu besonderen Eingriffsmaßnahmen der brandenburgischen Polizei spiegelt wider, dass es im Brandenburgischen Polizeigesetz bereits umfangreiche Eingriffsrechte gibt. So ist die Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen und Plätzen geregelt. Diese Regelung ist vor wenigen Jahren entfristet worden, nachdem es längere Zeit verschiedene Modellversuche gegeben hat.

Als Kriminalitätsschwerpunkte im Land Brandenburg sind der Potsdamer Hauptbahnhof, der Bahnhof in Erkner, das Vorfeld des Grenzübergangs in Frankfurt (Oder) sowie der Bereich

Straupitzstraße/Gasstraße in Guben benannt. Bei Bedarf könnten das auch andere Standorte sein. Sieht man sich diese Punkte im Einzelnen an, so stellt man fest, dass deutliche Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung und in der konkreten Entwicklung gibt. So war, bezogen auf das Jahr 2015, der Potsdamer Hauptbahnhof mit 286 Straftaten im videoüberwachten Bereich Spitzenreiter vor Frankfurt (Oder) mit 48 Straftaten. Es folgten Guben mit 43 und Erkner mit 33 Straftaten. Während in Erkner 2015 die niedrigste Anzahl von Straftaten in den 15 Jahren seit Beginn der Videoüberwachung 2001 zu verzeichnen war, war es in Potsdam die höchste Anzahl in diesem Zeitraum. In Frankfurt (Oder) sowie in Guben ist erst 2010 mit der Videoüberwachung begonnen worden. In Frankfurt (Oder) waren es 2010 insgesamt 22 Straftaten, die sich 2015 auf 48 erhöht haben. In Guben gab es 2015 im Vergleich zu 2014 einen enormen Anstieg von 14 auf 43 Straftaten.

Allein an diesen Zahlen, an dem ständigen Auf und Ab in den vergangenen Jahren wird deutlich, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Aufstellen von Videokameras und dem Zurückdrängen der Kriminalität gibt. Die Möglichkeit einer ständigen Beobachtung, gegebenenfalls in ein aktuelles Kriminalitätsgeschehen einzugreifen, Straftaten also möglichst zu verhindern, spielt eigentlich an keinem der Standorte eine Rolle. Das unterstreicht noch einmal, dass die Aufzeichnungen in erster Linie für die Verfolgung bereits begangener Straftaten genutzt werden sollen. Zudem ist es nach § 31 Absatz 2 Satz 1 des Polizeigesetzes möglich, an oder in besonders gefährdeten Objekten eine polizeiliche Videoüberwachung einzurichten. Dieses Mittel ist 2015 in keinem Fall zur Anwendung gekommen. Das gilt auch für die Wohnraumüberwachung in Ton und Bild - volkstümlich Großer Lauschangriff genannt -, die übrigens seit ihrer Einführung Ende der 1990er-Jahre nur ein einziges Mal eingesetzt wurde.

Meine Damen und Herren, wir haben bereits in der 1. Lesung und im Innenausschuss übereinstimmend festgestellt, dass die Polizei sehr verantwortungsbewusst mit ihren Eingriffsbefugnissen umgegangen ist. Das zeigt sich auch beim Einsatz der automatischen Kennzeichenerfassung und bei den Eingriffen in die Telekommunikation. Das schließt ein, dass wir davon ausgehen können, dass die Polizei, wenn es die Sicherheitslage erfordern würde, von diesen Befugnissen entsprechend Gebrauch macht. - Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Jung.

Jung (AfD): *

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir haben diesen Neunten Bericht schon im Innenausschuss behandelt. Die Diskussion war sehr gut. Nach dem, was ich heute vom Innenminister hier vernommen habe, wird man - davon gehe ich aus - mit dieser Videoüberwachung künftig sehr besonnen umgehen. Ich gehe auch davon aus, dass man die vorhandenen Gefährdungspunkte im Hinblick auf die islamistische Gefährdung behutsam ausweitet.

Die vier genannten Orte, wo die Videoüberwachung stattfindet, sind in der Tat sehr unterschiedlich zu bewerten. Herr Kollege Scharfenberg hat schon einige Punkte dazu genannt.

Ich möchte nochmals auf die Videoüberwachung am Potsdamer Hauptbahnhof eingehen. Hier sieht es so aus - das ist mein persönlicher Eindruck, wenn ich mit der Bahn fahre -, dass seit 2014 auch viel mehr Leute den Hauptbahnhof frequentieren - auch wenn das sehr subjektiv betrachtet ist.

Was ich natürlich auch mitkriege, ist, dass sich Leute - das wird auch im Bürgerbüro geäußert, unter anderem von Frauen -, die abends ins Kino gehen, seit 2015 dort nicht mehr so sicher fühlen, wenn sie nach dem Kinobesuch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln über den Bahnhofsvorplatz fahren. Nach meinem Eindruck liegt einer der Gründe dafür darin, dass im und am Bahnhof freies WLAN angeboten wird und viele Leute dies nutzen, weil sie in ihren Unterkünften keinen WLAN-Zugang haben. Das mag einer der Gründe für das Entstehen dieses Unsicherheitsgefühls sein.

Wichtig ist doch für die Bürger hier im Land Brandenburg, dass Straftaten im Nachhinein aufgeklärt werden können. Wenn man sich den Fall der beiden Jungen Elias und Mohamed vor Augen führt, erkennt man, dass der Fall nur durch die „illegale“ Videoüberwachung in einem türkischen Restaurant in Moabit aufgeklärt werden konnte. Das sollte für uns Ansporn sein, die Videoüberwachung - zumindest an den entsprechend frequentierten Orten - behutsam einzusetzen, um genau diese nachträgliche Aufklärung zu ermöglichen. Ich glaube, die Bevölkerung hat mittlerweile Verständnis dafür. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Nonnemacher. Bitte schön.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Insgesamt - hier wiederhole ich gern meine Einschätzung aus der 1. Lesung - zeigt der Bericht, dass die Brandenburger Polizei maßvoll und verantwortungsbewusst mit den Ermächtigungen des Polizeigesetzes umgeht und bestimmte Maßnahmen wie Wohnraum- und Videoüberwachung gefährdeter Objekte gar nicht zur Anwendung gebracht wurden. Im Zentrum der Ausschussberatungen stand - wie schon in den Vorjahren - die Entwicklung der Straftaten im videoüberwachten und angrenzenden Bereich des Potsdamer Hauptbahnhofes.

Die Zahlen haben es in sich: Noch nie seit der Einführung der Überwachungskameras in der Ära Schönbohm im Jahr 2000 lag die Zahl der Straftaten im überwachten Bereich so hoch wie im Berichtsjahr 2015. Sie haben sich mit einem Anstieg um 125 % binnen Jahresfrist mehr als verdoppelt. Der oft postulierte Effekt der Verhinderung von Straftaten durch abschreckende Videoüberwachung lässt sich dadurch ganz sicher nicht belegen. Schaut man sich das weitere, nicht kameraüberwachte Bahnhofsumfeld an - Thema Verdrängungseffekte -, so ist auch dort ein trauriger Rekord an Straftaten zu verzeichnen. Im Bahnhofsbereich hat sich insbesondere die Anzahl der Fahrrad-diebstähle verdoppelt, auch im Bereich laufender Kameras.

Beim ursprünglichen Konzept der Videoüberwachung war man ja davon ausgegangen, dass die Bilder der Kameras laufend ausgewertet und bei Straftatverdacht sofort eingegriffen werde - eine Vorstellung, die sich angesichts der benötigten perso-

nellen Ressourcen schnell als Illusion herausgestellt hat. „Wir wissen, dass wir nicht reagieren können“, wird der brandenburgische GdP-Vorsitzende Schuster dazu zitiert. Die punktuelle Hilfe der Videoüberwachung bei der Aufklärung von Straftaten - die prominenten Beispiele des U-Bahn-Treters oder des schrecklichen Mordes an den Kindern Elias und Mohamed wurden hier mehrfach angesprochen - kann hier auch nicht belegt werden.

Die zweimaligen Ausführungen des MIK blieben leider in vielem vage und konnten zentrale Fragen nicht schlüssig beantworten. Der Hinweis auf steigende Einwohnerzahlen, die steigende Pendlerzahl und die Zunahme der Anzahl der Radfahrer sind vom Ausmaß her nicht geeignet, die erwähnte Verdoppelung der Straftaten zu erklären. Der mehrfach gegebene Hinweis, dass die Wirksamkeit der Videoüberwachung bei der Verhinderung und Aufklärung von Straftaten wissenschaftlich schwierig zu belegen sei, entbindet im Rahmen eines so exponierten Berichts aber nicht davon, genau dies zu versuchen, wenigstens für den Bereich Aufklärung. Für die Vereitelung einer in Durchführung begriffenen Straftat leistet die Überwachung nichts - dazu bräuchte es real mehr Präsenz von mehr Sicherheitspersonal.

Aber wie viele Straftäter konnten durch die vorhandenen Bilder nachträglich identifiziert und verurteilt werden? Welche nicht? Lag es an technischen Problemen wie dem Aufnahmewinkel oder der Qualität der Aufnahmen? War die Speichungsfrist das Problem? Diese Fragen müssten doch eigentlich beantwortet werden.

Sicherlich gehören Bahnhofsvorplätze und insbesondere der Hauptbahnhof der Landeshauptstadt zu den neuralgischen Punkten, an denen eine Videoüberwachung vertretbar ist. Es ist bei anhaltend hoher abstrakter Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland auch gerechtfertigt, über weitere zu überwachende Orte mit besonderem Gefährdungspotenzial nachzudenken. Wir sollten aber kühlen Kopf bewahren und uns klarmachen, wo die Möglichkeiten und auch Grenzen dieser Maßnahmen liegen. Das Beispiel vom Kölner Hauptbahnhof, wo mehrere Dutzend Überwachungskameras nicht dazu beitragen konnten, dass aus 1 300 Anzeigen in der Silvesternacht mehr als 22 Strafverfahren wurden, stimmt nachdenklich. Dabei ging es - wir haben das im Innenausschuss andiskutiert - nicht nur darum, dass diese Kameras auf Zugabfertigung ausgerichtet waren; das stimmt so nicht. Die Bundesbahn teilt selbst mit, dass sie bei der Überwachung Safety und Security - also Zugabfertigung und Personenschutz bei Straftaten - im Blick hat. Den Bericht der Metropolitan Police in London, dass auf 1 000 Überwachungskameras lediglich die Aufklärung einer Straftat komme, habe ich auch schon erwähnt.

Videoüberwachung und die anderen Ermächtigungen des Polizeigesetzes sind schwere Grundrechtseingriffe. Sie müssen einen erkennbaren - im Idealfall messbaren - sicherheitspolitischen Mehrwert für die Bevölkerung bringen. - Danke schön.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Minister Schröter.

Minister des Innern und für Kommunales Schröter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Mit der Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes im Jahr 2006 hat der Landtag die Landesregierung verpflichtet, jährlich einen Bericht über die Nutzung bestimmter Maßnahmen der Datenerhebung vorzulegen.

Im Jahr 2015 haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, bestimmt, das Verfahren insoweit zu verändern, als der Bericht durch das zuständige Fachressort direkt an den Landtag erfolgt. Der vorliegende Bericht ist also der erste, der dem Landtag direkt vom Ministerium für Inneres und Kommunales zugeleitet wurde.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich für Ihre Einschätzung des Umgangs der Polizei mit diesen Möglichkeiten bedanken. Über alle Parteigrenzen hinweg war sie sehr positiv.

Zusammengefasst sieht die Bilanz folgendermaßen aus: Im Berichtszeitraum wurde an vier Standorten eine Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze durchgeführt - es wurde mehrfach erwähnt: in Erkner, Guben, Frankfurt (Oder) und Potsdam. In drei Fällen erfolgte aufgrund richterlicher Anordnungen eine Telekommunikationsüberwachung. In vier Fällen sind durch den Einsatz technischer Mittel der Polizei Maßnahmen zur Ermittlung des Standortes von Mobiltelefonen erfolgt. In 245 Fällen erfolgten zur Gefahrenabwehr Auskunftersuchen bei den Mobilfunknetzbetreibern. Die anlassbezogene automatische Kennzeichenfahndung wurde in insgesamt 105 Fällen eingesetzt. Eine Videoüberwachung gefährdeter Objekte, eine Wohnraumüberwachung, eine Ermittlung spezifischer Kennungen von Mobiltelefonen sowie eine Unterbrechung oder Verhinderung von Telekommunikationsverbindungen haben im Berichtszeitraum nicht stattgefunden. Auch manuelle Bestandsdatenauskünfte wurden nicht eingeholt.

Meine Damen und Herren, der Bericht bestätigt einmal mehr: Wir können unserer Polizei vertrauen. Sie macht, wie schon in den Vorjahren, weiterhin verantwortungsbewusst und maßvoll von ihren gesetzlichen Befugnissen Gebrauch. Dies ausdrücklich festzustellen erscheint mir auch angesichts manch aktueller Debatten angezeigt und wichtig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf die ausführlichen vorausgegangenen Debatten im September-Plenum und im Innenausschuss eingehen. Dort hat insbesondere die Entwicklung der Kriminalität auf dem videoüberwachten Bahnhofsvorplatz in Potsdam eine Rolle gespielt. Der Bericht weist für diesen Standort eine erhebliche Zunahme von Straftaten im Jahr 2015 aus. Das muss naturgemäß zu Nachfragen führen. Meine Damen und Herren, seien Sie versichert: Ich werde das mit den dafür Verantwortlichen, Zuständigen im Polizeipräsidium, aber auch in unserer Polizeiabteilung ganz intensiv auswerten.

Allerdings, verehrte Frau Nonnemacher - da will ich die Debatte nicht noch einmal befeuern oder mich in Bezug auf das, was ich vorhin zur Videoüberwachung ausgeführt habe, wiederholen -, werden wir ganz sicher über eine weitere, maßvolle Videoüberwachung an einigen Standorten, die angezeigt sind, nachdenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über Ihre Einschätzung - da wiederhole ich mich. Ich bedanke mich

für das Vertrauen, das Sie unserer Polizei entgegengebracht haben, und will auch betonen, dass unsere Polizei weiterhin sehr maßvoll und sehr verantwortungsbewusst mit ihren Möglichkeiten umgehen wird, und zwar ausschließlich, um die Sicherheit in diesem Land zu erhöhen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Ich schließe die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen über die Beschlussempfehlung und den Bericht auf Drucksache 6/5799, Neunter Bericht des Ministers des Innern und für Kommunales an den Landtag über bestimmte Maßnahmen der Datenerhebung auf Grund des Brandenburgischen Polizeigesetzes, ab. Wer stimmt der Beschlussempfehlung und dem Bericht zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Landtag dem einstimmig gefolgt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Fünfter Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes (BbgStEG)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 6/5615

Die Aussprache wird von Minister Schröter für die Landesregierung eröffnet. Bitte schön.

Minister des Innern und für Kommunales Schröter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung hat nunmehr den Fünften Bericht zur Umsetzung des Standarderprobungsgesetzes vorgelegt. Das Gesetz ermöglicht den Kommunen seit 2006, befristet von landesrechtlichen Standards abzuweichen. Damit können sie ausprobieren, ob sich Aufgaben unbürokratischer, effektiver und kostengünstiger erledigen lassen; die Bürgerfreundlichkeit will ich natürlich nicht unerwähnt lassen. Kurz gesagt: Es geht um mehr Service, mehr Bürgernähe, weniger Bürokratie.

62 Brandenburger Kommunen haben seither Alternativen zu bestehenden Landesvorschriften entwickelt. Sie haben insgesamt 126 Anträge gestellt. 51 dieser Anträge führten zur landesweiten Umsetzung. In einem weiteren Fall steht die landesweite Umsetzung kurz bevor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Instrument der Standarderprobung hat sich alles in allem bewährt. Zahlreiche Vorschläge unserer Kommunen haben deutliche Erleichterungen beim Bürokratieabbau gebracht. Allerdings müssen wir dem Bericht auch entnehmen, dass der Prozess der Erprobung derzeit ein wenig stagniert. Die Gründe dafür müssen jetzt kritisch hinterfragt werden, denn es ist unbestritten, dass es in un-

serem Land weiteren Optimierungsbedarf gibt. Ich sage das gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in unserem Land, insbesondere im ländlichen, kommunalen Bereich. Diese Position hat der Landtag ja auch deutlich mit der Entschließung bekräftigt, die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum Jahr 2021 zu verlängern. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben die Verlängerung der Laufzeit des Gesetzes und eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Landesregierung ausdrücklich begrüßt.

Ende November 2016 haben sich das Ministerium des Innern und für Kommunales und die beiden kommunalen Spitzenverbände auf die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zum Standarderprobungsgesetz verständigt. Sie soll im nächsten Monat zum ersten Mal tagen. Eine Aufgabe dieser Arbeitsgruppe wird die gemeinsame Überprüfung des gesamten Verfahrens sein, also von der Antragstellung der Kommune bis zur Evaluierung des Fachressorts. Ich bin davon überzeugt, dass diese Arbeitsgruppe den Prozess wieder in Fahrt bringen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal betonen: Die bisherigen Vorschläge der Kommunen haben zur Vereinfachung unserer Verwaltungsverfahren geführt. Ich danke ganz ausdrücklich allen beteiligten Kommunen für ihre bisherigen Anregungen und Beiträge. Ich sehe neuen Ideen aus der kommunalen Familie erwartungsvoll entgegen. Ich möchte alle Beteiligten - die Kommunen, die kommunalen Spitzenverbände und natürlich auch Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren - darin bestärken, den Prozess weiterhin aktiv zu begleiten und daran mitzuwirken.

Seien Sie versichert: Ich will mich auch weiterhin gewissenhaft für das Thema einsetzen. Es ist für die Zukunft unserer Verwaltungen nicht unbedeutend. - Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Kurth.

Kurth (SPD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Der Minister des Innern und für Kommunales hat uns soeben den Fünften Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Gesetzes zur Erprobung der Abweichung von landesrechtlichen Standards in Kommunen des Landes Brandenburg sowie von landesrechtlichen Zuständigkeitszuweisungen vorgestellt.

Nicht nur bei der Langfassung des Gesetzes, auch bei der Kurzfassung fragt man sich: Standarderprobung - was machen wir da eigentlich? - Wir erlauben per Gesetz, dass von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften abgewichen werden darf, freilich nicht entgegen Regelungen des Bundes bzw. der EU - aber immerhin: erlaubte Abweichungen von Gesetzen, die dieser Landtag erlassen hat.

Warum? Weil wir wollen, dass in den Kommunen gute Ideen umgesetzt werden können, die dem Bürokratieabbau dienen, die es den Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmerinnen

und Unternehmern einfacher machen, die es vielleicht auch den Verwaltungen einfacher machen.

Mit der Novellierung im Jahr 2011 - der Minister hat es eben erwähnt - wurde zusätzlich die Zielstellung eingearbeitet, dass durch das Standarderprobungsgesetz flexible und örtlich angepasste Lösungen als Reaktion auf den demografischen Wandel ermöglicht werden sollen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wären nicht in Deutschland, wenn es für die gesetzlichen Möglichkeiten der Abweichung vom Gesetz nicht genaue Vorschriften und Regeln gäbe. Deshalb muss, bevor die Erprobung startet, zunächst die zuständige oberste Landesbehörde im Einvernehmen mit dem für Inneres zuständigen Ministerium den jeweiligen Antragsteller im Einzelfall von der Anwendung landesrechtlicher Vorschriften befreien. Wenn der Antrag genehmigt wurde, darf das auch nur für eine begrenzte Zeit, längstens vier Jahre, erfolgen.

Rechtsvorschriften dürfen modifiziert angewendet werden. Erweist sich die Erprobung im Ergebnis als sinnvoll, soll im Anschluss eine landesweite Anwendung empfohlen werden. Ich bin froh, dass dieser Prozess der Abstimmung und der Effektivierung hier in einer Arbeitsgruppe überprüft werden soll.

Von den Antragsberechtigten - dies sind die brandenburgischen Gemeinden, Ämter, Landkreise und Zweckverbände - wurden im zurückliegenden Berichtszeitraum, der sich über zwei Jahre erstreckte, genau zwei neue Anträge gestellt. Im selben Zeitraum wurden sechs Erprobungen beendet. Zu einer landesweiten Umsetzungsempfehlung kam es dabei nicht.

Zu den beendeten Erprobungen gehörte auch der Versuch mit dem sperrigen Namen: Zuständigkeitsübertragung für Entscheidungen des Schulträgers über einen vereinfachten Schulwechsel. - Die beteiligten Schulträger von Zossen, Falkensee, Prenzlau, Dallgow-Döberitz, Schönwalde-Glien und Wustermark hatten in Abweichung von § 106 Abs. 4 Brandenburgisches Schulgesetz die Verlagerung der Zuständigkeit für die Genehmigung von Ausnahmen zur Schulbezirksregelung vom Schulamt auf die Kommunen erprobt.

Nach Abschluss einer ersten Erprobungsphase im Jahre 2010 wurde zunächst ein positives Ergebnis vermeldet. Es sollte jedoch im Anschluss noch einmal geprüft werden, welche Kostenfolgen damit verbunden sind. Das ist nicht gelungen, auch weil keine weiteren Schulträger gewonnen werden konnten, die bereit waren, sich an der Erprobung zu beteiligen. Gesicherte Kostenprognosen liegen damit nicht vor. Deswegen wurde die landesweite Erprobung auch nicht empfohlen.

Die beiden im Berichtszeitraum neu eingegangenen Anträge betrafen die gleiche gesetzliche Regelung - wiederum § 106 Abs. 4 Brandenburgisches Schulgesetz - und waren daher abzulehnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich teile das im Bericht zusammenfassend ausgedrückte Urteil, wonach sich das Standarderprobungsgesetz grundsätzlich bewährt hat. Immerhin sind von 126 Erprobungen - wir hörten es schon - 51 in die landesweite Umsetzung gegangen.

Mit Blick auf den Umstand, dass nur neun der 126 Anträge in den vergangenen sechs Jahren gestellt wurden, teile ich aller-

dings auch die Ansicht, dass - ich zitiere aus dem Bericht - „[...] die Erfolge des Gesetzes überwiegend aus den ersten Jahren nach seinem Inkrafttreten resultieren.“ Ob dies „die Schlussfolgerung zulässt, dass die Rahmensetzungen durch landesrechtliche Standards die Kommunen bei der Aufgabenwahrnehmung gar nicht in dem Maße unnötig hemmen, wie dies bislang oftmals in pauschaler Form angenommen wurde“, und dies „als Indiz gewertet werden [kann], dass die Landesgesetzgebung die Kommunen weniger bürokratisch belastet als bisher vermutet“ - ich habe wiederum aus dem Bericht zitiert -, lasse ich an dieser Stelle offen.

Fakt ist: Mit dem Standarderprobungsgesetz ist die Möglichkeit geschaffen, durch die Modifizierung von Standards auf die Herausforderung des demografischen Wandels zu reagieren. Dass davon noch zu zaghaft Gebrauch gemacht wird, ist bedauerlich. Es ist an uns, hierfür verbündet aufzutreten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich schließe mit den Worten, mit denen ich hier im Landtag am 22. Januar 2015 meine Rede zum Vierten Bericht der Landesregierung zur Umsetzung des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes begonnen habe: Herr Minister, ich danke Ihnen und den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht und bitte, das so auch auszurichten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Petke.

Petke (CDU): *

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Jahren, im Jahre 2006, hat der Landtag den Weg freigemacht, Ideen, die auf kommunaler Ebene geboren wurden, tatsächlich umzusetzen.

Wer sich daran noch erinnert, weiß: Das war damals kein leichter Prozess. Es war ein Prozess, der auf der einen Seite den Abgeordneten, die hier im Landtag daran beteiligt waren, einiges abverlangt hat, der auf der anderen Seite aber auch der Regierung einiges abverlangt hat. Das war natürlich - und das ist es heute immer noch - das notwendige Spannungsverhältnis - was institutionell auch so angelegt ist -, zwischen dem Landesparlament und der Landesregierung. Man kann einen Strich darunter ziehen und sagen: Ja, der Weg hat sich gelohnt. Die Mühe damals hat sich gelohnt. Es war vor dem Hintergrund des demografischen Wandels richtig, diesen Weg einzuschlagen.

Ich möchte auf die Aussagen des Kollegen Kurth eingehen, wonach in dem Bericht dankenswerterweise auch ausgeführt wurde, dass es jetzt ein wenig stagniert, dass man, ich will nicht sagen, auf der Stelle tritt, aber dass man im Vergleich zu den Erfolgen der Anfangsjahre doch die Frage beantworten muss, warum wir jetzt in einer Situation der Ruhe sind.

Ich möchte es einmal von einer anderen Warte beleuchten. Damals im Jahr 2006 hatten die Regierung, die damals regierte, und die Mehrheit hier im Haus den Mut, neue Wege zu gehen, auch eigenes Handeln infrage zu stellen, wenn es darum ging,

mit der kommunalen Familie zusammenzuarbeiten, wenn es darum ging, die Herausforderungen des demografischen Wandels anzunehmen.

Heute, im Jahr 2016 - zehn Jahre später -, beantwortet die Landesregierung die Fragen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, allein mit einem Stichwort, nämlich mit den Zwangsfusionen von Landkreisen und der Einkreisung kreisfreier Städte. Da hat sich in der jetzt regierenden Koalition im Vergleich zu damals etwas gewandelt.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das sagt der, der für die Gemeindegebietsreform 2003 vehement gestritten hat!)

- Frau Kollegin Mächtig, die Gemeindegebietsreform von 2003 hat zur Abschaffung einer einzigen Verwaltung geführt. Wenn Sie das einmal zurückverfolgen, sehen Sie: Eine einzige Verwaltung ist reduziert worden. Heute wollen Sie von 18 kreisfreien Städten und Landkreisen - also 14 plus vier - runter auf zehn. Das ist eine ganz andere Größenordnung. Das ist überhaupt nicht vergleichbar - weder vom Inhalt noch vom Tatbestand her.

Wir haben damals auf neue Wege gesetzt: Standardanpassung, Reduzierung von Normen, Zusammenarbeit auch mit der kommunalen Ebene, gerade mit der kommunalen Ebene. Wie es heute um die Zusammenarbeit Ihrer Koalition und der Landesregierung mit der kommunalen Ebene bestellt ist, konnten wir gerade gestern und heute in der Presse nachlesen. Da ist von zerschnittenen Tischtüchern und anderem die Rede. Das Verhältnis von Land - Landesregierung, der Mehrheit im Landtag - und unserer kommunalen Familie war in 25 Jahren Brandenburg noch nie so schlecht wie heute.

(Zuruf von der CDU: Genau! - Beifall CDU)

Frau Kollegin Mächtig, dafür trägt die Koalition, dafür trägt die Landesregierung von SPD und DIE LINKE die Verantwortung - und niemand sonst.

Damals haben wir auf neue Ideen gesetzt. Worauf setzen Sie heute? Auf Zwangsfusionen. Sie haben noch nicht einmal den Mut, Ihre permanent geänderten Prognosen zu benennen und auf sie einzugehen. Damals im Basisjahr 2006 gingen wir davon aus, dass wir in Brandenburg einen Bevölkerungsverlust von 13,9 % zu verzeichnen haben. Im Jahre 2013 gingen wir dann nur noch von einem Bevölkerungsverlust von 5,5 % aus. Es gibt alternative Berechnungen, die von einem Bevölkerungsverlust von 2,2 % ausgehen.

Wir können hier festhalten: Es geht um etwas anderes. Standardanpassung steht, Herr Minister, mitnichten mehr im Zentrum der Politik der Landesregierung. Das ist an den Rand getreten. Deswegen treten wir auch auf der Stelle.

Alle personellen und anderen Ressourcen fließen in dieses eine Projekt im Innenbereich, im Bereich Kommunales, und das sind die Zwangsfusionen. Dafür braucht diese Regierung alle Kraft. Weil niemand auf der kommunalen Ebene, noch nicht einmal Sie, richtig mitmacht, wird dort alles gebündelt. Das braucht Energie, Personal und andere Aufwendungen. Da bleibt für andere Ideen schlicht keine Zeit mehr. Sie haben keine Zeit mehr. Sie haben keine Ressourcen mehr frei, um dieses wichtige Thema Standardanpassung voranzutreiben.

Ich wünsche mir, wir hätten wieder die Zeit. Deswegen auch noch einmal von dieser Stelle die Aufforderung an Sie, diese unleidliche Debatte zu Zwangsfusionen endlich zu beenden und wieder gemeinsam mit unseren Kommunen nach vorn zu blicken. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Mächtig.

Frau Mächtig (DIE LINKE):

Herr Vizepräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Urteil meines Vorredners liegt wohl darin begründet, dass er nie Mitglied des Sonderausschusses für Bürokratieabbau war - im Gegensatz zum Herrn Präsidenten - und seine Orientierungen deshalb etwas schwanken. Das Gemeindegebietsreformgesetz fand 2002/2003 seine Umsetzung.

Über die Einsetzung des Sonderausschusses für Bürokratieabbau, auf dessen Arbeit das Standarderprobungsgesetz beruht, wurde 2005 beschlossen: Am 9. Juni hat der Landtag Brandenburg einen Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards eingesetzt. Mit diesem Beschluss erteilte der Landtag dem Ausschuss die Aufgabe, die Landesregierung bei der Aufgabenkritik zu begleiten und eine umfassende sowie aufgabenkritische Bewertung von Vorschriften und Gesetzen des Landes durchzuführen.

Zum Abschluss seiner Arbeit schrieb der Ausschuss Empfehlungen für weitere Effizienzsteigerungen von Verwaltungen nieder, unter anderem zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und E-Government, zur Optimierung der Aufgabenerfüllung sowie zur Reduzierung von Standards, Normen und damit zum Bürokratieabbau, die der Landtag beschloss. Damit war der Weg zu einer zukunftsweisenden, bürgernahen und wirtschaftlich handelnden Verwaltung aufgezeigt.

Ich darf daran erinnern, dass wir eine Vision hatten: Brandenburg hat eine der modernsten Verwaltungen Europas. Die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und Vereinen und anderen Behörden werden sofort, freundlich, kompetent und wirtschaftlich bearbeitet. Seniorinnen und Senioren in der Uckermark wie auch in der Lausitz können alle Amtsgänge direkt am Dorfbürgermeister im mobilen persönlichen Bürgerservice erledigen oder bequem per Internet von zu Hause aus. Die gesamte Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung kann jederzeit und überall elektronisch stattfinden. Die neue Verwaltungskultur jenseits von Bevormundung und überkommenem Zuständigkeitsdenken wirkt sich belebend auf das gesellschaftliche Zusammenleben aus. - Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt kritisch zu diesem Bericht Stellung nehme, dann liegt das genau an dieser Vision, denn - wie der Fünfte Bericht der Landesregierung deutlich zeigt -: 10 Jahre später laufen wir derselben Vision - oder auch Illusion - hinterher.

Wäre die Bilanz des Berichtes - meine Vorredner gingen darauf ein - heute eine andere, wäre der Beschluss, Herr Innenminister, für eine moderne Verwaltungs- und Gebietsstrukturreform nur noch eine Formsache, denn der durch Standarderprobung erfolgte und landesweit umgesetzte Funktionalreformprozess

stünde - nach 10 Jahren! - vor seinem Abschluss und nicht immer noch am Beginn. So ist die Kritik an der Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform auch eine Kritik an der Erfolglosigkeit der Umsetzung der Empfehlungen des Abschlussberichts des Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards und unserer Folgeentscheidungen. Das gilt es zu akzeptieren - selbstverständlich.

Zugleich gilt es aber auch nach den Ursachen zu fragen, die eine Funktionalreform immer wieder so schwer vorbereiten und umsetzen lassen. Ich sehe dabei drei wesentliche Ursachen, erstens bei uns im Landtag: Wir haben den Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards zu früh aufgelöst und damit die Verwaltung in dem Prozess notwendiger Modernisierung und Umstrukturierung allein-, ohne Begleitung und Kontrolle gelassen.

Zweitens sehe ich die Ursachen bei den Akteuren der Gestaltung von Normen und Standards, also der Landesverwaltung und den Kommunalverwaltungen. Der gewollte Prozess der Entbürokratisierung wurde selbst so verbürokratisiert, dass die anfängliche Euphorie - meine Kollegen sprachen von über 100 Anträgen -, wenn man es einmal so nennen will, regelrecht unter der Antrags- und Begründungslast erstarb, was auch die steuernde und begleitende Projektgruppe aus Vertretern der Landesverwaltung, Städte- und Gemeindebund, Hochschule Wildau sowie Landkreistag nicht verhindern konnte.

Drittens, meine Damen und Herren, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der ewige Kampf - manche pflegen da auch von einem antagonistischen Widerspruch zwischen Städte- und Gemeindebund und Landkreistag bei der Frage zu sprechen, wer welche Aufgabe auf welcher Ebene im wahrsten Sinne des Wortes effektiver realisiert - von den Spitzenverbänden in unglaublicher Beharrlichkeit geführt wird und tatsächlich Reformprozesse be-, ja sogar verhindert. Daher sind wir - der Landtag und die Landesregierung gemeinsam - gefordert, in den kommenden zwei Jahren konsequente Schritte einer wirklichen Verwaltungs- wie auch Funktionalreform zu gehen, und das nicht nur, um die Ziele des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes zukunftsorientiert und damit auch landesweit umzusetzen, sondern auch, um die uns bevorstehende Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform tatsächlich mit Erfolg gestalten zu können. Dabei erhoffe ich uns gemeinsam viel Erfolg. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Königer.

Königer (AfD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Brandenburger! Die Landesregierung hat uns nun den Fünften Bericht zur Umsetzung des Brandenburgischen Standarderprobungsgesetzes vorgelegt. Dieses Gesetz gibt es in unserem Bundesland schon seit 10 Jahren. An sich begrüßt unsere Fraktion die Verlängerung der Laufzeit des Standarderprobungsgesetzes um weitere fünf Jahre - dieses Gesetz könnte die Lösung vieler Probleme in den Kommunen sein, wie die

Vergangenheit gezeigt hat -, es muss jedoch die Tatsache angesprochen werden, dass die Gesamtbilanz der letzten zehn Jahre etwas dürrig ist und Fragen aufwirft.

Herr Minister Schröter, Sie sprachen im Zusammenhang mit diesem Gesetz von Bürgerfreundlichkeit. Das ist zwar sehr schön und löblich, aber seit 2004 erhalten wir schon einmal einen kleinen Vorgeschmack, was Sie unter Bürgerfreundlichkeit verstehen bzw. was den Bürgern noch an Freundlichkeiten bevorsteht, da - Herr Petke sprach es auch an - die Zahl der Anträge ja gesunken ist.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Da war der Minister noch gar nicht da!)

Seit Dezember 2014 hat sich die Anzahl der Anträge nach dem Standarderprobungsgesetz um zwei auf 126 Anträge erhöht, also pro 365 Tage ein Antrag. Reife Leistung! Von den 126 bewilligten Anträgen führten lediglich 51 zu einer landesweiten Umsetzung des Antragsbegehrens. In einem Fall soll die Umsetzung noch bevorstehen - es kann sich ja nur um den Antrag für 2017 handeln. Sie wissen schon: 365 Tage.

Dem mir vorliegenden Bericht ist zu entnehmen, dass die Erfolge des Gesetzes überwiegend aus den ersten Jahren nach seinem Inkrafttreten resultieren.

Es sind also zwei weitere Anträge gestellt worden. Eine solch geringe Zahl der Anträge ist offensichtlich auch in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet worden. Die Frage lautet: Warum ist das so?

Der Grund dafür könnte sein, dass die Landesregierung die Kommunen bei dieser Angelegenheit unzureichend finanziert. Die Möglichkeit der Zuständigkeitsverlagerung sollte eigentlich sehr hilfreich für die Kommunen sein - schon wegen der Praxisnähe. Die Kommunen müssten eigentlich auf der Grundlage von Erfahrungen aus dem praktischen Vollzug landesrechtlicher Vorschriften sehr viele Änderungsvorschläge haben, um von den bestehenden Landesnormen abweichen zu können, die sie als bürokratisch und hinderlich wahrnehmen. Aber das war nicht der Fall.

Der Zweck des Standarderprobungsgesetzes ist, den Kommunen zu ermöglichen, vorhandene Sachkompetenz zu erschließen und zu befördern, denn den Körperschaften als Adressaten der Regelungen sind die Auswirkungen der Art und Weise der Aufgabenerfüllung im Einzelfall besser bekannt als dem Landesgesetzgeber. Das Brandenburgische Standarderprobungsgesetz bietet die Möglichkeit, neue Lösungsmodelle zu erproben.

Wir hoffen, dass die Arbeitsgruppe auf Arbeitsebene zum Standarderprobungsgesetz, auf dessen Einrichtung sich das Innenministerium und die beiden kommunalen Spitzenverbände im letzten Jahr verständigt haben, die Umsetzung dieses Gesetzes voranbringt, den Grund für die geringe Anzahl der Anträge findet und zu einer Erhöhung der Anzahl der Anträge beiträgt.

Wir wünschen uns, dass die Kommunen aktiver die Chance nutzen, während der nächsten fünf Jahre notwendige Abweichungen von Landesgesetzen vorzuschlagen, vor allem in Anbetracht Ihres großen Lieblingswurfs: der Verwaltungsstrukturreform bzw. der Funktionalreform.

Wir appellieren an die Landesregierung: Füllen Sie diese Moderatorenrolle besser aus und gestalten Sie die Prozesse effizienter! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Welche Moderatorenrolle?)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt der Abgeordnete Raschke.

Raschke (B90/GRÜNE):

Herr Präsident, vielen Dank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! In so ziemlich jeder Sitzung der Enquetekommission für ländliche Regionen ist das irgendwie Thema. Irgendjemand macht den Vorschlag: Lasst uns doch für den ländlichen Raum ein paar weniger komplizierte Standards machen! - Das ist dauerhaft Thema, und genauso dauerhaft sagt die Landesregierung: Na ja, die Kommunen könnten ja, wenn sie wollten; es gibt ja das Standarderprobungsgesetz.

(Kurth [SPD]: Das ist auch so!)

Es wird nur nicht genutzt. Deswegen treibt uns schon die Frage um, woran es liegt, dass das so auseinanderfällt. Außer einem großen Sprung am Anfang hat sich lange nichts getan. Woran liegt das? Ich bin nun nicht der Experte für Bürokratieabbau; damit kann ich nicht dienen. Ich kann nur versuchen, fünf Beobachtungen aus der Perspektive des ländlichen Raumes zu bringen, die illustrieren, warum das Standarderprobungsgesetz aus meiner Sicht nicht gut genug genutzt wird.

Erstens: Das Ministerium sagt auch in dem Bericht, es könnte daran liegen, dass das Standarderprobungsgesetz zu unbekannt ist. - Das glaube ich nicht. Nach all dem, was ich mitbekommen habe, ist das Thema in der Enquetekommission, ist das Thema beim Städte- und Gemeindebund, beim Landkreistag bekannt. Und wenn man irgendwo zu einem Bürgermeister kommt, merkt man, dass er sehr wohl weiß, dass es das Standarderprobungsgesetz gibt. Das kann also nicht der Grund sein. Auch, dass wir alle Jahre hier darüber berichten, trägt dazu bei, dass es bekannt ist. Das ist also nicht der Grund.

Zweitens: Wir merken immer wieder, den Kommunen und den Bürgern geht es um Punkte wie zum Beispiel das Baurecht. Die kann das Gesetz gar nicht abdecken, denn die unterliegen Bundesrecht. Da können wir nichts machen. Vielleicht - das weiß ich nicht, es wurde ja geprüft - sind durch die letzte Föderalismusreform Dinge hinzugekommen, die wir auf Landesebene machen können, aber insgesamt gibt es viele Punkte im ländlichen Raum, die durch ein Landesgesetz nicht erleichtert werden können. Das hilft uns also nicht weiter.

Drittens: Der wichtigste Punkt ist, glaube ich - der Minister hat es gesagt -: Es ist sehr aufwendig, diesen Weg zu beschreiten, und das Ergebnis ist immer etwas mager. Das mag so sein, das kann ich nicht einschätzen. Ich weiß aber, dass das meiner Beobachtung nach gar nicht das Problem ist, sondern die Frage eher lautet: Können die Kommunen den Aufwand überhaupt leisten? Sind unsere Kommunen überhaupt in der Lage, diesen schwierigen Weg zu gehen? Ich glaube nicht, denn erstens sind sie ziemlich mit sich selbst oder mit der Kreisgebietsreform beschäftigt - das beschäftigt sie stark und bindet viel Personal -,

vor allem aber sind viele finanziell gar nicht in der Lage dazu. Sie können gar keine Gestaltungskraft entwickeln.

Ein Indikator, um das zu belegen: Am 31.12.2015 besagte der Bericht zur Verschuldung der Kommunen in Brandenburg, dass nur 83 der 484 Kommunen schuldenfrei sind. Wenn also so viele Kommunen verschuldet sind, können wir nicht erwarten, dass sie sich mit Liebe und Verve auf das Standarderprobungsgesetz stürzen und sagen: Wir wollen hier mal gestalten!

Viertens: Wenn wir in der Enquetekommission diskutieren und sagen „Macht doch mal einen konkreten Vorschlag, was geändert werden soll!“, dann mündet das in der Hälfte der Fälle nicht in einem konkreten Vorschlag, sondern in dem diffusen Gefühl, die Landesregierung hört uns nicht zu. Die Landesregierung hört uns nicht zu, sie suggeriert vielleicht Dialogprozesse wie bei der Kreisgebietsreform, nimmt uns da aber nicht ernst. Das mag so sein, das mag nicht so sein - das Gefühl ist da, und das trägt natürlich zur Unzufriedenheit bei. Diese Unzufriedenheit können wir aber mit dem Standarderprobungsgesetz nicht beseitigen. Also auch das ist vielleicht ein Grund, warum das nicht so in Anspruch genommen wird.

Fünfter Punkt - das fand ich besonders erstaunlich: Es gibt viele Anregungen, zum Beispiel: Lasst uns weniger breite Straßen, lasst uns weniger breite Radwege bauen, das kostet so viel Geld, das brauchen wir im ländlichen Raum gar nicht. - Nun steht in dem Bericht zum Standarderprobungsgesetz der Satz: Na ja, wenn wir die Kommunen ausführlich beraten haben, dass das alles ausfinanziert wird, machen es die Kommunen am Ende doch gerne. - Natürlich, wenn die Kommune das Geld dafür bekommt, baut sie auch einen breiten Radweg, aber nachhaltig ist das nicht. Wenn dann die Unterhaltskosten für viel breitere Radwege anfallen und die Kommune sie auf Dauer nicht tragen kann, ist das nicht besonders sinnvoll. Wenn man den Rest der Anträge, die noch kommen, abräumt, indem man sagt „Ihr bekommt aber das Geld, um das zu bauen!“, das aber auf Dauer nicht bezahlen kann, hilft uns das Ganze nicht weiter.

Meiner Beobachtung nach ist es also an sich gut, dass wir dieses Gesetz haben. Es ist auch gut, dass es fortgesetzt wird, dass die Arbeitsgruppe darüber berät. Aber das Gesetz kann eigentlich erst greifen, wenn wir starke Kommunen haben - die handlungsfähig sind, die einen Handlungsspielraum haben - und auf Augenhöhe mit ihnen umgegangen wird. Vorher müssen wir nicht davon ausgehen, dass das Standarderprobungsgesetz intensiv genutzt wird.

Das sind die Baustellen, auf denen wir aktiv werden müssen, um den ländlichen Raum zu stärken. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER spricht die Abgeordnete Schülzke.

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Das Standarderprobungsgesetz ist bis zum 1. September 2021 verlängert worden. Das bedeutet, dass die Kommunen im Land auch in den nächsten Jahren bei den Res-

sorts der Landesregierung die Abweichung von Landesgesetzen beantragen können, um eigene Ideen für mehr Bürgernähe und Service auszuprobieren.

Gutachten zu den ausgewählten Versuchen, die brandenburgische Kommunen in den vergangenen fünf Jahren durchgeführt haben, wurden vorgelegt. Bemängelt wurde von den Kommunen, dass die Ergebnisse und Erfolge in den Gutachten nicht ausreichend gewürdigt worden seien. Dies betraf insbesondere die verkehrsrechtlichen Anordnungen.

Brandenburg macht - wenn auch kleine - Fortschritte in Sachen Verwaltungsmodernisierung. Viele Projekte wurden in den vergangenen Jahren umgesetzt, die Bürgern und Unternehmen den Umgang mit den Behörden erleichtern sollen. Auch die Verwaltungen selbst können von einigen Maßnahmen profitieren. Zunächst ist aber das Verfahren sehr aufwändig und erfordert viel Personal - das bestätige ich -, wie es Herr Raschke gerade dargestellt hat.

Die E-Government-Maßnahmen waren gut, sollten aber unbedingt weiterentwickelt werden. E-Government setzt ein stabiles und zeitgemäßes Internet voraus. Es ist ein großes Gebiet, das viel Potenzial birgt und Ressourcen erschließen kann. Es ist dadurch auch möglich, dass Verwaltungen viel besser zusammenarbeiten und beispielsweise Videokonferenzen abhalten können. Insbesondere die Vorschläge der Hochschulen sollten unbedingt aufgenommen werden.

Der ehemalige Innenminister Holzschuher wollte das Thema Verwaltungsmodernisierung auch kräftig vorantreiben. Er sagte: „Eine flexible, wirtschafts- und bürgerfreundliche Verwaltung ist und bleibt ein wichtiger Standortfaktor. Wir müssen deshalb konsequent weitere Möglichkeiten entwickeln, den Kontakt zwischen Bürgern und Unternehmen einerseits und Verwaltungen andererseits zu vereinfachen und bürokratische Hürden abzubauen.“ Dies ist der richtige Weg. Dazu passt die Kreisgebietsreform überhaupt nicht,

(Beifall BVB FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

denn damit entfernt sich die Verwaltung

(Kurth [SPD]: Welche?)

weiter vom Bürger. So wird die Verwaltung anonym und fremd für den Bürger.

Seit Bestehen dieses Gesetzes, seit 2006, wurden viele Projekte umgesetzt. Das muss forciert werden, damit es wirklich einen breiten Abbau von Bürokratie gibt. Die Kommunen müssen zur Nutzung motiviert, animiert werden. Das Standarderprobungsgesetz ist eine gelebte Alternative zur Vereinfachung der Verwaltung und soll zu Bürgernähe und Bürokratieabbau beitragen.

Vor einigen Tagen gab es ein Zusammentreffen zweier Landesverwaltungen zum Problem

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE] an den Abgeordneten Petke [CDU] gewandt, der mit Abgeordneten Gespräche führt: Können Sie nicht rausgehen, wenn Sie reden wollen?)

Kiefernbuschhornblattwespe in Elbe-Elster, ein Problem, das sich von ursprünglich 2 000 Hektar auf über 40 000 Hektar ausgebreitet hat. Wir haben festgestellt: Es mangelte am Zusammenfinden der Entscheidungsträger. Es haben sich dort vierzehn, fünfzehn Hochschulabsolventen als Vertreter zweier Landesbehörden gegenübergesessen und konnten keine gemeinsamen Lösungen für dieses Problem finden.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Und was hat der Landkreis damit zu tun?)

Die eine Seite war die untere Naturschutzbehörde, die andere die Forstbehörde. Wir haben eine Waldfläche von 40 000 Hektar, 90 % der Nadeln sind abgefressen. Alle hoffen, dass sich der Wald erholt. Ein gigantischer Schaden - auch ökologisch -, das ist wiederholt dargestellt worden. Standarderprobungsgesetze müssen dazu dienen, hier Lösungen zu finden. Man muss doch handeln können, wenn solche Probleme auftauchen, damit der Schaden nicht ins Unermessliche geht.

Darum ist es gut, wenn die Landesbehörden und Kreisverwaltungen diese Möglichkeiten aktiv begleiten. So wäre auch eine Funktionalreform viel einfacher und im Interesse der Bürger umzusetzen. Aus unserer Sicht ist es gut, dass es solche Experimentiermöglichkeiten gibt, und wir hoffen, dass dies weiterhin fortgeführt und positiv begleitet wird. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Minister Schröter.

(Minister Schröter: Das ist nicht mehr nötig, Herr Präsident!)

Das ist nicht mehr nötig. - Ich beende die Aussprache. Damit ist der Bericht der Landesregierung, Drucksache 6/5615, zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und teile Ihnen zu Tagesordnungspunkt 8 Folgendes mit: Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da beide Anträge der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER - „Lücken im Entwurf der Mobilitätsstrategie 2030 schließen“ und „Beteiligung des Landtags und seiner Fachausschüsse sowie der Enquetekommission an der Erarbeitung der Mobilitätsstrategie 2030“ - vom Antragsteller zurückgezogen wurden. Mit dem Zurückziehen der genannten Anträge hat sich auch der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion zum Beratungsgegenstand erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Rückerstattung der Abwasserbeiträge - Gerechte Lösungen nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 6/5125
(Neudruck)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Kommunales

Drucksache 6/5800

in Verbindung damit:

Rückzahlung rechtswidrig erhobener Kanalanschlussbeiträge für alle - Staatshaftung bei verfassungswidrigem Handeln durchsetzen

Antrag
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/5831

Des Weiteren liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 6/5884, vor.

Die Aussprache wird vom Abgeordneten Vida für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER eröffnet. Bitte schön.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Thema wäre fast immer schon für eine Aktuelle Stunde geeignet gewesen, denn das Beharrungsvermögen der Landesregierung in dieser Angelegenheit ist unverändert, und wir erleben landauf, landab, wie die Bürger weiter frustriert werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir hierzu bereits seit geraumer Zeit intensiv diskutieren, das erkenne ich an. Allerdings möchte ich jenseits der juristischen Debatten, die hier teilweise geführt werden, das persönliche Schicksal der Betroffenen etwas mehr in den Vordergrund rücken. Denn ich kann nicht verstehen, wie man angesichts dessen, dass es Familien gibt, die mit vier-, fünf- bis hin zu sechststelligen Beiträgen belastet sind, ernsthaft davon reden kann, dass der Rechtsfrieden eine Bestandskraft erfordert, dass Verbände rechtswidrig gehandelt hätten und dass man ja über Jahre Lösungen und Konzepte entwickelt hätte usw.

Sie haben es mit Zehntausenden, Hunderttausenden von Haushalten zu tun, die im gesamten Land ihr Vertrauen in das rechtmäßige Handeln im Bereich der Kommunalabgaben verloren haben, nicht weil BVB/FREIE WÄHLER Sie regelmäßig mit Anträgen dazu nervt, sondern weil hier in verfassungswidriger Weise Kommunalabgaben in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro erhoben worden sind. Dieses Problem hat nichts mit Politik und politischer Auseinandersetzung zu tun, sondern ist ein Gerechtigkeitsproblem und ein Problem des sozialen Friedens in unserem Land.

Ich kenne Familien, die zwei Grundstücke haben - ein denkmalgeschütztes Gebäude, daneben ein Feld -, in einem Gebiet von Brandenburg, welches nicht die höchsten Preise für die Grundstücke erzielt, mit einem gemeinsamen theoretischen Verkehrswert der beiden Grundstücke von 120 000 Euro. Und sie bekommen Abgabenbescheide für Altanschließerbeiträge von 250 000 Euro. Wie kann man da etwas von Rechtsfrieden, Rechtsstabilität und Entwicklung erzählen und sagen „Wir diskutieren im Landtag“?

Meine Damen und Herren, das sind Schicksale, die ein Handeln erfordern, und zwar nicht ein Handeln des Innenminis-

ters, der das Bundesverfassungsgericht kritisiert, sondern ein Handeln des Landtags, der diesen Menschen die helfende Hand reicht. Wir haben noch im letzten Jahr mehrere Anträge gestellt, wo wir hier als einzige politische Kraft gesagt haben, dass diese Beitragserhebung verfassungswidrig ist. Sie haben mich damals ausgelacht und verhöhnt und gesagt, dass das korrekt sei und man einen guten, tragfähigen Kompromiss - so haben Sie es bezeichnet - gefunden habe. Sie haben erklärt, dass daran kein Weg vorbeiführe, obwohl die bei uns organisierten Bürgerinitiativen seit Jahren davor gewarnt haben, dass Sie eine Bruchlandung in Karlsruhe erleiden werden. Und so ist es gekommen, und zwar eineindeutig.

Meine Damen und Herren, was ist seitdem geschehen? Als es galt, in der Zeit von Januar bis März 2016 die Zweckverbände anzuhalten, keine Auszahlungen zu tätigen, waren Runderlasse und -schreiben des Ministers möglich, das ging ganz schnell. Erzählen Sie also heute nicht - darum geht es ja in unserem Antrag -, dass ein Runderlass in dieser Angelegenheit der Staatshaftung nicht möglich sei.

Meine Damen und Herren, wir haben Sie im Juli 2016 in einem Antrag, Drucksache 6/4537, gewarnt, dass es, wenn Sie den Bürgern bei der Aufhebung der Bescheide nach § 130 Abgabenordnung nicht entgegenkommen, zu Staatshaftungsansprüchen en masse kommen kann. Auch das haben Sie nicht glauben wollen - im Juli 2016: Das sei nicht so, Herr Brüning äußere sich in dem Gutachten hierzu kritisch. Was ist geschehen? Ein halbes Jahr später haben 25 Zweckverbände - wie von uns prognostiziert - Schadensersatzansprüche angemeldet. Es wird sich, wenn alle es beziffert haben werden, um eine halbe Milliarde Euro handeln.

Was Sie noch vor einem halben Jahr für nicht möglich erachtet haben, ist jetzt in einer Weise und einem Umfang, die auch mich überrascht haben, deutlich geworden. Und wenn die Verbände ihre Zahlungen nicht bekommen, die sie als Schadensersatz geltend machen, können sie mangels Liquidität auch nicht an den Bürger auszahlen. Warum? Mangels Liquidität gibt es keine Kreditgewährungen durch die kreisliche Kommunalaufsicht, eine Gebührenumstellung ist damit nicht möglich. Die Auszahlung der verfassungswidrig erhobenen Beiträge ist also - zumindest temporär - nicht möglich, und zwar unabhängig davon, ob es sich um einen bestandskräftigen oder nicht bestandskräftigen Bescheid handelt.

Erkennen Sie bitte, dass deswegen die 200 Millionen Euro als Kredit nicht ausreichen und es nötig ist, meine Damen und Herren, jetzt denen eine helfende Hand zu reichen, die nach Erklärung vieler Verbände keine Aussicht auf Hilfe haben, nämlich die, die keinen Widerspruch eingelegt haben. Ich habe eine ganze Liga von Ablehnungsbescheiden von Zweckverbänden gelesen, wo es heißt: Sie sind kein Prozessrisiko eingegangen, Sie sind kein Kostenrisiko eingegangen, also verdienen Sie auch keine Aufhebung Ihres Bescheids.

Wissen Sie, wir haben es mit Menschen der älteren Generation zu tun, die darauf vertraut haben, dass das Verwaltungshandeln im Groben korrekt und rechtmäßig ist, und mit Menschen, die gedacht haben: Lege ich einen Widerspruch ein, kostet es mich. - Sie wurden teilweise auch eingeschüchtert, ihnen wurde gesagt: Wenn ihr es nicht zurückzieht, kommt es euch teuer zu stehen. - Die kann man doch jetzt nicht im Regen stehenlassen mit: Gemäß Verwaltungsbürokratie und Gesetz soundso könnt ihr nicht ... - Nein, man muss denen eine helfende Hand reichen.

Deswegen müssen wir jetzt den letzten Ausweg, den diese Bürger haben, die Geltendmachung von Staatshaftungsansprüchen, ermöglichen. Die Möglichkeit besteht laut Gutachten von Herrn Brüning - Klammer auf: nicht BVB/FREIE WÄHLER; Klammer zu - auf jeden Fall für Privatpersonen, also für natürliche Personen, das ist deutlich gemacht worden. Die Verbände weisen darauf hin, dass sie mit diesen vor den Zielgerichten geltend zu machenden Ansprüchen nicht so vertraut sind; das ist klar, das ist kein Vorwurf. Deswegen braucht es eine Handlungsempfehlung vom Land, wie man den Verbänden Unterstützung zukommen lassen kann, um diese Staatshaftungsansprüche im Sinne der Betroffenen zu bescheiden.

Es geht in diesem Antrag nur darum, dass Staatshaftungsansprüche, die derzeit geltend gemacht werden, positiv vom Land begleitet werden und den Verbänden Unterstützung zukommt, damit sie rechtssicher zum Wohle der Betroffenen handeln. Rechtsfrieden und soziale Gerechtigkeit in unserem Land erfordern eine Rückzahlung an alle. Dieser Antrag ist ein letztes Instrument, um das noch zu ermöglichen. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie des Abgeordneten van Raemdonck [AfD])

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Kurth für die SPD-Fraktion.

Kurth (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Wir diskutieren zu zwei Anträgen. Das ist erstens der Antrag der CDU-Fraktion, der hier bereits am 29. September des letzten Jahres diskutiert und an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen wurde. Parallel zur Befassung des Innenausschusses haben wir gemeinsam den Haushaltsplanentwurf für 2017/2018 diskutiert. Ausgangspunkt war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach - entgegen der langjährigen Rechtsprechungspraxis in Brandenburg - die Erhebung von Beiträgen im Bereich der Abwasserentsorgung in bestimmten Fällen verfassungswidrig war. Was aus Sicht des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichts eine unechte und damit zulässige Rückwirkung war, wurde nunmehr zur echten und damit unzulässigen Rückwirkung erklärt. Das Verfassungsgericht hatte damit - darauf muss immer wieder hingewiesen werden - nicht das Kommunalabgabengesetz in Gänze verworfen.

Die Folgen dieser Entscheidung wurden in zwei vom Ministerium des Innern und für Kommunales beauftragten umfassenden Gutachten beleuchtet. Daneben hat auch der Parlamentarische Beratungsdienst ein weitreichendes Gutachten erstellt, insbesondere zu den Staatshaftungsfragen, aber dazu später.

In Gesprächen mit Zweckverbänden und Aufgabenträgern, vor allem aber in enger Abstimmung mit dem brandenburgischen Landeswasserverbandstag, wurde zu ermitteln versucht, welche Auswirkungen, vor allem finanzieller Art, vor Ort erwartet werden und wo das Land unterstützen muss. Ich darf daran erinnern, dass wir mit dem Haushalt entschieden haben: Wir bieten allen Aufgabenträgern ein zinsloses Darlehen an, damit sie Beiträge auf nicht bestandskräftige Bescheide bzw. auf solche, die noch nicht vollständig gezahlt wurden, zurückerstatten können. Das sind die Optionen 1 und 2 aus dem Gutachten von

Brüning mit 200 Millionen Euro zinslosem Darlehen. Das gilt unabhängig von der Frage, ob vor Ort entschieden wird, dass auch die bestandskräftigen Bescheide zurückgezahlt werden, also Option 3 aus dem Gutachten gewählt wird. Damit, meine Damen und Herren, helfen wir allen Kommunen. Vor Ort können Kommunen am besten entscheiden, ob sie auch die bestandskräftigen Bescheide zurücknehmen, denn das wird mit der ganz konkreten Frage verbunden sein, ob damit nicht auch neue Ungerechtigkeiten verbunden sind.

Zweitens: Aufgabenträger, die wirtschaftlich nicht in der Lage sein werden, ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen, und deshalb nicht auf das zinslose Darlehensprogramm zugreifen können, werden wir mit 20 Millionen Euro Zuwendung aus dem Landeshaushalt unterstützen, damit auch sie Beiträge der Optionen 1 und 2 zurückerstatten können.

Drittens: Wir helfen wiederum allen betroffenen Verbänden durch die Bereitstellung von Zuschüssen zu den gestiegenen Verwaltungskosten; 5 Millionen Euro sind im Haushalt. Wir wollen das möglichst einfach und in pauschalisierter Form realisieren.

Viertens: Hinzu kommen Landeszuschüsse für Investitionsmaßnahmen in Höhe von 10 Millionen Euro, damit Entwicklung vor Ort nicht ausgebremst wird, etwa weil die Aufgabenträger in wirtschaftlicher Anspannungslage nicht mehr in der Lage sind, die dringend erforderlichen Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses Paket an Maßnahmen haben wir mit dem Haushalt bereits beschlossen. Wesentliche Punkte des CDU-Antrags sind damit erledigt, weil sie im Haushalt aufgegangen sind.

Lassen Sie mich noch kurz auf den zweiten vorliegenden Antrag zur Staatshaftung eingehen. Der Antrag lautet - ich verkürze bewusst -: Der Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Runderlass an die kommunalen Aufgabenträger herauszugeben. Dieser soll beinhalten: Handlungsempfehlungen zum rechtsfehlerfreien Umgang mit Schadensersatzforderungen nach Staatshaftungsgesetz. Die Hinweise sollen die Aufgabenträger dazu anhalten, die Begründetheit der Ansprüche festzustellen. - Ich übersetze das einmal: Der Landtag beschließt: Die Landesregierung soll die Aufgabenträger anweisen, etwaige gegen sie selbst gerichtete Staatshaftungsansprüche als begründet anzusehen. Dann sollen die Aufgabenträger auch noch bis zum 30.06.2017 entscheiden, natürlich positiv, weil sie angewiesen werden sollen, dass das begründet ist.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Gutachten erwähnt. Das erste Gutachten stammt von unserem eigenen Parlamentarischen Beratungsdienst - Teil 2 des Gutachtens vom 13. September 2016, 43 Seiten, Schwerpunkt Staatshaftung. Das zweite Gutachten stammt von Prof. Brüning - Gutachten vom 23. Mai, 101 Seiten; lesen Sie nur die Seiten 93 ff., wenn Sie wollen: Genau wie der Parlamentarische Beratungsdienst sieht auch Prof. Brüning Staatshaftungsansprüche als nicht durchgreifend an, lässt letztlich jedoch offen, wie sich die Gerichte entscheiden werden.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Aha!)

Natürlich wissen wir alle nicht, wie die Gerichte entscheiden werden. Aber sie werden entscheiden. Was Sie hier beantragen,

dass wir entgegen der klaren Aussage von zwei Gutachten heute feststellen sollen, dass die Staatshaftungsansprüche der Beitragsbelasteten gegen die Aufgabenträger als begründet anzusehen seien, das werden wir ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir kommen zum nächsten Redner, dem Abgeordneten Petke, der für die CDU-Fraktion spricht.

Petke (CDU): *

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Lassiwe! Das Thema Altanschließer steht zum wiederholten Mal auf der Tagesordnung. Ich habe mich damals gefragt: Wie viel Glück muss man haben, damit Rot-Rot einmal einen Antrag der CDU-Fraktion, der Opposition, nicht einfach so abbügelt, wie das mit den Textbausteinen, die von der Staatskanzlei und den anderen Ministerien zur Verfügung gestellt werden, sonst regelmäßig durch die Kolleginnen und Kollegen geschieht? Wie viel Glück muss man haben, damit ein Antrag an den Ausschuss überwiesen wird?

Das lag natürlich daran, dass Sie ...

(Der Abgeordnete Kurth signalisiert, dass er eine Frage stellen möchte.)

- Ich lasse die Frage gerne zu.

Präsidentin Stark:

Danke, Herr Abgeordneter. Wir halten Ihre Redezeit natürlich an. - Bitte, Herr Kurth.

Kurth (SPD):

Ich habe Sie so verstanden, dass Sie der Meinung sind, dass in meinen Reden üblicherweise Textbausteine, die etwa von der Staatskanzlei zugeliefert würden, verbaut werden. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie mir das unterstellen?

Zweitens: Haben Sie irgendeinen Beleg oder Beweis dafür? Ansonsten wäre das eine unhaltbare Unterstellung.

Petke (CDU): *

Kollege Kurth, das haben Sie natürlich nicht so verstanden, weil ich es auch nicht so gesagt habe.

(Frau Lehmann [SPD]: Doch, das haben Sie gesagt!)

Aber ich kann Ihnen aus zehnjähriger Erfahrung in einer regierungstragenden Fraktion sagen,

(Zuruf der Abgeordneten Lieske [SPD])

dass die Landesregierung immer bemüht ist, Einfluss auf den Landtag

(Zurufe der Abgeordneten Lieske und Lehmann [SPD])

und die sie tragenden Fraktionen zu nehmen.

(Zurufe von SPD und DIE LINKE)

Wenn der Landtag heute beschließt, dass der Innenminister, wenn er etwas hat, auf Sie zukommen darf und freiwillig auf Sie zukommt, damit Sie dann möglicherweise das Polizeigesetz ändern, dann, glaube ich, hat sich an der Praxis, die damals ablief, bis heute nichts geändert.

(Vereinzelt Beifall CDU - Nein! bei der Fraktion DIE LINKE - Heiterkeit)

Deswegen - ich komme zurück zum Thema - habe ich mich gewundert und gefreut, dass Sie den Antrag überwiesen haben. Der Grund dafür war natürlich nicht, dass Herr Minister Schröter das gut fand, der wollte das ja nicht. Der Grund war, dass Sie in den Wahlkreisen gespürt haben, wie ernst die Situation ist,

(Frau Lieske [SPD]: Oh!)

weil Tausende betroffene Brandenburger sagen: Wir haben ein Problem, wir haben eine klare Erwartung an die Politik in Brandenburg,

(Beifall CDU)

macht endlich etwas! - Das Machen besteht in Brandenburg aus Sicht der Menschen nicht darin, dass man sagt, die Kommunen seien schuld, das sei gar nicht so gemeint gewesen, das sei anders entschieden worden, sondern darin, dass man einen Vorschlag unterbreitet, wie man mit den Problemen umgeht. Dazu haben wir etwas formuliert, und Sie sind dem auch in Teilbereichen entgegengekommen.

(Zuruf von Minister Schröter)

- Ach, Herr Minister, Sie haben hier im Dezember 2015 und im Januar, Februar, März, April 2016 gesagt: Die Verbände sind schuld.

(Genau! bei der CDU)

Das haben Sie gesagt. Sie haben auch gesagt: Das ist ja nicht überall ein Problem, das ist nur dort ein Problem, und die sollen alleingelassen werden.

(Zuruf von der SPD)

Erst, als dann die Kollegen der Fraktion in den Wahlkreisen - Sie sind ja kein Abgeordneter - gemerkt haben, dass das ein ernstes Problem ist, haben Sie sich bewegt. Ich erkenne auch an, dass Sie sich bewegt haben. Das erkennen auch die Leute an. Nur: Mit dem, was Sie jetzt auf den Weg gebracht haben - diese 50 und 200 Millionen Euro -, schaffen Sie weder den notwendigen Rechtsfrieden noch den sozialen Frieden, der notwendig wäre. Ich habe in einer der letzten Debatten dazu gesagt: Es wäre von Ihrer Seite gar nicht so schwer gewesen, nicht nur denen, die Widerspruch eingelegt haben, nicht nur denen, die geklagt haben, und nicht nur denen, die schlichtweg einfach Glück hatten, weil das Gericht oder der Verband so lange gebraucht hat und die Sache noch nicht rechtskräftig war, entgegenzukommen, sondern auch denen, die einfach ihrem Bürgermeister, ihrem Verbandsvorsteher, dem Landtag, der

Landesregierung, dem Landesverfassungsgericht vertraut und gezahlt haben, die dachten, das wird seine Richtigkeit und Ordnung haben, und die sich heute fragen: Warum lässt man uns eigentlich im Stich?

Ich weiß doch, dass es bei Ihnen in den beiden Fraktionen der Koalition unterschiedliche Meinungen dazu gibt. Leider wird uns diese Debatte erhalten bleiben, und zwar deswegen, weil Sie nicht den politischen Mut hatten, einen großen Schritt zu tun und wirklichen Rechtsfrieden anzustreben, wirklich Ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Deswegen wird uns dieses Thema weiter begleiten.

Wir von der Union werden ganz genau hinschauen, was jetzt im Innenministerium an entsprechenden Verwaltungsvorschriften erarbeitet wird. Wir haben zwar jetzt diese 50- und 200-Millionen-Euro-Regelung im Haushalt, aber wir haben sämtliche „Innereien“ noch nicht vorliegen, was die Fragen betrifft, wie das Ganze überhaupt abgewickelt wird und nach welchen rechtlichen Vorgaben dieses Geld beantragt werden kann. Zu all diesen Dingen habe ich die Annahme - nur die Annahme, Kollege Kurth, damit es nicht gleich wieder eine Zwischenfrage gibt -, dass der Innenminister diese Vorschriften möglicherweise so restriktiv gestalten und handhaben wird, weil er immer noch glaubt, dass die anderen verantwortlich sind - der Mann ändert sich doch nicht, er erzählt hier zwar etwas anderes, aber er ändert doch seine Einstellung nicht wirklich -, dass es den betroffenen Verbänden, den betroffenen Kommunen einfach schwer gemacht wird, an dieses Geld zu kommen.

Anders als Sie, Kollege Kurth - Sie sprechen von den betroffenen Verbänden -, spricht die Union in Brandenburg von betroffenen Altanschießern, von Männern und Frauen, die gezahlt haben, und zwar keine geringen Summen, und jetzt die Hoffnung hatten, dass sich die Politik ihrer entsprechend annimmt und eine Lösungsmöglichkeit präsentiert. Wir haben das getan; Sie sind dem nur unzureichend gerecht geworden.

(Beifall CDU)

Als Letztes möchte ich auf einen Punkt in unserem Antrag hinweisen, den Sie heute ablehnen, das ist die Überarbeitung des KAG insgesamt. Wir haben das auch im Innenausschuss angesprochen. Sie haben gesagt, das könnten wir irgendwann einmal machen. Wir bieten an, aber wir fordern auch ein, dass das KAG nicht nur in der Frage Altanschießer, sondern insgesamt überarbeitet wird. Diese Debatte ist notwendig, und wir werden uns ihr stellen. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Scharfenberg fort. Er spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor einem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht seine überraschende Entscheidung zur Problematik der Altanschießer getroffen. Seitdem suchen wir gemeinsam nach wirksamen und vertretbaren

Lösungen im Umgang mit dieser schwierigen Situation. Es hat kaum eine Plenarsitzung gegeben, in der dieses Thema keine Rolle gespielt hat. Der Landtag hat dazu im März 2016 auf Antrag von SPD und LINKE einen grundsätzlichen Beschluss gefasst, mit dem wir das weitere Vorgehen abgesteckt haben.

Heute können wir sagen: Die Landesregierung hat die ihr erteilten Aufträge erfüllt, eine Einschätzung der Situation in den Verbänden vorgelegt, eine gutachterliche Bewertung der rechtlichen Situation veranlasst und vorgelegt sowie Vorschläge für die Lösung der Probleme entwickelt. Dazu hat das Kabinett ein Maßnahmenpaket beschlossen. Im Dezember haben wir mit dem Haushaltsplan 2017/2018 dieses Maßnahmenpaket zur Unterstützung der Aufgabenträger in geltendes Haushaltsrecht umgesetzt.

Mit dem 250-Millionen-Euro-Programm einschließlich des 200 Millionen Euro umfassenden Darlehensprogramms sind Voraussetzungen geschaffen worden, um die Handlungsfähigkeit aller Verbände zu sichern. Deshalb erhalten auch alle Verbände den Zugriff auf das Darlehensprogramm, soweit damit die Rückzahlung auf die nicht rechtskräftigen Bescheide erfolgt. Ob das ausreichend ist, werden wir sehen. Wenn es notwendig ist, muss nachgesteuert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU hat das Thema der Rückerstattung der Abwasserbeiträge aufgegriffen. Der Antrag wurde Ende September eingereicht, als sich schon abzeichnete, dass es entsprechende Unterstützungsmaßnahmen des Landes geben wird. Die CDU hat ihre Initiative nach Veröffentlichung des Maßnahmenpakets der Landesregierung aktualisiert und angepasst, also das aufgegriffen, was sozusagen in Aussicht gestellt war. Weil damit wichtige Fragen aufgegriffen werden, die viele in unserem Land bewegen, und weil der Entscheidungsprozess noch im Gange war, haben wir den Antrag an den Innenausschuss überwiesen. Herr Petke, ich habe im Innenausschuss gesagt: Wir haben das als einen konstruktiven Beitrag der CDU zur Lösung dieses Problems betrachtet.

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

Herr Petke, es war weniger Mitleid mit Ihrem ständigen Barmen. Dass hier alle Initiativen der CDU abgelehnt wurden, stimmt ja gar nicht. Wir haben schon Gesetzentwürfe von Ihnen beschlossen. Ich erinnere an die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Sie waren revolutionär, Herr Petke.

(Heiterkeit DIE LINKE und SPD)

Ich habe vergessen - ich habe das beiseitegelegt -, dass es zu CDU-Zeiten, als Sie darüber zu entscheiden hatten, nicht möglich war,

(Petke [CDU]: Die SPD!)

Anträge von uns anzunehmen. Die wurden nicht einmal überwiesen, Sie haben gar nicht daran gedacht.

(Petke [CDU]: Die SPD hat das immer verhindert!)

Jedenfalls konnten wir im Dezember feststellen, dass zwischenzeitlich die notwendigen Entscheidungen im Sinne Ihres Antrags, des CDU-Antrags, getroffen wurden. Der Antrag ist damit - Sie wissen das auch - sozusagen erledigt, es sei denn,

die CDU bleibt bei ihrer populistischen Interpretation, dass sie eigentlich auch die volle Rückzahlung aller rechtskräftigen Bescheide wollte, was sich allerdings nicht zwingend aus dem Antragstext ergibt. Sie sind ja clever, Sie deuten das immer so aus, wie es gerade sein muss; man kann den Text auch anders lesen. In jedem Fall gilt - und daran kommt auch die CDU nicht vorbei -, dass die Verbände für die Rückzahlung verantwortlich sind und die Entscheidung darüber treffen müssen, ob sie über die unumgängliche Rückzahlung im Zusammenhang mit den nicht rechtskräftigen Bescheiden hinaus auch das Geld bezüglich der rechtskräftigen Bescheide zurückerstatten. Das hängt sicher auch von der konkreten Situation in den Verbänden ab.

Meine Damen und Herren, ein ganz anderes Problem ist die Staatshaftung, die die FREIEN WÄHLER thematisieren. Es gibt zwei Gutachten, die davon ausgehen, dass die Staatshaftungsansprüche nicht greifen. Wir wissen aber auch, dass durch das in Brandenburg noch geltende Staatshaftungsgesetz der DDR gegenwärtig nicht völlig auszuschließen ist, dass eine solche Staatshaftung hier geltend gemacht werden kann.

Mit ihrem Antrag gehen die FREIEN WÄHLER so richtig in die Vollen. Sie fordern die Landesregierung auf, diese Staatshaftungsansprüche schon mal pauschal anzuerkennen und die Verbände über einen Runderlass in diesem Sinne anzuhalten. Da gegenwärtig schon über angemeldete Forderungen in Höhe von über 250 Millionen Euro gesprochen und in dem Antrag die doppelte Summe prognostiziert wird, orientieren die FREIEN WÄHLER offensichtlich darauf, mal eben eine halbe Milliarde Euro aus dem Landeshaushalt bereitzustellen - ich nenne das Stichwort Konnexität - und damit alle Forderungen im Zusammenhang mit den Beitragsrückerstattungen abschließend aus dem Landeshaushalt zu begleichen.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Korrekt!)

Damit ignorieren Sie völlig, dass diese rechtliche Problematik gegenwärtig noch nicht abschließend geklärt ist und im Endeffekt sicher durch Gerichte zu klären sein wird. Was Sie hier machen, ist verantwortungslos.

(Frau Lieske [SPD]: Ja!)

Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Jung fort. Er spricht für die AfD-Fraktion.

Jung (AfD): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Und wieder beschäftigen wir uns mit dem Thema Altanschießer. Und wieder ist es die Regierungskoalition, die hier schon im Vorfeld klarmacht, dass sie den Bürgern keinen Schritt entgegenkommen will. Und wieder sind die Bürger, die bestandskräftige Bescheide erhalten haben und nicht dagegen vorgegangen sind, also diejenigen, für die Variante III des Gutachtens von Brüning gilt, voller Hoffnung, dass auch ihnen diese Gerechtigkeit widerfährt. Wir haben von der Sache her das Problem, dass genau diese Gruppe durchfällt.

Um was handelt es sich bei diesen Leuten? Es sind alte Leute,

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Um wen, um korrekt zu sein!)

die bestandskräftige Bescheide erhalten und nicht dagegen geklagt haben. Es sind Leute, die auf den Rechtsstaat vertraut haben, es sind ältere Leute, die in den 90er-Jahren ihre Beiträge und Abgaben gezahlt und nicht geklagt haben. Zumindest die Leute, die zu uns kommen, mit denen wir Kontakt haben, wohnen nicht unbedingt im Speckgürtel oder in Gebieten, in denen die Immobilienpreise in den letzten 20 Jahren entsprechend gestiegen sind. Das heißt also, es sind Leute, die ihre Immobilien da haben, wo der Wertzuwachs im Grunde genommen nicht so hoch ist. Genau diesen Leuten werden letztlich von der Landesregierung Minimallösungen angeboten, die dieser ganzen Sache nicht gerecht werden.

Die Leute haben vertraut und sie empfinden das als eine Niederlage. Sie stellen letztlich durchaus auch die Systemfrage bei solchen Dingen, weil das Vertrauen in den Rechtsstaat bei ihnen völlig geschwunden ist.

Wir müssen bedenken, es muss im Land eine Rechtseinheit geben. Alle Angebote der Landesregierung widersprechen dem Erfordernis, diese Rechtseinheit zu finden. Die gibt es mit diesen Angeboten nicht. Dies mag zwar für die Option I und für die Option II des Gutachtens der Fall sein. Ja, da hat sich etwas bewegt. Das ist auch gut so. Aber genau diese Bürger, die im Grunde diese bestandskräftigen Bescheide haben, werden im Stich gelassen.

Da kann ich nur an die Landesregierung appellieren, auch für diese Leute eine Lösung zu finden. Denn das, was die in den 90er-Jahren bezahlt haben, war viel, viel Geld. Momentan sind die Zinsen niedrig, momentan gibt es Handlungsmöglichkeiten. Wenn nachher die Zinsen steigen - wir werden das erleben; in Amerika ist das ja schon der Fall -, wird im Grunde genommen der Korridor, um den Leuten zu helfen, die unter Option III fallen, zu eng.

Diese Problematik kommt noch weiter mit dem Staatshaftungsgrundsatz zum Tragen. Auch da können womöglich durchaus noch weitere Zahlungen auf das Land zukommen.

Es bietet sich also in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation, die jetzt herrscht, eigentlich an, dass man im Grunde genommen den Option-III-Leuten, also denjenigen, die in den 90er-Jahren einen bestandskräftigen Bescheid erhalten und nicht geklagt haben, eine vernünftige Lösung anbietet. Ich kann nur appellieren. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Wir kommen zum Beitrag der Abgeordneten Nonnemacher, die für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Nachdem das Bundesverfassungsgericht im November 2015 die rückwirkende Anwendung des 2004 geänderten brandenburgischen Kommunalabga-

bengesetzes für verfassungswidrig erklärt hat, haben wir uns in vielfältigen Variationen mit dem Thema auseinandergesetzt. Hilfen für die betroffenen Kommunen und Aufgabenträger waren auch Gegenstand mehrerer Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2017/2018.

Der CDU-Antrag vom September 2016 zur Rückerstattung der Abwasserbeiträge kehrt jetzt nach der Haushaltsdebatte und der Ausschussbefassung zu uns ins Plenum zurück. Es hat mich an diesem sehr vorsichtig und differenziert formulierten Antrag der CDU immer fasziniert, wie es Ihnen gelungen ist, einerseits auf dem Boden der Empfehlungen der vier Gutachten zu bleiben und einen fast identischen Weg wie die Koalitionsfraktionen zu beschreiten, andererseits die Illusion aufrechtzuerhalten, Sie würden vehement für die Rückzahlung im Zusammenhang mit bestandskräftigen Bescheiden kämpfen. Das ist eine geniale Doppelstrategie.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall SPD)

Die Nähe der Positionen zeigte sich auch bei den Haushaltsberatungen, als die CDU Hilfspakete für Verwaltungs- und Rechtsfolgekosten von einmal 50 Millionen Euro und Rot-Rot von zweimal 25 Millionen Euro plus Verpflichtungsermächtigungen für weitere 25 Millionen Euro beantragten.

Lediglich bei den zu gewährenden ILB-Krediten gab es Unterschiede, die aber auch eher hypothetischer Natur sind, da bei dem noch herrschenden Zinsniveau nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Aufgabenträger diese mit Auflagen verbundenen Kredite in großem Umfang in Anspruch nehmen werden.

In der Ausschussdebatte bescheinigte die CDU den Koalitionsfraktionen jetzt richtige Schritte in die richtige Richtung. SPD und DIE LINKE legten im Gegenzug dar, dass die Maßnahmenpakete zur Unterstützung der Rückzahlung im Zusammenhang mit nicht bestandskräftigen Bescheiden oder Bescheiden, deren Forderungen nicht vollständig beglichen wurden, natürlich ebenfalls für die gelten, die sich vor Ort entschieden hätten, auch bestandskräftige Bescheide zurückzunehmen.

Da mag man jetzt getrost die Goldwaage zücken und entscheiden, ob die Hilfen bei Verwaltungs- und Rechtsfolgekosten und bei dringlichen Investitionskosten wirklich exakt der Linie der Bestandskraft folgen. Gut ist insgesamt, dass endlich Hilfen bereitstehen.

Von dem 6-Punkte-Programm der CDU sind damit die ersten fünf Punkte weitgehend abgearbeitet.

(Zuruf von der CDU)

Der sechste Punkt ist die Überarbeitung des Abgabenrechts. Auch dieser lässt viel Interpretationsspielraum.

Ich teile zwar die Ansicht der Koalitionsfraktionen, dass uns eine Anhörung zum KAG bei der Frage der Rückerstattung der Beiträge nicht weiterbringt, da das Bundesverfassungsgericht ja nicht unser KAG als solches beanstandet hat, möchte aber daran erinnern, dass sich unser bündnisgrüner Gesetzentwurf „Gesetz zur Vereinfachung der kommunalen Abgabenerhebung“, Drucksache 6/1830, vom Juni 2015 weiterhin unabge-

schlossen im parlamentarischen Verfahren befindet. Zu dem Entwurf wurde eine Anhörung durchgeführt, und sollte abschließend beraten werden. Doch dann kam das Bundesverfassungsgerichtsurteil. Eine Entscheidung zu unserem Vorschlag, die Kalkulationsperioden für die Gebührenerhebung für kommunale Dienstleistungen auf ein zumindest bundesweit durchschnittliches Maß zu erhöhen, steht somit immer noch aus.

Wir werden also der Beschlussempfehlung nicht folgen und nicht gegen den CDU-Antrag stimmen, der noch Beratungen zum KAG anmahnt.

Der Antrag der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe ist so skurril, dass man dazu nicht viel sagen muss. Die Landesregierung soll einen Runderlass herausgeben, nach dem alle Schadensersatzansprüche gegen das Land Brandenburg nach dem Staatshaftungsgesetz als begründet anzusehen sind. Diese Entscheidung würde ich - ehrlich gesagt - gern den Gerichten überlassen. Wir lehnen ab. - Danke.

(Beifall B90/GRÜNE und SPD)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir kommen zum Beitrag des Vertreters der Landesregierung. Herr Minister Schröter hat das Wort.

Minister des Innern und für Kommunales Schröter:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Petke,

(Petke [CDU]: Ja!)

darf ich um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit bitten?

(Petke [CDU]: Immer!)

Ich will Sie an das erinnern, was ich gesagt habe. Es war nämlich eine Passage aus dem Lied „Der kleine Mann von der Straße“ von Ulrich Roski.

„Es ist schwer zu versteh’n, doch es trifft immer den
Der am wenigsten Schuld hat am ganzen Gescheh’n.“

Ich meinte damit, dass mich hier ein Thema trifft, an dem ich nun wirklich keine Aktien habe, übrigens genauso wenig wie der Finanzminister. Wir waren weder hier im Landtag, als die Dinge beschlossen wurden, die jetzt viele Menschen beschweren, noch haben wir an anderer Stelle dafür gesorgt, dass die Dinge so kamen, wie sie gekommen sind.

Aber ich denke, es geht heute nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum, wie wir die Dinge ein Stück weit einer vernünftigen Lösung zuführen wollen.

Meine Damen und Herren, da will ich nicht verhehlen, dass die Landesregierung an verschiedenen Stellen nicht nur darauf aufmerksam gemacht hat, dass sie helfen will, sondern auch gesagt hat, wie sie helfen will. Ich will die Gelegenheit nutzen, wichtige Eckpunkte unseres Hilfeprogramms zu erklären.

Vorgesehen ist ein Gesamtvolumen in Höhe von 250 Millionen Euro zugunsten der kommunalen Aufgabenträger. Davon ent-

fallen 200 Millionen Euro auf zinslose Darlehen der ILB. Dazu kommen jeweils 10 Millionen Euro für Zinshilfen, Verwaltungskostenerstattungen und Zuwendungen zu Investitionskosten sowie 20 Millionen Euro für Bedarfszuwendungen für finanzschwache Aufgabenträger. Für den Anteil der freiwilligen Rückzahlungen wird die ILB aus eigenen Mitteln ein gesondertes zinsverbilligtes Darlehensprogramm auflegen.

Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Programm noch einmal Revue passieren lassen, werden Sie feststellen: Der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion geht wirklich ins Leere; Frau Nonnemacher wies bereits darauf hin. Das gilt etwa für die Forderung der CDU nach einer Beratung von Aufgabenträgern. Solche Beratungen sind längst gängige Praxis. Ich erinnere daran, dass Herr Prof. Brüning im September in Potsdam-Eiche eine Informationsveranstaltung für die Aufgabenträger gehalten hat und dass dann als Extrakt dieser Vorträge und auch der Gutachten mehrere Rundschreiben an die Kommunen ergangen sind.

Gegenstand des CDU-Antrags ist auch die Forderung nach einer Überarbeitung des Abgabenrechts auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten. Meine Damen und Herren, solche Änderungen müssen wegen der komplexen Rechtsmaterie und der erheblichen finanziellen Auswirkungen sorgsam und auch wirklich mit ruhiger Hand geprüft werden. Qualität geht gerade hier vor Geschwindigkeit. - So weit zum Antrag der CDU.

Nun zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe. Nach der Lektüre Ihrer Forderungen musste ich mich schon um Ihr Rechtsverständnis sorgen. Der von Ihnen geforderte Runderlass wäre nicht nur unzulässig, er wäre auch inhaltlich falsch.

Erstens: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind kommunale Pflichtaufgaben, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Aufgabenträgern da Vorschriften machen oder Terminsetzungen aufzwingen zu wollen ist schlicht und ergreifend nicht möglich. Das Gutachten - auch darauf wurde hingewiesen - des Parlamentarischen Beratungsdienstes, aber auch die Gutachten von Prof. Brüning kommen zu dem Ergebnis, dass das Staatshaftungsrecht hier nicht greifen wird. Ansprüche zu stellen und sie am Ende durchsetzen zu können sind, das wissen wir alle, zwei unterschiedliche Paar Schuhe.

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Die Mitarbeiter meines Hauses haben intensive Gespräche zur Ausgestaltung des Hilfsprogramms mit den anderen mitverantwortlichen Ressorts und der ILB geführt. Im Ergebnis liegen die Entwürfe für die Zuwendungsrichtlinien vor. Sie müssen noch zwischen den Ressorts und dem Landesrechnungshof abgestimmt werden.

Für einen Teil des Hilfsprogramms ist allerdings wegen beihilferechtlicher Fragestellungen auch eine Abstimmung mit der EU-Wettbewerbskommission erforderlich. Wenn diese Abstimmungen beendet sind, werden die Kommunen selbstverständlich über die Einzelheiten des Hilfsprogramms und die Bearbeitungsmodalitäten informiert.

Angesichts dieses Sachstands empfehle ich dem Landtag die Ablehnung der Anträge. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Herr Vida hat noch 3,26 Minuten Redezeit; er nutzt diese Gelegenheit auch.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Minister, ich glaube, Sie müssen hier niemanden über das Rechtsverständnis belehren. Sie haben bis zur Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Anwendung des KAG für korrekt und gut gehalten und noch im März nach der Verkündung das Bundesverfassungsgericht belehrt, Fehlentscheidungen getroffen zu haben, was Ihnen als Landesbehörde wahrlich nicht zusteht. Insofern verbitte ich mir Belehrungen über das Rechtsverständnis.

(Och! bei der SPD)

Sie haben hier als Minister das Bundesverfassungsgericht gescholten, und das steht Ihnen wahrlich nicht zu. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Meine Damen und Herren, was wir heute erleben, ist wahrlich beschämend. Haben Sie genau zugehört? Der Minister hat deutlich gemacht, dass das Programm zur Ausreichung der Hilfen nicht steht. Sie haben es gelobt: „Wir haben die 200 Millionen, wir haben die 50 Millionen, alles ist gut, es läuft doch bereits.“ Wir hören gerade: Abstimmung mit der Europäischen Union bezüglich beihilferechtlicher Vorgaben ist erforderlich. - Das heißt, die Verbände können überhaupt nicht auf die Mittel zugreifen. Das ist die Realität. Dementsprechend können auch keine Gelder an die Bürger fließen, weil es an Liquidität bei den Verbänden mangelt. Sie loben etwas, was noch nicht einmal im Verwaltungsweg auch nur ansatzweise feststeht und genutzt werden kann. Das ist die Realität Ihrer Hilfen vor Ort: Es gibt sie nicht!

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und AfD)

Das ist nicht anwendbar. Das ist der Zustand!

Wir haben heute gehört: Hilfe und Klarheit sind jetzt hergestellt. Meine Damen und Herren, sie sind hergestellt, wenn den Bürgern das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns wiedergegeben wurde. Wie soll es ihnen wiedergegeben werden, meine Damen und Herren, wenn Zweckverbände derzeit Bescheide herauschicken, in denen es heißt: „Die Beschlussfassung gilt bei uns nicht“? Das wird einfach mitgeteilt, und dann kommt der Innenminister und sagt: „Sie werden eigenverantwortlich tätig, sie sind Aufgabenträger.“ Das Ignorieren höchstbundesrichterlicher Entscheidungen wird sehenden Auges hingenommen - mit der Begründung: Wir werden einmal selbst tätig.

Als es in den 90er- und den 2000er-Jahren galt, die Errichtung der großen Anlagen vorzugeben und kleine Kläranlagen auf den Grundstücken zu verhindern, war Ihnen die Zuständigkeit der Verbände vor Ort egal. Da wurde den Leuten auch von oben vorgegeben, diesen ökologischen Unsinn noch voranzutreiben. Erzählen Sie also bitte nicht, Sie könnten, auch wenn Sie wollten, den Bürgern nicht unter die Arme greifen.

Meine Damen und Herren, wir hören heute wieder: „Wir stellen das Vertrauen wieder her. Die Leute sollen doch klagen.“

Sie haben vom Bundesverfassungsgericht wirklich eine Watsche bekommen. Und was ist die Reaktion heute? Sollen die Bürger doch klagen. - So wollen Sie das Vertrauen wiederherstellen, indem Sie sich heute hinstellen - nach einer der größten Blamagen für das gesetzgeberische und exekutive Handeln - und den Bürgern sagen, sie mögen doch vor die Amtsgerichte gehen.

Es ist ja nicht so, dass unser Antrag nicht eine gewisse Vorgesichte hätte. Wir haben seit unserem Landtagseinzug versucht, Lösungen auf verschiedenen Etappen zu finden. Dies ist der letzte Punkt, es ist fast schon eine weiße Fahne, die von den Altanschießern hochgezogen wird. Sie sind aber zu tapfer, diese Kapitulation anzunehmen, und walzen sogar noch über die weiße Fahne hinweg.

Nein, meine Damen und Herren, so funktioniert es nicht. Was Sie hier als Lösung dargestellt haben, und zwar für 200 Millionen Euro, wird den Menschen wahrlich nicht helfen. Es wird nicht bei ihnen ankommen. Es ist nicht verantwortungslos, mit immer wiederkehrenden Anträgen das Bestmögliche herauszuholen. Verantwortungslos ist es, dass Hunderte Millionen von Euro auf verfassungswidriger Grundlage abkassiert wurden und, wie es sich abzeichnet, ohne Gerichtsentscheidung bei den Verbänden verbleiben sollen. Das ist Ihre derzeitige Haltung. Das finde ich beschämend und traurig. Deswegen werbe ich für die Annahme dieses Antrags.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Präsidentin Stark:

Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über die Beschlussempfehlung und den Bericht auf Drucksache 6/5800, „Rückerstattung der Abwasserbeiträge - Gerechte Lösungen nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts“, ab. Wer dieser Beschlussempfehlung und dem Bericht folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit mehrheitlich so angenommen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, und zwar über einen Entschließungsantrag der AfD-Fraktion ohne eigenen Titel auf Drucksache 6/5884. Wer diesem Entschließungsantrag der AfD-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zur dritten Abstimmung. Es geht um den Antrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER auf Drucksache 6/5831, „Rückzahlung rechtswidrig erhobener Kanalanschlussbeiträge für alle - Staatshaftung bei verfassungswidrigem Handeln durchsetzen“. Wer diesem Entschließungsantrag der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und teile Ihnen mit, dass die AfD-Fraktion ihren Antrag zu Tagesordnungspunkt 10, „Verbesserte Lebensverhältnisse im ländlichen Raum schaffen“, zurückgezogen hat. Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 11:**

Ausnahmegenehmigung für den Wildpark Johannismühle verlängern

Antrag
des Abgeordneten Christoph Schulze
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/5826

Die Aussprache wird mit dem Beitrag des Antragstellers eröffnet. Herr Schulze, Sie haben das Wort.

Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): *

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kommen wir von den großen abstrakten Problemen des Abwassers zu den ganz klar erfassbaren Problemen im Kleinen. Der Wildpark Johannismühle ist ein solches Problem. Es betrifft zahlreiche Menschen: die einen, die dort arbeiten, die anderen, die den Park unterstützen, und die Dritten, die ihn gern besuchen möchten.

Nun haben wir schon im Mai 2016, also vor vielen Monaten, zur Kenntnis genommen, dass es dort Probleme gibt. Der Abgeordnete Eichelbaum hat sich dann sehr darum gekümmert, Kontakte zu knüpfen und Wege zu laufen, damit das einen guten Ausgang nimmt. Wir mussten nun Ende vergangenen bzw. Anfang dieses Jahres zur Kenntnis nehmen, dass dem offensichtlich nicht so ist.

Meine Damen und Herren, worum geht es? Der Wildpark Johannismühle ist aus einem ehemaligen russisch-sowjetischen Sonderobjekt entwickelt worden. Damals haben Menschen die Gelegenheit nach der Wende beim Schopf ergriffen. Ihnen wurde von der Politik als Aufforderung gesagt: „Nehmt euer Leben in die Hand, macht etwas, unternimmt etwas, entwickelt dieses Land!“ Dann kamen Menschen und haben genau das getan. Sie haben die Idee entwickelt, daraus einen Wildpark zu machen. Sie haben Geld in die Hand genommen und viel initiiert.

Offensichtlich waren damals Dinge möglich, die heute nicht mehr möglich sind, nämlich dass das Land Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützt und sich bürger- und investitionsfreundlich verhält. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nach 20 Jahren durch die Hintertür das Aus kommen soll. Die einen werden das bestreiten, die anderen wissen, dass es so ist. Man kann das Leben, die Investition und das Handeln von Menschen auch unmöglich machen. Das Projekt Wildpark Johannismühle steht ja nicht nur für sich, sondern ist eines von vielen Beispielen, wie es im Land Brandenburg läuft: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. - Was will ich damit sagen? Hat der Flughafen BER ein Problem, wird das Gesetz so geändert, dass die Baugenehmigung fortgilt. Den Großunternehmen werden Millionen hinterhergeworfen. Wenn es aber um Kleine oder Mittelständler geht, wird harte Kante gezeigt und werden die Dinge durchgezogen.

Der Problemfall „Wildpark Johannismühle“ ist nur einer von vielen. Deshalb denken wir, dass hier Handeln geboten ist, und deswegen haben wir es auf die Tagesordnung gesetzt, um hier auch Öffentlichkeit und Transparenz zu schaffen.

In der Genehmigung, die dem Wildpark seinerzeit erteilt wurde, stehen drei Punkte: dass die Zufahrt zu gewährleisten ist,

der Erhalt des Baumbestandes zu gewährleisten, also eine ordnungsgemäße Forstwirtschaft zu betreiben ist und dass ein öffentliches Interesse vorhanden ist. - Nun soll das alles nicht mehr wahr sein? Meine Damen und Herren, jeder, der einmal im Wildpark Johannismühle war, weiß, dass der Waldcharakter, wie es im Bescheid von 1997 gefordert wurde, erhalten ist. Dort wurde ordnungsgemäße Forstwirtschaft betrieben. Wenn Sie am Wildpark Johannismühle nur wenige hundert Meter weitergehen, dann werden Sie Dutzende und Hunderte von Hektar sehen, die von der Holzmafia verwüstet worden sind - mit Erlaubnis der Forstbehörden. Dort ist bis auf die maximalen Grenzen ausgeholzt worden. Es gab Proteste von Bürgerinnen und Bürgern dagegen, wie der Wald verwüstet wird.

Meine Damen und Herren, Sie kennen es auch aus Ihren eigenen Wahlkreisen, dass man manchmal die Frage gestellt bekommt: Was passiert hier eigentlich? Denn Kahlschläge sind ja eigentlich verboten. Aber die Großen lässt man laufen, und die Kleinen, die nicht weglaufen können, kriegt man dann am Wickel.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, da schreibt der Minister am 13. Januar einen Brief, worin steht, dass er die Existenz des Wildparks nicht gefährden will. Aber das, meine Damen und Herren, sind nichts weiter als Floskeln und warme Worte - die Realität zeigt etwas anderes. Dann wird geschrieben, dass die jetzige Nutzung des Wildparks mit der Waldeigenschaft nicht vereinbar sei. Nun nimmt man den Bescheid von 1997 und stellt fest: Eine ordnungsgemäße Waldwirtschaft wurde angeordnet. Sie wurde bisher nicht bemängelt. Sie wurde auch durchgeführt, das heißt, die Waldeigenschaft ist nach wie vor vorhanden; das bestreitet gar keiner.

Dann wird gesagt, dass es keine willkürliche Einschätzung sei, denn es dominiere die Nutzung als Tiergehege. Aber, meine Damen und Herren, was ist das Wesen von Wald? Das Wesen von Wald ist, dass dort Bäume stehen. Das tun sie zweifellos im Wildpark Johannismühle.

Weiterhin erwähnen Sie, dass die Flächen außerdem eingezäunt werden. - Das ist seit 20 Jahren bekannt. Das ist auch Sinn und Zweck der Veranstaltung, aber nicht, wie das Ministerium behauptet, damit die Besucher kanalisiert werden, sondern in erster Linie, damit die Tiere nicht weglaufen. Man kann natürlich nicht alle Tiere in einem Wildpark anketten.

(Vereinzelt Beifall AfD - Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, Sie schreiben, dass der Wildpark Johannismühle so nicht weiterexistieren kann.

Hier fährt dann die Forstbehörde das große Geschütz auf. Im gleichen Atemzug, wo hier um hundert Hektar gerungen wird, fressen Buschhornblattwespen bzw. deren Raupen in Elbe-Elster 40 000 Hektar kahl. Einerseits wird hier ein solcher Kampf um hundert Hektar eines angeblich gefährdeten Waldstückes für die Öffentlichkeit geführt und woanders frisst, weil unsere Forstbehörde, weil Sie, Herr Minister, es nicht hinbekommen, ein Schädling einfach 40 000 Hektar Wald weg. Da sieht man wieder einmal, wo hier die Akzente gesetzt werden. So geht das nicht weiter!

Meine Damen und Herren, Sie schreiben in Ihrem Brief, die Behörden hätten den Betroffenen viel Zeit gegeben. Wenn Sie den Bescheid lesen, werden Sie jedoch sehen, dass darin überhaupt keine Auflagen enthalten sind. Darin steht zwar eine Befristung - das muss sich der Betreiber wohl vorhalten lassen, dass er vielleicht eher hätte tätig werden müssen. Aber nie war bisher von einer Waldumwandlung die Rede. In dem Bescheid von 1996/1997 steht so etwas nicht drin. Jetzt zu kommen und zu sagen, man müsse Waldumwandlung betreiben, ist dann schon ein Stück aus dem Tollhaus.

Meine Damen und Herren, das hier ist kein Einzelfall, sondern es steht exemplarisch dafür, wie man die kleinen Leute, zu denen man vielleicht keine Beziehung hat und die einem egal sind, behandelt.

(Widerspruch der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Es gibt dazu ein schönes deutsches Sprichwort - Frau Mächtig, da können Sie sich aufregen, wie Sie wollen -, es lautet: Beim Zerstören gelten alle falschen Argumente, beim Aufbauen nicht. Was nicht wahr ist, baut nicht. - Da wurde aber mit viel Herzblut etwas aufgebaut. Im Grunde genommen ist das wie ein gemeinnütziger Verein. Das soll jetzt infrage gestellt werden.

Meine Damen und Herren, die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg, der zum Beispiel in Jüterbog 9 000 Hektar gehören, darf an ihren Bäumen Schilder mit der Aufschrift „Betreten verboten - Munitionsgefahr“ anbringen. Da ist das Betretungsverbot plötzlich legitim.

(Stohn [SPD]: Ja, logisch!)

- Genau, logisch sozusagen. Aber da ist das Land mit im Boot. Da wird nicht moniert und kein Druck gemacht - wie bei anderen Landesflächen, so beispielsweise Sperenberg, auch nicht. Da ist das Betretungsverbot dann wieder legitim, denn es sind ja unsere Interessen und wir müssen es ja aus dem Landeshaushalt bezahlen. Aber da, wo es die kleinen Leute betrifft, kann man richtig zupacken.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Hör doch auf mit „kleine Leute“, das ist Schwachsinn!)

Das ist Ihre Doppelbödigkeit! Sie können sich darüber nun aufregen, soviel Sie wollen. Wir werden diesen Punkt, der jetzt hier besprochen wurde, in der Öffentlichkeit bekanntmachen; dafür gibt es ja über Internet und Video gute Möglichkeiten.

Deswegen sage ich Ihnen: Bitte überlegen Sie sich ganz genau, ob Sie den Minister aus dieser Pflicht entlassen und sagen, es ginge alles nicht. Meine Damen und Herren, natürlich hat ein Minister immer das letzte Entscheidungsrecht. Sich rauszureden und zu sagen, das ginge nicht - dann sollte man als Minister zurücktreten, wenn man nichts bewegen kann. Herr Minister, bewegen Sie etwas! Sorgen Sie dafür, dass der Wildpark Johannismühle ohne diese völlig unsinnigen, überzogenen Auflagen seine Arbeit fortsetzen kann. Wie auch immer die Lösung konkret aussieht, ist mir persönlich völlig gleichgültig. Es kann jedoch nicht sein, dass der Wildpark Johannismühle an einer solchen Petitesse, an solch einer Geschichte zugrunde geht. Das kann es nicht sein.

Es kann auch nicht sein, dass sich das Land Brandenburg ständig mit solchen Projekten brüstet. Sie können auf den Seiten des Landestourismusverbandes und auf anderen Seiten sehen: Wildpark Johannismühle, geht dahin! Ein schönes Stück Land Brandenburg! - Jetzt wird das „von hinten durch die Brust ins Auge“ torpediert.

Meine Damen und Herren, Sie können sich gut überlegen, wie Sie damit umgehen. Sie müssen nur wissen, dass all die Leute, die im Wildpark Johannismühle waren - das waren bestimmt mehrere Hunderttausend - sehr genau zur Kenntnis nehmen werden, wie Sie damit umgehen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt AfD - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Ich habe einen Brief bekommen, reden wir mal darüber! - Frau Lieske [SPD]: Ja! - Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Ihnen schreibt noch jemand? - Frau Lieske [SPD]: Oh Mann! - Frau Muhß [SPD]: Nein, alle melden sich natürlich nur bei dir!)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Zu uns spricht nun der Abgeordnete Roick für die SPD-Fraktion.

Roick (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Herr Schulze, Sie sind ja heute schon in einem Beitrag von Herrn Kosanke erwähnt worden. Das Gesagte stimmt hier genauso.

(Lachen des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Bleiben wir einmal beim Waldgesetz: Sie sind seit 1991 hier mit dabei - die 60 %, die bei einem Wald genutzt werden dürfen, haben Sie beim ersten Waldgesetz mit beschlossen. Wenn das zu viel oder zu wenig ist, hätten Sie es schon damals kritisieren können.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Kommen wir zurück zum eigentlichen Antrag. Ja, es ist so: Dieser Wildpark leistet eine tolle Arbeit - sei es, um Aufklärung über bestimmte Tierarten zu betreiben, oder sei es, um eine Abwechslung in der ländlichen Region zu bieten.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Dann tun Sie etwas dafür!)

Das ist auch überhaupt nicht infrage gestellt worden, in keiner Art und Weise, auch vom Minister nicht. Das steht hier auch gar nicht zur Debatte.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Doch! Tagesordnung - natürlich steht das zur Debatte!)

Aber wir sind immerhin noch ein Rechtsstaat, und deshalb ist auch der Vergleich mit dem BER etwas weit hergeholt. Der BER muss genauso die Auflagen erfüllen, die ihm vom Bun-

desverwaltungsgericht auferlegt worden sind, zum Schallschutz etc. Das wird genauso gemacht.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Wer hat denn das Gesetz geändert - Sie oder ich?)

Auch hier ist es so, dass bestimmte Gesetze eingehalten werden - in diesem Falle das Waldgesetz. Da können Sie nicht sagen, dass die Kleinen gehängt werden und man die Großen laufen lässt.

Diesem Unternehmen ist gestattet worden, für 20 Jahre auf die Waldumwandlung zu verzichten und sich in diesem Zeitraum darauf vorzubereiten.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Das steht da gar nicht drin! Sie erzählen dummes Zeug!)

Genau so ist es gemacht worden. Man hat diesem Unternehmen also Gelegenheit gegeben, sich über 20 Jahre aufzubauen und zu stabilisieren, und hat eben nicht gleich schwere Geschütze aufgefahren und die Fläche von 100 Hektar in Ersatz gestellt.

(Der Abgeordnete Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] begibt sich an ein Saalmikrofon.)

- Nein, jetzt nicht.

Ein weiterer wichtiger Fakt: Im Gegensatz zu Italien und Frankreich - da kann Wald gemäß den romanischen Gesetzen eingezäunt werden - unterliegen wir hier der germanischen Gesetzgebung,

(Gelächter BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie des Abgeordneten Petke [CDU])

und die setzt das Recht auf freies Betreten des Waldes durch. - Herr Vida, da müssen Sie gar nicht lachen. Hätten Sie im Rechtskundeunterricht aufgepasst, wüssten Sie das vielleicht.

Dieses Betretungsrecht wird hier einfach nicht gewährleistet.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Das ist doch Käse!)

Würden wir Ihrem Anliegen folgen, wäre das durchaus ein Aufruf zum Gesetzesbruch. Wir würden damit das Waldgesetz, das hier seit 1991 - wenngleich einige Male novelliert - in großen Teilen unverändert gilt, ad absurdum führen bzw. konterkarieren. Wir müssen diese Wälder frei betretbar halten.

Nun komme ich zum eigentlich Fakt: Der Bescheid ist nach 20 Jahren ausgelaufen. Der Betrieb hätte die Zeit gehabt, sich darauf vorzubereiten. Jetzt ist das Geschrei groß; er hat es offensichtlich nicht getan. Der Minister hat am Ende das Entscheidungsrecht, ist aber weit davon entfernt, für einen 1:1-Ersatz zu plädieren - womit man wahrscheinlich den Betrieb zerstören würde. Das wollen wir nicht. Das heißt: Die Behörde hat in jedem Fall einen Ermessensspielraum. Dieser, so ist mir jedenfalls zu Ohren gekommen, soll in diesem Fall genutzt werden, um sicherzustellen, dass der Wildpark Johannismühle weiter existiert. Ich denke, der Minister wird einen guten Weg finden,

wie wir das Unternehmen nicht zerstören, damit es weitergeführt werden kann, und wir nach außen dennoch sagen können: Wir wahren die gesetzliche Regelung, dass Wald, der eingezäunt wird, an anderer Stelle ersetzt wird.

Dazu gibt es ja viele Möglichkeiten: Man kann neu aufforsten, man kann aber auch voranbauen, unterbauen etc.

(Zwiegespräch der Abgeordneten Schulze und Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

- Wenn Sie zuhören würden, wäre das auch ganz nett. Es ist ja schließlich Ihr Antrag.

Man kann da verschiedene Lösungen finden. Es ist auch möglich, das als gemeinsame Aktion mit den Besuchern zu gestalten, indem man diese, wenn man eine Fläche gefunden hat, die aufzuforsten ist, einbezieht. Man kann sich da viele Varianten ausdenken. Letztendlich ist jedoch die gesetzliche Regelung diejenige, die greift und umgesetzt werden muss. Insofern lehnen wir diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Dombrowski für die CDU-Fraktion fort. - Wo ist er denn?

(Der Abgeordnete Wichmann [CDU] begibt sich ans Rednerpult.)

Machen Sie das jetzt, Herr Wichmann? - Herr Wichmann, Sie kriegen das hin.

(Wichmann [CDU]: Ja, das kriegen wir hin!)

Wichmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schulze, Ihr Antrag verwundert und erschreckt mich. Sie fordern vom Landtag und damit von uns Abgeordneten, dass wir den Minister zu einer Ministerentscheidung drängen,

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Genau!)

die das Landeswaldgesetz völlig außer Acht lassen und einer sachlichen Entscheidungsgrundlage entbehren würde.

(Frau Lieske [SPD]: Das macht er gerne!)

Meine Arbeit als Abgeordneter verstehe ich anders. Als Gesetzgeber können wir zwar das Landesrecht ändern, wenn dies begründet und erforderlich ist, aber ein Landtag und eine Landesregierung können und sollten sich nicht über geltendes Recht hinwegsetzen. Willkür gestattet die Verfassung des Landes Brandenburg jedenfalls nicht.

(Der Abgeordnete Dombrowski [CDU] betritt den Saal.)

- Wollen wir tauschen oder soll ich weitermachen?

(Heiterkeit)

Präsidentin Stark:

Ich meine, wir sind da flexibel. Die Geschäftsordnung gibt das zwar nicht wirklich her, aber wenn Sie nett fragen, können Sie noch tauschen.

(Heiterkeit CDU - Der Abgeordnete Dombrowski [CDU] lehnt ab.)

Wichmann (CDU):

Teile des Wildparks Johannismühle, der nach den Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes als Zoo betrieben wird, sind Wald und unterliegen den Vorschriften des Landeswaldgesetzes. Als der Wildpark 1997 eröffnete, erteilte das damalige Amt für Forstwirtschaft in Luckenwalde zuvor eine Genehmigung zur Sperrung des Waldes mit Zäunen. Grund war das öffentliche Interesse gemäß dem Waldgesetz von 1991; die Ausnahme genehmigung galt befristet bis zum 31. Dezember 2015.

Das Waldgesetz wurde 2004 grundlegend geändert, es ermöglicht jedoch nach wie vor eine Sperrung von Wald im öffentlichen Interesse, wenn wichtige Gründe - insbesondere des Wald- und Forstschutzes einschließlich der Ziele des Naturschutzes, aber auch der ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung oder des Schutzes der Waldbesucher - vorliegen. Diese Gründe unterscheiden sich nicht von denen nach dem Waldgesetz von 1991, auf dessen Grundlage das Forstwirtschaftsamt Luckenwalde damals die befristete Sperrgenehmigung erteilte.

Allerdings, sehr geehrter Herr Kollege Schulze, kann eine Sperrung des Waldes niemals unbefristet sein. Das schließen das Landeswaldgesetz und die Verordnung zum Sperren von Wald ganz klar aus. Denn das allgemeine Betretungsrecht für den Wald ist ein hohes Rechtsgut, auch nach Art. 40 Abs. 3 der Verfassung des Landes Brandenburg.

Ich verstehe aber auch den Wildpark Johannismühle und seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit dem Angebot der unteren Forstbehörde, eine Waldumwandlung nach § 8 Landeswaldgesetz vorzunehmen, also eine Umwandlung in eine andere Nutzungsart. Eine Waldumwandlung ist immer mit Ausgleichsmaßnahmen verbunden, zum Beispiel einer Erstaufforstung an anderer Stelle, einer Waldverjüngung durch Sukzession oder anderen Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen im Wald. Solche Ausgleichsmaßnahmen kosten Geld: Einerseits braucht man eine Fläche, um die Maßnahmen umzusetzen, andererseits kosten auch die Ausgleichsmaßnahmen Geld - im Falle des Wildparks sind es rund 500 000 Euro. Insgesamt ist beim Wildpark Johannismühle von einer Umwandlungsfläche von ca. 41 Hektar auszugehen, die auszugleichen wären. Und ich weiß, dass die untere Forstbehörde dem Wildpark bereits entgegenkam und bei einem Ausgleichsverhältnis von 1:0,3 - normalerweise gilt 1:1 - eine Ausgleichsfläche von rund 21 Hektar ermittelte, da der Baumbestand in den Gehegen bestehen bleibt.

Dennoch ist es nicht Aufgabe des Landtags Brandenburg, in diesem konkreten Einzelfall eine Entscheidung zu treffen. Dies ist eindeutig Aufgabe der zuständigen Verwaltungsbehörden, also der Exekutive. Deshalb richte ich meinen Appell an den Minister, gemeinsam mit dem Wildpark Johannismühle, dem Landkreis Teltow-Fläming und der Forstbehörde zu einer Einigung zu kommen. Denn eines steht auch fest: Das Problem der ausgelaufenen Ausnahme genehmigung zur Sperrung des Waldes besteht nicht nur beim Wildpark Johannismühle, sondern

auch beim Wildgehege Glauer Tal des Landschafts-Fördervereins Nuthe-Nieplitz-Niederung.

Meine Fraktion wird sich deshalb enthalten. Wir hoffen jedoch, Herr Minister, dass es zu einer schnellen Lösung kommt, die für alle Seiten tragbar und zufriedenstellend ist. Der 31. Januar ist ja bereits als Termin für ein gemeinsames Gespräch gesetzt. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen, das haben Sie wirklich gut gemacht. Und man sieht: Beim Petitionsausschuss kann man einfach in jedes Thema springen und ist zu Hause. - Vielen Dank dafür.

Wir kommen zur nächsten Rednerin: Frau Schwarzenberg spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Schwarzenberg (DIE LINKE): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag des Abgeordneten Schulze bringt ein durchaus berechtigtes Anliegen zum Ausdruck. Leider werden darin völlig die rechtlichen Fragen ausgeblendet, die beim Wildpark Johannismühle eine Rolle spielen. Worum geht es? Ich will zwei Kernfragen nennen: Welche anderen untypischen Nutzungen sind in einem Waldgebiet zulässig? Wie wird damit umgegangen, wenn langjährige Nutzungen nicht mehr als waldkonform angesehen werden?

Diese Fragen sind auch andernorts aktuell. Ich erwähne den Campingplatz am Mittelprendensee, zu dem meine Kollegin Frau Mächtig schon einmal eine kleine Anfrage gestellt hat. Dort gibt es seit den 60er-Jahren - also lange vor Inkrafttreten des Waldgesetzes - eine Fläche im Wald. Jetzt heißt es: Campingnutzung im Wald geht nicht. Wenn das Gebiet weiter so genutzt werden soll, muss eine Waldumwandlung durchgeführt werden. - Eine solche Waldumwandlung zieht Ausgleichsmaßnahmen nach sich, deren Finanzierung vom Träger oft nicht bewältigt werden kann. Es ist also eine ganz ähnliche Situation wie beim Wildpark Johannismühle.

Mir stellen sich folgende Fragen: Erstens: Wann liegt eine Umwandlung in eine andere Nutzungsart vor? In den erwähnten Fällen gibt es keine Nutzungsänderung auf der Fläche. Wenn man allerdings zu der Bewertung kommt, dass ein Tierpark oder ein Campingplatz im Wald nicht mit der Waldeigenschaft vereinbar ist, müsste die Waldeigenschaft aberkannt werden.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Wäre das nicht eher eine Aktenbereinigung als eine Waldumwandlung?

(Beifall B90/GRÜNE)

Zweitens: Zum Ausgleich einer Waldumwandlung heißt es im brandenburgischen Waldgesetz:

„Die nachteiligen Wirkungen einer Umwandlung für die Schutz- oder Erholungsfunktionen des Waldes sind auszugleichen.“

Jetzt muss man fragen, was die nachteiligen Wirkungen auf die Schutz- oder Erholungsfunktionen sind, wenn weiterhin, wie bisher, ein Campingplatz oder ein Tierpark betrieben wird. Was ist hier demzufolge überhaupt auszugleichen?

Drittens: Das Waldgesetz lässt in § 17 unter bestimmten Voraussetzungen die Gestattung weiterer, nicht walddispersiver Nutzungen zu. Darunter könnten doch die hier in Rede stehenden Nutzungen fallen.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Herr Schulze, Sie möchten zwar den Minister auffordern, eine Ausnahmegenehmigung für den Wildpark Johannismühle zu erteilen, wissen aber, dass wir hier von einem Verwaltungsverfahren reden und wir ein Prinzip der Gewaltenteilung haben. Einzelne Verwaltungsverfahren müssen nach Recht und Gesetz bewertet und entschieden werden, und zwar von der zuständigen Behörde und nicht vom Minister. Da gibt es nur einen ganz kleinen Ermessensspielraum; das hat mein Kollege schon erklärt.

Ich maße mir auch nicht an, die oben gestellten Fragen zu beantworten und juristisch zu bewerten. Ich bin aber der Auffassung, dass langjährige, im Allgemeininteresse liegende Nutzungen auch weiter möglich sein sollten. Unsere Aufgabe sehe ich darin, zu prüfen, ob die gesetzlichen Grundlagen ausreichen, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE] sowie des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Aus diesem Grund hat meine Fraktion schon im letzten Jahr den Parlamentarischen Beratungsdienst um eine Bewertung dieser Fragen gebeten. Ich schlage vor, dass wir das Thema im Fachausschuss noch einmal ausführlich aufgreifen, wenn das Gutachten vorliegt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist der Abgeordnete Schröder, er spricht für die AfD-Fraktion.

Schröder (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Der Wildpark Johannismühle will im Jahr 2017 sein 20-jähriges Jubiläum und Bestehen feiern, doch ihm droht die Schließung. Der Wald im Bereich des Wildparks ist seit 20 Jahren eingezäunt, und dies soll nun aus den bereits genannten Gründen nicht mehr gestattet sein. Ohne einen Zaun um das Gelände des Wildparks kann der Park allerdings in seiner jetzigen Form nicht weiter betrieben werden. Der Betreiber des Wildparks soll zum Weiterbetrieb eine Waldumwandlung beantragen. Nach der Zahlung einer erheblichen Gebühr würde sich nur die Aktenlage beim Forstamt ändern. Die Details können Sie im Internet unter www.wildpark-johannismuehle.de nachlesen.

Diese Methode zur Einnahmeerzielung durch zweifelhafte Gebühren wendet die Forstbehörde auch bei der Bebauung von Ge-

werbeflächen als Gewerbeflächen innerhalb von Gewerbegebieten an. Ein Beispiel: Ein Unternehmer im Landkreis Potsdam-Mittelmark kauft ein Gewerbegrundstück in einem solchen Gewerbegebiet, um sein Unternehmen zu erweitern. Als der Neubau beginnen soll, erfährt der Unternehmer, dass eine Bebauung seines Grundstücks erst nach der Zahlung einer Gebühr zur Genehmigung einer Waldumwandlung erfolgen darf bzw. entsprechende Ersatzmaßnahmen vorgenommen werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich frage mich an dieser Stelle: Haben wir ein Problem mit dem Waldgesetz oder mit der Arbeitsweise der obersten Forstbehörde? Ich glaube, die oberste Forstbehörde hält sich ans Gesetz und wir haben tatsächlich ein Problem mit der Gesetzgebung. Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verhindern - das tut sie auch nicht -, und auch nicht, dafür noch Gebühren zu erheben.

Meine Damen und Herren, der Wildpark hat sich mit sehr viel privatem Engagement zu einem Touristenmagneten im ländlichen Raum entwickelt. Dort wurde von privater Hand investiert und es wurden neue Arbeitsplätze geschaffen. Touristen besuchen den Wildpark so rege, dass Übernachtungsangebote geschaffen werden konnten. Im Jahr 2016 zog der Wildpark rund 70 000 Besucher an - eine große Anzahl an Touristen in einer strukturschwachen Region.

Der ländliche Tourismus wird den strukturschwachen ländlichen Regionen in Brandenburg von der Landesregierung stets als Ausweg aus der Strukturschwäche und Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen gewiesen. Der Wildpark Johannismühle ist nun ein gelungenes Beispiel für die Entwicklung des ländlichen Raums. Die Landesregierung sollte den Betreibern des Wildparks für ihr Engagement dankbar sein und sie aktiv unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Im Wildpark werden - neben Tieren eines kleinen Kinderbauernhofs - Luchse, Braunbären, Mufflons, Dam- und Rotwild, Wildpferde und Auerochsen sowie weitere in Brandenburg geschützte Wildtiere für den Besucher erlebbar gemacht. Übrigens wird dort auch der viel diskutierte Wolf im Freigehege vorgestellt. Wir können also davon ausgehen, dass im Wildpark Johannismühle seit vielen Jahren ausgewiesene Fachleute am Werk sind.

Der Minister hat vor vier Wochen einen Fördermittelbescheid an den Wildpark Schorfheide übergeben, mit der Zielstellung, zum Umgang mit dem Wolf in Brandenburg das - ich zitiere - dringend benötigte Kompetenzzentrum - Zitatende - zu schaffen. Auch im Wildpark Johannismühle haben wir viel Kompetenz und ein gut besuchtes Informationsangebot zum Umgang mit geschützten Wildtieren - wie dem Wolf im Süden Brandenburgs. Ich fordere die Landesregierung auf, die Chance zu ergreifen, auch den Wildpark Johannismühle mit seiner Kompetenz hinsichtlich geschützter Wildtiere in dieses Konzept aufzunehmen. Wir werden mehr als ein Wildtierinformationszentrum für die breite Öffentlichkeit brauchen, um unseren Bürgern den richtigen Umgang mit den geschützten Wildtieren zu vermitteln.

Die Alternative wäre, dass die Landesregierung bzw. die Forstbehörde keine Genehmigung für den weiteren Betrieb des

Wildparks erteilt, das Angebot der Information über unsere geschützten Wildtiere sowie der Wildpark Johannismühle somit geschlossen werden müssen und damit auch ein wertvolles Bildungsangebot, das unser Land so dringend benötigt, verloren geht.

Geben Sie diesem Informations- und Bildungsangebot sowie dem ländlichen Tourismus in dieser strukturschwachen Region eine Chance. Finden Sie bitte einen Weg, dem Wildpark Johannismühle die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen. Das öffentliche Interesse am Wildpark ist auf jeden Fall größer als das an einem freien Zugang zu weiteren 100 Hektar Waldfläche - dann vielleicht mit einigen Ruinen, die keiner zurückbaut.

Die Fraktion der AfD wird dem Antrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER zur Erhaltung des Wildparks Johannismühle zustimmen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Vogel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vogel (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Christoph Schulze, ich bedaure die Schärfe der Attacke, die zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes stattgefunden hat, sehr, weil es hier um ein sehr ernstes Problem geht, das, denke ich, auch gelöst werden sollte. Aber mit solcher Wortführung erreicht man mitunter das Gegenteil von dem, was man erreichen möchte.

(Beifall B90/GRÜNE, SPD und DIE LINKE)

Ich denke, hier geht es tatsächlich auch um Interpretationsfragen. Herr Roick, Sie interpretieren einen eingezäunten Wald einfach als einen nicht mehr vorhandenen Wald, der deswegen einer Waldumwandlungsgenehmigung bedarf. Aber nach dem Forstgesetz ist ein eingezäunter Wald zunächst einmal ein gesperrter Wald. Wir müssen überlegen, wie wir diese Regelung dauerhaft gestalten wollen. Natürlich ist es legitim, hier solch einen Punkt aufzurufen, denn wenn wir feststellen, dass ein Gesetz in der Anwendung in die Irre führt, ist es doch unsere Aufgabe als Gesetzgeber, dafür zu sorgen, dass die gesetzlichen Grundlagen so geändert werden, dass es funktioniert.

Christoph Schulze hatte ja zumindest angedeutet, dass es noch andere Problemfälle gibt, nicht nur Johannismühle. Beispielsweise wird auch im Zusammenhang mit dem Wildgehege Glauer Tal deutlich, um welchen Unsinn teilweise gerungen wird: Es handelt sich um ein Freigehege auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz mit einer Größe von 160 Hektar. Die Betreiber haben 1997 eine bis zum 31.12.2015 befristete Genehmigung für eine Waldsperrung erhalten. Hier haben wir genau dasselbe Problem: Jetzt wird gesagt, das sei eine Waldumwandlung, hier müssten Ausgleichsleistungen erbracht werden. Wir wissen alle, dass das das sichere Aus für das Gehege bedeuten würde, genauso wie beim Wildpark Johannismühle. Besonders paradox ist in diesem Fall allerdings, dass das Wildgehege zum Erhalt der Offenlandschaft angelegt wurde und sich nun teilweise in Sukzession befindet. Aber genau weil es sich

in Sukzession befindet, wird plötzlich konstatiert, hier handele es sich um einen Wald, der einer Waldumwandlungsgenehmigung bedarf. Die Sperrung dort dient übrigens auch dem Schutz der Waldbewohner vor Munition und Altlasten. Die Waldwege wurden in dem Zusammenhang entmunitioniert.

Ein ähnliches Beispiel ist übrigens ein Hundeübungsplatz in Eberswalde, dessen Gelände die Stadt verkauft und in den Verkaufsbedingungen festgelegt hat, dass es aus Sicherheitsgründen einzuzäunen sei. Dort sind, auch im Einvernehmen mit dem Revierförster, neue Anpflanzungen erfolgt und hat Durchforstung stattgefunden. Nun stellt sich die Forstbehörde aber auf den Standpunkt, das sei wegen der Einzäunung eine Waldumwandlung, und nun müsse an anderer Stelle in ähnlicher Größenordnung neu aufgeforstet werden. Eine Lösung ist auch hier noch nicht in Sicht.

Alle diese Fälle haben eines gemeinsam: Es handelt sich um Flächen, die erkennbar Wald sind, die aber eingezäunt sind und einen besonderen Nutzen für die Allgemeinheit haben, weil sie als Wildgehege bzw. in dem einen Fall als Hundelaufplatz genutzt werden.

Christoph Schulze hat die Stiftung Naturlandschaften Brandenburg angesprochen. Meines Erachtens ist da nicht das Betretungsverbot, was er hier herausgestellt hat, das entscheidende Problem, sondern etwas ganz anderes: Diese Stiftung hat inzwischen 13 000 Hektar in ihrem Eigentum. Von dieser Fläche befinden sich seit 1990 rund 4 000 Hektar in der offenen Sukzession. Das heißt: 4 000 Hektar, die eigentlich kein Wald sind, werden Wald - naturräumlich in einem ähnlichen Gebiet wie Johannismühle und Glauer Tal. Aber nun kommt niemand und sagt: Nein, das geht nicht. Da müssen wir, um den Waldbestand konstant zu halten, an anderer Stelle 4 000 Hektar Wald herunternehmen.

(Zuruf: Das will niemand!)

- Das will niemand. - Andererseits wird unser Landwirtschaftsminister nicht müde zu betonen, wir müssten verhindern, dass immer mehr landwirtschaftliche Nutzflächen verschwinden. Ein Grund, warum landwirtschaftliche Nutzflächen verschwinden, ist, dass die Forstverwaltungen Aufforstungsverpflichtungen aussprechen, die Investoren auf die Suche gehen und dann bei landwirtschaftlichen Nutzflächen fündig werden, diese aufforsten, und weg sind sie für die Landwirtschaft in Brandenburg. Das kann also nicht der Weg sein.

Daher bitte ich, sehr dringend zu überprüfen, ob Aufforstungsverpflichtungen wirklich das Mittel der Wahl sind, wenn ein Wildgehege in einem Wald liegt, der nach wie vor auch begehbar ist. Es ist richtig, er ist nicht mehr frei für alle begehbar, sondern man muss ein Eintrittsgeld entrichten. Trotzdem ist es ein Wald, und dies ist für jedermann erkennbar. Die sogenannte Sperrung dieses Waldes hat also gar keinen negativen Effekt, sondern ist auch ein Instrument der Besucherlenkung. Wir wollen auch zum Schutz des Waldes, dass sich die Besucher an solchen Brennpunkten konzentrieren.

Also: Rücken Sie ab von der Forderung, dass hier eine Waldumwandlungsgenehmigung erforderlich ist. Sorgen Sie dafür, dass die Wildparke nicht dichtmachen müssen. Ansonsten muss ich Ihnen vorwerfen, dass die Entwicklung des Tourismus und der Umweltbildung im ländlichen Raum für Sie anscheinend keine Rolle spielen.

Daher werden wir uns bei dem Antrag wohlwollend enthalten, fordern aber, wie es Frau Schwarzenberg richtig formuliert hat, dass demnächst im Ausschuss eine Diskussion über möglicherweise erforderliche Gesetzesänderungen stattfindet. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Vogelsänger.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin sehr dankbar für die nach der Einbringung sehr sachliche Diskussion. Herr Wichmann hat sehr korrekt dargestellt, wie die rechtliche Situation ist; Herr Roick auch.

Wir haben - und das ist das Entscheidende - § 15 Brandenburgisches Waldgesetz, wonach das Betreten des Waldes zum Zweck der Erholung gestattet ist. Insofern ist dort keine Einzäunung vorgesehen. Dieses freie Betretungsrecht ist auch ein hohes Gut.

Ich kann mich daran erinnern, dass wir hier sehr viele Debatten, auch was das Seepaket betraf, geführt haben. Auch da haben wir eine Lösung gefunden. Da ging es ebenfalls darum, dafür zu sorgen, dass dieses freie Betretungsrecht - bei Seen ist es nicht das Betreten, sondern der freie Zugang - gewährleistet wird. Insofern ist das ein sehr ernstes Thema. Wir müssen versuchen, eine Lösung zu finden.

Wir haben ein großes Interesse daran, dass der Wildpark Johannismühle, um zukunftsfähig zu sein, auf einer richtigen rechtlichen Grundlage steht. Darum geht es. Hiervon sind weitere Genehmigungen abhängig, zum Beispiel die Zoogenehmigung.

Bei der erteilten Waldsperrgenehmigung war Voraussetzung, dass Forstwirtschaft betrieben wird. Da wird keine Forstwirtschaft betrieben. Wir haben inzwischen - Herr Vogel hat das gesagt - eine etablierte touristische Nutzung. Das ist nun einmal so. Man muss klar herausstellen, dass es sich bei dem Wildpark um ein Unternehmen handelt. Der Eigentümer verdient Geld durch Eintritt. Aber es ist anzuerkennen, dass es ein öffentliches Interesse gibt, weil dort Wissen über Tiere und Umwelt vermittelt wird - ein sehr guter Zweck, auch was junge Menschen betrifft.

Dieses öffentliche Interesse ist auch die Voraussetzung dafür, dass es überhaupt eine Waldumwandlung geben kann. Es darf aber nicht dazu führen, dass auf Waldumwandlung vollständig verzichtet wird. Das ist aus dem Bundeswaldgesetz und aus dem Landeswaldgesetz abgeleitet. Insofern muss man auch diese beiden Gesetze entsprechend berücksichtigen. Das Waldgesetz wurde 1991 verabschiedet. Es hat sich bewährt. Eine grundlegende Novelle gab es im Jahr 2004. - Herr Abgeordneter Schulze, da waren Sie, glaube ich, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Also haben Sie auch daran mitgewirkt.

Es gibt keine einfache Lösung, schon gar nicht die Lösung, die der Antrag aufzeigen will. Auch andere Wildparks haben den

Weg der Waldumwandlung - und zwar positiv - bereits beschritten. Dazu zählt ein Verfahren im Bereich Kunsterspring, Ostprignitz-Ruppin, da gibt es auch eine wichtige Bildungsstätte. Da haben wir dies abgeschlossen.

Zum Fall Glauer Tal: Herr Wichmann, Sie sind nicht ganz auf dem Laufenden, aber das können Sie nicht sein. Gestern gab es eine Verständigung mit dem Landschafts-Förderverein. Es gibt da auch keine 1:1-Umwandlung, sondern eine Verständigung. Ich werde - weil es entsprechende Nachfragen gibt - mit dem stellvertretenden Referatsleiter aus dem Forstbereich morgen mehrere Abgeordnete darüber informieren, wie wir uns da verständigt haben.

Es gibt also Gesprächsbedarf. Dazu habe ich den Geschäftsführer und den Eigentümer eingeladen. Ich habe aber auch die kommunalen Vertreter, also die Landräte und Bürgermeister, eingeladen. Das gehört sich einfach, weil in dem Gespräch ausgelotet werden muss, welche Möglichkeiten man hat. Ich werde die rechtlichen und fachlichen Zusammenhänge dort noch einmal darstellen lassen. Ich habe natürlich Ermessensspielraum. Diesen Ermessensspielraum müssen wir ausloten.

Ich habe kein Interesse daran, dass der Wildpark Johannismühle keine Zukunft hat. Aber zu einer Zukunftsgestaltung gehört auch eine entsprechende rechtliche Grundlage. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir sind nun noch einmal beim Antragsteller. Der Abgeordnete Schulze hat das Wort. Bitte beachten Sie, es sind noch zwei Minuten Redezeit.

Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): *

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde sagen: Der Antrag hat seinen Zweck schon fast erfüllt. Man möchte auf einige Einwürfe hier noch eingehen, zum Beispiel auf die des Abgeordneten Vogel, warum ich diese Schärfe hereingebracht habe.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Ja!)

Das will ich Ihnen sagen. - Ich mache mir die Sorgen, Probleme und Ängste der Bürger zu eigen. Vielleicht mache ich das auch zu viel; ich lasse das zu dicht an mich heran.

Diese Sache, das muss ich Ihnen ehrlich sagen, hat mich richtig wütend gemacht, weil ich das Projekt seit über 20 Jahren kenne - seit den Wurzeln - und sehe, wie langsam die Luft abgedrückt wird. Dann ist es eben so, dass man emotional wird. Dafür möchte ich mich auch nicht entschuldigen. Ich möchte so bleiben. Ich bin empört, weil dieser Vorgang eben zum Teil auch empörend ist.

Hier ist gesagt worden, das wäre ein Eingriff in die Gewaltenteilung. Meine Damen und Herren, ich bin ja nun schon seit 1990 in diesem Landtag. Ich will jetzt nicht nachforschen, in wie vielen Dutzenden Anträgen dieser Landtag Minister zu bestimmten Handlungen aufgerufen hat. Ich erinnere nur an Halbe und die Demonstration von Rechtsradikalen, wo dieser Landtag damals beschlossen hatte, Innenminister Schönbohm

aufzufordern, sich so und so zu verhalten. Das heißt: Es ist gar keine Novelle, sondern es ist das, was dieser Landtag in den vergangenen Wahlperioden schon gemacht hat.

Meine Damen und Herren, am Waldcharakter dieses Grundstückes hat sich gar nichts geändert. Es gibt keine neue Situation. Darum frage ich mich: Wenn das 20 Jahre rechtlich gängig war, warum jetzt nicht mehr, wenn sich gar nichts geändert hat, außer, dass die Genehmigung ausgelaufen ist?

Man muss sicherlich diskutieren, warum man sich nicht früher bemüht hat, die Dinge fortzuschreiben. Dass das öffentliche Interesse am Wildpark vorhanden ist, beweist ein Gutachten der Universität Berlin, die dazu Stellung genommen und klar aufgezeigt hat, dass dieser Wildpark eine bedeutende Rolle in der zoologischen Arbeit erfüllt.

Meine Damen und Herren, hier sind von einigen Abgeordneten viele Fragen ausgeblendet worden. Ich bin Frau Schwarzenberg sehr dankbar, weil sie mit ihrem Redebeitrag den Redebeitrag von Herrn Roick - und letztlich auch von Herrn Wichmann - schlagend widerlegt hat, indem sie aufgezeigt hat, wo Wege sind.

Es gibt ein schönes deutsches Sprichwort: Die einen suchen Gründe, die anderen suchen Wege. - Meine Damen und Herren, ich bin dafür, dass wir Wege suchen. Ich empfinde das, was der Minister gesagt hat, als ein Angebot, einen Weg zu finden. Nun weiß man nicht, wann dieser Weg eingeschlagen worden ist; vielleicht hat sich das überkreuzt, vielleicht war das alles schon im Gange. Nichtsdestotrotz bleibt es dabei, es muss ja eine Lösung gefunden werden.

Präsidentin Stark:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Ja. Noch ein Wort bitte. - Ich möchte noch kurz auf Herrn Roick eingehen. Der Vorschlag, Besucher sollten Bäume pflanzen, hat mit der rechtlichen Situation einer Waldumwandlung nun gar nichts zu tun. Das ist derart lächerlich und grotesk, dass ich den Ball einfach zurückspiele und sage: Herr Roick, beschäftigen Sie sich einfach einmal mit Waldumwandlung; dann wissen Sie, was das bedeutet!

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und vereinzelt AfD)

Präsidentin Stark:

Wir sind am Ende der Aussprache angelangt.

(Der Abgeordnete Roick [SPD] meldet sich.)

- Haben Sie eine Frage an den Abgeordneten? - Was dann? - Eine Kurzintervention?

(Heiterkeit bei CDU und SPD)

Das heißt also Kurzintervention, heißt von nun an auch Kurzintervention. Bitte von hier vorn. - Nur, weil es schon so spät ist.

Roick (SPD):

Ich habe meine Karte leider nicht dabei, ich bitte vielmals um Entschuldigung. - Ich weiß, wie eine Waldumwandlung umzusetzen ist. Es war einfach ein Vorschlag zur Güte, erst einmal mithilfe des Ministers bzw. des Geschäftsführers eine Fläche zu suchen und diese dann aufzuforsten. Oder man sucht sich einen Wald, in dem dann untergebaut, vorangebaut werden kann etc. Man könnte durchaus Besucher, die gern in diesen Wildpark gehen, dafür gewinnen, diesen Wald in einer gemeinschaftlichen Aktion neu anzupflanzen. Davon hätten alle einen Gewinn.

Normalerweise erfolgt der Ersatz von Waldfunktionen eins zu eins: Ein Hektar wird genutzt, ein Hektar ersetzt. Wenn der Minister sogar 1:0,3 sagt, ist das ein sehr großes Entgegenkommen. Wir als Parlamentarier haben voriges Jahr und auch vor zwei Jahren schon - daran konnte ich leider nicht teilnehmen - gepflanzt. Wenn wir das umsetzen und vielleicht auch eine gemeinschaftliche Aktion mit den Leuten vor Ort machen könnten, hätten alle etwas gewonnen. In diesem Sinne hatte ich das gemeint. Vielleicht kann man das so machen. - Danke.

(Beifall SPD)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Herr Schulze, möchten Sie auf die Kurzintervention reagieren? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag des Abgeordneten Schulze der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER - Ausnahmegenehmigung für den Wildpark Johannismühle verlängern -, Drucksache 6/5826, ab. Wer diesem Antrag des Abgeordneten Schulze seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt, und ich darf Sie noch einmal sehr herzlich einladen. Wir haben zum heutigen Parlamentarischen Abend die Presse eingeladen: Der Neujahrsempfang der Landtagspräsidentin und des Ministerpräsidenten findet für die Vertreter von Funk und Fernsehen im Palmenzelt „EL PUERTO“ statt. Die Gäste sind zu 19 Uhr eingeladen, Sie können aber schon langsam hinüberflanieren. Ich würde mich freuen, Sie alle dort wiederzusehen. Einen schönen Abend!

Ende der Sitzung: 17.59 Uhr

Anlagen

Gefasste Beschlüsse

Regionalität – Chancen regional erzeugter Lebensmittel für die Weiterentwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft in Brandenburg nutzen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 39. Sitzung am 18. Januar 2017 zum TOP 1 folgenden Beschluss gefasst:

„Regionale Wertschöpfung, Produktion und Vermarktung Brandenburger Agrarerzeugnisse fördern

Der Landtag stellt fest:

Für rund drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher spielt Regionalität bei der Kaufentscheidung für Lebensmittel eine wichtige Rolle. In Zeiten niedriger Lebensmittelpreise und Erzeugerlöhne, einer starken Konkurrenz am Weltmarkt und Preisdruck durch den Lebensmittelhandel sind regionale Produkte eine Chance für die heimische Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Die in Brandenburg vor allem von klein- und mittelständischen Unternehmen getragene Ernährungswirtschaft ist ein wichtiges Standbein zur Einkommenssicherung, gerade auch in ländlich geprägten Regionen, und sorgt nachhaltig für eine regionale Wertschöpfung.

Nachhaltige Entwicklung wird von der Etablierung und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe getragen. Nachhaltig produzierte Agrarrohstoffe sind die wichtigsten erneuerbaren Ressourcen des Landes.

Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass Agrarproduktion - inklusive Tierhaltung - in Brandenburg in einer breiten Produktpalette erhalten bleibt, die in hoher Qualität am Markt durchsetzungsfähige regionale Produkte erzeugt.

Zahlreiche Initiativen zur besseren Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte sind bereits auf den Weg gebracht worden.

Insbesondere auch mit dem Masterplan für das Cluster Ernährungswirtschaft Brandenburg, dessen Erstellung durch die Landesregierung gefördert worden ist, wurde eine Strategie entwickelt, um unter anderem den Marketingfaktor Regionalimage zu stärken und regionale Wertschöpfungsketten zu entwickeln.

Weiterhin werden in der aktuellen EU-Förderperiode Investitionen sowie Schulung in diesem Bereich gefördert. Die Internationale Grüne Woche und die Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung sind wichtige Aushängeschilder der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Regionale Produkte gehören inzwischen zum Standardangebot in Einkaufsmärkten, es gibt in Berlin und Brandenburg Regional- und Biomärkte, zahlreiche Hofläden und Initiativen wie Q-Regio und Food Assemblies zur gemeinsamen Vermarktung durch verschiedene regionale Anbieter.

Dennoch ist die regionale Verarbeitung und Vermarktung heimischer Produkte weiter ausbaufähig - vor allem auch im Hinblick auf den großen und wachsenden Markt in der Metropolregion Berlin.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- die Agrar- und Ernährungswirtschaft in ihrer vielfältigen Struktur als Rückgrat für den ländlichen Raum und als Beitrag für die Daseinsvorsorge weiter zu unterstützen, dabei die rechtlichen Rahmenbedingungen für die nachhaltige Produktion und die Förderung der Landwirtschaft abzusichern sowie ihre Bemühungen zur Werbung für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft sowie für regionale Produkte und ihre Vermarktung weiterzuführen,
- dem Zusammenwirken der Landwirte und Vertriebsorganisationen und des Handels mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die neue Richtlinie zur Marktstrukturverbesserung dafür zu nutzen,
- mit Blick auf die Fördermöglichkeiten nach 2020 eine inhaltliche verbreiterte Förderung durch die EU und den Bund zur Unterstützung von Produktion und Vermarktung regionaler Produkte anzustreben,
- Erweiterungs- und Neuanträge im Bereich Biolandwirtschaft weiter zu unterstützen,
- geeignete Rahmenbedingungen und Instrumente zu schaffen, damit die im Masterplan für das Cluster Ernährungswirtschaft Brandenburg insbesondere hinsichtlich der regionalen Verarbeitung und Vermarktung heimischer Produkte benannten Maßnahmen umgesetzt werden können.

Über den Stand zu den vorgenannten Punkten soll das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft dem Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft und das Ministerium für Wirtschaft und Energie dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie bis Ende 2017 Bericht erstatten.“

Verteidigung der Sicherheit und Freiheit - Maßnahmen gegen Islamismus und Terrorismus verstärken!

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 39. Sitzung am 18. Januar 2017 zum TOP 4 folgenden Beschluss gefasst:

„Ein Leben in Sicherheit ermöglicht es Menschen, sich frei und selbstbestimmt zu entfalten. Deshalb ist es eine Kernaufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und die freiheitlichen Grundwerte zu schützen. Zur Umsetzung dieser Aufgabe müssen alle staatlichen Ebenen eng zusammenwirken. Dabei kommt der Arbeit der Polizei, des Verfassungsschutzes, der Staatsanwaltschaften und der Justiz hinsichtlich der Wirksamkeit des dauerhaften Schutzes vor Kriminalität und der Terrorismusgefahr eine besondere Bedeutung zu. Inwieweit diese Arbeit zu stärken ist, hängt einerseits von der aktuellen und prognostizierten Sicherheitslage ab. Andererseits ist abzuwägen, ob eine

Stärkung der staatlichen Überwachungstätigkeit die bürgerlichen Freiheitsrechte unverhältnismäßig einschränken würde und welche tatsächliche Wirksamkeit Überwachungsmaßnahmen entfalten können. Es sollte daher die Grundprämisse aller sicherheitspolitischen Überlegungen sein, eine Balance von Sicherheit und Freiheit zu finden. Darüber hinaus sind insbesondere Mittel zur Vorbeugung gegen Radikalisierung, Gewalt und Kriminalität in den Blick zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung gebeten,

- weiterhin die Sicherheitslage zu bewerten und auch vor dem Hintergrund des deutlichen Anstiegs rechtsextremistisch motivierter Straftaten notwendige Anpassungen zu prüfen. Falls gesetzliche oder personelle Veränderungsbedarfe festgestellt werden, sind dem Landtag unverzüglich etwaige Vorschläge zuzuleiten;
- Maßnahmen zur Gefahrenabwehr auch unter Berücksichtigung von Erkenntnissen und möglicher Änderungen von bundesgesetzlichen Vorschriften zu prüfen. Dabei sollen unter anderen die Anwendung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie die Einführung von sogenannten „Bodycams“ für Polizeibeamte betrachtet werden. Dem Ausschuss für Inneres und Kommunales ist über die Ergebnisse der Prüfung bis zum Mai 2017 zu berichten;
- geeignete Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern zu verbessern;
- die Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen (Drucksache 706/16) zu prüfen und gegebenenfalls zu unterstützen, die darauf abzielt, gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Rettungskräfte der Feuerwehr und der Sanitätsdienste, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung und im Justizdienst sowie andere - auch ehrenamtlich - für das Gemeinwohl Tätige in den Katalog der Strafzumessungsumstände (§ 46 Absatz 2 Satz 2 StGB) aufzunehmen.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 18. Januar 2017

Frage 736

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Anita Tack

- PlusBus im Land Brandenburg -

In den vergangenen Monaten sind neue PlusBus-Linien eingeführt worden, um eine optimale Verknüpfung von Bus- und Bahnverkehr zu erreichen. Die ersten Effekte in Bezug auf Fahrgastentwicklung, Fahrzeit und Fahrgastzufriedenheit sind positiv. Diese Ergebnisse regen dazu an, die Einführung weiterer Linien nach dem Modell PlusBus auch in anderen Landkreisen einzuführen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Unterstützung kann sie für die Träger des ÖPNV geben, um das Modell PlusBus in den Landkreisen zu fördern?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider

Das PlusBus-Konzept ist ein guter Baustein im Hinblick auf die Mobilitätsstrategie 2030. Die optimale Verknüpfung von Bus und Bahn ist ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik in Brandenburg.

Zur Umsetzung wurden im VBB Elemente des PlusBus-Konzepts des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MVB) wie Studentakt, 15-minütiger Übergang zur Bahn und Wochenendverkehr übernommen.

Die kommunalen Aufgabenträger entscheiden über die Einführung des PlusBus-Konzepts und wägen dabei im Rahmen der kommunalen Planungshoheit mögliche Fahrgastpotentiale und Kosten ab. Der VBB unterstützt und begleitet die Aufgabenträger bei der Umsetzung.

Derzeit fahren sechs PlusBus-Linien in Brandenburg, davon vier im Landkreis Potsdam-Mittelmark und zwei im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Die bisherigen Ergebnisse sind gut: Wir verzeichnen steigende Fahrgastzahlen und steigende Einnahmen.

Das Land Brandenburg stellt den Landkreisen und kreisfreien Städten jährlich 90 Millionen Euro, einschließlich der Finanzierung der Straßenbahnen über das ÖPNV-Gesetz zur Verfügung.

Das Land Brandenburg sieht das PlusBus-Konzept positiv und begrüßt, dass die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung der kommunalen Aufgabenträger mit solchen positiven Konzepten einhergeht.

Frage 737

AfD-Fraktion

Abgeordneter Steffen Königer

- Neues Schulprogramm ab dem Schuljahr 2017/2018 -

Zum Schuljahr 2017/2018 wird das EU-Schulobst- und -gemüseprogramm mit dem EU-Schulmilchprogramm zusammengeführt.

Ich frage die Landesregierung: Wird sich Brandenburg ab dem Schuljahr 2017/2018 am Schulmilchprogramm beteiligen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger

Das Land Brandenburg beteiligt sich seit Beginn des EU-Schulmilchprogramms im Jahr 2009 an dessen Umsetzung. Wie in der Vergangenheit auch, wird sich das Land Brandenburg auch im Schuljahr 2017/2018 im Rahmen des neuen Schulprogramms am EU-Schulmilchprogramm beteiligen.

Frage 738
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abgeordneter Benjamin Raschke
- 20 Prozent Ökolandbau in Brandenburg -

Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger erklärte in der Haushaltsdebatte während des Plenums am 15. Dezember 2016, es gebe keine Verpflichtung der Koalition, 20 % Ökolandbau in Brandenburg zu erreichen. Der Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE enthält folgendes Bekenntnis: „Die Koalition trägt dazu bei, dass das 2014 beschlossene Maßnahmenpaket zum Schutz der biologischen Vielfalt umgesetzt wird.“ Dieses Maßnahmenpaket enthält die Verpflichtung, den Anteil des Ökolandbaus in Brandenburg auf 20 % zu erhöhen.

Ich frage daher die Landesregierung: Hält sie weiterhin an der Umsetzung des Maßnahmenpakets zum Schutz der biologischen Vielfalt und damit am Ziel 20 % Ökolandbau fest?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger

Das Land Brandenburg wird sich weiterhin für die Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus einsetzen. Der Koalitionsvertrag wird selbstverständlich umgesetzt! Die Weichenstellung zu Beginn der Förderperiode zeigt seine Wirkung. So wurden ab 2015 die Fördersätze signifikant erhöht: von bislang 131 Euro/ha für Dauergrünland auf jetzt 210 Euro/ha, für Ackerland von bislang 137 Euro/ha auf jetzt 209 Euro/ha.

Gegenwärtig fördern wir auf knapp 116 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche den ökologischen Landbau. Im letzten Herbst kamen mit der KULAP-Antragstellung 2017 noch einmal ca. 5 000 ha hinzu.

Wir sind also gut aufgestellt und haben die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung des Öko-Anbaus geschaffen. Die Förderung ist und bleibt ein Angebot, das genutzt werden kann, aber nicht angenommen werden muss.

Bei der Frage des 20%-Ziels muss die Quelle vollständig zitiert werden, um eine Einordnung vorzunehmen. Das „Maßnahmenprogramm biologische Vielfalt Brandenburg“, aus dem Sie die 20%-Angabe herleiten, enthält auf S. 36 folgenden Verweis:

„Vgl. nationale Strategie zur biologischen Vielfalt: In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung wird für den ökologischen Landbau ein 20%-Ziel bis 2010 angestrebt.“

Der Bund hat sich also ehrgeizige Ziele gesteckt, die er, wie die Zahlen belegen, nicht erreicht hat. Derzeit liegen wir bei rund 6,5 % bundesweit. Brandenburg liegt weit darüber.

Frage 740
CDU-Fraktion
Abgeordnete Roswitha Schier
- Einrichtung einer zusätzlichen Regionalbahnlinie zur Bedienung der Haltepunkte Raddusch, Kunersdorf und Kolkwitz ab 2018 -

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr DB Netz AG, ODEG sowie DB Regio damit beauftragt zu prüfen, ob eine zusätzliche Regionalbahnlinie eingerichtet werden kann, um

die seit mehr als einem Jahr weitgehend abgekoppelten Haltepunkte Raddusch, Kunersdorf und Kolkwitz wieder in angemessener Weise an den Regionalverkehr anzubinden.

Ich frage die Landesregierung: Was ist das Ergebnis der Prüfung durch die beteiligten Eisenbahnverkehrsunternehmen sowie die DB Netz AG?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Fahrplans 2018 sind die Verkehrsunternehmen (ODEG und DB Regio) aufgefordert, verschiedene Varianten auf betriebliche Umsetzbarkeit und verkehrliche Auswirkungen zu prüfen. Diese Prüfung erfolgt in Zusammenarbeit mit der DB Netz AG als zuständigem Infrastrukturunternehmen.

Die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Sie werden Ende Januar/Anfang Februar 2017 erwartet und damit noch rechtzeitig vor den Trassenanmeldungen im April und den anschließenden Fahrplanberechnungen der DB Netz AG.

Frage 741
Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Anke Schwarzenberg
- Planung für die Haltepunkte entlang des RE 2 -

Bürgerinitiativen und Kommunen haben sich energisch für die Wiederinbetriebnahme der Haltepunkte Raddusch und Kolkwitz eingesetzt und dies auch deutlich in öffentlichen Veranstaltungen artikuliert. Ziel soll es sein, zum kommenden Fahrplanwechsel wieder Haltepunkte für den SPNV auf der Linie des RE 2 zu schaffen.

Da bis März 2017 die Vorplanungen für den Fahrplan 2018 vorliegen müssen, frage ich die Landesregierung: Was unternimmt sie, um die Vorkehrungen für die Wiederaufnahme der Haltepunkte Raddusch und Kolkwitz für den Fahrplan 2018 zu ermöglichen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Fahrplans 2018 sind die Verkehrsunternehmen (ODEG und DB Regio) aufgefordert, verschiedene Varianten auf betriebliche Umsetzbarkeit und verkehrliche Auswirkungen zu prüfen. Diese Prüfung erfolgt in Zusammenarbeit mit der DB Netz AG als zuständigem Infrastrukturunternehmen.

Die Ergebnisse liegen noch nicht vor. Sie werden Ende Januar/Anfang Februar 2017 erwartet und damit noch rechtzeitig vor den Trassenanmeldungen im April und den anschließenden Fahrplanberechnungen der DB Netz AG.

Frage 742
AfD-Fraktion
Abgeordneter Dr. Alexander Gauland
- Deutschlandstipendium -

Das Deutschlandstipendium ist ein seit dem Sommersemester 2011 bestehendes deutschlandweites Stipendienprogramm für begabte Studierende.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie das Deutschlandstipendium der Bundesregierung?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch

Gleichberechtigte Teilhabechancen aller sozialen Gruppen beim Zugang zu Bildung im Allgemeinen, und im Besonderen auch zur Hochschulbildung, sind ein wichtiges Ziel der Landesregierung. Ein wesentlicher Aspekt dieser Teilhabechancen ist fraglos die Sicherstellung der Studienfinanzierung. Zu dieser wiederum gehört unter anderem auch der Zugang zu Stipendien für begabte Studierende.

Das Deutschlandstipendium, bei dessen Vergabe sich auch die Hochschulen im Land Brandenburg engagieren, stellt eines der vielfältigen hierfür zur Verfügung stehenden Instrumente dar. Indem für die Förderung neben der Studienleistung auch soziales Engagement und die Überwindung biografischer Hürden ausschlaggebend sind, ergänzt es die bundesweite Stipendienlandschaft in einem wichtigen Bereich. Den Hochschulen bietet es zugleich eine zusätzliche Möglichkeit, ihre Vernetzung mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft und auch mit eigenen Alumni zu vertiefen.

Die Landesregierung begrüßt vor diesem Hintergrund die sich aus dem Deutschlandstipendium für Stipendiaten, Hochschulen und Förderer ergebenden Chancen.

Frage 743

CDU-Fraktion

Abgeordneter Prof. Dr. Michael Schierack

- Unterstützung des Landes zum Erhalt der Antragsberechtigung zu Forschungsförderprogrammen für Fachhochschulen des fachhochschulischen Teils der BTU Cottbus-Senftenberg -

Am 15. April 2016 veröffentlichte der Wissenschaftsrat seine Stellungnahme zum Neuordnungskonzept der Hochschulregion Lausitz. Im Plenum am 27. April 2016 nutzte die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch eine Mündliche Anfrage der Kollegin Isabelle Vandre, um die positiven Aspekte der Stellungnahme aufzuzählen. Allerdings erwähnte sie dabei nicht alle Aufgaben, die der Wissenschaftsrat der Landesregierung in der Stellungnahme weiterhin aufgab. Unter anderem heißt es: „Durch die Neugründung der Hochschule als Technische Universität verliert der fachhochschulische Teil der Hochschule die Zugangsberechtigung zu Förderprogrammen für Fachhochschulen. [...] Das Land sollte zudem dafür Sorge tragen, dass die Fachhochschulprofessorinnen und -professoren der BTU-Cottbus-Senftenberg ihre Antragsberechtigung zu Forschungsförderprogrammen, die an Fachhochschulen gerichtet sind, behalten.“

Ich frage die Landesregierung: Was hat sie bisher unternommen bzw. was plant sie in Zukunft, um dafür Sorge zu tragen, dass der fachhochschulische Teil der BTU Cottbus-Senftenberg

zukünftig wieder für Förderprogramme für Fachhochschulen zugelassen wird?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch

Bei den genannten Förderprogrammen handelt es sich um Förderlinien auf der Grundlage einer Bund/Länder-Vereinbarung über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen nach Artikel 91b des Grundgesetzes, die vom BMBF durchgeführt wird.

Nach dem Wortlaut der Vereinbarung erstreckt sich die Antragsberechtigung nur auf Fachhochschulen, sodass die BTUCS als Universität nicht antragsberechtigt ist. Die Landesregierung hat sich anlässlich der Verhandlungen zur Verlängerung der Vereinbarung zum 01.01.2014, die mit der Neugründung der BTUCS zusammenfielen, dafür eingesetzt, dass bei der Neufassung der Anwendungsbereich für innovative Hochschultypen wie die BTUCS geöffnet wird. Parallel hat sich die Landesregierung beim Bund dafür eingesetzt, dass die Antragsberechtigung der ehemaligen Hochschule Lausitz zumindest übergangsweise erhalten bleibt.

Hierfür spricht, dass die formale Beschränkung auf Fachhochschulen angesichts der Ausdifferenzierung der Hochschultypen, die auch vom Wissenschaftsrat positiv bewertet wird, nicht mehr zeitgemäß ist. Auch Hessen und Baden-Württemberg haben sich für eine Öffnung ausgesprochen, bis heute blieben aber alle Versuche einer Öffnung, die auch der BTUCS zugutekäme, erfolglos. Gegen die Öffnung wurde insbesondere vonseiten des Bundes eingewandt, dass es sich um ein eher kleines Förderprogramm - damals ca. 40 Millionen Euro/Jahr - handle. Eine Ausweitung des Kreises der Antragsberechtigten würde den ohnehin schon hohen Konkurrenzdruck unter den Hochschulen weiter erhöhen. Die laufende Bund/Länder-Vereinbarung gilt bis zum 31.12.2018.

Die Landesregierung wird im Rahmen einer anstehenden Verlängerung die Belange der BTUCS erneut in den Verhandlungen berücksichtigen.

Frage 744

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Andrea Johlige

- Übervolle Züge im Havelland -

Seit Monaten klagen Pendlerinnen und Pendler über sehr volle Züge im Havelland. Besonders auf den Strecken Nauen-Berlin und Wustermark-Berlin haben Fahrgäste auf dem Weg zur Arbeit und zurück das Problem, dass die wenigen Schienenfahrzeuge den Bedarf der Berufspendler nicht bewältigen können.

Ich frage die Landesregierung: Was kann sie unternehmen bzw. was unternimmt sie, um auf den Strecken Nauen-Berlin und Wustermark-Berlin für Entspannung und damit für einen attraktiven SPNV zu sorgen?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider**

Das Land bestellt auf den benannten Strecken bereits heute ein sehr dichtes Angebot: Auf der Relation Wustermark-Berlin fahren in der Hauptverkehrszeit zwei Züge pro Stunde, zwischen Nauen und Berlin drei Züge, im Teilschnitt Falkensee-Berlin sogar vier Züge pro Stunde.

Die Nachfrage auf allen Strecken wird im Auftrag des Landes vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) beobachtet, um Entwicklungen voraussehen und bei Nachfrageänderungen rechtzeitig gegensteuern zu können. Der VBB ist dazu auch in intensiven Gesprächen mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Durch die DB Regio wurde seit 09.01.2017 durch Einsatz eines Doppelstockzuges mit fünf Wagen auf der Linie RB14 Nauen-Berlin-Schönefeld/Flughafen die Kapazität in einem Umlauf in der Hauptverkehrszeit um rund 100 Plätze erweitert.

Im Rahmen der sogenannten Korridoruntersuchung wurden die bestehende Nachfrage und die künftigen Nachfragepotentiale unter anderem auch für die benannten Achsen untersucht. Danach besteht Handlungsbedarf insbesondere auch bei der Infrastruktur. Das Land ist dazu mit den beteiligten Partnern im Gespräch. Die Ergebnisse bilden unter anderem die Grundlage für den neuen Landesnahverkehrsplan 2018 bis 2022 des Landes Brandenburg, der Ende 2017 vorgelegt werden soll.

Frage 745**AfD-Fraktion****Abgeordnete Christina Schade
- Hochsicherheitsdatenzentren -**

Ich frage die Landesregierung: Sieht sie in einer Unterstützung von Hochsicherheitsdatenzentren Möglichkeiten, den Wirtschaftsstandort Brandenburg attraktiver zu machen?

Antwort der Landesregierung**Minister für Wirtschaft und Energie Gerber**

Rechen- und Datenzentren sind im Zeitalter der Digitalisierung für die Wirtschaft von erheblicher Bedeutung.

Selbstverständlich unterstützt die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten Rechen- und Datenzentren. Was an Unterstützung nötig und möglich ist, entscheidet sich jeweils im Einzelfall.

Frage 746**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Dr. Andreas Bernig
- Mindesthonorar für Solo-Selbstständige -**

Die Zahl selbstständiger Erwerbstätiger betrug 2014 nach Auskunft der Bundesregierung 4,2 Millionen, von denen mehr als die Hälfte (54 %) Solo-Selbstständige sind. Rund 3

Millionen Selbstständige sind nach Angaben der Regierung nicht obligatorisch abgesichert. Es ist absehbar, dass im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung die Zahl der Solo-Selbstständigen weiter zunehmen wird. In Thüringen wird sich die Fraktion DIE LINKE 2017 besonders für Selbstständige einsetzen, die ihre Tätigkeit ohne Hilfe von Angestellten ausüben. Ziel ist die Einführung eines Mindesthonorars für Solo-Selbstständige. Nach ihren Vorstellungen soll sich die Höhe des Mindesthonorars für Solo-Selbstständige an der Höhe des Mindestlohns orientieren - plus den Arbeitgeberzuschuss zur Sozialversicherung, den Unternehmen zahlen müssten, wenn der Auftragnehmer bei dem Unternehmen festangestellt wäre. Bereits im April 2016 hatte der OWUS-Dachverband eine „Sozialcharta für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer“ gefordert.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diese Initiative für ein Mindesthonorar für Solo-Selbstständige?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze**

Solo-Selbstständigkeit ist vielfach mit einer prekären wirtschaftlichen Lage verknüpft. Die Selbstständigen von heute sind nicht mehr nur die klassischen Unternehmer bzw. Unternehmerinnen von einst, die bislang als weniger schutzbedürftig galten. So bestehen bei der großen Gruppe der Solo-Selbstständigen deutliche Unterschiede, was Einkommen, Vermögen und Absicherung für Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege angeht: Auf der einen Seite gibt es die Solo-Selbstständigen wie Ärzte, Apotheker oder Rechtsanwälte, die über eigene Gebührenregelungen und Sozialversicherungssysteme verfügen. Auf der anderen Seite stehen kleine Gewerbetreibende oder freiberuflich Tätige, zum Beispiel in der Pflege, den Medien, dem Bildungsbereich oder der Paketzustellung, die über sehr niedrige Einkünfte verfügen und damit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns liegen. Anders als bei abhängig Beschäftigten, die Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben, gibt es hier keine bindende Untergrenze bei der Vergütung. Sie leben buchstäblich „von der Hand in den Mund“.

Es ist aber wichtig, genau hinzuschauen, ob und gegebenenfalls wo staatliche Hilfe notwendig ist. Dabei ist zwischen der Frage nach einem Mindestentgelt für Solo-Selbstständige und der nach einem Zugang in die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung zu unterscheiden. Die Frage der Schutzbedürftigkeit von Selbstständigen stellt sich heute ganz neu, auch aufgrund von neueren Entwicklungen zum Beispiel im Kontext von Arbeiten 4.0.

Grundsätzlich gilt, dass Solo-Selbstständige als Unternehmerinnen bzw. Unternehmer tätig und damit für ihre Einnahmen selbst verantwortlich sind. Zudem ist zu beachten, dass in vielen Branchen nicht nach Stunden abgerechnet, sondern für eine bestimmte Leistung, zum Beispiel für die Erstellung eines Textes, bezahlt wird.

Eine fundierte Gründungsberatung wie bei den Brandenburger Lotsendiensten hilft Gründungswilligen, ihre Einnahmeseite auskömmlich zu gestalten, sodass sie von ihren Einkünften le-

ben können. Dazu gehört auch, dass sie ausreichend in Verhandlungsführung geschult sind, um mit ihren Auftraggebern faire Preise zu verhandeln.

Um die Einnahmesituation für Solo-Selbstständige zu stabilisieren und sie von der Grundsicherung unabhängig zu machen, ist es für ausgewählte Branchen denkbar, gesetzliche Mindesthonorare oder -gebühren einzuführen, nämlich dort, wo auch abhängig Beschäftigte gleichartige Tätigkeiten ausüben. So kann deren tariflich abgesicherte Entlohnung den Maßstab für Mindesthonorare oder -gebühren bilden. Zu denken ist hier an den Bildungsbereich, zum Beispiel Volkshochschulen, den Kultur- sowie den Medienbereich. Bestehende gesetzliche Gebührenordnungen, zum Beispiel bei Tätigkeiten in der Gesundheits- und Pflegebranche, könnten als Grundlage für andere vergleichbare Tätigkeiten dienen.

Heutige Erwerbsbiografien sind oft dadurch gekennzeichnet, dass die Menschen häufig zwischen nichtselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit wechseln. Hier bedarf es Regelungen, die den Zugang zur Sozialversicherung auch für diesen Personenkreis vorsehen.

Die Systeme der Sozialversicherung in Deutschland knüpfen am Status der abhängigen Beschäftigung an. Es gibt für Selbstständige bisher im Vergleich zu abhängig Beschäftigten keinen gleichberechtigten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen. Zum Beispiel sind Selbstständige, wenn sie sich freiwillig in der Gesetzlichen Krankenversicherung versichern, überhöhten Mindestbeiträgen ausgesetzt, die aufgrund unterstellter und nicht realer Verdienstverhältnisse berechnet werden.

Wenn die Hälfte der Solo-Selbstständigen nicht für das Alter vorsorgt - so eine Studie des DIW im Auftrag des BMAS von 2016 -, birgt das das Risiko von Altersarmut und stellt damit nicht zuletzt eine Belastung für die Allgemeinheit dar, da diese Menschen im Alter voraussichtlich in die Grundsicherung fallen werden. Anders als abhängig Beschäftigten ist es Selbstständigen in Deutschland größtenteils freigestellt, ob sie für das Alter vorsorgen und in welcher Form und Höhe. Nach Analyse des DIW war im Jahr 2013 etwas mehr als die Hälfte aller Solo-Selbstständigen nicht durch Vorsorge (privat oder Zahlung in die Rentenversicherung) für das Alter abgesichert. Die heutige Rentenversicherung ist nach wie vor eine Arbeitnehmerversicherung, worin Selbstständige nur ausnahmsweise einbezogen sind. Hier den Zugang für Solo-Selbstständige zu erleichtern hält die Landesregierung für notwendig und sinnvoll.

Auch wenn der Trend des „Crowdworking“ - eine neue Form der Solo-Selbstständigkeit - derzeit in Deutschland noch eher ein Randphänomen darstellt, hat sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Dialogprozess „Arbeiten 4.0“, der Ende 2016 vorgestellt wurde, ausführlich mit der Frage befasst. Die Landesregierung beteiligt sich an diesem Prozess und bringt dort ihre Vorstellungen mit ein.

Frage 747

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Benjamin Raschke

- Verbot für die Durchfahrt von Schwerlasttransporten in der Stadt Lübben -

Im Dezember 2016 entschied das Verwaltungsgericht über die Klage einer Anwohnerin aus Klein Oßnig. Die Anwohnerin

klagte gegen die Gesundheitsbelastung durch Lärm und Abgase sowie für den Schutz ihres Eigentums, welche die Klägerin durch den Schwerlastverkehr auf der B 169 zwischen Cottbus und Schwarzeiche gefährdet sieht. Das Verwaltungsgericht Cottbus gab der Klägerin Recht. Damit ist die Ablehnung weiterer Verkehrsbeschränkungen durch den Spree-Neiße-Kreis aufgehoben und die Straßenverkehrsbehörde ist aufgefordert, den Schwerlastverkehr zu beschränken, um die Situation für die Anwohner vor Ort zu verbessern. Bürgerinnen und Bürger von weiteren Ortschaften in Brandenburg leiden ebenfalls unter den unterschiedlichen Auswirkungen von Schwerlastverkehr. So ist zum Beispiel auch die Stadt Lübben von einem hohen Aufkommen von Schwerlasttransportern, zum Beispiel für den Holztransport, betroffen. Das hohe Aufkommen der Schwerlasttransporter mindert auch die touristische Erholungsqualität der Stadt. Der Landesfachbeirat beauftragte die Stadt, Maßnahmen zur Verkehrsentlastung zu ergreifen, um den Erholungsortstatus beizubehalten. Der Bürgerverein „Wir von hier“ Lübben sieht eine der Möglichkeiten für die Verkehrsentlastung der Stadt Lübben in einem Lkw-Verbot, wofür 2013 bereits über 2 800 Unterschriften von Lübbener Bürgerinnen und Bürgern gesammelt wurden. Vor dem Hintergrund des getroffenen Urteils des Verwaltungsgerichtes Cottbus scheint diese Option für die Stadt Lübben wahrscheinlicher.

Ich frage die Landesregierung: Unter Beachtung welcher rechtlichen Vorschriften darf die Stadt Lübben ein Verbot von Schwerlasttransporten aussprechen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider

Die Stadt Lübben darf ein Durchfahrverbot für Schwerlastverkehr nicht anordnen. Hierfür ist die untere Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald zuständig.

Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote für Schwerlastkraftfahrzeuge können auf der Grundlage von § 45 Abs. 1 der Straßenverkehrsordnung angeordnet werden. Relevant sind hierfür insbesondere Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung durch Lärm und Abgase.

Bei Durchfahrverboten für Lkw ist zu beachten, dass eine geeignete Alternativstrecke zur Verfügung steht, auf der der Verkehr so umgeleitet werden kann, dass es nicht an anderen Stellen zu vergleichbaren Beeinträchtigungen kommt - sogenanntes Gebot der planerischen Konfliktbewältigung.

Maßgeblich bei Lärm sind bei Bundesstraßen die Richtwerte für Lärm, die in den „Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm“ - Verkehrsblatt 2007, Seite 767 ff. - festgelegt sind, und bei Abgasen die Grenzwerte, die in der 39. Bundesimmissionschutzverordnung ausgewiesen sind.

Frage 748

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Anke Schwarzenberg

- Waldumwandlung -

Nach Bundeswaldgesetz darf Wald nur „mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung)“. In ei-

nigen Fällen hat in letzter Zeit die Forstbehörde anderweitige langjährige Nutzungen in Waldflächen nicht mehr mit der Waldeigenschaft für vereinbar gehalten und die weitere Nutzung von einer Waldumwandlung abhängig gemacht. Beispiele sind der im Wald gelegene Campingplatz am Mittelprendensee und der Wildpark Johannismühle. Hier erfolgt jedoch weder eine Rodung von Bäumen noch eine Nutzungsänderung auf der Fläche, da die Nutzungen seit langem etabliert sind, teilweise vor Inkrafttreten des Waldgesetzes. Es wäre lediglich eine Bereinigung der Aktenlage hinsichtlich der Nutzung erforderlich.

Ich frage die Landesregierung: Auf welcher Rechtsgrundlage wird von einer Waldumwandlung ausgegangen, wenn es keine Veränderung auf der Fläche gibt?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger

Wenn eine Waldfläche als Tiergehege oder als Campingplatz genutzt wird, dann wird diese Fläche rechtlich nach dem Bundes- und Landeswaldgesetz nicht mehr als Wald eingeordnet. Die Nutzung hat sich geändert, auch wenn die Bäume nicht gerodet wurden.

Denn diese Waldflächen werden in der Regel derart intensiv genutzt, dass die vom Wald typischerweise ausgehenden Wirkungen nicht mehr gegeben sind. Insbesondere ist aber das nach dem Waldgesetz - bereits seit 1975 im Bundeswaldgesetz - und nach der Verfassung des Landes Brandenburg für Wald vorgeschriebene freie und unentgeltliche Betretungsrecht auf diesen eingezäunten Flächen nicht mehr gewährleistet.

Deshalb muss in all diesen Fällen eine Waldumwandlung stattfinden. Die Behörden sind daran gebunden.

Frage 749

AfD-Fraktion

Abgeordneter Andreas Kalbitz - Denkmalschutz -

Denkmalschutz fällt unter die Kulturhoheit der Länder.

Ich frage die Landesregierung: Wie hat sich die Zahl der Personalstellen in der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald seit 2000 entwickelt?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch

Die Landesregierung hat im Rahmen der Beantwortung Ihrer Kleinen Anfrage 211 alle Landkreise und kreisfreien Städte hinsichtlich der Ausstattung der jeweiligen unteren Denkmalschutzbehörde befragt. Der Landkreis Dahme-Spreewald war aus internen Gründen nicht in der Lage, innerhalb der zur Beantwortung Kleiner Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit Angaben zur personellen Ausstattung seiner unteren Denkmalschutzbehörde zu machen. Mittlerweile liegen diese Angaben vor.

Die Personalstellen in der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald haben sich in den Jahren 2000 bis 2017 demnach wie folgt entwickelt:

Jahr	Stellen
2000	5 Stellen
2001	4 Stellen
2002	4 Stellen
2003	4 Stellen
2004	4 Stellen
2005	4 Stellen
2006	4 Stellen*
2007	4 Stellen
2008	4 Stellen
2009	4 Stellen
2010	5 Stellen**
2011	5 Stellen
2012	5 Stellen
2013	5 Stellen
2014	5 Stellen
2015	5 Stellen ***
2016	5 Stellen
2017	5 Stellen

* Im Verantwortungsbereich Baudenkmalschutz wurden nach fast zeitgleichem Ausscheiden von zwei Mitarbeitern - beide ohne Fachausbildung Denkmalschutz - diese durch eine qualifizierte Fachkraft - Dipl.-Ing. Architektur mit Abschluss Aufbaustudium Denkmalpflege - ersetzt und freiwillige Aufgaben einvernehmlich amtsintern umverteilt - Aufgaben- und Personaloptimierung; keine Stellenstreichung.

** Der Landkreis begegnete den stetig steigenden Vorgangszahlen der UDB mit der Einrichtung einer neuen Personalstelle in der UDB durch Neueinstellung einer denkmaltechnischen Assistentin.

*** Der Landkreis stellte eine Mitarbeiterin des Stellenpools ab, zur Mithilfe bei der Benachrichtigung der Verfügungsberechtigten bei Eintragungen von Bodendenkmalen. Die Mitarbeiterin fiel jedoch 2016 fast ganzjährig krankheitsbedingt aus.

Frage 751

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abgeordneter Benjamin Raschke

- Warten auf Godot oder endlich ernsthaft Alternativen zur Ortsumfahrung Lübben voranbringen? -

Im Dezember 2016 beschloss der Bundestag die Ausbaugesetze zum Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP). Darin enthalten ist nach wie vor die Planung zum Bau einer Ortsumfahrung in Lübben in der Kategorie „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“. Vorhaben der Kategorie „Weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ haben eigentlich keine Chance auf Realisierung innerhalb der BVWP-Laufzeit, jedoch dürfen die Länder für Straßenausbauprojekte dieser Kategorie weitere Planungsschritte

durchführen. Das Projektinformationssystem des BVWP informiert, dass die Dauer der noch ausstehenden Planungen 138 Monate beträgt. Was heißt dies nun für die Lübbener Bürgerinnen und Bürger, welche jeden Tag durch den Verkehr, insbesondere durch den Schwerlasttransport, belastet sind? Sollen die Lübbener wie seit Jahrzehnten auf das wuchtige Projekt der Ortsumfahrung warten, welches mit vielen negativen Folgen für Umwelt und Natur einhergeht, immense finanzielle Ressourcen verschlingen wird und bei dem die tatsächliche Verkehrsentlastung der Innenstadt infrage steht? Oder sollten die Lübbener der Ortsumfahrung endlich „Adé“ sagen und die Alternativen wie den Ausbau der Ortsdurchfahrt unter gesetzlicher Einschränkung des Lkw-Verkehrs, eines integrierten Rad- und Fußgängeretzes, eines touristischen Mobilitätskonzeptes und des öffentlichen Personennahverkehrs endlich voranbringen?

Ich frage die Landesregierung: Welchen Rat gibt sie den Bürgern? Welche Unterstützung bietet die Verkehrsministerin Schneider den Lübbener Bürgerinnen und Bürgern an, damit es in den nächsten ein bis zwei Jahren zu einer deutlichen Verkehrsentlastung der Stadt Lübben kommt?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider

Mit der Aufnahme der B 87, OU Lübben als Vorhaben des Weiteren Bedarfs mit Planungsrecht (WB*) in das Bundesfernstraßenausbaugesetz hat auch der Bund die Notwendigkeit zur Entlastung der Ortsdurchfahrt bestätigt.

Aufgrund der sowohl vom Bund als auch vom Land anerkannten Bedeutung des Vorhabens für die Region wird die Planung und anschließende Baurechtschaffung uneingeschränkt weiter verfolgt. Die Planung des Vorhabens wird durch einen projektbegleitenden Arbeitskreis mit regionalen Vertretern begleitet. Derzeit erfolgt die Aufstellung des straßenbautechnischen Entwurfs.

Zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Stadt Lübben hat der Landesbetrieb Straßenwesen unter anderem vom südlichen Ortseingang bis zum Bahnübergang eine Deckensanierung im Bereich der Luckauer Straße den grundhaften Ausbau und an der Kreuzung mit der B 115 einen Kreisverkehr realisiert. Weitere Maßnahmen an der B 87 - Brücken über Umflutkanal und Schützengraben - sowie der grundhafte Ausbau der Ortsdurchfahrt Berliner Straße/Berliner Chaussee sind im Planfeststellungsverfahren.

Darüber hinaus wurden seit 2007 verschiedene Straßenbaumaßnahmen auch im Bereich der Ortsdurchfahrten mit insgesamt 1,67 Millionen Euro aus dem Förderprogramm Kommunalen Straßenbau gefördert. Aus der Stadterneuerung sind im Jahr 2017 mehrere Maßnahmen im Bereich der Nebenanlagen der B 87 vorgesehen, die insbesondere die Aufenthaltsqualität im Bereich der Ortsdurchfahrt verbessern sollten.

Frage 753

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Entschädigung für Biberschäden -

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wurde im Haushalt des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Land-

wirtschaft 2015/16 die Position „Zuweisungen für Entschädigungs- und Ersatzleistungen“ - Kapitel 10 105, Titel 683 10 - um 100 000 Euro pro Jahr aufgestockt. Diese Mittel waren dafür vorgesehen, Schäden durch den Biber bei Grundbesitzern und Landnutzern auszugleichen, zusätzlich zu den an anderer Stelle geregelten Zuschüssen für biberbedingte Mehraufwendungen der Wasser- und Bodenverbände bei der Gewässerunterhaltung.

Ich frage die Landesregierung: In welchem Umfang wurden 2015 und 2016 Schadensersatzleistungen für Biberschäden aus diesem Titel beantragt und bewilligt?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger

Der von Ihnen genannte HH-Titel umfasst allgemeine Entschädigungs- und Ersatzleistungen für „geschützte Tierarten“. In den Jahren 2015 und 2016 wurden aus diesem Titel insgesamt rund 141 000 Euro für Entschädigungen gezahlt.

Der Minister hat mit dem 7-Punkte-Programm im Februar 2015 die Verwaltungsvorschrift über die Kostenbeteiligung des Landes an biberbedingten Mehraufwendungen bei der Gewässerunterhaltung II. Ordnung verabschiedet. Sie trat rückwirkend zum 01.01.2015 in Kraft. Über diese VV konnten die Gewässerunterhaltungsverbände eine 50-prozentige Kostenbeteiligung für ihre biberbedingten Mehraufwendungen ab einer Bagatellgrenze von 20 000 Euro beantragen.

Im Jahr 2015 wurden vier Anträge mit einer Gesamtsumme von 101 063,16 Euro genehmigt.

Für das Jahr 2016 wurde die Bagatellgrenze auf 10 000 Euro abgesenkt. Insgesamt 12 Gewässerunterhaltungsverbände stellten einen entsprechenden Antrag, von denen alle 12 Anträge mit einer Gesamtsumme von 297 198,30 Euro genehmigt werden konnten.

Frage 756

BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Abgeordneter Péter Vida

- Schulleiterin Grundschule Hennigsdorf -

Seit Februar 2016 ist Frau D. als Schulleiterin der Grundschule Nord in Hennigsdorf tätig, die letzte Zeit allerdings nur kommissarisch. Die Berufung in diese Funktion ist durch das Staatliche Schulamt in Neuruppin erfolgt. Allerdings hat das Schulamt seinerzeit bei der Berufung übersehen, dass Frau D. ein Lehramtsstudium für die Klassen 6 bis 13 absolviert hat, damit sei sie für den Grundschulbereich überqualifiziert. Das berechtigt sie nicht, eine Grundschule zu leiten, stellte das Schulamt Monate später fest. Das Schulamt hat Frau D. nun angeboten, in einer dreijährigen Zusatzausbildung die Qualifizierung für diese Schulleiterstelle nachzuholen. Frau D. war bereits seit 20 Jahren im Grundschulbereich tätig und hat somit reichhaltige Erfahrungen in diesem Bildungsbereich. Sie erfreut sich großer Beliebtheit bei den Eltern.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie - in Anerkennung der Eignung der betreffenden Lehrerin, ihrer langjährigen Tätigkeit im Grundschulbereich und der un-

bestrittenen Unterstützung durch Lehrer und Schüler -, die Lehrerin in der Funktion zu belassen, um somit auch möglicherweise erschüttertes Vertrauen in die Arbeit des staatlichen Schulamtes wiederherzustellen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske

Bevor ich auf Ihre konkrete Frage eingehe, welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, Frau D. dauerhaft als Schulleiterin an der Grundschule Nord Hennigsdorf zu belassen, gestatten Sie mir, wegen des besseren Verständnisses kurz auf den Vorgang an sich einzugehen.

Anders, als in dem Ihnen sicher bekannten Schreiben der Eltern der Grundschule Nord Hennigsdorf dargestellt, wurde Frau D. nicht zur Schulleiterin bestellt oder berufen, sie wurde im Februar 2016 nach durchgeführtem Auswahlverfahren mit der Wahrnehmung der Aufgaben als Schulleiterin dieser Schule beauftragt. Dies ist keine dauerhafte Übertragung der Funktion, sondern diente dazu, die Aufgabenwahrnehmung bis zu dem Zeitpunkt sicherzustellen, zu dem die Ernennung als Schulleiterin auf Probe erfolgt. Dies ist ebenso eine kommissarische Beauftragung, wie sie dann zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorgenommen wurde. Die erneute Beauftragung der Frau D. mit der Wahrnehmung der Geschäfte als Schulleiterin ist letztlich in Anbetracht des Einzelfalls erfolgt und um zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, Frau D. als Schulleiterin zu ernennen.

Im Ergebnis der Prüfung ist festgestellt worden, dass mangels Vorliegen der in den laufbahnrechtlichen Vorschriften beschriebenen fachlichen Voraussetzungen eine sofortige Ernennung als Rektorin an einer Grundschule nicht möglich ist. Allerdings besteht nach den lehrerbildungsrechtlichen Vorschriften die Möglichkeit, die Befähigung für das Lehramt für die Primarstufe, die Voraussetzung für eine Ernennung zur Rektorin an einer Grundschule ist, zu erwerben. Dies setzt allerdings die Mitwirkung der Frau D. voraus, da sie in dem in der Befähigungserwerbsverordnung beschriebenen Umfang Studien- und Prüfungsleistungen nachweisen muss.

Gegenwärtig wird in meinem Hause zusätzlich eine spezielle Qualifizierungsmaßnahme vorbereitet. Dieses Studienangebot, dass in Zusammenarbeit mit WiB e.V. als Träger der Maßnahme vorbereitet wird, ist modularisiert und baut auf den vorhandenen fachwissenschaftlichen Expertisen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf. Es wird ab Schuljahr 2017/2018 angeboten. An dieser Maßnahme könnte Frau D. teilnehmen. In welchem Umfang nach dieser Maßnahme Studien- und Prüfungsleistungen durch Frau D. zu erbringen sind, wird derzeit festgestellt und würde Frau D., wenn sie grundsätzlich bereit ist, daran teilzunehmen, übermittelt werden. Dies ist aus meiner Sicht ein sinnvoller Weg, die durch die Verkennung der rechtlichen Regelungen entstandene unbestrittene unglückliche Situation im Interesse aller Beteiligten zu beheben.

Anwesenheitsliste

Frau Alter (SPD)
 Frau Augustin (CDU)
 Herr Baaske (SPD)
 Frau Bader (DIE LINKE)
 Herr Barthel (SPD)
 Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
 Frau Bessin (AfD)
 Herr Bommert (CDU)
 Herr Bretz (CDU)
 Herr Büchel (DIE LINKE)
 Herr Christoffers (DIE LINKE)
 Frau Dannenberg (DIE LINKE)
 Herr Dombrowski (CDU)
 Herr Domres (DIE LINKE)
 Herr Eichelbaum (CDU)
 Herr Folgart (SPD)
 Frau Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Galau (AfD)
 Herr Dr. Gauland (AfD)
 Herr Genilke (CDU)
 Frau Geywitz (SPD)
 Herr Gliese (CDU)
 Frau Gossmann-Reetz (SPD)
 Frau Große (DIE LINKE)
 Herr Günther (SPD)
 Frau Hackenschmidt (SPD)
 Herr Hein (fraktionslos)
 Herr Hoffmann (CDU)
 Herr Holzschuher (SPD)
 Herr Homeyer (CDU)
 Frau Johlige (DIE LINKE)
 Herr Jung (AfD)
 Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)
 Herr Kalbitz (AfD)
 Frau Kirchheis (SPD)
 Herr Königer (AfD)
 Herr Kosanke (SPD)
 Frau Koß (SPD)
 Herr Kurth (SPD)
 Herr Lakenmacher (CDU)
 Frau Lehmann (SPD)
 Herr Liebehenschel (CDU)
 Frau Dr. Liedtke (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Herr Loehr (DIE LINKE)
 Frau Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Lüttmann (SPD)
 Frau Mächtig (DIE LINKE)
 Frau Muhß (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Frau Dr. Münch (SPD)
 Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)
 Herr Nowka (CDU)
 Herr Petke (CDU)
 Herr Raschke (B90/GRÜNE)
 Herr Dr. Redmann (CDU)
 Frau Richstein (CDU)
 Herr Roick (SPD)
 Herr Rupprecht (SPD)
 Frau Schade (AfD)
 Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
 Frau Schier (CDU)

Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)

Herr Schmidt (SPD)

Herr Dr. Schöneburg (DIE LINKE)

Herr Schröder (AfD)

Herr Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)

Herr Senftleben (CDU)

Frau Stark (SPD)

Herr Stohn (SPD)

Frau Tack (DIE LINKE)

Frau Theiss (SPD)

Herr Dr. van Raemdonck (AfD)

Frau Vandre (DIE LINKE)

Herr Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Herr Vogel (B90/GRÜNE)

Herr Vogelsänger (SPD)

Frau von Halem (B90/GRÜNE)

Herr Wichmann (CDU)

Herr Dr. Woidke (SPD)